

Statistisch-prognostischer Bericht 1997

Daten - Analysen - Perspektiven

Wirtschafts- und
Sozialentwicklung

Längerfristige Verän-
derungen im Studien-
wahlverhalten

Zur Auswirkung der
ambulanten Pflegeversi-
cherung auf die Sozial-
hilfe

Demographische Ent-
wicklungen und Formen
des Zusammenlebens

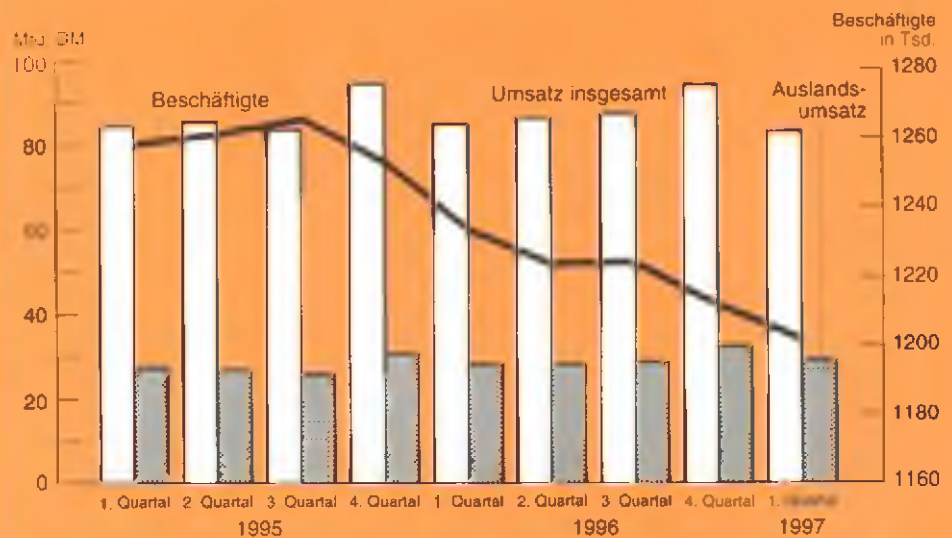
Zur Bedeutung baden-
württembergischer
Direktinvestitionen im
Ausland

Heft 24

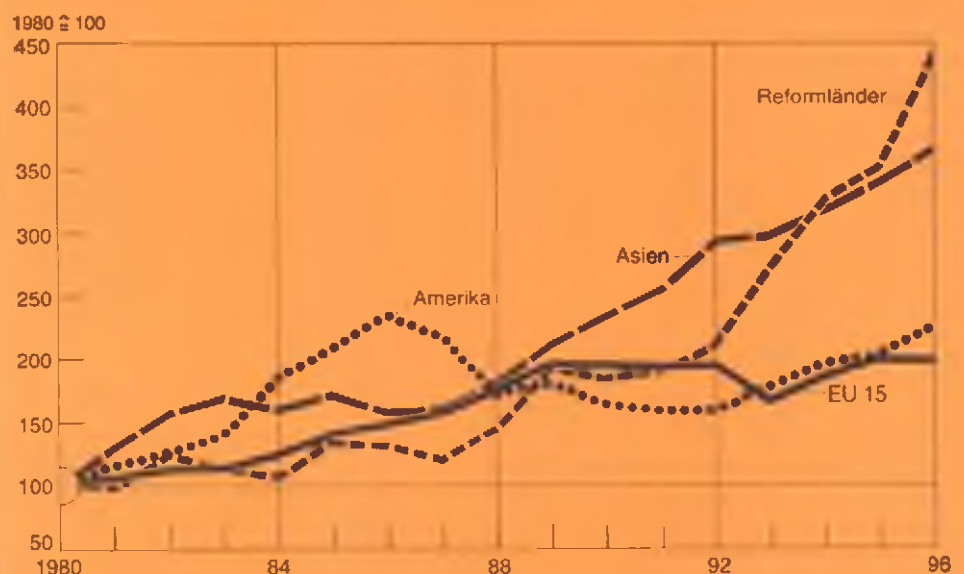
Baden-
Württemberg



Umsätze (nominal) und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe
Baden-Württembergs 1995 bis 1997



Ausfuhr Baden-Württembergs nach Kontinenten bzw. Ländergruppen



Statistisch-prognostischer Bericht 1997

Daten – Analysen – Perspektiven

Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg
vorgelegt vom Statistischen Landesamt

Artikel-Nr. 1114 97001

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 70049 Stuttgart

Herausgeber und Vertrieb: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Str. 68, 70199 Stuttgart,

E-Mail: stala.bw@t-online.de, Internet: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>,

Telefon (0711) 6 41-28 66, Fax (0711) 6 41-21 30 oder 24 40

Preis DM 19,10

zuzüglich Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Nur wer mit den Fakten und Trends vertraut ist, mag erkennen, welche Veränderungen sich heute in Wirtschaft und Gesellschaft abzeichnen und welche Herausforderungen sich daraus für das politische Handeln von morgen ergeben. Interesse verdienen dabei nicht nur die spektakulären Entwicklungssprünge von Jahr zu Jahr, häufig sind es die fast unmerklich sich vollziehenden Veränderungen, die den Wandel über mehrere Jahre hinweg nachhaltig prägen. Ihnen gilt das besondere Augenmerk ebenso wie den zukunftsweisenden Entwicklungslinien. Wenn der statistisch-prognostische Bericht in der hiesigen Informationslandschaft nicht schon Tradition hätte, ich meine, man müßte ihn schaffen. So aber freue ich mich, daß er mit der diesjährigen Ausgabe zum 25. Mal erscheinen kann.

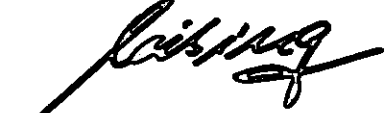
Die Aufgabe des Berichts besteht darin, durch eine kompakte Zusammenschau der Strukturen und Entwicklungen in den zentralen Feldern der Landespolitik eine verlässliche Daten- und Informationsgrundlage zu schaffen, die für die Positionsfindung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtig ist. Dabei geht es mehr darum, den längerfristigen Wandel der bekannten Strukturen aufzuzeigen als die kurzfristigen, eher konjunkturbedingten Aspekte zu beleuchten. Die Daten und Analysen des Berichts dienen der Regierung, den Ressorts und dem Landtag als Anregung und Stütze im politischen Entscheidungsprozeß. Sie dienen ebenso der Information der Kommunen, Verbände und Kammern wie auch der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die sich ein eigenes Urteil über die Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen. Hauptquelle dieser Informationen ist die amtliche Statistik. Durch ihre Objektivität, Neutralität und wissenschaftliche Unabhängigkeit bildet sie ein unverzichtbares Gegengewicht zu einseitig interessengeprägten Darstellungen.

Der Bericht beschreibt in seinem ersten Teil zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung die grundlegenden Strukturen der wichtigen Wirtschafts- und Sozialbereiche und untersucht, inwiefern die Entwicklungen am aktuellen Rand Ausdruck der bekannten Trends sind oder nennenswert davon abweichen. Im zweiten Teil des Berichts wird in Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen teils grundlegenden, teils aktuellen Fragestellungen nachgegangen, so den Hintergründen und Einflußfaktoren des Studienwahlverhaltens und seiner längerfristigen Veränderungen sowie der Frage, ob der markante Anstieg der Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen allgemein Ausdruck des Globalisierungsprozesses oder speziell Kennzeichen einer Standortschwäche bzw. Vehikel für den Export von Arbeitsplätzen ist. Bei dem Beitrag zu den demographischen Entwicklungen und Formen des Zusammenlebens geht es vor allem darum, ob die zu beobachtenden Tendenzen als Symptome einer Krise von Ehe und Familie zu sehen sind. Vom Beitrag zur ambulanten Pflegeversicherung sind erste Hinweise zu erwarten, ob das neu eingeführte Gesetz die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und die kommunalen Träger finanziell wirksam von Pflegekosten entlastet.

Mit bewährter Sorgfalt und großem Einsatz haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes die verfügbaren Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert. Über Expertengespräche mit Vertretern der jeweils betroffenen Ressorts wurden die statistischen Analysen um wertvolle Hintergrund- und Zusatzinformationen ergänzt. Der statistisch-prognostische Bericht ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Politikberatung und zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

Stuttgart, im September 1997

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg



Dr. Eberhard Leibing
Präsident

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Teil I Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1996/97	
Einleitung	9
Trends und Fakten 1996	9
Wirtschaftliche Perspektiven für Baden-Württemberg	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	15
Bevölkerung	20
Haushalte und Familien	22
Schulwesen	25
Wohnsituation	28
Gesundheitswesen	29
Gesamtwirtschaft	32
Baden-Württemberg im Bundesländervergleich	35
Weltwirtschaft	36
Dienstleistungen	37
Verarbeitendes Gewerbe	40
Bauwirtschaft	43
Einzelhandel	45
Außenhandel	46
Insolvenzen	49
Öffentliche Finanzen	51
Preise	54
Vermögen privater Haushalte	56
Einkommen	58
Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	
Längerfristige Veränderungen im Studienwahlverhalten	63
Zur Auswirkung der ambulanten Pflegeversicherung auf die Sozialhilfe	73
Demographische Entwicklungen und Formen des Zusammenlebens	83
Zur Bedeutung baden-württembergischer Direktinvestitionen im Ausland	95
Anhang	
Anhangtabellen	132
Autoren	141
Zeichenerklärung	142

Teil I

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1996/97

Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1996/97 *)

Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sind eng miteinander verbunden – selten zuvor war dies so deutlich wie heute. Bei guten Erwartungen investiert die Wirtschaft, schafft neue Arbeitsplätze oder bindet qualifiziertes Personal über Durststrecken hinaus an den Betrieb und zeigt sich bei Tarifverhandlungen großzügiger. Die Gebietskörperschaften und der Staat kommen bei der Festlegung von Steuern und Abgaben mit einem kleineren Teil von Gewinnen und Bruttoeinkommen aus – da die Bemessungsgrundlage besser ist – und sind doch eher in der Lage, die nötige Infrastruktur zu schaffen, die Maschen im sozialen Netz enger zu knüpfen oder Zukunftsaufgaben wie Forschung und Bildung großzügiger anzugehen. Der private Sektor hat mehr Arbeit und mehr Geld zur Verfügung, bildet Rücklagen für den Notfall und ist seltener auf staatliche Hilfe angewiesen.

Seit der Rezession ist dies anders. Mehr Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück, sparen an Personal und Ausbildung. Arbeitnehmer verlieren öfter ihren Arbeitsplatz und die junge Generation hat es bei der Suche nach einem angemessenen Ausbildungsplatz schwerer. Hinzu kommt, daß die Erwerbseinkommen hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich zurückbleiben und die Kaufkraft zudem durch höhere Mieten, Bankdienstleistungen, Kommunalabgaben und Ausgaben für die Gesundheit gemindert wird. Der Staat kann nicht mehr so großzügig helfen, da auch ihm die Mittel schwinden. Die Steuerquellen lassen in ihrer Ergiebigkeit nach, nicht nur durch die hohe Arbeitslosigkeit, welche den Umfang der Lohnsteuern schrumpfen läßt, sondern auch deswegen, weil die hohe Steuerlast Arbeitnehmer und Unternehmer nach Ausweichmöglichkeiten suchen läßt. Auch konjunkturbedingte Mehrausgaben kann der Staat nicht mehr über Neuverschuldung finanzieren, weil die Zinsaufwendungen jährlich steigen und weniger Raum lassen für Zukunftsaufgaben. Auch im laufenden Jahr müssen wichtige Investitionen zurückgestellt werden.

Die zu lösenden Aufgaben sind nicht in ganzem Umfang hausgemacht. Der seit den 80er Jahren zu beobachtende Trend zur Globalisierung setzt Wirtschaft und Gesellschaft einem ständigen Anpassungsdruck aus und verlangt von allen eine hohe Leistungsfähigkeit. Gefragt sind wettbewerbsfähige Produkte, angemessene Genehmigungs- und Kontrollverfahren, eine hohe Qualität in Forschung und Ausbildung sowie flexible und hochwertige Arbeit. Der Verlust arbeitsintensiver und technologisch weniger anspruchsvoller Teile der Produktion an Niedriglohnländer, dem sich alle Hochlohnländer ausgesetzt sehen, kann nur kompensiert werden, wenn neue Märkte

bei humankapitalintensiven und technologisch anspruchsvollen Produkten hinzukommen. Vor allem gering qualifizierte Arbeitskräfte sind durch die internationale Arbeitsteilung einem starken Druck ausgesetzt und die somit geforderte Anpassung wird durch Zuwanderung nicht geringer.

Hinzu kommt, daß sich der Altersaufbau der Bevölkerung ändern wird. Eine niedrige Geburtenrate und steigende Lebenserwartung lassen den Anteil älterer Menschen wachsen und den Anteil der erwerbsfähigen Generation schrumpfen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen diesen Gegebenheiten Rechnung tragen. Ein solides Leistungsvermögen der Volkswirtschaft ist dazu die wichtigste Voraussetzung.

Trends und Fakten 1996

Wirtschaft und Gesellschaft nehmen derzeit eine Entwicklung, die sich in bezug auf Richtung und Intensität stark voneinander unterscheidet. Während der Staat und große Teile der Bevölkerung, namentlich solche, die auf Erwerbseinkommen angewiesen sind, noch immer unter dem Eindruck der zurückliegenden Rezession stehen, befindet sich ein Teil der Wirtschaft, insbesondere die Dienstleistungsunternehmen, auf einem beachtlichen Wachstumspfad.

- Die Bevölkerung Baden-Württembergs wächst nach Jahren starken Wachstums seit 1994 nur noch mit einer leichten Rate. Im Zusammenhang mit der Auflösung des Ostblocks, dem Berliner Mauerfall und dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien waren in nur fünf Jahren gut 700 000 Menschen mehr nach Baden-Württemberg zugewandert als das Land verlassen haben. Durch den Geburtenüberschuß waren gleichzeitig nochmals 100 000 Bürger hinzugekommen. Das jetzige Bevölkerungswachstum resultiert einzig aus dem Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinnen bei Ausländern, während die deutsche Wohnbevölkerung schrumpft.
- Die Entwicklung der Anzahl der Haushalte in Baden-Württemberg seit den 70er Jahren ist geprägt durch eine überdurchschnittliche Erhöhung der Einpersonenhaushalte. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch heute noch die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen mit anderen zusammen in einem Haushalt lebt (83 %). Alleinlebende sind nach wie vor ältere Menschen, vor allem Witwen. Aber auch

*) Redaktionsschluß: Anfang Juni 1997.

- zunehmend mehr junge Männer und Frauen leben zumindest vorübergehend alleine. Sprunghaft angestiegen ist die Anzahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften, wobei diese Lebensform mit der Geburt eines Kindes häufig in eine Ehe überführt wird. Die Anzahl der Ehepaare mit Kindern hat sich reduziert, die Zahl der in den Familien lebenden Kinder ebenfalls. Angestiegen ist die Zahl kinderloser Ehepaare und die der Alleinerziehenden. Unter den alleinerziehenden Müttern fällt auf, daß es zunehmend mehr ledige Mütter sind.
- Nach dem Rückgang in 1995 blieben die Wohnungsfertigstellungen in Baden-Württemberg 1996 erneut unter dem Vorjahresniveau. Um den Wohnungsbedarf zu decken, müßten bis zum Jahr 2005 jährlich ca. 65 000 neue Wohnungen entstehen. 1996 wurden 78 800 Wohnungen fertiggestellt. Das sind zwar 13 % weniger als im Vorjahr, die Fertigstellungszahl liegt aber damit immer noch deutlich über dem Soll. In dem Rückgang der Fertigstellungszahlen ist daher im wesentlichen eine Anpassung an die Marktsituation im Hinblick auf die mittelfristig absehbare Nachfrageentwicklung zu sehen.
 - Auf dem Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr die Lage weiter verschlechtert. So haben sich die Hoffnungen auf eine Abflachung des Stellenabbaus nicht erfüllt. Nachdem sich der Beschäftigungsrückgang bis 1995 abgeschwächt hatte, verloren im vergangenen Jahr durch die schwache Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe wieder mehr Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist inzwischen auf das Niveau des Jahres 1989 gesunken. Erschwert wurde die Lage dadurch, daß der Stellenzuwachs im Dienstleistungssektor seit der Rezession immer schwächer wurde. Damit schlug der Stellenabbau im Produzierenden Gewerbe voll auf die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung durch. Die einzigen Wirtschaftsbereiche, die 1996 im Vergleich zum Vorjahr mehr Personal benötigten, waren die Anbieter von unternehmensnahen und Humandienstleistungen sowie die Organisationen ohne Erwerbszweck.
 - Der Schwund an Arbeitsplätzen ließ die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr mit höherem Tempo steigen, und ohne die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Arbeitsämter hätte es auf dem Arbeitsmarkt noch düsterer ausgesehen. Daß die Arbeitgeber den wirtschaftlichen Aufschwung noch unter großen Vorbehalten sehen, äußerte sich in einer Zurückhaltung bei den Stellenangeboten und auch darin, daß Personalanforderungen zu einem hohen Anteil zeitlich befristet waren. Auch die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen ging nochmals zurück, was in Verbindung mit den steigenden Bewerberzahlen die Anspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt weiter verschärfte.
 - Während die Beschäftigungschancen in zunehmendem Maße durch das Produzierende Gewerbe bestimmt werden, ist die Entwicklung der realen Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg vor allem durch die Dienstleistungsunternehmen geprägt. Mit dem vergangenen Jahr wurde die zurückliegende Rezession gesamtwirtschaftlich endgültig überwunden. Das reale Bruttoinlandsprodukt erreichte erstmals seit 1992 wieder einen neuen Höchststand und die Wirtschaft im Südwesten schwenkte wieder auf den Wachstumspfad der achtziger Jahre ein. Stärkster Wachstumsträger waren die Dienstleistungsunternehmen (ohne Handel, Verkehr und Staat), deren reale Wirtschaftsleistung so stark zunahm, daß sie die noch bestehenden Rückstände im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe mehr als kompensieren konnten. Die Wachstumsschwäche im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe, aber auch die Tendenz zum Outsourcing haben dazu beigetragen, daß sich der Strukturwandel in den letzten Jahren beschleunigt hat. Die Dienstleistungsunternehmen erwirtschafteten im vergangenen Jahr erstmals eine höhere preisbereinigte Bruttowertschöpfung als die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes.
 - Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft in allen Dienstleistungssparten positiv, am dynamischsten bei den vorwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Dieser Bereich erwirtschaftet mittlerweile fast die Hälfte der gesamten realen Bruttowertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen des Landes und stellt damit die wichtigste Dienstleistungsbranche dar. Daß die Dienstleistungsunternehmen trotz der wirtschaftlichen Dynamik zum Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe nur ein schwaches Gegengewicht bilden, liegt an der weitaus höheren Arbeitsproduktivität im Dienstleistungsbereich.
 - Im Verarbeitenden Gewerbe legte die Produktion im vergangenen Jahr nur leicht zu. Eine spürbare Expansion war allein im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zu beobachten, während die Gebrauchsgüter- bzw. Verbrauchsgüterhersteller weniger produzierten als 1995. Tragende Kraft war das Auslandsgeschäft, das ein Umsatzplus von 6 % verzeichnete und vor allem dem Fahrzeugbau, dem Maschinenbau sowie der chemischen Industrie zugute kam. Der Verkauf an inländische Abnehmer ging dagegen um 1 % zurück.
 - Aufgrund der schwachen Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe erreichten die Insolvenzen 1996 ein neues Rekordniveau. Die Insolvenzfälle sind im sechsten Jahr in Folge gestiegen und lagen 1996 um knapp ein Drittel über dem Maximum nach der Rezession Anfang der 80er Jahre. Anders als in anderen Bundesländern hat sich das Tempo der Insolvenzent-

Tabelle 1

Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg seit 1994 nach Wirtschaftsbereichen

– in Preisen von 1991, Veränderung gegen Vorjahr in % –

Wirtschaftsbereich	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	Nachrichtlich: Anteil an der unbereinigten Bruttowert- schöpfung 1996
	Veränderung gegen Vorjahr in %				%
Produzierende Wirtschaft²⁾	+ 1,8	– 0,1	+ 0,6	+ 1,4	+ 42,0
Verarbeitendes Gewerbe	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,5	+ 33,3
Baugewerbe	– 0,7	– 2,6	– 3,5	– 1,0	+ 4,9
Handel und Verkehr	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 12,0
Dienstleistungsunternehmen	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,8	+ 4,9	+ 34,1
Kreditinstitute, Versicherungen, Wohnungsvermietung	+ 5,2	+ 4,4	+ 5,5	+ 5,7	+ 12,9
sonstige Dienstleistungen (vorwiegend haushalts- und unternehmensbezogene Dienstleistungen)	+ 4,7	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,5	+ 21,2
Staat³⁾	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,5	+ 11,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,3	X

1) Eigene Schätzung. – 2) Produzierendes Gewerbe einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. – 3) Einschließlich private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

wicklung zuletzt allerdings deutlich abgeschwächt. Die Insolvenzgefahr ist im Südwesten damit weiterhin am geringsten.

- Die Bauwirtschaft hat im zurückliegenden Jahr das schlechteste Ergebnis seit 1980 erzielt. Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung setzte das Baugewerbe 1996 mit dem vierten Rückgang in Folge seine zuletzt ungünstige Entwicklung weiter fort. Die reale und kalenderbereinigte Rohbauleistung lag 1996 um rund 10 % unter dem Vorjahreswert. Insbesondere der Hochbau mußte drastische Produktionseinbrüche hinnehmen. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe blieben 1996 in ihrem Wert um über 11 % hinter dem Niveau des Vorjahres zurück.
- Die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte blieb im vergangenen Jahr hinter den Erwartungen zurück. Trotz steuerlicher Erleichterungen trübte sich das Konsumklima bald ein. Damit brachte auch das vergangene Jahr für den Einzelhandel keine Trendwende. Seit 1991 liegen die preisbereinigten Umsätze nunmehr im Abwärtstrend, zuletzt allerdings nur noch in abgeschwächter Form. In der verhaltenen Konsumnachfrage spiegelt sich die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt und deren Auswirkungen auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte wider.

- Das Geldvermögen der privaten Haushalte hat sich in den letzten zehn Jahren stark erhöht, im Südwesten stärker als im früheren Bundesgebiet insgesamt. Allein der Wert von Spargbüchern, Bausparguthaben und Wertpapieren ist von 1988 bis 1993 brutto um jährlich 2 000 DM je Haushalt gestiegen. Vermögen wird als Einkommensquelle immer wichtiger. Von fünf vermögenssteuerpflichtigen Personen gehen derzeit nur zwei einer Erwerbstätigkeit nach, 1980 waren es noch drei. Zu dieser Verschiebung hat vor allem der materielle Wohlstand vieler Rentner und Pensionäre beigetragen.
- Während den Vermögenseinkommen der privaten Haushalte wachsende Bedeutung zukommt, bleiben die Erwerbseinkommen hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurück. Nachdem in Baden-Württemberg die Nettolöhne und -gehälter nach Abzug der Preissteigerungen schon in den 80er Jahren kaum noch gestiegen sind, sind sie in den 90er Jahren sogar auf das Niveau von 1988 zurückgefallen. Daß es nach Angaben für das Bundesgebiet erstmals wieder zu einem realen Lohnanstieg gekommen ist, ändert daran nichts. Der Hauptgrund für die Schmälerung der Erwerbseinkommen liegt in der Entwicklung der Sozialabgaben, die im Zeitraum 1991 bis 1994 dreimal so schnell gewachsen sind wie die Bruttolöhne und

-gehälter. Dies und die hohe Arbeitslosigkeit haben den Anteil der Löhne und Gehälter am verfügbaren Einkommen merklich schrumpfen lassen. Während er 1990 noch die Hälfte davon ausgemacht hat, betrug er 1994 nur mehr 45 %. Der Anteil der Transfereinkommen und der Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen ist dagegen gewachsen.

- Dem Staat ist es im vergangenen Jahr gelungen, die zu Beginn der 90er Jahre immer drückendere Steuerlast zu begrenzen. Durch die Freistellung des Existenzminimums von der Einkommensteuer, die Anhebung des Kinderfreibetrags und die Abschaffung des Kohlepfennigs wurde der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt um gut 1 Prozentpunkt auf 23,2 % zurückgeführt. Die Wirkung dieser Maßnahmen auf die Einkommen der privaten Haushalte wurde allerdings durch Hebung der Beitragssätze zur Renten-, Pflege- und Krankenversicherung um insgesamt 0,4 % geschmälert. Bei einer Abgabenquote von zusammen 43 % ist der Zugriff von Staat und sozialen Sicherungssystemen auf das Bruttoinlandsprodukt noch immer wesentlich stärker als zu Beginn der 90er Jahre. 1990 betrug der Abgabenwert noch 40,5 %.
- Hohe Subventionen, steigende soziale Leistungen, die Finanzierung der deutschen Einheit und das Anwachsen der Zinslast haben den Handlungsspielraum des Bundes in den letzten Jahren stark eingeschränkt. 1996 mußten für die Zinszahlungen 16 % der Steuereinnahmen verwendet werden. Von daher sinkt der Spielraum für Investitionen zusehends. 1996 blieben 4,6 % der Ausgaben für Investitionen übrig, 1990 waren es noch 5 %. Die Verschuldung Baden-Württembergs ist allerdings wesentlich niedriger als die Verschuldung des Bundes und auch niedriger als die der meisten Bundesländer. Jeder Einwohner Baden-Württembergs war 1996 rechnerisch mit 5 162 DM Landesschulden und mit 10 300 DM Bundesschulden belastet. Nur die Bürger Bayerns waren weniger mit Steuern belastet. Zur Kreditfinanzierung wurden auch sie etwas stärker herangezogen als die Baden-Württemberger. Trotzdem drückt auch in Baden-Württemberg die Schuldenlast schwer. 16 % der Ist-Einnahmen müssen für Zinszahlungen aufgewendet werden.
- Der Außenhandel profitiert derzeit vom Höhenflug des Dollars und einer stabil aufwärtsgerichten Weltkonjunktur. Hinzu kommt, daß sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der südwestdeutschen Exporteure nach moderaten Tarifaabschlüssen und stabilen Rohstoffpreisen weiter gebessert hat. Nach deutlichen Zuwächsen in den Jahren zuvor hat das Exportvolumen 1996 abermals zugenommen und damit die zu Beginn der 90er Jahre aufgetretene Stagnationsphase bei den baden-württembergischen Ausfuhren überwunden. Ihre derzeitige Stärke drückt sich auch im

Vergleich mit dem Bundesgebiet aus. Bei einem Plus von 6 % war ihr Zuwachs doppelt so hoch wie im Durchschnitt der anderen Bundesländer. Der Erfolg dieser Entwicklung zeigt sich vor allem dadurch, daß verlorene Marktanteile in den USA zurückgewonnen und die Präsenz auf den Wachstumsmärkten Osteuropas und im südostasiatischen Raum gestärkt werden konnten.

- Die stark von der Investitionsgüterindustrie geprägte und in hohem Maße exportorientierte Wirtschaft Baden-Württembergs erhält durch die seit nunmehr einem Jahr lebhaft expandierende Weltwirtschaft starke Impulse. Sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch bei den Dienstleistungsunternehmen verlief die Entwicklung wieder dynamischer. Im vergangenen Jahr erzielte die baden-württembergische Wirtschaft erstmals wieder seit der zurückliegenden Wachstumschwäche nach Hessen und Bayern das dritthöchste Wirtschaftswachstum. Dies dürfte auch als Erfolg starker Rationalisierungsanstrengungen gewertet werden, der sich in höheren Arbeitsproduktivitäten niederschlägt. Trotz des derzeit mit dem Produktivitätsfortschritt einhergehenden Stellenabbaus bietet die vergleichsweise stark von der Investitionsgüterindustrie geprägte Wirtschaft im Südwesten noch gute Beschäftigungschancen. Ausdruck hierfür sind die Arbeitslosenquoten, die in keinem anderen Bundesland so niedrig sind wie in Bayern und Baden-Württemberg.

Wirtschaftliche Perspektiven für Baden-Württemberg

Rahmenbedingungen eher günstig

Die Rahmenbedingungen bieten insgesamt betrachtet einen guten Nährboden für eine leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Eine Beschleunigung des Preisauftriebs ist nicht zu beobachten und angesichts moderater Tarifaabschlüsse auf der Nachfrageseite und nur langsam zunehmender Kapazitätsauslastung auf der Angebotsseite, auch kaum zu erwarten. Auf dieser Grundlage dürften sich die Produktivität und Lohnstückkosten weiter verbessern und dazu beitragen, die Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen.

Dies sollte die Unternehmen dazu ermuntern, bisher aus finanziellen Erwägungen zurückgestellte Investitionsvorhaben zu realisieren, zumal die zwar verhalten, aber doch ständig wachsende gesamtwirtschaftliche Nachfrage eine weitere Verbesserung der Unternehmenserträge in Aussicht stellt.

Ein allmähliches Anspringen des Investitionsmotors wird auch aus einem anderen Grund immer wahrscheinlicher; er ist aus dem Blickfeld gerückt, weil die Zusammenhänge Jahre zurückliegen. Im Zusammenhang mit der deut-

schen Einigung und der dadurch induzierten Boomphase hat die deutsche Wirtschaft einen Kapitalstock aufgebaut, dessen Wachstum die gesamtwirtschaftliche Entwicklung übertroffen hat. Die seit der Industrierezession zu beobachtende Investitionsschwäche kann demnach so erklärt werden, daß die in den frühen neunziger Jahren bereitgestellten Bauten und Maschinenparks – zumal in der Produzierenden Wirtschaft – ausreichen, um namentlich der schwachen Nachfrage aus dem Inland zu entsprechen. Der auffallend niedrige und nur langsam steigende Auslastungsgrad scheint diese Sichtweise zu stützen. Inzwischen haben allerdings die wirtschaftlichen Leistungen – gerade in der industriellen Fertigung, wo der Kapitalbedarf je produzierte Einheit besonders hoch ist – ein Niveau erreicht, das neben Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen in zunehmendem Umfang auch Erweiterungsinvestitionen nötig macht. Die damit zu erwartende Erhöhung der Nachfrage nach Investitionsgütern verbessert insbesondere die Aussichten des in Baden-Württemberg stark vertretenen Maschinenbaus, der in den letzten Jahren von der Investitionsschwäche stark betroffen war.

Konsumnachfrage ohne Schwung

Von daher scheint auf der Angebotsseite der Boden für eine zügige Erholung der Inlandsnachfrage bestellt. Haupthindernis hierfür ist und bleibt die weiterhin schwache Entwicklung der Erwerbseinkommen, deren bremsende Wirkung auf die Binnennachfrage durch den anhaltend positiven Trend bei den Einkommen der privaten Haushalte aus Vermögen und Unternehmertätigkeit nicht wettgemacht wird. Weil die tariflichen Stundenlöhne nur wenig steigen und die Beschäftigtenzahl noch weiter sinken wird, ist damit zu rechnen, daß die Bruttolohnsumme 1997 sogar geringer ausfällt als im Vorjahr. Die Tendenz zur Vergrößerung der Nachfragerücke wird durch den Anstieg der Abgabenlast verstärkt. Die Anhebung der Beitragssätze zur Renten- und zur Krankenversicherung ist jedenfalls im Volumen höher zu veranschlagen als die Erhöhung des Kindergeldes, das im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung zu einer Minderung des Kinderfreibetrags führt.

Die Einkommen aus staatlichen Transferzahlungen werden sich nach den vielfältigen Einschnitten nur sehr mäßig entwickeln, wenn auch nominal noch steigen. Insgesamt werden 1997 vom verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte noch Impulse auf die Inlandsnachfrage ausgehen, weil die Einkommen aus Vermögen nach erneutem Bestandszuwachs und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit weiter zunehmen.

Leichter Konjunkturaufwind im Südwesten

Aus den oben dargestellten Wirkungsketten und speziellen Kenntnissen über den Konjunkturverlauf in den einzelnen Wirtschaftsbereichen Baden-Württembergs

lassen sich Annahmen für die wirtschaftliche Entwicklung für das laufende Jahr 1997 ableiten. Bei allen Unwägbarkeiten, die im Prinzip jeder Prognose anhaften, läßt sich das Fehlriskio doch insofern begrenzen, als der auf diesen Annahmen aufgebauten Modellrechnung schon Daten für das erste Quartal zugrunde liegen, die teilweise (wie im Fall der Auftragseingänge) schon eine zukunftsbezogene Vorausschau zulassen. Dem Rechenmodell wird als wirtschaftliche Gliederung die Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde gelegt. Quantitativ weniger bedeutende Bereiche wie die Energiewirtschaft oder private Haushalte werden mit größeren Aggregaten zusammengefaßt.

Annahmen der Prognose

Besonderes Augenmerk wurde dem Verarbeitenden Gewerbe gewidmet. Es hat unter den getrennt beobachteten Wirtschaftsbereichen mit exakt einem Drittel nicht nur den höchsten Anteil, sondern weist auch eine auffällig divergierende Entwicklung auf, weil es unterschiedlichen Einflußfaktoren unterliegt.

- Die Auslandsnachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes wird sich insgesamt im derzeit vorherrschenden Trend weiterentwickeln. Sowohl Produktivität als auch Lohnstückkosten wurden leicht verbessert und auch die Erzeugerpreise bleiben weitgehend stabil. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich daher eher gebessert, gegenüber Konkurrenten aus dem Dollarraum durch die anhaltende Stärke des Dollars sogar deutlich. Für eine wesentliche Stärkung der Auslandsnachfrage spricht auch die wirtschaftliche Expansion, die in allen Hauptpartnerländern zu beobachten ist. Das Wachstumstempo der Auslandsnachfrage wird sich jedoch nicht weiter forcieren, weil speziell die Nachfrage nach Fahrzeugen (rund ein Viertel der Exporte) sich nicht so dynamisch entwickeln wird wie zuletzt. Der Auslandsumsatz dürfte sich 1997 um 6 % erhöhen.
- Die Inlandsnachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes wird sich nach schwachem Start im Laufe des Jahres erholen und etwa im Herbst wieder positive Zuwachsraten aufweisen. Eingeleitet wird die Trendumkehr durch ein allmähliches Anziehen der Investitionsneigung, die sich fortsetzen, aber nur leicht verstärken wird. Einer Forcierung steht die insgesamt schwache Einkommensentwicklung entgegen. Der Inlandsumsatz dürfte im Jahresdurchschnitt um 0,5 % steigen.
- Die Baukonjunktur wird auch 1997 ihren Schrumpfprozeß fortsetzen, wenngleich der Abwärtstrend deutlich abflacht. Minusraten sind vor allem noch vom Mietwohnungsbau zu erwarten, weil dessen Markt inzwischen deutliche Sättigungstendenzen aufweist und die steuerliche Förderung eingeschränkt wurde. Dagegen

dürfte der Wirtschaftsbau von der Investitionsbelegung merklich profitieren. Insgesamt wird mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um 1 % gerechnet.

- Der Handel wird vom leichten konjunkturellen Aufwind nur wenig profitieren. Die Kaufkraft der privaten Haushalte bleibt in der Tendenz noch verhaltener als im Vorjahr. Die verfügbaren Einkommen steigen real um 1 %, die Umsätze der Handelsunternehmen etwa um 1,5 %.
- Die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen werden sich auf ihrem ausgeprägten Wachstumspfad fortentwickeln. Die allmähliche Belegung der Investitionen wird den rechnerischen Nachteil des hohen Ausgangsniveaus ausgleichen. Zuwachs der Bruttowertschöpfung um 8 %.
- Die Wohnungswirtschaft wird an ihr hohes Wachstum des Vorjahres anschließen. Die Mietpreise werden wegen der in einigen Segmenten des Wohnungsmarkts zu beobachtenden Sättigungstendenzen weniger stark steigen als im Vorjahr. Zuwachs der Bruttowertschöpfung um 4 %.
- Nach schwachem ersten Halbjahr werden unternehmensnahe Dienstleistungen von der allmählichen Erholung der Inlandsnachfrage im Verarbeitenden Gewerbe profitieren, auch deshalb, weil sich die konjunkturelle Talfahrt im Baugewerbe deutlich abflacht. Zuwachs der Bruttowertschöpfung um 4,5 %.

- Der Staat wird seine Sparanstrengungen verstärken und den Ausgabenanstieg durch Einschnitte im Personalhaushalt begrenzen. Zuwachs der Bruttowertschöpfung um 0,5 %.

Unter Zugrundelegung des oben beschriebenen Szenarios und deren Quantifizierung anhand der aktuellen Trends in den Einzelreihen ist zu erwarten, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs nach den wachstumsschwachen Jahren 1995 und 1996 wieder in den längerfristigen Wachstumspfad mündet. Die errechnete Jahresveränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts von gut 2,25 % deutet darauf hin, daß der gesamtwirtschaftliche Entwicklungsprozeß dabei ist, die Phase der Erholung zu verlassen und in einen leichten Aufschwung zu münden.

Die im Ergebnis weitgehende Übereinstimmung mit der Wachstumsprognose im Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute bedeutet nicht, daß das Wirtschaftswachstum für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet deckungsgleich verlaufen wird. Dies würde weder der Anlage der beiden Modellrechnungen noch dem bisherigen Verlauf der beiden Entwicklungslinien gerecht. Hinzu kommt, daß in der Modellrechnung für Baden-Württemberg schon die Ist-Ergebnisse für das erste Quartal 1997 berücksichtigt werden konnten. Diese lassen nicht erkennen, daß die erwartete Investitionsbelegung sich schon in statistischen Werten niederge-

Tabelle 2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet am 30. September 1996

Wirtschaftsabteilungen	Baden-Württemberg		Früheres Bundesgebiet	
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		
		1 000	%	
Wirtschaftsabteilungen insgesamt ¹⁾	3 717,6	- 54,3	- 1,4	- 1,4
davon				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	29,5	- 1,1	- 3,6	- 2,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	35,3	- 0,4	- 1,0	- 3,8
Verarbeitendes Gewerbe	1 489,5	- 39,3	- 2,6	- 3,3
Baugewerbe	244,3	- 16,5	- 6,3	- 5,4
Handel	475,9	- 3,9	- 0,8	- 1,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	142,4	- 3,8	- 2,6	- 1,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	149,6	- 2,7	- 1,8	- 1,3
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	862,5	+ 16,0	+ 1,9	+ 1,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	81,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	207,5	- 4,0	- 1,9	- 0,5

1) Einschließlich ohne Angaben.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

schlagen hätte, für Baden-Württemberg ebenso wenig wie für das frühere Bundesgebiet. Die Trends in den bis April vorliegenden Einzelreihen für Baden-Württemberg und das Bundesgebiet lassen jedoch erwarten, daß sich die Konjunktur in den nächsten Monaten weiter zum Vorteil von Baden-Württemberg entwickeln wird. Hierfür sprechen nicht nur die günstigen Aussichten für den Export und die bevorstehende Belegung der Ausrüstungs-investitionen. Weniger beachtet ist bisher, daß sich die Dienstleistungsunternehmen in Baden-Württemberg anschicken, den Rückstand gegenüber dem Bundesgebiet aufzuholen. Seit der Rezession weist dieser Bereich in allen Sparten höhere Wachstumsziffern auf als im Bundesgebiet und der Aufholprozeß wäre deutlicher ausgefallen, wenn im Südwesten nicht das Niveaufälle für den Bereich Kreditinstitute, Versicherungen kraß ausfielen. Auch für 1997 ist zu erwarten, daß sich mit der Investitionsbelegung zumindest auch die unternehmensbezogenen Dienstleistungen zugunsten Baden-Württembergs entwickeln.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Stellenabbau wieder stärker

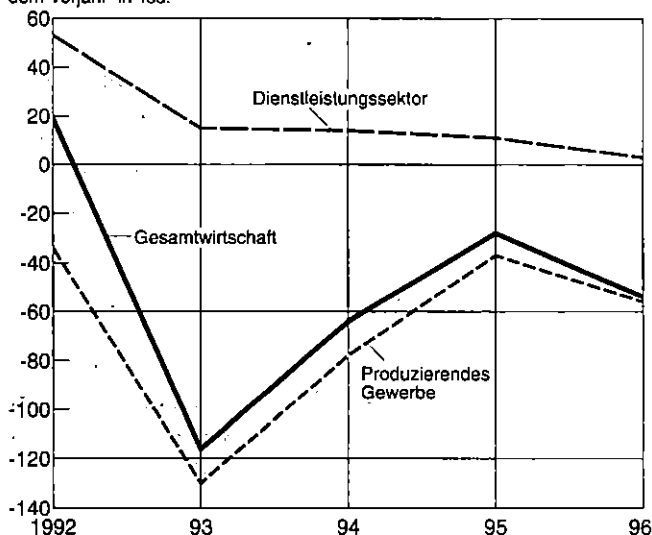
Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist wie erwartet im Jahr 1996 ausgeblieben und selbst die Hoffnungen auf eine Abflachung im Stellenabbau haben sich nicht erfüllt – im Gegenteil. Ende September 1996 waren in Baden-Württemberg 3 718 000 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 1,4 % weniger als im Vorjahr. Während der Stellenabbau in den vergangenen Jahren immer mehr nachgelassen hatte, war der prozentuale Rückgang der Beschäftigung 1996 wieder doppelt so stark wie ein Jahr zuvor. Im Vergleich zum September des Vorjahres verloren mehr als 54 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze. Damit erreichte die Beschäftigung im vergangenen Jahr nur noch das Niveau vom September 1989. Wie das Landesarbeitsamt festgestellt hat, hielt der Trend zum Stellenabbau auch über die Jahreswende hinaus an. Im Februar 1997 lag die Beschäftigung 1,5 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Ausschlaggebend für diese Gesamtentwicklung war im wesentlichen die schwache Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Alleine in diesen beiden Wirtschaftsbereichen standen 1996 binnen eines Jahres fast 56 000 Arbeitnehmer weniger in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis, darunter alleine 16 500 im Baugewerbe. Doch auch in vielen Branchen des Dienstleistungssektors wie in den Bereichen Handel, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie in den Verkehrsunternehmen wurde in großem Umfang Per-

Schaubild 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor Baden-Württembergs seit dem Beschäftigungshöchststand 1992*)

Absolute Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd.



*) Jeweils am 30. September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

210 97

sonal eingespart. Besonders die öffentlichen Arbeitgeber sahen sich angesichts der angespannten Haushaltslage gezwungen, mit weniger Personal auszukommen.

Die einzigen Wirtschaftsbereiche, die ihren Personalstand noch erhöhten, waren unternehmensnahe und Human-dienstleistungen sowie die Organisationen ohne Erwerbszweck.

Stellenzuwachs im Dienstleistungssektor schwächer

Seit dem Beschäftigungshöchststand im September 1992 läßt die Stellenzunahme im Dienstleistungssektor immer mehr nach. Im vergangenen Jahr waren im Dienstleistungssektor 1 919 000 Arbeitnehmer beschäftigt, nur 3 000 mehr als ein Jahr zuvor. Im Vergleich dazu belief sich der Stellenzuwachs im Jahr 1992 noch auf 53 000. Der Dienstleistungssektor ist damit immer weniger in der Lage, den Stellenabbau im Produzierenden Gewerbe auszugleichen.

Seit September 1992 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe um insgesamt 300 000 auf 1 769 000 verringert.

Diesem hohen Verlust an Arbeitsplätzen standen lediglich 43 000 zusätzliche Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor gegenüber. Personalanforderungen im Dienstleistungssektor konnten die Arbeitsplatzverluste in der Industrie nur zu einem Siebtel ausgleichen. Die Lage auf dem Beschäftigungsmarkt wird damit durch die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe bestimmt sein.

Von daher ist damit zu rechnen, daß sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr weiter verschlechtert. Insbesondere das Baugewerbe wird weiterhin Personal abbauen. Auch im Verarbeitenden Gewerbe steht noch kein Ende der Entlassungen in Aussicht. Im ersten Quartal 1997 waren dort rund 2,5 % weniger Mitarbeiter beschäftigt als ein Jahr zuvor. Wegen der derzeit wieder besseren Auftragslage dürfte sich der Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe jedoch im Laufe des Jahres wieder abschwächen. Insgesamt ist damit zu rechnen, daß das Tempo des Stellenabbaus wieder nachläßt. Die Unternehmen werden ihren Personalbestand erst dann wieder erhöhen, wenn die vorhandenen Personalreserven voll ausgeschöpft sind.

Arbeitslosigkeit steigt weiter

Der wieder stärkere Abbau von Arbeitsplätzen spiegelt sich in der Entwicklung der Arbeitslosenzahl wider. Seit nunmehr einem Jahr steigt die Arbeitslosigkeit im Land

mit höherem Tempo. Dieser Trend setzte sich bis ins Frühjahr dieses Jahres unvermindert fort. Die Arbeitslosenquote, die bereits zu Beginn des vergangenen Jahres das historisch hohe Niveau von über 8 % erreicht hatte, lag zu Beginn des Jahres 1997 sogar jenseits der 9 Prozentmarke. Im Januar waren in Baden-Württemberg erstmals mehr als 400 000 Menschen arbeitslos. Zwar ging die Zahl der Arbeitslosen bis Mai saisonbedingt auf rund 377 000 zurück, die Abnahme der Arbeitslosigkeit war jedoch schwächer als in früheren Jahren üblich.

Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich die Zahl der Arbeitslosen immer stärker erhöht. Lag die Arbeitslosenzahl im ersten Quartal noch um 5 % über dem entsprechenden Vorjahreswert, waren es im letzten Quartal bereits fast 11 % mehr. Durch diesen Anstieg im vergangenen Jahr wurde der leichte Rückgang im Jahr 1995 mehr als ausgeglichen, so daß die Arbeitslosenzahl in Baden-Württemberg im Jahresdurchschnitt auf das neue Maximum von 354 000 kletterte. Die Arbeitslosenquote stieg von 7,4 auf 8,0 %.

Obwohl sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert hat, schnitt Baden-Württemberg auch im vergangenen Jahr besser ab als andere Bundesländer. So nahm die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt der westlichen Bundesländer mit 9 % stärker zu als in Baden-Württemberg (knapp 8 %). In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres waren Baden-Württemberg und Bayern noch die einzigen Bundesländer mit einstelligen Arbeitslosenquoten. Von Januar bis Mai 1997 hat die Zahl

Tabelle 3

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1996 und 1997

Nachweis	Einheit	1996				1997	
		Januar bis April		Jahresdurchschnitt		Januar bis April	
		Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden-Württemberg	früheres Bundesgebiet
Arbeitslose	Anzahl	357 208	2 875 022	353 919	2 796 243	395 457	3 170 509
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 5,2	+ 8,1	+ 7,8	+ 9,0	+ 10,7	+ 10,3
Arbeitslosenquote ¹⁾	%	8,0 ²⁾	10,1 ²⁾	8,0	10,1	8,8 ²⁾	11,0 ²⁾
Kurzarbeiter	Anzahl	48 265	269 684	39 331	206 354	41 093	214 774
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 65,9	+ 81,5	+ 57,8	+ 61,1	- 14,9	- 20,4
Offene Stellen	Anzahl	46 340	286 120	44 838	270 440	49 945	293 254
	Veränderung zum Vorjahr in %	- 0,3	+ 2,2	+ 0,1	+ 1,5	+ 7,8	+ 2,5

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Ende April.
Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit.

der Arbeitslosen hierzulande stärker zugenommen als im früheren Bundesgebiet. Dies hat jedoch nichts daran geändert, daß die Arbeitslosenquote im Mai in keinem anderen Bundesland so niedrig war wie in Bayern (8,3 %) und Baden-Württemberg (8,6 %).

Anhaltende Erfolge arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Ohne die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Arbeitsämter hätte es auf dem Arbeitsmarkt noch weitaus düsterer ausgesehen. Im Durchschnitt des Jahres 1996 konnten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Arbeitsämter in Baden-Württemberg 88 200 Personen¹ vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden. Nach der Darstellung des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg wäre die Arbeitslosigkeit im Land im Jahresdurchschnitt 1996 ohne Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld, § 105c-Fälle², Maßnahmen für Rehabilitanden, Deutschkurse für Aussiedler, Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit, produktive Lohnkostenzuschüsse und Altersübergangsgeld um knapp 25 % höher ausgefallen. Damit war der prozentuale Entlastungseffekt genauso stark wie im Vorjahr.

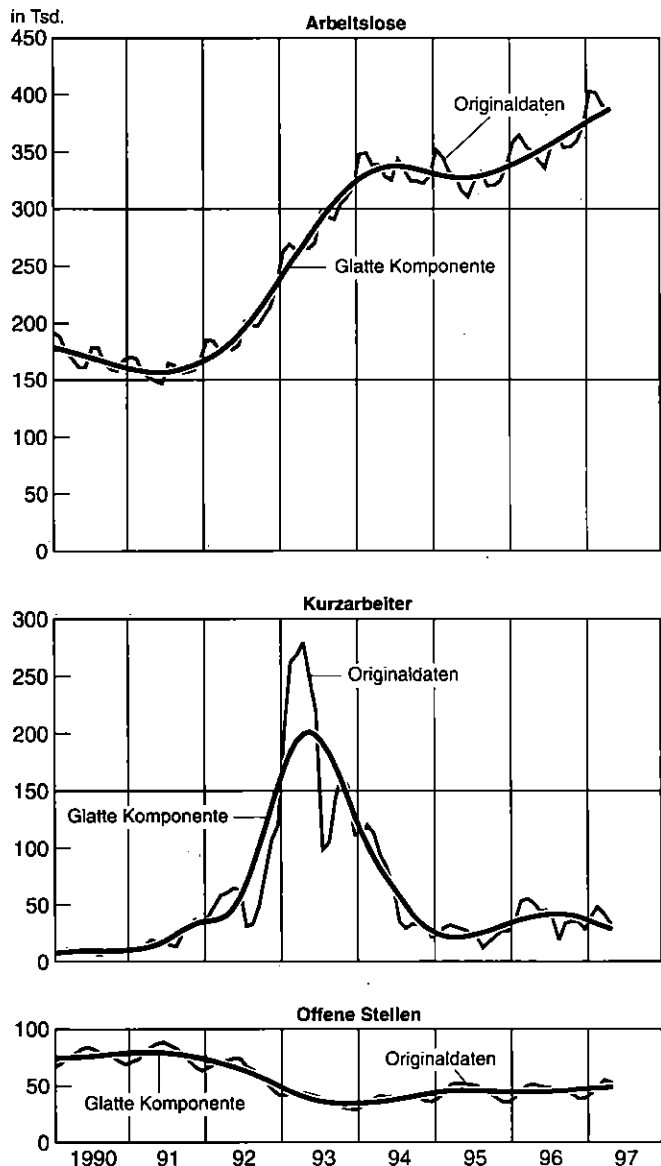
Die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt äußerte sich im vergangenen Jahr auch in einer Zunahme der Kurzarbeit. Insgesamt erreichte die Kurzarbeit jedoch trotz des Anstiegs im vergangenen Jahr in längerfristiger Sicht kein sehr hohes Niveau. Dies gilt insbesondere im Vergleich zum Rezessionsjahr 1993, als die Zahl der Kurzarbeiter noch ein Vielfaches betrug. Im Jahresdurchschnitt waren 1996 knapp 40 000 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen, fast 15 000 mehr als 1995. So war die Zahl der Kurzarbeiter im Baugewerbe im ersten Quartal 1996 etwa dreimal so hoch wie im Vorjahr. Auch zum Jahresbeginn 1997 war im Baugewerbe wieder eine starke Zunahme der Kurzarbeit zu beobachten. Seit Februar 1997 ist die Zahl der Kurzarbeiter vor allem wegen der besseren Witterung wieder zurückgegangen und lag im Mai mit insgesamt 26 000 rund 40 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Weiterhin Zurückhaltung beim Stellenangebot

Die Personalanforderungen seitens der Unternehmen aus Wirtschaft und Verwaltung zeigen bereits seit 1995 kaum Dynamik. Im vergangenen Jahr gingen in Baden-

Schaubild 2

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1990



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

211 97

Württemberg bei den Arbeitsämtern durchschnittlich knapp 45 000 Stellenangebote ein, genauso viele wie ein Jahr zuvor. Im Frühjahr stieg die Zahl der offenen Stellen bis auf 52 000 im Mai, was einem Zuwachs von rund 6 % gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht.

Die Zurückhaltung der Arbeitgeber hinsichtlich der Erweiterung des Personalbestands kam auch durch den immer höheren Anteil befristeter Stellenangebote zum Ausdruck. Von 1993 bis 1996 ist der Anteil der zeitlich begrenzten Stellenangebote von 18 auf 28 % gestiegen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres waren durchschnittlich ein Drittel der Stellenangebote befristet.

¹ Landesarbeitsamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 01/97, Februar 1997.

² Hierbei handelt es sich um 58jährige und ältere Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungsgeld bzw. Eingliederungshilfe, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich in diesem Jahr weiter verschlechtern. Selbst wenn das Tempo des Stellenabbaus im Verarbeitenden Gewerbe nachlassen sollte, bleibt derzeit lediglich die Hoffnung, daß die Arbeitslosigkeit weniger stark zunimmt.

Entlassungswelle älterer Mitarbeiter ebbt ab

Durch den starken Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe waren im vergangenen Jahr besonders die Männer betroffen. Wie zuvor nahm dabei die Zahl der arbeitslosen Arbeiter wieder stärker zu als die der arbeitslosen Angestellten.

Anders als in den Jahren zuvor ist im vergangenen Jahr der Anteil der Arbeitslosen, die älter als 55 Jahre waren, nur noch geringfügig gestiegen. Ende September 1996 waren 24 % der Arbeitslosen älter als 55 Jahre, gegenüber 23 % im Jahr zuvor. In dieser Stabilisierung dürften sich die neuen Vorruhestandsregelungen niederschlagen, denn in den Jahren zuvor war der Anteil der älteren Ar-

beitslosen noch kräftig gestiegen. Insbesondere in den Jahren 1993 bis 1995 schickten viele Arbeitgeber ihre älteren Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand. Innerhalb dieses Zeitraums nahm die Zahl der älteren Arbeitslosen um mehr als ein Drittel zu, dreimal so stark wie die der Arbeitslosen insgesamt.

Eng mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit älterer Menschen verbunden ist die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit. Denn mit zunehmendem Alter wird es immer schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden. Nach Jahren starker Zunahme der Langzeitarbeitslosen hat die Zahl der bereits länger als ein Jahr Arbeitslosen im vergangenen Jahr nur unterdurchschnittlich stark zugenommen: Schon 1995 suchte fast jeder dritte Arbeitslose länger als ein Jahr einen Arbeitsplatz.

Auch die Situation der ausländischen Arbeitnehmer wird zunehmend schwieriger. Der Anteil arbeitsloser Ausländer ist stetig gestiegen, seit dem letzten Tiefstand der Arbeitslosigkeit im Jahr 1991¹⁾ von knapp 18 auf 24 %. Dies dürfte vor allem an der meist geringeren Qualifikation der ausländischen Arbeitnehmer liegen. So hatten im September 1996 unter den arbeitslosen Ausländern nur rund 20 % eine abgeschlossene Berufsausbildung, während dies unter allen anderen Arbeitslosen bei über 60 % der Fall war. Daß eine gute Ausbildung in Zeiten knapper Arbeitsplätze wichtig ist, zeigte sich im vergangenen Jahr in der schwächeren Zunahme der Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Doch auch die Arbeitnehmer mit Ausbildungsabschluß – insbesondere die mit betrieblicher Ausbildung – sind mittlerweile stärker von Arbeitslosigkeit betroffen.

Tabelle 4

Arbeitslose in Baden-Württemberg 1996

Merkmal	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr
		%
Arbeitslose insgesamt	353 919	+ 7,8
nach Geschlecht		
Frauen	155 019	+ 6,5
Männer	198 900	+ 8,8
nach Alter ¹⁾		
unter 30 Jahren	89 430	+ 9,0
30 bis unter 55 Jahren	181 137	+ 10,2
55 Jahre und älter	83 109	+ 12,0
nach Berufsausbildung ¹⁾		
mit abgeschlossener Berufsausbildung	186 041	+ 9,4
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	167 635	+ 11,3
nach Stellung im Beruf ¹⁾		
Arbeiter	225 175	+ 11,4
Angestellter	128 501	+ 8,5
nach Dauer der Arbeitslosigkeit ¹⁾		
unter einem Jahr	248 899	+ 11,3
Langzeitarbeitslose	104 777	+ 8,1
Ausländer	85 646	+ 11,7
Aussiedler	20 394	+ 2,4
Schwerbehinderte	17 839	+ 6,5

1) Stand Ende September; Zahl der Arbeitslosen insgesamt: 353 676 (+10,3% gegenüber 1995).

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Arbeitsmarktsituation jüngerer Leute

Anspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Auf dem baden-württembergischen Ausbildungsstellenmarkt hat sich 1996 die Lage weiter angespannt. Im Vergleich zu 1995 hat sich der Lehrstellenüberhang von 6 600 auf 3 000 verringert. Am Ende des Berufsberatungsjahres 1995/96 war der Lehrstellenmarkt damit noch ausgeglichen. Wie aus dem Berufsbildungsbericht hervorgeht, standen Ende September 1996 rund 74 100 angebotenen Ausbildungsstellen knapp 71 100 Lehrstellenbewerber gegenüber. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 68 700 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, 300 weniger als im Vorjahr.

Die zunehmende Anspannung kommt besonders deutlich in den von der Arbeitsverwaltung registrierten Bewerber- und Lehrstellenzahlen zum Ausdruck, die einen

wichtigen Frühindikator am Ausbildungsstellenmarkt darstellen. Denn in Zeiten angespannter Ausbildungsmärkte nehmen viele Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, die Unterstützung der Arbeitsämter in Anspruch, während umgekehrt ausbildende Betriebe und Verwaltungen nicht in jedem Fall die Arbeitsverwaltung einschalten. So ermittelte die Arbeitsverwaltung in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr bereits einen Nachfrageüberhang auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Im Berufsberatungsjahr 1995/96 war erstmals wieder seit 1985/86 die Nachfrage nach Ausbildungsstellen größer als das Angebot. Von Oktober 1995 bis September 1996 wurden den Arbeitsämtern knapp 81 000 Berufsausbildungsstellen gemeldet, während über 85 000 Jugendliche eine Lehrstelle suchten. Das „Kippen“ des Ausbildungsstellenmarktes kam nach der Entwicklung der vergangenen Jahre nicht überraschend. Bereits seit 1992 hatte sich der Stellenüberschuß in Höhe von fast 74 000 Stellen von Jahr zu Jahr drastisch reduziert. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war, daß die baden-württembergischen Arbeitgeber deutlich weniger Lehrstellen angeboten haben, aber auch die zunehmenden Bewerberzahlen. Seit dem Berufsberatungsjahr 1991/92 ging das Angebot an Ausbildungsstellen um rund 57 000 zurück, während sich die Zahl der Lehrstellenbewerber im gleichen Zeitraum um mehr als 21 000 erhöhte. Nach gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wirtschaft ist das Angebot an Lehrstellen zuletzt nicht mehr so stark zurückgegangen wie noch in den beiden Jahren zuvor (1996: – 6 %, 1995: – 14 %, 1994: – 22 %). Der Andrang auf den Lehrstellenmarkt war jedoch 1996 mit 5 % mehr Bewerbern genauso stark wie im Vorjahr.

Am Ende des Berufsberatungsjahres 1995/96 waren knapp 5 400 Lehrstellen noch nicht besetzt und rund 2 300 Bewerber noch nicht vermittelt. Die angespannte Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erfordert von den Jugendlichen bei der Berufswahl ein immer höheres Maß an Flexibilität. So blieben 1996 lange nicht mehr so viele Ausbildungsstellen unbesetzt wie noch vor einigen Jahren, und die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber nahm nicht mehr so stark zu. Offensichtlich ist es für die jungen Leute wichtiger geworden, überhaupt in ein Ausbildungsverhältnis aufgenommen zu werden, auch wenn der Ausbildungsplatz in fachlicher und/oder regionaler Hinsicht nicht ihren Wunschvorstellungen entspricht.

Das Lehrstellenangebot ist 1996 mit Ausnahme der Verkehrsberufe in allen Berufsgruppen zurückgegangen, wenn auch nicht mehr so stark wie ein Jahr zuvor. Nur bei den technischen Berufen hat sich der Lehrstellenrückgang verstärkt. Seit 1992 sind immer mehr Berufsgruppen vom Nachfrageüberhang betroffen. War 1993 nur bei den technischen Berufen und den Verwaltungs- und Büroberufen die Zahl der Bewerber größer als das Lehrstellenangebot, traf dies beispielsweise 1994 auch auf die Berufe der Fachgebiete Recht, Medizin, Kunst und Soziales und 1995 zusätzlich auf die beliebte Gruppe der kaufmännischen Berufe zu. Die Chancen auf ei-

nen Ausbildungsplatz waren 1996 bei den technischen Berufen mit fast 220 Bewerbern auf 100 angebotene Lehrstellen am ungünstigsten, gefolgt von den Rechts-, Medizin-, Kunst- und Sozialberufen mit 180 und den Verwaltungs- und Büroberufen mit fast 150. Vergleichsweise gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz hatten dagegen 1996 wie schon in den Jahren zuvor die Jugendlichen, die Ernährungs-, Metall- oder Bauberufe ergreifen wollten.

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird 1997 noch stärker als zuletzt von der Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe und Verwaltungen abhängen. Nach der Zwischenbilanz des Landesarbeitsamtes zur Halbzeit des Berufsberatungsjahres 1996/97 ist die Zahl der Lehrstellenbewerber von Oktober 1996 bis März 1997 gegenüber dem Vorjahr um 7 % gestiegen, während das Stellenangebot um fast 10 % geringer war. Erschwert wird die Lage in diesem Jahr auch dadurch, daß 1996 rund 11 000 Jugendliche – das sind etwa 1 000 mehr als 1995 – am Berufsvorbereitungsjahr teilgenommen und damit eine einjährige Warteschleife auf einen Ausbildungsplatz durchlaufen haben. Diese werden 1997 als Altnachfrager zusätzlich auf den Ausbildungsstellenmarkt treten. Somit ist damit zu rechnen, daß die Anspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt voraussichtlich über das laufende Jahr hinaus noch einige Zeit bestehen bleibt. In einer Prognose kommt das Statistische Landesamt zu dem Ergebnis, daß der Lehrstellenbedarf wegen der steigenden Schülerzahlen in den nächsten zehn Jahren aller Voraussicht nach um mindestens 25 % zunehmen müßte. Alleine in diesem Jahr besteht im Vergleich zu 1996 ein zusätzlicher Bedarf von rund 3 000 Lehrstellen.³

Arbeitslosigkeit jüngerer Leute vergleichsweise gering

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen nur unterdurchschnittlich stark erhöht, im Jahr 1995 sogar überdurchschnittlich stark verringert. Im Jahresdurchschnitt 1996 waren mit knapp 11 000 Arbeitslosen 3 % aller Arbeitslosen im Land jünger als 20 Jahre. Auch die Arbeitslosenquote der Jugendlichen lag mit 7,1 % deutlich unter der gesamten Arbeitslosenquote von 8,0 %. Allerdings hat sich die Arbeitslosenquote der Jugendlichen seit dem letzten Tiefstand der Arbeitslosigkeit im Jahr 1991 demographisch bedingt um den Faktor 2,6 erhöht, während dieser bei der Arbeitslosenquote aller Altersgruppen nur 2,2 betrug.

Insbesondere in Zeiten angespannter Arbeitsmärkte haben die Jugendlichen mit dem Beginn einer Ausbildung erst eine Schwelle auf dem Arbeitsmarkt überwunden.

3 Wörner, M.: Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aus längerfristiger Sicht, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/97, S. 233 – 237.

Infolge des Rationalisierungsdrucks vieler Unternehmen ist es nicht selbstverständlich, daß die jungen Leute nach dem Abschluß einer betrieblichen Ausbildung von dem ausbildenden Betrieb übernommen werden. Im vergangenen Jahr hat sich die Situation an der „zweiten Schwelle“ wieder angespannt. Von den unter 25jährigen, die im Jahr 1995 ihre betriebliche Ausbildung beendeten, meldeten sich zwischen Januar und September 1996 über 4 % arbeitslos. Im Jahr 1990 betrug dieser Anteil nur gut 1 %. Hierbei handelt es sich jedoch nur um den „harten Kern“ der nicht übernommenen Auszubildenden. Die Jugendlichen, die nach einer kurzen Phase der Sucharbeitslosigkeit wieder eine Stelle finden, sind nicht enthalten.⁴

Auch junge Leute länger arbeitslos

Nicht nur die älteren Arbeitslosen müssen mittlerweile eine längere Wartezeit durchlaufen, bis sie einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Auch bei den jüngeren Arbeitslosen hat die Dauer der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren zugenommen. Ende September vergangenen Jahres waren knapp 48 000 Arbeitslose jünger als 25 Jahre, doppelt so viele wie im Jahr 1991. Während im

Jahr 1991 noch mehr als 75 % der jüngeren Arbeitslosen weniger als 3 Monate arbeitslos gemeldet waren, waren es im vergangenen Jahr nur noch 61 %. Demgegenüber ist der Anteil der Arbeitslosen, die zwischen 3 Monaten und einem Jahr arbeitslos waren, von 22 auf 32 % gestiegen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen war auch 1996 mit 7 % zwar immer noch sehr gering, hat sich aber seit 1991 fast verdreifacht.

Besonders bei jungen Menschen, die fast das gesamte Berufsleben noch vor sich haben, ist es wichtig, daß die Zeiten der Arbeitslosigkeit möglichst kurz sind. Denn mit zunehmendem Abstand zur letzten Erwerbstätigkeit wird es immer schwieriger, eine neue Stelle zu finden. Angesichts des fortschreitenden Alterungsprozesses der Bevölkerung und den damit verbundenen Problemen wird die Gesellschaft immer mehr auf die junge Generation angewiesen sein.

Bevölkerung

Die Bevölkerung Baden-Württembergs wächst im Trend mit einer leichten Zuwachsrate und es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich in den nächsten Jahren etwas Nennenswertes ändern wird. Ende 1996 lebten knapp 10,4 Mill. Menschen im Land und nach der jüngst vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Voraussrechnung

4 Landesarbeitsamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 04/97, Mai 1997.

Schaubild 3
Saldo der Wanderungsbewegung in Baden-Württemberg seit 1950

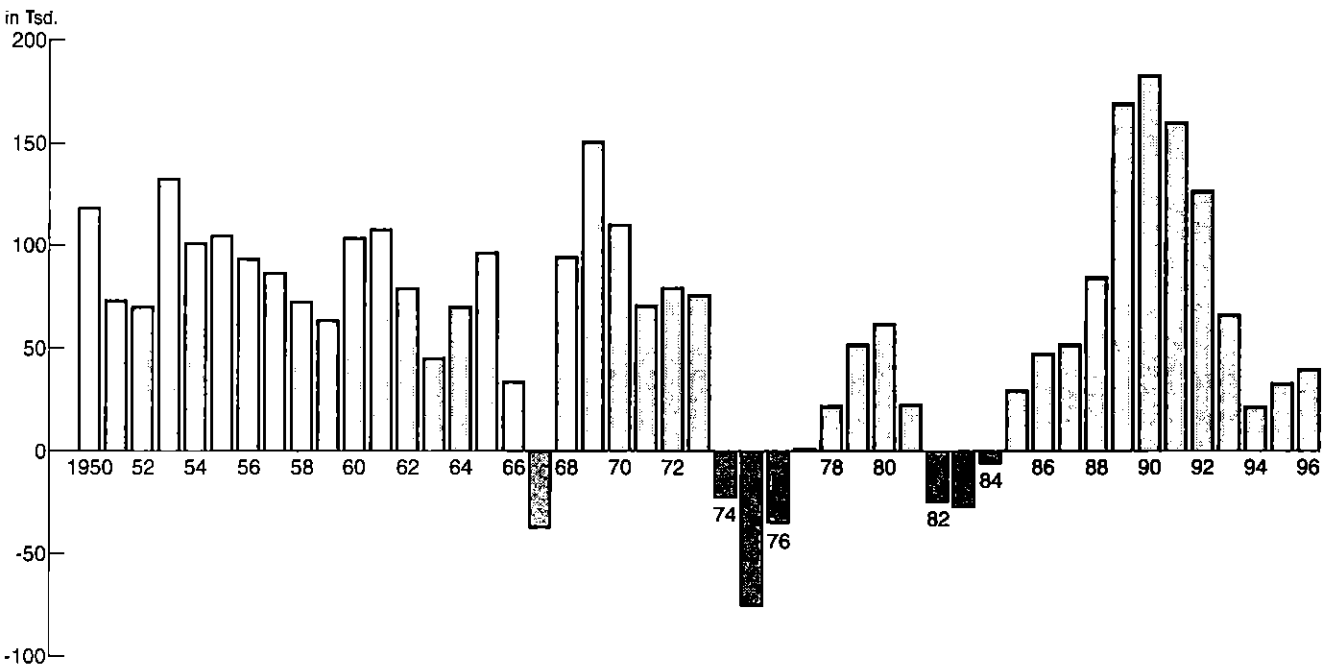


Tabelle 5

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg seit 1990

Merkmal	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Anzahl						
Lebendgeborene	118 579	117 528	117 559	117 982	113 398	112 459	114 657
Sterbefälle	97 570	97 146	95 977	98 572	96 638	97 733	98 908
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	21 009	20 382	21 582	19 410	16 760	14 726	15 749
Zuzüge über die Landesgrenze	386 395	380 077	401 620	344 073	294 264	296 215	277 473
Fortzüge über die Landesgrenze	204 073	220 646	276 334	278 165	272 981	263 643	238 084
Wanderungssaldo	182 322	159 431	125 286	65 908	21 283	32 572	39 389
Ein- bzw. Ausbürgerungen	–	–	–	–	–	–	–
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	203 331	179 813	146 868	85 318	38 043	47 298	55 138
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 822 027	10 001 840	10 148 708	10 234 026	10 272 069	10 319 367	10 374 505

werden bis in zehn Jahren noch etwa 300 000 hinzukommen.⁵ Danach wird die Bevölkerungszahl nach heutigem Ermessen ziemlich stabil bleiben und auch der bereits heute absehbare Schrumpfprozess wird sich zunächst nur langsam vollziehen. Erst etwa im Jahr 2025 – bei stärkerer Zuwanderung sogar zehn Jahre später – wird sie das heute erreichte Niveau unterschreiten. Diese Rechnungen skizzieren den Normalfall einer möglichen Entwicklung und lassen Veränderungen außer acht, wie sie als Reaktion auf gesellschaftliche Umwälzungen aufkommen könnten. Im Zusammenhang mit der Auflösung des Ostblocks, dem Berliner Mauerfall und dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien sind in nur fünf Jahren gut 700 000 Menschen mehr nach Baden-Württemberg zugewandert als das Land verlassen haben. Zu ihrer Integration war ein außergewöhnlicher Kraftakt erforderlich, der noch nicht ganz abgeschlossen ist. Zusammen mit dem Geburtenüberschuß waren in dieser kurzen Phase zusätzlich gut 800 000 Menschen in Baden-Württemberg mit Wohnungen, Schulen oder Arbeitsplätzen zu versorgen.

Wanderungsüberschuß wieder normal

Indem die Lage in den Herkunftsländern ein Abwandern weniger dringlich gemacht und der wirtschaftliche Anpassungsprozeß den Zuzug nach Deutschland und in den von der Rezession besonders betroffenen Südwesten weniger attraktiv gemacht hat, hat sich der Wanderungs-

überschuß stark zurückgebildet. Im Jahr 1996 betrug er noch 40 000, kaum noch ein Drittel des Jahres 1992, als die Zuwanderungswelle schon im Abebben war. Es fällt auf, daß dieser Wert nach 1995 nun schon zum zweiten Mal gestiegen ist. Auslöser hierfür war jedoch nicht ein erneuter Anstieg der Zuwanderungen, sondern eine Normalisierung der Fortzüge, die nach den hohen Werten zu Beginn der 90er Jahre wieder dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre näherkommen.

Geburtendefizit bei Deutschen

Das Verhältnis von Geburtenzahl und Sterbefällen ist gegenüber dem Vorjahr unverändert und nahezu ausgeglichen. Mit 15 000 im Jahr 1996 trägt der Geburtenüberschuß zum Bevölkerungszuwachs nur ein Viertel bei. Einige Details dieser Entwicklung sind trotzdem bemerkenswert. Die Zahl der Sterbefälle ist kurz davor, die Marke von 100 000 zu überqueren. Weil sie im Trend weiter steigen wird, nimmt ihre Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung zu. Schon heute ist sie Kennzeichen für den Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung. Daran ändert auch nichts, daß die Zahl der Geburten wieder auf 115 000 im Jahr 1996 angestiegen ist. Bemerkenswert an diesem Anstieg ist nicht die Tatsache als solche – mit einem Plus von 2 200 gegenüber dem Vorjahr ist sie undramatisch –, sondern daß dieser neuerliche Anstieg nach Jahren der Schrumpfung unerwartet kam. Dies bedeutet nicht, daß die Neigung Kinder zu bekommen, sich nachhaltig verändern würde. Da die geburtenstarken Jahrgänge 1961 bis 1969 aus dem Alter, in dem Geburten besonders häufig sind, hinauswachsen, ist mit einer Trendwende bei der Geburtenentwicklung nicht zu rechnen.

5 Vorausrechnungen der Bevölkerungsentwicklung des Landes Baden-Württemberg auf der Basis 31. Dezember 1995 – mittlere Variante –

Ein weiterer Aspekt macht den Trend in der Bevölkerungsentwicklung noch deutlicher: 1996 gab es bei der deutschen Bevölkerung im zweiten Jahr hintereinander mehr Sterbefälle als Geburten, und die Schere der Entwicklung beider Größen öffnet sich in den nächsten Jahren immer mehr. Für den Großteil der Bevölkerung hat also der avisierte Schrumpfungsprozess schon begonnen – zumindest, was die natürliche Bevölkerungsbewegung anbelangt. Für die ausländischen Mitbürger ist ein ähnlicher Trend nicht zu erkennen. Aufgrund der Altersstruktur ist die Zahl der Sterbefälle noch immer ausgesprochen niedrig. Dagegen wurden selten zuvor so viele ausländische Kinder geboren wie im vorigen Jahr. Inzwischen hat jedes sechste hier lebende Kind ausländische Eltern.

Bevölkerungszuwachs durch Ausländer

Wenn die deutsche Bevölkerung trotz Geburtendefizit weiterhin zunimmt, dann liegt das wesentlich daran, daß ausländische Mitbürger in zunehmendem Umfang die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. In den letzten drei Jahren gab es 55 000 Einbürgerungen, 1996 waren es gut 20 000. Aus dem Wanderungsgeschehen verblieb nach Abzug der Abwanderungen noch ein Zuwachs von 13 000. Als Zünglein an der Waage ergab sich dabei der Zugang von Aussiedlern aus Rußland und Kasachstan. Ohne Aussiedler, die im vorigen Jahr in der Größenordnung von 22 000 ins Land kamen, wären Schrumpftendenzen nicht nur von der natürlichen Bevölkerungsbewegung, sondern auch von der Wanderungsseite ausgegangen. Die Wanderungsbilanz mit den anderen Bundesländern ist seit der Rezession im Jahr 1992 negativ. Das Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg beruht nach diesen Ergebnissen fast ausschließlich auf Wanderungsgewinnen mit dem Ausland und einem Geburtenüberschuß der Ausländer in Baden-

Württemberg. Trotz gut 20 000 Einbürgerungen hat sich dadurch die Zahl der ausländischen Mitbürger 1996 um 1,7 % erhöht, viermal so stark wie die deutsche Bevölkerung. Der Ausländeranteil hat sich damit leicht auf 13,2 % erhöht.

Alterungsprozeß schon 2010 mit deutlichen Spuren

Die wichtigste Erkenntnis der vorliegenden Bevölkerungsprognosen ist die der Alterung. Überwiegt derzeit die Anzahl junger Menschen unter 20 Jahren die Altersgruppe über 60, so wird sich dies bereits zu Beginn des nächsten Jahrzehnts umkehren. Der Wandel wird sich bis zum Jahr 2010 noch vergleichsweise langsam vollziehen, nach dem Jahr 2020 aber zusehends beschleunigen. Der Alterungsprozeß hat viel mit den geburtenstarken Jahrgängen der 60er Jahre zu tun, die nach dem Jahr 2000 aus der typischen Phase der Familienbildung herauswachsen und das Feld deutlich schwächer besetzten Jahrgängen überlassen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit kleinere Geburtenjahrgänge mit sich bringen. Wenn die Geburtenjahrgänge 1960 bis 1969 nach dem Jahr 2020 ins Rentenalter kommen tragen sie wesentlich dazu bei, daß der Anteil älterer und alter Menschen auf etwa ein Drittel steigt und fast doppelt so groß ist wie der Anteil junger Menschen unter 20 Jahren. Im Jahr 2010 wird der Alterungsprozeß der Bevölkerung mit 25 % alte zu 20 % jungen Menschen im Altersaufbau schon deutliche Spuren hinterlassen, aber noch nicht so dramatisch ausgefallen sein wie 20 Jahre danach.

Auch die Altersgruppe der 20- bis 60jährigen wird hinsichtlich der Altersstruktur nachhaltig verändert. Indem zunehmend schwächer besetzte Jahrgänge ins erwerbsfähige Alter hinein und immer stärker besetzte herauswachsen, wird diese Altersgruppe nicht nur schwächer besetzt, sondern auch in sich gealtert sein. Die jüngere Altershälfte dieser Gruppe wird schon 2010 nicht nur zahlenmäßig deutlich schwächer besetzt sein als heute, sondern auch schwächer als die Altersgruppe zwischen 40 und 60 Jahre. Überwiegt heute die jüngere Hälfte dieser Altersgruppe noch um ein Viertel, wird sie 2010 schon um ein Viertel niedriger liegen als die Gruppe älterer Erwerbspersonen. Ältere Erwerbstätige sind deshalb künftig nicht nur wegen des ständig forcierten technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels stärker gefordert als heute, sie müssen im Zuge des demographischen Wandels auch mehr als bisher zu seiner Bewältigung beitragen.

Tabelle 6

Zugänge an Aussiedlern und Asylbewerbern in Baden-Württemberg seit 1990

Jahr	Aussiedler		Asylbewerber	
	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegen Vorjahr in %
1990	92 741	+ 60,3	27 968	+ 59,2
1991	36 617	- 60,5	43 111	+ 54,1
1992	28 874	- 21,1	51 609	+ 19,7
1993	26 277	- 9,0	38 521	- 25,4
1994	27 991	+ 6,5	13 196	- 65,7
1995	26 455	- 5,5	12 927	- 2,0
1996	21 778	- 17,7	12 186	- 5,7

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg.

Haushalte und Familien

Die Zahl der Privathaushalte in Baden-Württemberg erhöhte sich zwischen 1972 und 1995 von 3,4 auf 4,7 Mill. um fast 40 %. Diese Zunahme beruhte wesentlich auf

Tabelle 7

Privathaushalte und Haushaltsmitglieder in Baden-Württemberg 1972 und 1995 nach Haushaltstyp

Haushaltstyp	1972		1995		Veränderung der Zahl der Haushalte 1995 gegen 1972
	Haushalte	Haushalts- mitglieder	Haushalte	Haushalts- mitglieder	
	1 000				
Einpersonenhaushalte	906,2	906,2	1 750,4	1 750,4	+ 93,2
Mehrpersonenhaushalte	2 463,3	8 169,0	2 951,3	8 624,8	+ 19,8
Familienhaushalt mit					
1 Generation ¹⁾	769,1	1 657,5	1 075,8	2 158,4	+ 39,9
2 Generationen ²⁾	1 551,4	5 917,0	1 661,2	5 942,8	+ 7,1
3 und mehr Generationen ²⁾	89,6	476,6	23,0	109,4	- 74,3
Sonstige Haushalte mit					
nicht geradlinig Verwandten ³⁾	34,6	75,2	24,8	53,2	- 28,3
nicht verwandten Personen	16,5	35,1	165,4	356,7	+ 902,4
Insgesamt	3 369,6	9 075,5	4 701,7	10 375,2	+ 39,5

1) Ehepaare ohne Kinder; einschließlich nicht geradlinig verwandter und/oder nicht verwandter Personen. – 2) Ehepaare sowie Alleinerziehende mit Kindern und/oder Enkeln; einschließlich nicht geradlinig verwandter und/oder nicht verwandter Personen. – 3) Einschließlich weiterer nicht verwandter Personen.

einer Erhöhung der Einpersonenhaushalte, deren Zahl um über 90 % auf knapp 1,8 Mill. anstieg. Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte erhöhte sich dagegen nur um 20 %. Der ungebrochene Trend zu kleineren Haushalten führte dazu, daß der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten von 27 % im Jahre 1972 auf 37 % in 1995 anstieg. Der Anteil der Bevölkerung, der alleine lebt, erhöhte sich demgemäß von 10 % auf etwa 17 %. Mit dem Hinweis auf den Trend zur singulären Haushaltsführung soll jedoch nicht verdeckt werden, daß 83 % der Bevölkerung auch heute in Gemeinschaft mit anderen leben. Das Zusammenleben mit anderen ist also nach wie vor die dominierende Lebensform der Menschen in Baden-Württemberg.

Alleinlebende: Vorwiegend ältere, aber zunehmend auch jüngere Menschen

Bei der Betrachtung der Bevölkerung in Einpersonenhaushalten nach dem Familienstand zeigt sich, daß verwitwete Frauen noch immer die quantitativ größte Gruppe bilden. Allerdings ist ihr Anteil in den letzten 20 Jahren deutlich zurückgegangen von rund 41 % in den 70er Jahren auf etwa 28 % im Jahr 1995. Für diese Gruppe der älteren und verwitweten Frauen, die ein starkes Gewicht unter den Personen in Einpersonenhaushalten einnehmen, ist davon auszugehen, daß es sich bei ihrem „Singledasein“ nicht um eine selbstgewählte Lebensform handelt, sondern daß sie infolge des Todes ihres Ehe-

mannes allein leben müssen. Generell ist der Anteil der Einpersonenhaushalte unter den Senioren deutlich höher als bei der jüngeren Bevölkerung. So lag der Anteil der Alleinlebenden unter den Senioren im Alter von 65 und mehr Jahren 1995 mit rund 40 % doppelt so hoch wie zu Beginn der 60er Jahre.

Andererseits darf jedoch nicht übersehen werden, daß gerade unter den jüngeren Einwohnern Baden-Württembergs eine überaus starke Zunahme Alleinlebender zu beobachten ist. So hat sich in den letzten 25 Jahren unter den 20- bis unter 25jährigen der Anteil der Alleinlebenden verdoppelt, unter den 25- bis unter 30jährigen nahezu verdreifacht, und in der Altersgruppe der 30 bis unter 35 Jahre alten Baden-Würtemberger lebten 1995 fast viermal so viele Personen allein in einem Haushalt als noch 1961.

Kaum noch Mehrgenerationenhaushalte

Der Anstieg der Einpersonenhaushalte unter den älteren Mitbürgern hängt auch damit zusammen, daß immer weniger Menschen in Haushalten mit mehreren Generationen leben. In Eingenerationenhaushalten, Haushalten beispielsweise von Ehepaaren ohne Kinder, lebte 1995 rund 21 % der Bevölkerung von Baden-Württemberg. Der Anteil der Eingenerationenhaushalte an allen Haushalten hat sich seit 1972 kaum verändert; er blieb mit 23 % nahezu gleich. Der Anteil der Zweigenerationenhaushalte, die meist aus Ehepaaren oder Alleinerziehenden mit Kin-

dern bestehen, reduzierte sich deutlich von 46 % auf 35 %. In 1995 lebten noch 57 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg in Zweigenerationenhaushalten. Dies zeigt, daß noch immer die Mehrheit der Bevölkerung mit Kindern in Zweigenerationenhaushalten zusammenlebt, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Haushalte in denen drei Generationen zusammenwohnen, haben stark an Bedeutung verloren. Ihr Anteil an allen Privathaushalten verringerte sich von knapp 3 % auf deutlich weniger als 1 %. Im Jahr 1995 lebten noch 109 400 Personen in Haushalten, die mindestens aus Eltern, Kindern und Großeltern bestehen. Ursachen dieser Entwicklung liegen in den reduzierten Kinderzahlen in den Familien, der somit verkürzten Familienphase und vor allem im Wunsch der jüngeren wie auch älteren Generation, einen eigenen Haushalt zu führen. Neben diesen persönlichen und familialen Gründen sind allerdings auch ökonomische Ursachen zu nennen. Hierzu gehören die zunehmende Notwendigkeit der Mobilität hinsichtlich Ausbildung und Beruf, aber ebenso die Möglichkeit, sich einen eigenen Haushalt auch ökonomisch leisten zu können. Aufgrund dieser Ursachen wird auch für die Zukunft mit einer weiterhin abnehmenden Bedeutung dieser Haushaltsform zu rechnen sein.

Ehepaare, Alleinerziehende, nichteheliche Lebensgemeinschaften

Die überwiegende Mehrheit der Einwohner Baden-Württembergs lebt mit anderen Personen zusammen in einem Haushalt, als Ehepaare mit und ohne Kinder, als Alleinerziehende, in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder als sonstige Haushaltsgemeinschaft.

Immer mehr Paare leben ohne Trauschein zusammen

Überraschend ist die sprunghafte Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften: Die Anzahl unverheiratet zusammenlebender Paare wurde 1988 auf knapp 100 000 geschätzt, 1995 bereits auf 179 000, das entspricht einer Zunahme um rund 75 %.

Die Frage, ob es sich bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften um „Ehen auf Probe“ oder um echte, dauerhafte Alternativen zur Ehe handelt, läßt sich mit den Zahlen

Tabelle 8

Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1995 nach der Anzahl der Kinder

Familientyp	1975	1982	1992	1994	1995
	1 000				
Zusammenlebende Ehepaare					
Zusammenlebende Ehepaare	2 258,8	2 250,2	2 418,2	2 468,3	2 472,9
darunter					
ohne Kinder	757,4	819,4	975,6	1 049,5	1 081,8
mit Kindern unter 18 Jahren	1 255,6	1 140,1	1 013,9	1 014,1	1 017,6
1 Kind	508,0	543,9	455,8	438,5	436,6
2 Kinder	466,2	434,8	412,2	427,6	426,0
3 Kinder oder mehr	281,4	161,4	146,0	148,0	155,0
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	2 427,4	1 953,5	1 758,0	1 779,5	1 803,4
Durchschnittliche Kinderzahl	1,93	1,71	1,73	1,75	1,77
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren					
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	96,4	124,5	143,4	159,4	170,2
1 Kind	55,6	83,0	100,3	110,4	115,7
2 Kinder	23,2	28,6	35,0	40,1	44,8
3 Kinder oder mehr	12,6	7,4	8,0	8,9	9,7
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	159,0	178,2	197,0	220,8	236,7
Durchschnittliche Kinderzahl	1,65	1,43	1,37	1,39	1,39
Alleinerziehende Männer	14,6	17,3	16,3	20,7	27,4
Alleinerziehende Frauen	81,8	107,2	127,0	138,7	142,8

der amtlichen Statistik nicht beantworten. In der Literatur wird jedoch darauf verwiesen, daß das nichteheliche Zusammenleben als eine Übergangsphase im Lebensverlauf angesehen werden könne, die häufig mit der Geburt eines Kindes oder wenn ein Kind geplant ist, in eine Ehe überführt werde.

Weniger Familien mit Kindern

Die überwältigende Mehrheit der Baden-Württemberger lebt in Familien, wobei sich die Gewichte der drei Familientypen Ehepaare ohne Kinder, Ehepaare mit Kindern und Alleinerziehenden mit Kindern in den letzten Jahrzehnten erheblich verschoben haben. Die Zahl der Ehepaare insgesamt erhöhte sich in den letzten 20 Jahren in Baden-Württemberg von 2,3 Mill. auf 2,5 Mill. Dieser Anstieg beruhte auf einer höheren Zahl kinderloser Ehepaare, deren Anteil an allen Ehepaaren von 34 % im Jahr 1975 auf 44 % in 1995 stieg. Die Zahl der Ehepaare mit minderjährigen Kindern verringerte sich gleichzeitig um fast 240 000. Vor allem kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern werden mit der Zeit zur Minderheit in Baden-Württemberg. 1975 hatten 22 % aller Familien drei und mehr Kinder, 1995 waren es nur noch 15 %. Bezogen auf die Zahl der Kinder bedeutete dies, daß 1995 am Stichtag der Datenerhebung 27 % aller minderjährigen Kinder mit zwei oder mehr Geschwistern zusammen lebten, während es 1975 noch 40 % waren.⁶

Trend zur kleineren Familie

Die Betrachtung der Kinderzahlen zeigt einen Trend zu immer kleineren Familien, dies gilt gleichermaßen für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil als auch für Ehepaarfamilien.

Bis Mitte der 70er Jahre lebten bei Ehepaaren im Durchschnitt zwei Kinder, seither ist die Kinderzahl rückläufig: 1995 lag sie bei durchschnittlich 1,8 Kindern. Ursächlich für diese Entwicklung ist der starke Rückgang der Familien mit drei oder mehr Kindern. In den 60er bis Mitte der 70er Jahre hatte rund ein Viertel der Ehepaare drei oder mehr Kinder, 1995 hatten nur noch rund 16 % der Ehepaare mit Kindern mehr als zwei Kinder.

6 Da es sich hier um eine Momentaufnahme der Bevölkerung handelt, in der nur die familiäre Situation an einem Stichtag festgehalten wird, ist aus dieser Zahl nicht zu schließen, daß insgesamt nur 27 % der Kinder mit zwei oder mehr Geschwistern aufwachsen. Ein Teil der hier beobachteten Kinder bekommt noch Geschwister, ein anderer Teil hat Geschwister, die das Elternhaus bereits verlassen haben.

Bei den Familien von alleinerziehenden Vätern und Müttern verlief die Entwicklung der Kinderzahlen seit Mitte der 70er Jahre ebenfalls rückläufig: 1975 hatten Alleinerziehende im Durchschnitt 1,6 Kinder, 1995 nur noch 1,4 Kinder. Auch unter den Familien mit alleinerziehendem Elternteil hat der Anteil derjenigen mit drei oder mehr Kindern stark abgenommen.

Mehr Alleinerziehende

Die Anzahl der Alleinerziehenden ist in den letzten 20 Jahren langsam, aber stetig angestiegen. Ebenso erhöhte sich auch der relative Anteil Alleinerziehender an allen Familien mit minderjährigen Kindern. In 1995 waren 14 % aller Familien mit minderjährigen Kindern Alleinerziehende. Alleinerziehende sind in der Regel Frauen. Nur 16 % aller Alleinerziehenden waren 1995 Männer. An dieser Relation hat sich seit 1975 wenig geändert. Geändert haben sich allerdings die Familienstrukturen der alleinerziehenden Mütter. Während früher Witwen die Mehrheit stellten, kam es in den 70er Jahren zu einem deutlichen Anstieg geschiedener und getrenntlebender Mütter und in den 80er Jahren zu einem sehr deutlichen Anstieg bei den ledigen Müttern. Der Anteil geschiedener Mütter (45 %) und getrenntlebender Mütter (15 %) an allen alleinerziehenden Müttern mit minderjährigen Kindern hat sich in den 80er Jahren stabilisiert. Knapp ein Drittel aller alleinerziehenden Mütter waren 1995 ledige Mütter, mit weiter steigender Tendenz.

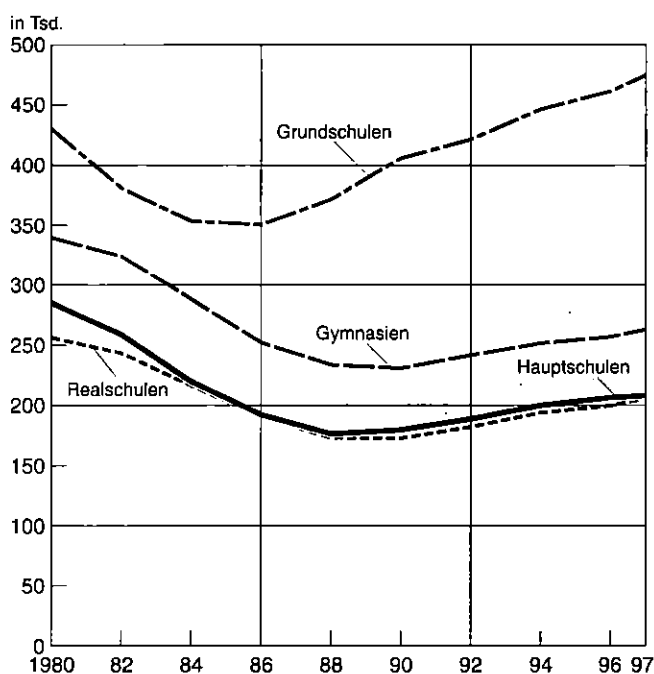
Schulwesen

Unterrichtsversorgung wird knapper

Der Trend zu höheren Schülerzahlen hat sich auch im Schuljahr 1996/97 fortgesetzt. Dies gilt nicht nur für die allgemeinbildenden Schulen, bei denen diese Entwicklung nunmehr schon seit Ende der 80er Jahre zu beobachten ist und seit 1989/90 einen Zuwachs um nahezu 200 000 Schüler gebracht hat, bald 30 000 im aktuellen Schuljahr. Dies gilt inzwischen auch für einige berufliche Schularten und erstmals nach 15 Jahren Schrumpfungsprozeß errechnet sich auch für die beruflichen Schulen insgesamt ein leichter Anstieg der Schülerzahlen. Während an den allgemeinbildenden Schulen der Zuwachs an den quantitativ ins Gewicht fallenden Schularten bei Steigerungsraten zwischen 0,7 % und 3,0 % ziemlich konform verlief, weisen bei den beruflichen Schulen die Trends in unterschiedliche Richtung. In Berufskollegs, in beruflichen Gymnasien und Berufsfachschulen weisen die Schülerzahlen nunmehr schon im fünften, sechsten bzw. siebten Jahr einen steigenden Trend aus. Dagegen melden Fachschulen und vor allem Berufsschulen noch immer abnehmende Schülerzahlen.

Schaubild 4

Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 1980



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

213 97

Die Unterrichtsversorgung der Schüler profitiert derzeit noch von der Niveauverbesserung in den 80er Jahren. Während die Schülerzahlen in der Grundschule bis zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts und in den weiterführenden Schularten sogar bis Ende der achtziger Jahre abnahmen, wurde damals der Lehrerbestand nicht in entsprechendem Umfang verringert. Dadurch war es möglich, die Klassenfrequenzen zu senken und bei Bedarf auch Unterricht in kleinen Gruppen zu geben. In den 90er Jahren blieb umgekehrt die Erweiterung des Unterrichtsangebots hinter der Expansion der Schülerzahlen zurück.

Anstieg der Schülerzahlen nicht nur wegen Geburtenanstieg

Der Anstieg der Schülerzahlen steht im Zeichen der Geburtenentwicklung der letzten 20 Jahre. Wurden in den Jahren 1977 und 1978 nur 90 000 Kinder geboren, so waren es anfangs der 90er Jahre 118 000. Die Jahrgangsstärke war im kurzen Zeitraum von zwölf Jahren um ein Drittel gewachsen. Schülerzahlen einer Schulart entwickeln sich weniger dynamisch als Geburten. Sie enthalten mehrere Altersjahrgänge, wodurch sich kurzfristige

Schwankungen entschärfen. Und sie reagieren auf die Geburtenentwicklung mit unterschiedlichem time-lag. Das Geburten Tief 1977/78 machte sich in den Grundschulen des Landes acht Jahre, in den Realschulen und Gymnasien zwölf Jahre später bemerkbar. Auch das Geburtenhoch der frühen 90er Jahre wird sich mit dieser Verzögerung bemerkbar machen, allerdings mit erheblich höheren Besetzungszahlen. Nach der aktuellen Voraussetzung wird es im übernächsten Schuljahr in den Grundschulen etwa 490 000 Schüler geben, rund 30 000 mehr, als nach der Geburtenzahl zu erwarten wäre.

Der Grund für diese Abweichung liegt im wesentlichen im Wanderungsgeschehen, das in den frühen 90er Jahren besonders ausgeprägt war. Der Geburtenjahrgang 1985 beispielsweise zählte 94 000 Lebendgeborene, zehn Jahre später aber 110 000 Kinder. Die Realschulen haben sich fünf Jahre nach der Grundschule im Schuljahr 2004/05 auf die maximale Schülerzahl einzustellen. Die für sie als Maximum berechnete Schülerzahl ist ebenfalls durch Zu- und Fortzüge beeinflusst. Wichtig ist jedoch auch, mit welchem Anteil die Schüler der vierten Klasse ihre Schullaufbahn in der Realschule oder im Gymnasium fortsetzen werden. Diese Übergangsquote hat sich in den letzten Jahren stabilisiert und beträgt für Realschulen knapp 30 % und Gymnasien gut 31 %. Rein demographisch bedingt wird in den nächsten zwölf Jahren auch an beruflichen Schulen mit einem deutlichen Anstieg der Schüler gerechnet. Nach dem heutigen Übergangverhalten würde er sowohl für Teilzeit, als auch für berufliche Vollzeitschulen einen Zuwachs um gut 25 % mit sich bringen. Für den Fall, daß das Lehrstellenangebot dieser Nachfrage nicht entsprechen kann, haben die Vollzeitschulen mit einem entsprechend höheren Zu- und Lauf zu rechnen.

Trend zu höheren Schulabschlüssen hält an

Der mittlere Bildungsabschluß wird der meistverbreitete Abschluß bleiben und seine Bedeutung sogar quantitativ ausbauen. Rund 16 000 Schüler oder 30 % mehr als heute werden in etwa zehn Jahren die Schule mit diesem Abschluß verlassen. Die stärkste Zunahme dürfte es bei den Abgängern mit Hochschulreife geben. Bis 2010 dürfte sich ihre Zahl etwa um 40 % erhöhen. Jeder dritte Schüler eines Jahrgangs hätte dann die Hochschulreife. Zusammen mit der Fachhochschulreife hätten dann 40 % eines Jahrgangs die Zugangsberechtigung für eine Hochschule, heute sind es nicht ganz 35 %. Der Abgang mit und ohne Hauptschulabschluß dürfte bei weitem nicht so stark zunehmen wie der Abgang mit mittlerem Abschluß oder mit Abitur. Nach 2010 könnte es sogar mehr Abiturienten als Abgänger mit Hauptschulabschluß geben.

Tabelle 9

Schüler an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2011/12*)

Schuljahr	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Sonderschulen	Allgemeinbildende Schulen insgesamt ¹⁾
	1 000					
1981/82	404	272	253	336	55	1 345
1984/85	354	220	216	288	47	1 150
1987/88	359	182	180	241	43	1 028
1990/91	406	180	173	231	44	1 055
1993/94	432	195	189	248	47	1 133
1996/97	475	208	206	263	50	1 224
1999/00	489	227	221	283	54	1 299
2002/03	472	243	236	298	55	1 330
2005/06	455	239	237	307	54	1 318
2008/09	420	225	228	304	50	1 252
2011/12	385	208	214	289	47	1 167

*) Bis einschließlich 1996/97 Ist-Werte, danach voraussichtliche Entwicklung (Grundlage: Bevölkerungsvorausrechnung, Basis: 31. Dezember 1995, mittlere Variante). – 1) Ohne Abendschulen und Kollegs.

Tabelle 10

Schüler an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2011/12*)

Schuljahr	Teilzeitbereich zusammen	Vollzeitbereich zusammen	darunter			Berufliche Schulen insgesamt
			Berufsfachschulen	Berufskollegs	Berufliche Gymnasien	
1981/82	289 183	142 118	65 559	22 252	33 040	431 301
1984/85	291 891	140 639	58 265	28 188	31 787	432 530
1987/88	275 486	134 317	50 109	28 612	30 568	409 803
1990/91	233 398	135 594	48 161	28 199	30 575	368 992
1993/94	209 189	142 763	50 178	28 657	32 469	351 952
1996/97	192 916	150 181	52 075	33 304	34 283	343 097
1999/00	200 000	162 000	55 000	38 000	39 000	362 000
2002/03	213 000	173 000	59 000	41 000	42 000	386 000
2005/06	230 000	185 000	64 000	44 000	45 000	415 000
2008/09	242 000	189 000	62 000	46 000	47 000	431 000
2011/12	237 000	182 000	59 000	45 000	46 000	419 000

*) Bis einschließlich 1996/97 Ist-Werte, danach voraussichtliche Entwicklung (Grundlage: Bevölkerungsvorausrechnung, Basis: 31. Dezember 1995, mittlere Variante). – 1) Berufsschulen und Berufsgrundbildungsjahr – Teilzeit.

Wohnsituation

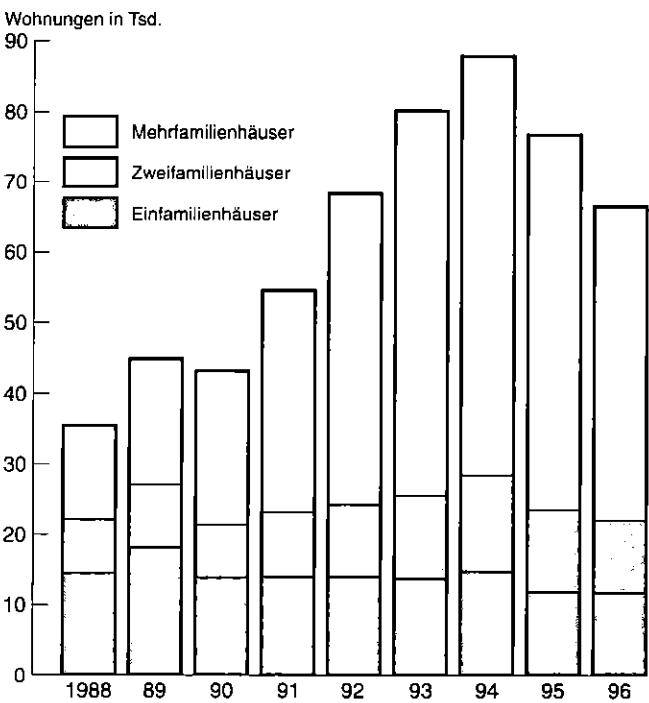
Wohnungsneubau weiter rückläufig

Nach dem Rückgang in 1995 blieben die Wohnungsfertigstellungen in Baden-Württemberg 1996 erneut unter dem Vorjahresniveau.

1996 wurden durch den Neubau von Wohngebäuden 67 500 Wohnungen fertiggestellt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um knapp 14 %. Geprägt wurde diese Entwicklung hauptsächlich vom Mehrfamilienhausbau, bei dem 1996 ein Fertigstellungsrückgang bezugsfertiger Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr, von fast 17 % zu verzeichnen war. Auch die Zahl der 1996 fertiggestellten Wohnungen in Zweifamilienhäusern gab um gut 12 % nach, wohingegen die neu bezugsfertig gewordenen Wohnungen in Einfamilienhäusern annähernd das Vorjahresniveau erreichten (- 1 %). Rechnet man zu den Wohnungen in neuen Wohngebäuden jene in neuen Nichtwohngebäuden und solche hinzu, die durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden bezugsfertig wurden, lag deren Zahl mit 78 800 in 1996 noch gut 30 000 Einheiten über dem Niveau der späten 80er Jahre.

Schaubild 5

Fertigstellungen im Wohnungsneubau Baden-Württembergs seit 1988 nach Gebäudetyp

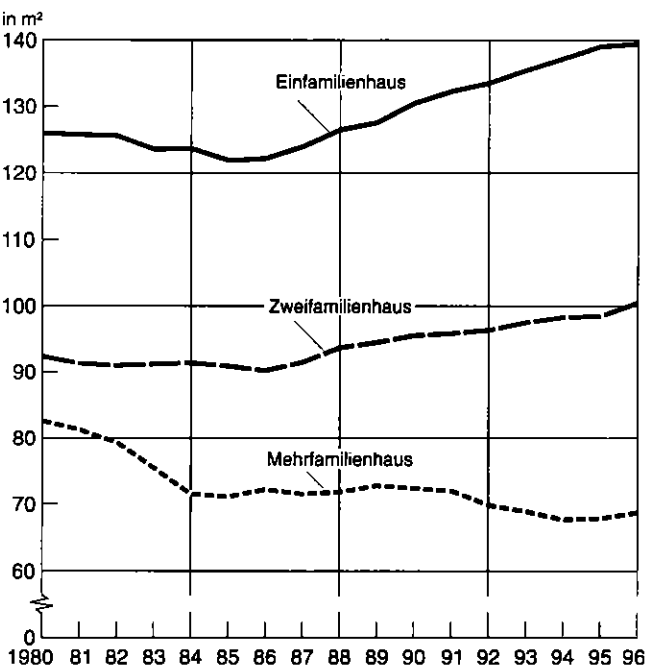


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

214 97

Schaubild 6

Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in Baden-Württemberg seit 1980 nach Gebäudetyp – Fertiggestellte Wohngebäude –



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

215 97

Durchschnittliche Wohnfläche nimmt weiter zu

Der 1987 einsetzende Trend zu immer größeren Wohnungen hielt auch 1996 weiter an. Bei den Einfamilienhäusern wurde mit durchschnittlich knapp 140 m² Wohnfläche 1996 ein neuer Rekordwert erreicht. Auch bei den bezugsfertigen Wohnungen in Zweifamilienhäusern erreichte die durchschnittliche Wohnfläche ein Rekordniveau. Hier konnte erstmals die 100 m²-Marke übertroffen werden. Der in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts zu beobachtende Rückgang der durchschnittlichen Wohnungsgröße in Mehrfamilienhäusern setzte sich zuletzt nicht weiter fort. Nach dem Anstieg 1995 wurde mit dem neuerlichen Zuwachs im Jahr 1996 auf rund 69 m² fast wieder der Wert von 1993 erreicht.

Zahl der Wohngeldempfänger auf Rekordniveau

Nach dem Wohngeldgesetz ist Wohngeld ein Zuschuß zu den Aufwendungen für den Wohnraum, der zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenem und familien-gerechtem Wohnen gewährt wird. Zum Jahresende 1995 lag die Zahl der Wohngeldempfänger bei gut 194 000 Personen. Dies ist der bisher höchste Stand in Baden-

Württemberg überhaupt. Das bereits hohe Vorjahresniveau wurde nochmals um knapp 2 % übertroffen. Damit ist die Zahl der Wohngeldempfänger seit 1989 fast kontinuierlich gestiegen.

Im Durchschnitt wurde 1995 je Empfänger monatlich 191 DM Wohngeld bezahlt. Auch hier wurde ein neuer Rekordwert erreicht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um knapp 5 %. Aufgrund ähnlich hoher Wachstumsraten bei den durchschnittlichen Monatsmieten hat sich die Wohnsituation der Wohngeldempfänger kaum verbessert. Der Anteil des Wohngeldes an der Miete stieg 1995 gegenüber 1994 um 0,3 Prozentpunkte auf durchschnittlich 30,6 %. Nach wie vor erfolgt die stärkste Entlastung für Haushalte in Gemeinden mit höheren Mietenniveaus (bis zu 34 % Entlastung) und für Haushalte mit wenigen Personen. Bei Haushalten mit 6 und mehr Personen beträgt der Anteil des Wohngeldes an der Miete dagegen nur gut 27 %.

Wohnungsfertigstellungen weiterhin über dem Soll

Um den Wohnungsbedarf zu decken, müßten nach Schätzungen des Statistischen Landesamtes bis zum Jahr 2005 jährlich zwischen 60 000 und 70 000 neue Wohnungen entstehen. Mit 78 800 fertiggestellten Wohnungen wurde diese Richtgröße 1996 trotz des Rückgangs gegenüber dem Vorjahr immer noch deutlich übertroffen. Der Rückgang der Fertigstellungszahlen ist im wesentlichen der Ausdruck einer Anpassung an die Marktsituation im Hinblick auf die mittelfristig absehbare Nachfrageentwicklung.

Gesundheitswesen

Mit dem am 1. Januar 1993 in Kraft gesetzten Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) hat der Gesetzgeber das Ziel verfolgt, die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenversicherung dauerhaft zu stabilisieren, der Versicherungsgemeinschaft ein zeitgemäßes und umfassendes Angebot an medizinischen Leistungen zur Verfügung zu stellen und dabei die finanziellen Belastungen möglichst gering zu halten. Der Kostenanstieg im Gesundheitswesen sollte als Sofortmaßnahme durch eine zeitlich begrenzte Budgetierung der Leistungsausgaben der Krankenkassen gebremst werden. Auf der anderen Seite sollten strukturelle Reformen ihre Wirkung rasch entfalten und die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung langfristig stabil halten. Dies war nicht nur gesundheitspolitisch, sondern zunehmend auch wirtschaftspolitisch geboten. Im Kontext zur Stärkung des Wirtschaftsstand-

Tabelle 11

Eckzahlen aus der Wohngeldstatistik für Baden-Württemberg

– Stand: 31.12.1995 –

Mietenstufe	Empfänger von Wohngeld insgesamt	Durchschnittlicher Wohngeldanspruch	Durchschnittliche Miete	Anteil des Wohngeldes an der Miete
	DM			%
I	27 123	179	652	27,5
II	42 217	183	630	29,0
III	60 897	192	621	30,9
IV	42 389	196	617	31,9
V	21 496	207	608	34,0
VI	–	–	–	–
Insgesamt	194 122	191	625	30,6
Haushalte mit ... Personen				
1	81 812	138	449	30,7
2	40 450	208	607	34,4
3	26 478	240	725	33,0
4	23 546	233	839	27,8
5	12 922	229	926	24,7
6 und mehr	8 914	281	1 024	27,4
Insgesamt	194 122	191	625	30,6

ortes Deutschland geht es vor allem darum, weitere Kostenbelastungen der Unternehmen, wie sie durch steigende Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung entstehen würden, zu vermeiden.

Drohende Kostensteigerungen bei den Krankenhäusern abgewendet

Die zeitlich begrenzte Budgetierung zeigte Wirkung. Nachdem die gesetzlichen Krankenkassen in den Jahren 1991 und 1992 jeweils ein beachtliches Defizit zu verzeichnen hatten, erzielten sie im Jahr 1993 einen Überschuß von 900 Mill. DM. Doch in den Jahren 1994 und 1995 zeichnete sich bereits wieder eine deutliche Verschlechterung der finanziellen Situation ab. Nachdem die Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 1993 je Mitglied um 1,6 % geringer ausfielen als ein Jahr zuvor, stiegen diese 1994 um 6,8 % und 1995 um 4,1 %. Die beitragspflichtigen Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen nahmen 1994 und 1995 mit 2,0 und 1,2 % je Mitglied schwächer zu als noch 1993 (3,0 %). Die Folge war ein erneutes Defizit der gesetzlichen Krankenkassen von 719 Mill. DM im Jahr 1995. Dies erwies sich insofern als schwere Hypothek, als sich für das Jahr 1996 ohnehin schon deutliche Kostensteigerungen im Ge-

sundheitswesen abzeichneten. Insbesondere im Krankenhausbereich wurde mit einem starken Anstieg der Kosten gerechnet, da die Umsetzung der letzten Stufe der Pflegepersonalregelung bevorstand. Hinzu kam, daß die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von 1993 zur Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen bei einer Vielzahl von Krankenhäusern zu einem beträchtlichen Anstieg der Budgets bzw. Pflegesätze geführt hätte.⁷ Die Tendenzen zu einer merklichen Verstärkung des Kostenauftriebs veranlaßten die Bundesregierung unmittelbar zu einem Gesetz zur Stabilisierung der Krankenhausaussgaben, das zum Jahresbeginn 1996 in Kraft trat. Dadurch, aber auch aufgrund der Sparbemühungen aller Beteiligten gelang es, im vergangenen Jahr die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen je Mitglied für die Krankenhausbehandlung um 4 % zu senken. Insgesamt nahmen die Leistungsausgaben im Jahr 1996 je Mitglied nur um 1,2 % zu, die beitragspflichtigen Einnahmen je Mitglied jedoch nur um 0,9 %. Insbesondere aufgrund von Beitragssatzanhebungen im Jahr 1996 steigerten sich die Beitragseinnahmen je Mitglied um 5,0 %, so daß die gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg nach vorläufigen Finanzergebnissen statt eines erwarteten Defizits einen Überschuß von rund 54 Mill. DM erzielten.

Auf das Defizit des Jahres 1995 in Höhe von rund 719 Mill. DM reagierten die gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg mit einer Erhöhung ihrer Beitragssätze. So stieg der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz aller Krankenkassen, der am 1. Dezember 1995 noch

12,67 % betrug, zum 1. Januar 1996 auf 13,16 % und zum 1. Dezember 1996 auf 13,22 %. Durch die im Beitragsentlastungsgesetz festgelegten Beitragssatzsenkung zum 1. Januar 1997 um 0,4 Beitragssatzpunkte verringerte sich der Beitragssatz zu diesem Zeitpunkt auf 12,86 %.

Von den Gesamtausgaben (20,7 Mrd. DM) entfielen nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 1996 rund 6,2 Mrd. DM (30 %) auf die Krankenhausbehandlung, 3,3 Mrd. DM (16 %) auf ärztliche Behandlung, 2,5 Mrd. DM (12 %) auf Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken, 1,6 Mrd. DM (8 %) auf Krankengeld, 1,1 Mrd. DM (5 %) auf zahnärztliche Behandlung und 0,6 Mrd. DM (3 %) auf Zahnersatz. Die Gesamtausgaben stiegen 1996 um 1,8 %.

Insgesamt entwickelten sich die Ausgaben bei den großen Ausgabenblöcken wie folgt: Krankenhausbehandlung – 3,0 %, ärztliche Behandlung + 3,8 %, Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken + 5,9 %, Krankengeld – 0,8 %, zahnärztliche Behandlung + 5,9 %, Zahnersatz + 8,6 %.

Zahl der Ärzte weiter gestiegen

Im Jahr 1995 ist die Zahl der in Baden-Württemberg arbeitenden Ärzte um gut 800 auf insgesamt rund 35 000 gestiegen. Die Zunahme um 2,5 % entsprach in etwa dem Vorjahr. Knapp 48 % der Ärzte waren hauptamtlich in Krankenhäusern, 42 % in freier Praxis und 10 % bei Behörden und öffentlichen Körperschaften, als Praxisvertreter oder in anderen medizinischen Bereichen tätig. Die Zahl der berufstätigen Zahnärzte stieg um 170 auf rund 7 500. Knapp 96 % aller Zahnärzte arbeiten in einer eigenen Praxis.

7 Tuschen, K. H. / Quaas, M.: Bundespflegesatzverordnung: Kommentar mit einer umfassenden Einführung in das Recht der Krankenhausfinanzierung. 3. überarbeitete Auflage, Stuttgart 1996, S. 26 f.

Tabelle 12

Ausgewählte Daten zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung Baden-Württembergs

Jahr	Ärzte ¹⁾				Zahnärzte ¹⁾		Apotheken ¹⁾	Auf ... Einwohner kam am Jahresende		
	insgesamt	in freier Praxis	mit hauptamtlicher Krankenhaustätigkeit	mit sonstiger Berufsausübung ²⁾	insgesamt	in freier Praxis		ein Arzt	ein Zahnarzt in freier Praxis	eine Apotheke
1980	21 691	9 628	10 186	1 877	5 384	5 135	2 447	427	1 803	3 784
1985	25 173	10 868	12 407	1 898	5 635	5 325	2 685	368	1 741	3 453
1990	30 040	11 964	14 977	3 099	6 597	6 216	2 838	327	1 580	3 461
1991	30 809	12 246	15 354	3 209	6 781	6 403	2 850	325	1 562	3 509
1992	31 865	12 765	15 554	3 546	6 951	6 562	2 858	318	1 547	3 551
1993	32 910	14 133	15 482	3 295	7 242	6 891	2 867	311	1 485	3 570
1994	33 654	14 313	16 162	3 178	7 335	6 977	2 864	305	1 472	3 587
1995	34 479	14 487	16 500	3 492	7 506	7 174	2 881	299	1 438	3 582

1) Jeweils am 31. Dezember. – 2) Z.B. bei Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, ständige Praxisvertreter, Assistenten in der Praxis.

Quelle: Landesärztekammer (ab 1985) und Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (ab 1986), Landesapothekerkammer Baden-Württemberg.

Tabelle 13

Ausgewählte Daten der Krankenhäuser in Baden-Württemberg seit 1990

Jahr	Kranken- häuser	Plan- betten	Aufge- stellte Betten	Pflegetage	Fallzahlen	Nut- zungs- grad	Ver- weil- dauer	Personal ¹⁾		Kosten (je)		
								ärztlich	nicht- ärztlich	insgesamt	Pflegetag	Behand- lungsfall
								Anzahl		1 000 DM	DM	
1990	317	68 275	69 328	21 574 348	1 603 859	85,3	13,5	–	–	9 160 048	427	5 747
1991	318	68 103	69 280	21 483 960	1 627 507	85,0	13,2	11 805	110 871	9 996 656	467	6 180
1992	314	67 724	68 864	21 270 641	1 651 459	84,4	12,9	12 037	114 131	10 770 478	509	6 566
1993	315	67 629	68 891	20 906 704	1 671 107	83,1	12,5	12 045	115 618	11 116 962	534	6 696
1994	317	67 377	68 623	20 696 257	1 683 461	82,6	12,3	12 350	118 186	11 496 748	558	6 863
1995	320	66 831	67 904	20 414 108	1 708 628	82,4	11,9	12 646	119 828	12 089 374	592	7 075

1) Personal wurde 1990 nicht erhoben.

Der Anteil der Frauen an den ärztlichen Berufen blieb mit 31 % gegenüber dem Vorjahr unverändert. Dabei zeigen sich jedoch je nach Fachgebiet deutliche Unterschiede. Mit knapp 54 % bzw. 44 % ist der Frauenanteil bei den praktischen Ärzten und den Ärzten ohne Gebietsbezeichnung besonders hoch. Hingegen sind Frauen in den Fachrichtungen Orthopädie, Chirurgie und Innere Medizin mit Anteilen von 5 %, 7 % und 16 % weit unterdurchschnittlich vertreten.

Die Versorgungsdichte der baden-württembergischen Bevölkerung mit medizinischen Leistungen hat sich seit 1952 stetig verbessert. Rein rechnerisch versorgte im Jahr 1995 ein Arzt 299 Einwohner. Trotz erschwelter Zulassungsbedingungen hat sich die Versorgungsdichte auch bei den freipraktizierenden Ärzten weiter verbessert. Ein

niedergelassener Arzt hatte im Jahr 1995 rund 700 Einwohner zu versorgen. Auf einen Zahnarzt in freier Praxis entfielen etwas mehr als 1 400 Einwohner.

Anders als im Jahr 1994 hat sich die Zahl der Apotheken 1995 wieder im gewohnten Trend entwickelt und leicht zugenommen. Am Jahresende gab es 2 881 Apotheken in Baden-Württemberg, das waren 17 mehr als im Vorjahr. Damit hat sich erstmals wieder seit 1987 die Versorgungsdichte der Bevölkerung mit Apothekenleistungen verbessert. Nachdem in den Jahren zuvor die Zahl der Apotheken nicht mehr so stark gewachsen ist wie die Bevölkerung. Im Jahr 1995 kamen annähernd 3 600 Einwohner auf eine Apotheke.

Nach den neuesten Ergebnissen der Krankenhausstatistik hat sich im Jahr 1995 die Zahl der Krankenhäuser in Baden-Württemberg um 3 auf 320 erhöht. Darin wurden rund 1,7 Mill. Patienten vollstationär versorgt. Gegenüber 1994 bedeutet dies eine Zunahme der Behandlungsfälle um 1,5 %. Seit 1990 ist die Zahl der Behandlungsfälle um rund 7 % gestiegen. Insgesamt versorgten 12 600 hauptamtliche Ärzte Patienten, rund 2 % mehr als im Vorjahr. Im nichtärztlichen Bereich stieg die Beschäftigtenzahl auf nunmehr fast 120 000 an. Die stärkste Gruppe innerhalb dieses Bereiches bildete mit 52 000 Personen der Pflegedienst, gefolgt vom medizinisch-technischen Dienst mit knapp 20 000 Personen.

Der Bestand an Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen blieb 1995 unverändert bei 248. Hingegen hat sich die Zahl der aufgestellten Betten nochmals leicht (+ 1 %) erhöht. In den baden-württembergischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen erhöhte sich der Bestand an ärztlichem und nichtärztlichem Personal um knapp 3 %. Insgesamt versorgten dort mehr als 1 500 hauptamtliche Ärzte und 16 000 Vollzeitbeschäftigte im nicht-ärztlichen Bereich die Patienten.

1980 bis 1995

Krankenhäuser		Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	
Anzahl der Betten		Anzahl der Betten	
insgesamt	je 10 000 Einwohner	insgesamt	je 10 000 Einwohner
X	X	X	X
X	X	X	X
69 328	71,3	28 491	29,3
69 280	70,0	28 612	28,9
68 864	68,4	29 072	28,9
68 891	67,6	29 528	29,0
68 623	66,9	30 594	29,8
67 904	66,0	30 877	30,0

Aufenthaltsdauer im Krankenhaus nimmt weiter ab

Die Verweildauer der Patienten im Krankenhaus hat sich weiter verringert. Vergingen von der Aufnahme eines Patienten bis zu seiner Entlassung im Jahr 1990 noch durchschnittlich 13,5 Tage, waren es 1995 nur noch 11,9 Tage. Einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung dürfte sicherlich die Weiterentwicklung der Operations- und Behandlungstechniken gehabt haben. Die Neuordnung des Entgeltsystems im Krankenhausbereich hat ebenfalls die Anreize reduziert, Patienten länger als nötig im Krankenhaus zu behalten. Auch die seit 1989 bestehende Verpflichtung zur Durchführung qualitätssichernder Maßnahmen scheint zur Verkürzung der Verweildauern beizutragen. Allerdings weichen die Verweildauern in den unterschiedlichen Fachabteilungen der Krankenhäuser mehr oder weniger stark von diesem Durchschnittswert ab. So liegen die Verweildauern in der Augenheilkunde, Kinderchirurgie und plastischen Chirurgie mit rund sechs Tagen deutlich darunter, während sie in den Fachbereichen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychosomatik bei mehr als 50 Tagen liegen.

Die Reduzierung der Verweildauer wirkte sich auch auf die Zahl der Pflégetage aus. Obwohl die Zahl der vollstationär behandelten Patienten zunahm, gingen die geleisteten Pflégetage von 1990 bis 1995 um fast 1,2 Mill. auf nunmehr rund 20 Mill. zurück. Die Bettenauslastung ist dadurch von 85 % auf 82 % gesunken. Zwar wurden seit 1990 von den damals vorhandenen 69 000 aufgestellten Betten rund 1 000 Betten abgebaut, dennoch konnte der günstige Auslastungsgrad, der zu Beginn der neunziger Jahre herrschte, nicht gehalten werden. Im baden-württembergischen Krankenhausplan wird ein Auslastungsgrad von 85 % als normal angesehen. Dies soll sicherstellen, daß noch genügend Bettenkapazität für unvorhersehbare Notfälle zur Verfügung steht. Die Abweichung von der Normalauslastung läßt vermuten, daß im Durchschnitt der Krankenhäuser genügend Reserven vorhanden sind und der Bettenabbau in Zukunft weitergehen wird.

Gesamtwirtschaft

Im Trend der achtziger Jahre

Die jüngste Entwicklung der realen Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg liegt im Trend der achtziger Jahre. Die reale Leistung der Gesamtwirtschaft hat derzeit also in etwa das Niveau, das sich bei einer Fortsetzung der Entwicklung im Zeitraum 1980 bis 1989 ergeben hätte. In diesem Zeitraum wuchs die baden-württembergi-

sche Wirtschaft durchschnittlich um 2,5%. Der Blick auf die starke Zunahme und das hohe Niveau der realen Wirtschaftsleistung aufgrund der Sonderentwicklung in den Jahren 1990 bis 1992 läßt die aktuelle Lage der Gesamtwirtschaft häufig in einem schlechteren Licht erscheinen, als sie in der längerfristigen Betrachtung tatsächlich ist. Im linearen Trend würde sich das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2 % erhöhen.

Im vergangenen Jahr hat das reale Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg erstmals seit 1992 wieder einen neuen Höchststand erreicht. Es stieg um 1,7 % auf fast 450 Mrd. DM (1992: 443 Mrd. DM). Wegen des hohen Niveaus des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1992 und der anschließenden stark ausgeprägten Rezession dauerte der Aufholprozeß dreimal so lange als nach der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre.

Dienstleistungen stärkster Wachstums-träger

Daß das Bruttoinlandsprodukt wieder einen neuen Höchststand erreicht hat, geht vor allem auf die dynamische Entwicklung bei den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne – also ohne Handel, Verkehr und Staat – zurück. Seit 1990 hat sich der absolute Anstieg der realen Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich sogar beschleunigt.

Die Wirtschaftsleistung der Dienstleistungsunternehmen nahm so stark zu, daß sie die noch bestehenden Rückstände im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe überkompensieren konnte. Im Baugewerbe sinkt die reale Bruttowertschöpfung bereits seit 1992 und im Verarbeitenden Gewerbe war die Erholung seit dem Rezessionsjahr 1993 nur sehr schwach. Die aktuelle Entwicklung liegt dort noch recht deutlich unter dem Trend der achtziger Jahre. Die Wirtschaftsleistung bei den Handels- und Verkehrsunternehmen erreichte im vergangenen Jahr in etwa das Niveau von 1992, beim Staat lag sie sogar darüber.

Zu der im Vergleich zu den achtziger Jahren stärkeren Dynamik bei den Dienstleistungsunternehmen und der andererseits schwächeren Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe mag auch die verstärkte Auslagerung von Dienstleistungsbereichen aus dem Verarbeitenden Gewerbe beigetragen haben. Die Tendenz zum Outsourcing hat den Strukturwandel in den neunziger Jahren beschleunigt, der sich vor allem in einer wachsenden Bedeutung der Dienstleistungsunternehmen und einer nachlassenden Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes äußert.

Im vergangenen Jahr erwirtschafteten die Dienstleistungsunternehmen mit knapp 150 Mrd. DM erstmals eine höhere reale Wirtschaftsleistung als die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (gut 145 Mrd. DM). Diese Entwicklung kam zwar nicht völlig überraschend, aber früher als erwartet. Die schwache Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe in den letzten Jahren hat den Überholprozeß forciert. Seit Beginn der achtziger Jahre hat sich die reale Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen um 120 % erhöht, zehnmal so stark wie im Verarbeitenden Gewerbe.

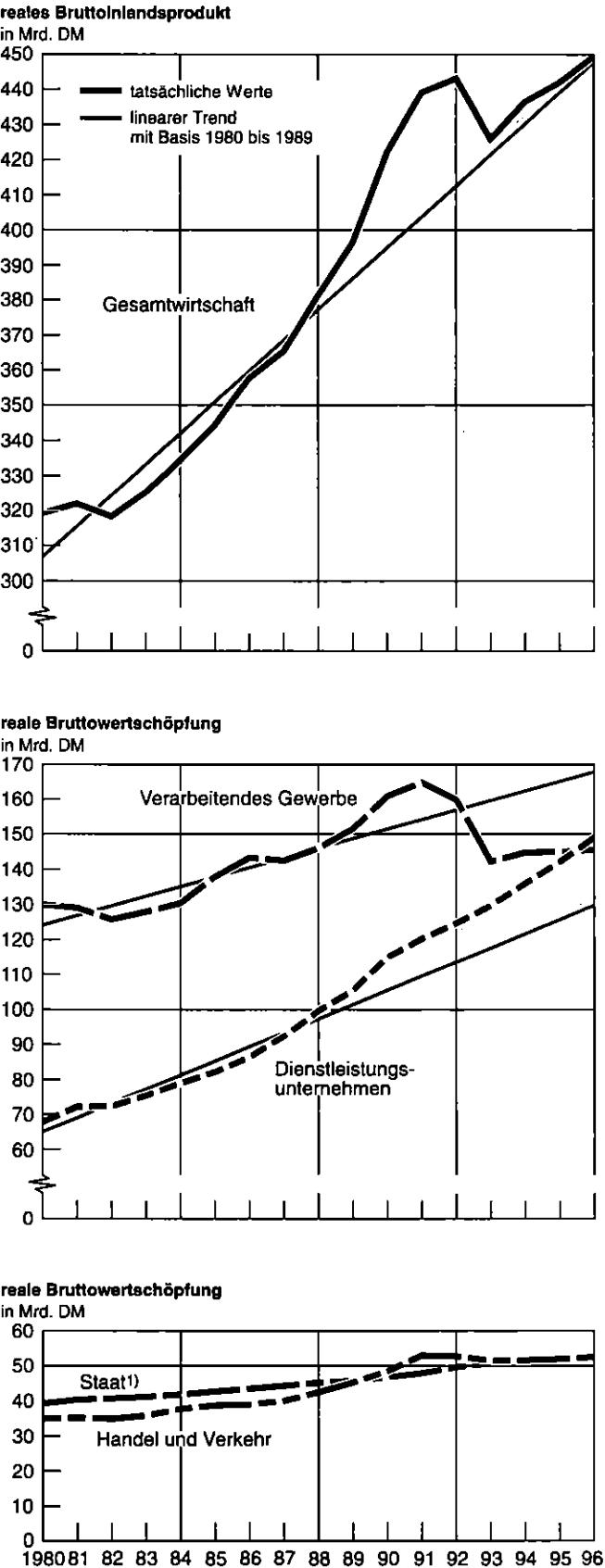
Chancen für Verarbeitendes Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe bestehen durchaus Chancen, daß sich die reale Wirtschaftsleistung wieder dynamischer entwickelt als in den vergangenen Jahren. Gerade die stark exportorientierte Industrie Baden-Württembergs dürfte von der derzeit günstigen Weltwirtschaftskonjunktur profitieren. Hierfür spricht auch, daß einige Branchen dieses Wirtschaftsbereichs – allen voran der Fahrzeugbau – längerfristig eine nach oben gerichtete Entwicklung aufweisen. Seit nunmehr einem Jahr gehen von der Auslandsnachfrage mehr oder weniger starke Impulse aus, und in jüngster Zeit mehren sich die Anzeichen, daß mit zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten vor allem in den Investitionsgüterbranchen auch die Inlandsnachfrage wieder anzieht.

Hinzu kommt, daß insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe in großem Umfang Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Seit dem Rezessionsjahr 1993 hat die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe prozentual am stärksten zugenommen. Dort stieg die reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen um 13 % auf gut 94 000 DM, im Bereich Handel und Verkehr um 8 % auf knapp 70 000 DM, bei den Dienstleistungen um 6 % auf rund 153 000 DM. Wie die Erfahrung aus bisherigen Beobachtungen lehrt, sind Wirtschaftsbereiche bzw. Branchen mit einer hohen Arbeitsproduktivität bzw. mit einer dynamischen Entwicklung der Arbeitsproduktivität die Wachstumsträger der baden-württembergischen Wirtschaft. Branchen mit einer hohen Arbeitsproduktivität erwirtschaften die gleiche Produktionsleistung mit weniger Personal als produktivitätsschwächere Branchen. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, das in den letzten Jahren wachstumsschwächere Jahre durchlaufen hat, sind Produktivitätsfortschritte mit einem Rückgang der Beschäftigung verbunden. So wichtig produktivitätssteigernde Maßnahmen für die wirtschaftliche Zukunft des Landes sind, so schwer belastet der damit einhergehende Stellenabbau die Gesellschaft. Dies gilt in besonderem Maße in Zeiten ohnehin schon hoher Arbeitslosigkeit.

Schaubild 7

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg seit 1980



1) Einschließlich private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 14

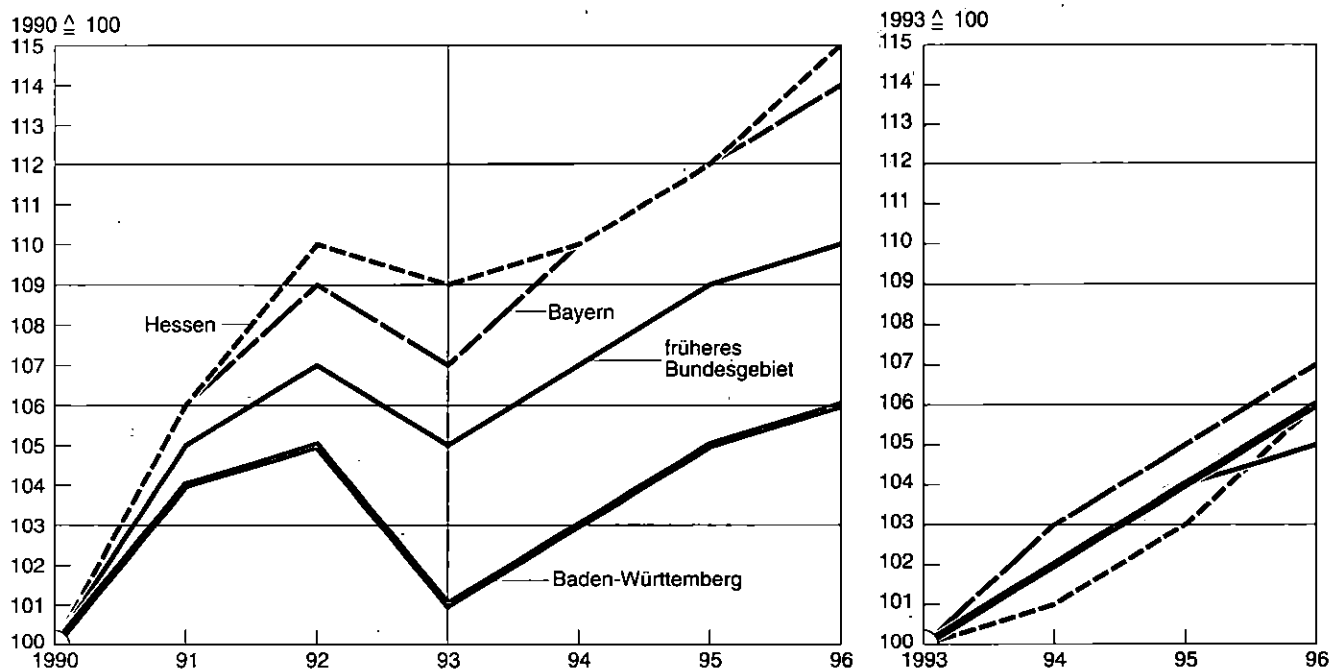
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg seit 1980

– in Preisen von 1991 –

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Bruttowertschöpfung							
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Dienstleistungsunternehmen	Handel und Verkehr	Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe			
1980	319 134	4 032	160 250	6 530	129 927	23 792	67 839	34 966	39 264
1985	344 297	4 487	167 172	7 669	137 865	21 637	82 188	38 735	42 752
1990	422 207	6 253	193 571	8 362	160 847	24 362	114 972	48 462	46 747
1991	439 107	4 786	197 754	8 767	164 793	24 193	120 257	52 974	47 885
1992	443 214	6 777	193 465	8 948	159 819	24 699	124 610	52 786	49 566
1993	425 809	5 629	173 948	8 607	142 259	23 083	129 676	51 487	50 754
1994	436 430	6 098	176 702	8 948	144 823	22 931	135 997	51 638	51 188
1995	442 085	6 088	176 620	9 288	145 004	22 329	142 175	51 914	51 348
1996	449 424	6 954	176 803	9 737	145 526	21 540	148 983	52 514	51 844

Schaubild 8

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und im früheren Bundesgebiet seit 1990



Baden-Württemberg im Bundesländervergleich

Südwesten durch Weltwirtschaftskonjunktur begünstigt

Die stark von der Investitionsgüterindustrie geprägte und in hohem Maße exportorientierte Wirtschaft Baden-Württembergs wird besonders durch die seit nunmehr einem Jahr lebhaft expandierende Weltwirtschaft begünstigt. Damit hat Baden-Württemberg gute Chancen, in die Spitzengruppe der wachstumsstarken Flächenländer zurückzukehren. Nach der ausgeprägten Wachstumschwäche in der ersten Hälfte der neunziger Jahre erzielte die baden-württembergische Wirtschaft im vergangenen Jahr mit real + 1,7 % erstmals wieder nach Hessen und Bayern das dritthöchste Wirtschaftswachstum.

Damit hat Baden-Württemberg wieder seine frühere Position unter den Flächenländern erreicht. Auch die wachstumsschwachen Jahre haben nichts daran geändert, daß Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen und Bayern bundesweit das dritthöchste reale Bruttoinlandsprodukt aufweist und – gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – nach wie vor zu den wirtschaftsstärksten Flächenländern zählt. Nur in Hessen und seit 1994 auch in Bayern war die reale Wirtschaftsleistung pro Kopf höher als hierzulande.

Da Baden-Württemberg stärker als andere Bundesländer von der Rezession betroffen war, brauchte der Südwesten ein bis zwei Jahre länger, um sich von der Rezession zu erholen. So wuchs die Wirtschaft im Südwesten in den bisherigen neunziger Jahren nur um 1,1 % pro Jahr. Diese Wachstumsrate war nicht nur deutlich geringer als in Hessen und Bayern (2,4 bzw. 2,3 %), son-

Tabelle 15

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren ausgewählter Flächenländer des früheren Bundesgebiets seit 1980*)

– in Preisen von 1991 –

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Früheres Bundesgebiet
Bruttoinlandsprodukt in Mill. DM					
1980	319 134	343 756	195 597	554 901	2 018 000
1985	344 297	379 948	210 342	564 222	2 136 000
1990	422 207	459 454	265 561	644 743	2 520 400
1991	439 107	486 027	282 425	673 410	2 647 600
1992	443 214	502 150	291 215	680 934	2 694 300
1993	425 809	493 370	288 649	666 879	2 641 800
1994	436 430	507 568	291 823	681 178	2 700 500
1995	442 085	515 856	298 447	693 070	2 743 500
1996	449 424	525 981	305 504	698 414	2 779 200
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in DM					
1980	34 729	31 768	35 163	32 523	32 793
1985	37 410	35 024	38 289	33 735	35 031
1990	43 409	40 506	46 451	37 390	39 846
1991	44 358	42 166	48 730	38 650	41 321
1992	43 997	43 006	49 542	38 711	41 537
1993	41 763	41 746	48 514	37 631	40 312
1994	42 579	42 687	48 865	38 305	41 005
1995	42 941	43 154	49 794	38 835	41 470
1996	43 448	43 778	50 780	38 999	41 836
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in DM					
1980	73 843	68 892	79 177	77 771	74 796
1985	79 593	75 553	86 093	82 044	80 637
1990	89 814	83 564	100 476	88 055	88 500
1991	91 357	86 348	104 150	90 032	90 705
1992	91 313	88 470	106 546	90 445	91 472
1993	89 304	88 474	106 967	90 077	91 075
1994	93 188	91 961	110 180	93 058	94 209
1995	95 011	93 803	113 969	95 605	96 324
1996	97 763	96 893	117 261	97 039	98 602

*) Werte für 1994 bis 1996 sind vorläufig.

dem lag auch unter dem Durchschnitt des früheren Bundesgebiets (1,7 %). Insbesondere in den Jahren bis 1993 hat sich die Wirtschaft im Südwesten nur sehr schwach entwickelt. Ausschlaggebend hierfür war nicht zuletzt die Randlage und die Wirtschaftsstruktur. Zum einen hat Baden-Württemberg weniger von der Wiedervereinigung profitiert als andere Bundesländer – allen voran die Länder, die unmittelbar an die neuen Bundesländer grenzen. Zum anderen hat sich wegen der hiesigen hohen Präsenz des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes die nachlassende Inlands- und Auslandsnachfrage stark auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt. Die Wachstumsschwäche im Produzierenden Gewerbe hat auch auf den Dienstleistungsbereich ausgestrahlt, denn in industriell geprägten Bundesländern wie Baden-Württemberg sind die Dienstleistungen konjunkturabhängiger als in anderen Ländern.

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen wieder dynamischer

Seit 1993 hat sich die baden-württembergische Wirtschaft im Vergleich zu anderen Bundesländern wieder dynamischer entwickelt als in den frühen neunziger Jahren. Dies gilt sowohl für das Produzierende Gewerbe als auch für die Dienstleistungsunternehmen – die Wirtschaftsbereiche, die das gesamtwirtschaftliche Geschehen bestimmen. Die wieder günstigere Position der baden-württembergischen Wirtschaft dürfte auch der Erfolg starker Rationalisierungsanstrengungen sein. Dies äußert sich in der Arbeitsproduktivität, die durch die reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ausgedrückt wird. Während von 1993 bis 1996 die Arbeitsproduktivität hiesige ebenso wie in Bayern im Produzierenden Gewerbe und in den Dienstleistungsunternehmen sogar etwas stärker zugenommen hat als in Hessen, war der Produktivitätsfortschritt von 1990 bis 1993 unter allen Bundesländern mit am schwächsten ausgeprägt.

Das Niveau der Arbeitsproduktivität liegt für Baden-Württemberg derzeit hinter Hessen an der Spitze aller Flächenländer. Besonders hoch ist die Arbeitsproduktivität im baden-württembergischen Fahrzeugbau, aber auch in der chemischen Industrie (einschließlich Mineralölverarbeitung) und im Baugewerbe. Deutlich schlechter schneiden dagegen die Handels- und Verkehrsunternehmen sowie der Staat ab (einschließlich privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

Gerade Unternehmen, deren Produkte einem hohen nationalen und internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt sind, haben durch eine vergleichsweise hohe und dynamisch verlaufende Arbeitsproduktivität gute Chancen im Wettbewerb. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird ganz entscheidend davon abhängen, ob die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes im Wettbewerb bestehen können. Denn trotz des immer weiter voranschreitenden

Strukturwandels ist die Industrie bis heute der wichtigste Arbeitgeber. Der Strukturwandel hat sich vor allem bezüglich der Wirtschaftsleistung, nicht jedoch in gleichem Ausmaß auf dem Arbeitsmarkt vollzogen. In Baden-Württemberg waren 1996 immer noch 41 % aller Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, in den Dienstleistungsunternehmen dagegen nur 21 %. Selbst in stärker dienstleistungsorientierten Bundesländern wie Hessen arbeiteten mit 33 % aller Erwerbstätigen mehr Personen im Produzierenden Gewerbe als in den Dienstleistungsunternehmen (23 %). Der Grund für die im Vergleich zu den Dienstleistungen größere Bedeutung der Industrie als Arbeitgeber liegt in der unterschiedlich hohen Arbeitsproduktivität dieser Bereiche. Um real 1 Million DM zu erwirtschaften, benötigte das Produzierende Gewerbe im vergangenen Jahr rund 10,5 Erwerbstätige, die Dienstleistungsunternehmen 6,5. Gerade die Wirtschafts- und damit auch die Erwerbstätigenstruktur Baden-Württembergs war wohl ausschlaggebend dafür, daß der Südwesten bundesweit immer noch hinter Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote aufweist.

Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft expandiert seit 1996 wieder lebhaft, allen voran die Entwicklungs- und südostasiatischen Schwellenländer. Aber auch das Wachstum der mitteleuropäischen Reformländer bleibt im internationalen Vergleich auffallend hoch. Wichtiger scheint, daß die Konjunktur bei den wichtigen Handelspartnern Baden-Württembergs sich besser entwickelt als in den Vorjahren. Westeuropa und auch Japan legen an wirtschaftlicher Dynamik deutlich zu und die USA setzt ihren Expansionskurs weiter fort.

Tabelle 16

Importvolumen wichtiger Handelspartner Baden-Württembergs seit 1992

– Veränderungen der Gesamtimporte gegen Vorjahr in % –

Land	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾	1997 ¹⁾
	Veränderung gegen Vorjahr in %					
USA	+ 9,6	+ 10,6	+ 13,5	+ 8,9	+ 6,7	+ 6,1
Japan	- 0,6	+ 3,8	+ 13,6	+ 12,5	+ 3,2	+ 6,8
Frankreich	+ 0,9	- 4,1	+ 7,3	+ 6,2	+ 0,5	+ 5,6
Italien	+ 3,3	- 9,1	+ 10,5	+ 6,6	+ 2,7	+ 3,5
Großbritannien	+ 6,4	+ 0,4	+ 6,3	+ 4,0	+ 7,3	+ 6,9
Niederlande	+ 1,9	- 1,7	+ 8,1	+ 7,0	+ 5,0	+ 5,9
Schweiz	- 5,1	- 0,9	+ 8,5	+ 3,9	+ 1,1	+ 2,3

1) Geschätzt.

Quelle: OECD Wirtschaftsausblick, Band 60, Dezember 1996.

Tabelle 17

Reales Bruttoinlandsprodukt in Industrieländern seit 1994

– Veränderungen gegen Vorjahr in % –

Region/Land	1994	1995	1996	1997 ¹⁾
	Veränderungen gegen Vorjahr in %			
Westeuropa	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,4
Deutschland	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,25
Frankreich	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,5
Italien	+ 2,2	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,25
Großbritannien	+ 3,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,75
USA	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,75
Japan	+ 0,5	+ 1,4	+ 3,6	+ 2,0

1) Prognose im Frühjahresgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute e.V.

Quelle: Frühjahresgutachten 1997 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.

Diese Entwicklung wird begünstigt durch den Rückgang der langfristigen Zinsen, in Europa zudem durch eine quasi konzertierte Herabsetzung der Leitzinsen. Hinzu kommt die Aufwertung des Dollars, der die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gegenüber Konkurrenten aus dem Dollarraum erheblich gestärkt hat. Den wachstumsförderlichen geldpolitischen Maßnahmen steht durchweg in den führenden Industrieländern eine Fiskalpolitik entgegen, die die Wirtschaft kurzfristig am Wachstum hemmt.⁸ Im Kern geht es dabei in allen Ländern darum, die hohen Haushaltsdefizite zurückzuführen. Am weitgehendsten wird dieses Ziel in den USA verfolgt, deren Bundeshaushalt im Jahr 2002 ausgeglichen sein soll. Auch in Europa ist das Ziel Budgetausgleich konkret gefaßt, wobei das Kriterium von Maastricht zuläßt, daß die Ausgaben in den Haushalten die Einnahmen um nicht mehr als 3 % überschreiten und zudem verlangt, daß dieses Ziel nachhaltig verfolgt wird. Obgleich von der Zielsetzung her moderater als in den USA, werden sich mit Blick auf die 1998 anstehende Entscheidung über den Beitritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion die finanzpolitischen Bemühungen auf das laufende Jahr 1997 konzentrieren. Von daher ist zu erwarten, daß sich diesseits des Atlantiks die restriktiven Wirkungen stärker bemerkbar machen als jenseits. Ähnliches gilt auch für Japan, dessen Haushaltsdefizit auf 7 % des Bruttoinlandsprodukts angewachsen ist. Dort ist eine Kombination von Ausgabenkürzungen und Erhöhungen der Steuerlast vorgesehen.

Die bekannten Prognosen gehen davon aus, daß diese günstigen Vorbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland auch 1997 Bestand haben und in

8 Längerfristig sollte sich die damit beabsichtigte Schuldenbegrenzung in einem Zuwachs an Vertrauen auf eine höhere Geldwertstabilität und auch ein höheres Wirtschaftswachstum niederschlagen.

den Industrieländern dazu beitragen, eine moderate Expansion abzusichern. Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahresgutachten davon aus, daß die Länder Westeuropas die Aufwärtsentwicklung in den eingeschlagenen Wachstumspfad fortsetzen und daß auch die USA auf den Potentialpfad einschwenken werden. Das Wirtschaftswachstum wird für 1997 mit 2,25 bzw. 2,75 % gegenüber dem Vorjahr prognostiziert. Danach dürfte auch das Bruttoinlandsprodukt in den Reformländern Mitteleuropas kräftig weitersteigen, wenn auch bei insgesamt 3,5 % Welthandel-Investitionen nicht mehr so stark wie zuletzt.

Die konjunkturelle Belebung in den Industrieländern hat dazu geführt, daß sich das Welthandelsvolumen im letzten Jahr stärker ausgeweitet hat als angenommen. Insbesondere in den USA, aber auch in den Ländern Lateinamerikas und einigen europäischen Ländern blieben die Importe über den Erwartungswerten. Auch in den asiatischen Schwellenländern und den europäischen Reformländern blieben die Importe auf hohem Niveau. Die weitere Entwicklung im Jahr 1997 wird insofern entscheidend durch die Nachfrageimpulse der Industrieländer getragen. Der Exportwirtschaft Baden-Württemberg kommt es dabei entgegen, daß die Importe vor allem in Europa deutlich expandieren und in den USA kaum nachlassen werden.

Tabelle 18

Anlageinvestitionen bei wichtigen Handelspartnern Baden-Württembergs seit 1992

– in konstanten Preisen, Veränderungen gegen dem Vorjahr in % –

Land	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾	1997 ¹⁾
	Veränderung gegen Vorjahr in %					
USA	+ 5,2	+ 5,1	+ 7,9	+ 5,3	+ 6,0	+ 3,3
Japan	– 1,5	– 2,0	– 1,0	+ 0,9	+ 9,6	+ 1,1
Frankreich	– 2,8	– 6,7	+ 1,3	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,5
Italien	– 1,8	– 12,8	+ 0,2	+ 5,9	+ 2,2	+ 2,9
Großbritannien	– 1,5	+ 0,6	+ 2,9	– 0,1	+ 3,4	+ 6,3
Niederlande	+ 0,6	– 2,8	+ 1,6	+ 6,7	+ 3,2	+ 2,8
Schweiz	– 5,0	– 2,5	+ 7,2	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,4

1) Geschätzt.

Quelle: OECD Wirtschaftsausblick, Band 60, Dezember 1996.

Dienstleistungen

Wachstumsmotor der Gesamtwirtschaft

Seit der Rezession bestimmt die Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen – ohne die Bereiche Handel, Verkehr und Staat – mehr denn je die gesamtwirtschaftliche Lage in Baden-Württemberg. Die Wachstumsschwäche im Verarbeitenden Gewerbe und die Tendenz zum Out-

sourcing haben mit dazu beigetragen, daß sich der Strukturwandel in den letzten Jahren beschleunigt hat. Im vergangenen Jahr erwirtschafteten die Dienstleistungsunternehmen mit preisbereinigt fast 150 Mrd. DM erstmals eine höhere Bruttowertschöpfung als die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Seit 1980 hat sich die reale Wirtschaftsleistung der Dienstleistungsunternehmen mehr als verdoppelt und mittlerweile liegt der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs an der realen Bruttowertschöpfung des Landes bei einem Drittel.⁹

Unternehmensbezogene Dienstleistungen am dynamischsten ...

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft in allen Dienstleistungssparten positiv. Während aber die reale Bruttowertschöpfung in den Bereichen Wohnungsvermietung und Kreditinstitute/Versicherungsunternehmen von 1980

- 9 Die Ergebnisse beruhen auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dort werden die Unternehmen nach institutionellen Gesichtspunkten den einzelnen Wirtschaftsbereichen zugeordnet, also nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit. Unschärfen bezüglich der Dienstleistungsdaten liegen darin begründet, daß beispielsweise auch Unternehmen, die anderen Wirtschaftsbereichen zugeordnet werden – zum Beispiel Unternehmen des Produzierenden Gewerbes – ebenfalls marktbestimmte Dienstleistungen anbieten. Bei der statistischen Erfassung der Dienstleistungen bestehen derzeit noch erhebliche Lücken. So gibt es kein Erhebungssystem wie beispielsweise im Produzierenden Gewerbe, das regelmäßig konsistente Angaben für sämtliche Dienstleistungssparten liefert.

Übersicht

Dienstleistungsunternehmen nach Sparten*)

Dienstleistungsunternehmen insgesamt

– Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen

– Wohnungsvermietung

– sonstige Dienstleistungsunternehmen:

vorwiegend haushaltsbezogene und Humandienstleistungen

Gastgewerbe, Heime

Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe

Gesundheits- und Veterinärwesen

vorwiegend unternehmensbezogene Dienstleistungen

übrige Dienstleistungen

(zum Beispiel Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, technische Beratung und Planung, Werbung, Reinigung, Wäschereien, Vermietung beweglicher Sachen usw.)

bis 1996 um 75 bzw. 90 % zunahm, expandierten die sogenannten „sonstigen Dienstleistungsunternehmen“ mit 150 % weitaus stärker. Diese lassen sich – grob annähernd – einteilen in die Gruppe der vorwiegend haushaltsbezogenen einschließlich Humandienstleistungen, wie beispielsweise Dienstleistungen des Gastgewerbes, der Bildung und des Gesundheitswesens, sowie in die Gruppe der vorwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungen, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als „übrige Dienstleistungen“ bezeichnet, wie sie beispielsweise von Beratungs- und Planungsunternehmen angeboten werden (*Übersicht*).

Insbesondere die Wirtschaftsleistung der vorwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungen, zu denen unter anderen Dienstleistungen von Rechts- und Steuerberatungs-, Wirtschaftsprüfungs- und technischen Planungs- und Beratungsbüros gehören, ist stark gewachsen und hat sich von 1980 bis 1996 mehr als verdreifacht. Dieser wachstumsstarke Bereich erwirtschaftet mittlerweile fast die Hälfte der gesamten realen Bruttowertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen des Landes und stellt damit die wichtigste Dienstleistungsbranche dar. Mit deutlichem Abstand folgen die Unternehmen der Wohnungsvermietung, die Kreditinstitute und die Anbieter von Dienstleistungen des Gesundheitswesens. Alleine diese vier genannten Bereiche machen fast 90 % der realen Wertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen aus.

... aber auch konjunkturabhängig

Der stetige Wachstumspfad der Dienstleistungsunternehmen verdeckt häufig, daß deren wirtschaftliche Entwicklung – insbesondere wegen des hohen Anteils der eher unternehmensbezogenen Dienstleistungen – auch von der konjunkturellen Lage im Produzierenden Gewerbe beeinflusst wird. Mit zunehmender Auslagerung von Dienstleistungsbereichen aus dem Produzierenden Gewerbe dürfte sich dieser Zusammenhang noch verstärken. So fällt die Wachstumsrate der realen Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen in konjunkturellen Schwächephasen niedriger aus als in Erholungsphasen.¹⁰

Dies zeigt auch der Vergleich der Entwicklungen im baden-württembergischen Produzierenden Gewerbe bzw. im Dienstleistungsbereich mit dem früheren Bundesgebiet. So war die Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung bei den baden-württembergischen Dienstleistungsunternehmen erst dann wieder besser als im frü-

*) Gemäß der Abgrenzung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

10 Kaiser, M.: Baden-Württemberg wieder auf dem Weg zum Musterlände?, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1997, S. 155 ff.

Tabelle 19

Reale Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und Arbeitsproduktivität in ausgewählten Dienstleistungsbereichen Baden-Württembergs seit 1980

Jahr	Dienstleistungsunternehmen insgesamt	Darunter			
		Übrige Dienstleistungen	Wohnungsvermietung	Kreditinstitute	Gesundheits- und Veterinärwesen

Reale Bruttowertschöpfung in Mill. DM

1980	67 839	21 019	18 865	9 715	6 824
1990	114 972	48 091	26 904	14 829	8 782
1993	129 676	57 967	29 686	14 562	11 108
1994	135 997	60 781	30 627	15 560	12 017
1995	142 175	.	31 709	.	.
1996	148 983	.	32 965	.	.

Erwerbstätige in 1 000

1980	583	.	89	.
1990	800	341	110	116
1993	905	404	118	133
1994	929	420	119	139
1995	956	.	.	.
1996	977	.	.	.

Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in DM (Arbeitsproduktivität)

1980	116 436	.	109 383	.
1990	143 667	220 065	134 567	75 748
1993	143 258	216 894	123 819	83 629
1994	146 339	217 740	131 210	86 650
1995	148 670	.	.	.
1996	152 526	.	.	.

heren Bundesgebiet, als auch das heimische Produzierende Gewerbe wieder Anschluß an die Entwicklung im Bundesgebiet gefunden hatte. Seit dem Rezessionsjahr 1993 entwickelte sich die reale Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe hierzulande wieder genauso stark wie im früheren Bundesgebiet, bei den Dienstleistungsunternehmen sogar stärker. Daß die Dienstleistungsunternehmen in Baden-Württemberg vergleichsweise kräftig expandierten, dürfte auf das verstärkte Outsourcing im Südwesten zurückzuführen sein, denn gerade die stark von der Investitionsgüterindustrie geprägte Wirtschaft Baden-Württembergs benötigt in besonderem Maße das Angebot der Dienstleistungsunternehmen.

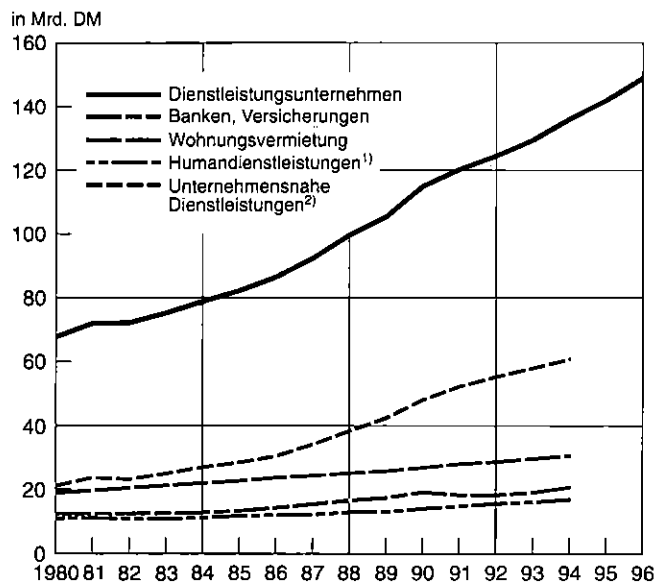
Stellenangebot von Dienstleistern wegen hoher Arbeitsproduktivität begrenzt

Der Zuwachs an Erwerbstätigen in den Dienstleistungsunternehmen bleibt deutlich hinter deren Wirtschaftsleistung zurück. Während im Jahr 1996 rund ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen realen Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs von Dienstleistungsunternehmen erbracht wurde, lag der Anteil der Erwerbstätigen mit nur einem Fünftel deutlich darunter. Im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe sind in den Dienstleistungsunternehmen immer noch deutlich weniger Personen erwerbstätig. Obgleich im Jahr 1996 die reale Bruttowertschöpfung in beiden Wirtschaftsbereichen annähernd gleich hoch war,

Schaubild 9

Reale Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen Baden-Württembergs seit 1980^{*)}

– in Preisen von 1991 –



^{*)} Berechnungsstand: Herbst 1996. – 1) Zum Beispiel Gesundheitswesen, Gastgewerbe. – 2) Zum Beispiel Rechts-, Wirtschafts-, technische Beratung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

217 97

waren in den hiesigen Dienstleistungsunternehmen 977 000 Personen erwerbstätig, im Verarbeitenden Gewerbe dagegen trotz des erheblichen Stellenabbaus immer noch 1 541 000.

Ausschlaggebend hierfür ist die außerordentlich hohe Arbeitsproduktivität in den Dienstleistungsunternehmen. Dort erwirtschaftete im Jahr 1996 ein Erwerbstätiger mit rund 150 000 DM im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe das 1,6fache an realer Bruttowertschöpfung. Die Dienstleistungsunternehmen haben für ihr Wachstum deshalb weniger Arbeitskräfte benötigt als im Verarbeitenden Gewerbe freigesetzt wurden. Die in den Dienstleistungsunternehmen zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze konnten also den Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe nicht ausgleichen.

Das zusätzliche Stellenpotential der Dienstleistungsunternehmen dürfte sich künftig sogar noch abschwächen. Denn gerade in den vorwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen, die innerhalb des gesamten Dienstleistungsbereichs immer mehr an Bedeutung gewinnen, ist die Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich hoch. In den beiden wichtigsten Dienstleistungsbranchen, den übrigen Dienstleistungen einschließlich Wohnungsvermietung, lag die real erwirtschaftete Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 1994 mit 218 000 DM weit über dem Durchschnitt aller Dienstleistungsunternehmen (146 000 DM).

Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg war auch 1996 weit von seiner Blütezeit entfernt. Nach den goldenen 80er Jahren mit einer langen Aufschwungphase erreichte das Verarbeitende Gewerbe – gemessen an der realen Bruttowertschöpfung – 1991 seinen Höhepunkt. Den darauffolgenden tiefen Einbruch konnte es bisher bei weitem nicht wettmachen. Auch im abgelaufenen Jahr nahm die Industrie im Südwesten einen schleppenden Konjunkturverlauf. Obwohl das niedrige Zinsniveau, die Abwertung der DM und die sich verstärkende Weltkonjunktur eigentlich günstige Rahmenbedingungen für eine Produktionsausweitung bildeten, legte die Industrieproduktion 1996 nur leicht zu. Hauptverantwortlich dafür dürfte die schwache Inlandsnachfrage, gerade nach Investitionsgütern, gewesen sein.

Wachstumsrückstand immer größer

Trotz der relativ günstigen Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in den 80er Jahren blieben die jährlichen Zuwachsraten der realen Bruttowertschöpfung fast stets hinter denen des realen Bruttoinlandsproduktes zurück. Der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zur gesamten wirtschaftlichen Leistung des Landes nahm infolgedessen immer mehr ab: Betrug der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung insgesamt im Jahr 1980 in Baden-Württemberg noch rund 42 %, so ging dieser Wert bis 1996 kontinuierlich auf ein Drittel zurück. Damit hat die südwestdeutsche Industrie ihren Spitzenplatz erstmals an die Dienstleistungsunternehmen abgegeben. Die gleiche Beobachtung läßt sich für das frühere Bundesgebiet treffen. Dort trug das Verarbeitende Gewerbe 1980 noch etwa ein Drittel zur gesamten Bruttowertschöpfung bei. Im vergangenen Jahr war es nur noch gut ein Viertel (rund 27 %).

Maßgeblich für den abnehmenden Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung war nicht zuletzt der ungünstige Verlauf im Maschinen- und Fahrzeugbau, also in den wichtigsten Wirtschaftszweigen Baden-Württembergs. Der Bruttowertschöpfungsanteil des Maschinenbaus hat sich in Baden-Württemberg von gut 7 % im Jahre 1980 auf etwa 5 %¹¹ 1994 deutlich reduziert. Auch der Fahrzeugbau hat in den letzten Jahren Anteile verloren. Konnte er bis 1983 anteilmäßig auf ca. 7 % zulegen, hat er seitdem dem gesamtwirtschaftlichen Verlauf nicht folgen können. Mit rund 5 % hat sein Bruttowertschöpfungsanteil inzwischen wieder das Niveau der frühen 70er Jahre erreicht.

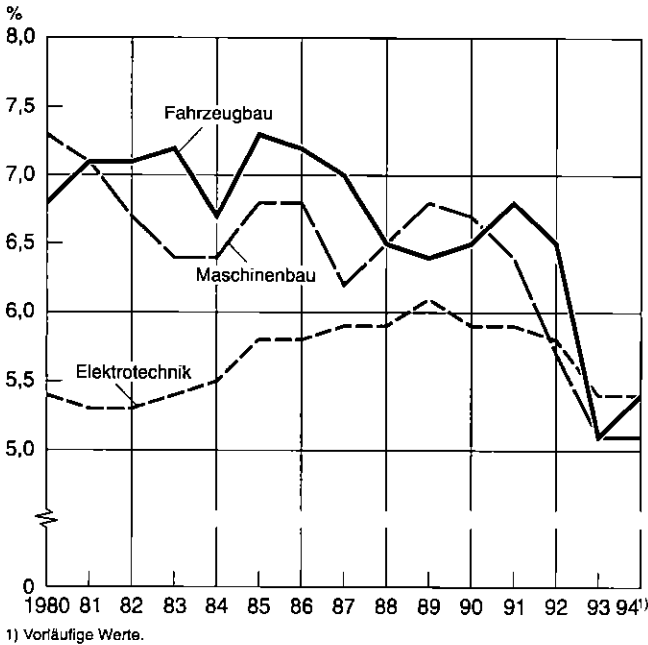
1996 kann als Jahr der Konsolidierung angesehen werden. Nicht zuletzt die moderaten Tarifabschlüsse und die Abwertung der DM gegenüber wichtigen Fremdwährun-

11 Vorläufiger Wert.

Schaubild 10

Anteil ausgewählter Wirtschaftszweige an der Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs seit 1980

– in Preisen von 1991 –



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

219 97

gen hatten einen wesentlichen Anteil daran, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der traditionell stark exportabhängigen baden-württembergischen Industrie 1996 verbesserte. Infolgedessen wurde das Produktionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes wieder etwas ausgeweitet: Es erhöhte sich 1996 gegenüber dem Vorjahr um 1 %. Mit einem Plus von knapp 3 % schnitt dabei das Investitionsgüter produzierende Gewerbe überdurchschnittlich ab. Insbesondere der Fahrzeugbau (+ 8 %) steigerte seinen Ausstoß im Vergleich zu 1995 kräftig. Das Vorleistungsgüter produzierende Gewerbe konnte seine Produktion dagegen lediglich um etwa ein halbes Prozent steigern. Die Gebrauchs- bzw. Verbrauchsgüterproduzenten unterschritten gar ihr Vorjahresniveau um rund 4 bzw. 3 %.

Gute Auslands-, schwache Inlands-geschäfte

In nur geringfügig größerem Umfang als die Produktion stiegen 1996 die wertmäßigen Umsätze, die das Vorjahresniveau um 1,4 % übertrafen. Deflationiert man diesen nominalen Zuwachs mit Hilfe des Preisindex für Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes, ergibt sich ein reales Plus von 1,3 %. In der nur geringen Differenz zwischen nominalem und realem Wachstum dürfte der

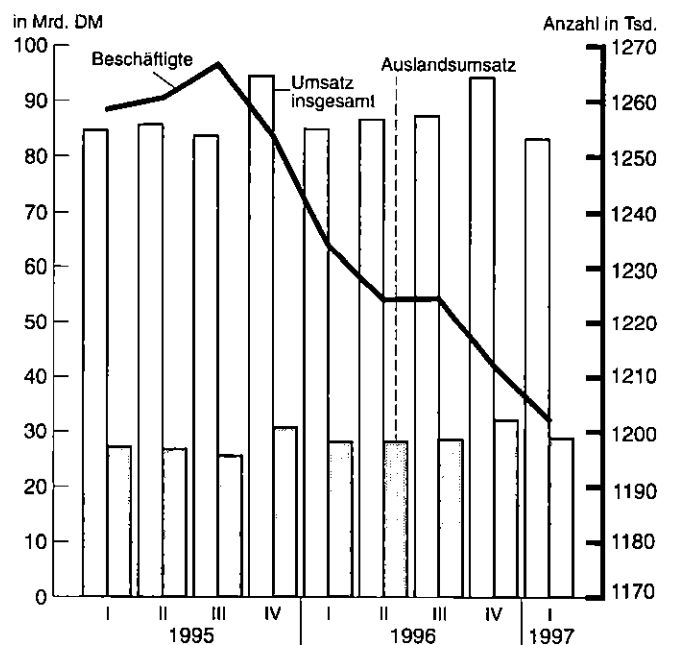
verschärfte Wettbewerbsdruck auf den internationalen Märkten mit seiner hemmenden Wirkung auf die Absatzpreise zum Ausdruck kommen.

Bei weiterhin schwacher Inlandsnachfrage gingen 1996 die Impulse vom Auslandsgeschäft aus. Offenbar profitierte die heimische Industrie von der in den letzten Jahren in Schwung gekommenen Weltkonjunktur und der günstigen Wechselkursentwicklung. So lag der Wert der Auslandsumsätze um gut 6 % über dem des Vorjahres. Gewinner waren insbesondere die stark vom Auslandsgeschäft abhängigen Branchen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes: Der Fahrzeugbau (+ 16 %), der Maschinenbau (+ 12 %) sowie die Chemische Industrie (+ 8 %) konnten im Ausland beachtliche Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahr erzielen.

Die Inlandsumsätze blieben demgegenüber im vergangenen Jahr weiterhin schwach. Besonders die für Baden-Württemberg so wichtigen Investitionsgüterproduzenten leiden unter der nach wie vor anhaltenden inländischen Investitionszurückhaltung. Der Verkauf an inländische Abnehmer ging 1996 gegenüber 1995 um rund 1 % zurück. Besonders die Hersteller von Metallzeugnissen (- 4 %) sowie die Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (- 4 %) mußten deutliche Umsatzeinbußen im Inlandsgeschäft hinnehmen. Der Rückgang der Inlands- und der gleichzeitige Anstieg der Auslandsumsätze führte dazu, daß die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes 1996 um beachtliche 1,5 Prozentpunkte auf 33 % anstieg.

Schaubild 11

Umsätze (nominal) und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit dem 1. Quartal 1995



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

218 97

Beschäftigung wie vor 40 Jahren

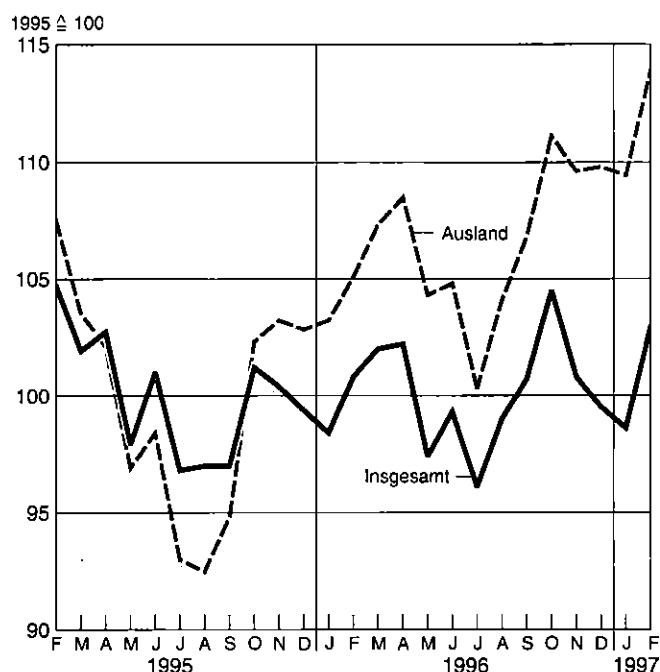
In den knapp 8 400 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg waren 1996 über 1,2 Mill. Personen beschäftigt, rund 3 % weniger als noch ein Jahr zuvor. Mit etwa 36 000 Stellen weniger als im Vorjahr setzte sich damit der Beschäftigungsabbau 1996 im fünften Jahr in Folge fort. Bereits zwischen 1991 und 1995 reduzierte sich die Zahl der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von ca. - 4 % um etwa 290 000 Stellen. Im letzten Jahr erreichte der Stand der Industriebeschäftigung im Südwesten wieder das Niveau von Mitte der 50er Jahre.

Im Zuge der sich weitgehend angleichenden Produktqualitäten und Produktionstechnologien hat sich Anfang der 90er Jahre die internationale Wettbewerbssituation verschärft. Darüber hinaus drängten verstärkt neue Konkurrenten aus Südostasien auf die Weltmärkte. Steigende Produktionskosten konnten daher nicht mehr in dem Maße wie früher auf die Preise überwälzt werden. Infolgedessen verschlechterte sich bei vielen Unternehmen die Ertragslage. Darauf reagierten sie mit einem massiven Personalabbau sowie mit verstärkten Rationalisierungsanstrengungen. Die Alternative, durch Produktinnovationen bestehende Marktanteile zu sichern und neue Märkte zu erschließen, wurde zunächst nur in geringem Umfang genutzt. Mit verbesserter Ertragslage sollte sich dies aber ändern.

Schaubild 12

Auftragseingänge (Volumenindex) im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs

– Gleitende 3-Monatsdurchschnitte –



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

220 97

Der Arbeitsplatzverlust im Verarbeitenden Gewerbe vollzog sich 1996 in den einzelnen Branchen mit unterschiedlicher Intensität. Im vergangenen Jahr verzeichneten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren mit fast - 12 % im Vergleich zum Vorjahr den in Relation zur Beschäftigtenzahl größten Stellenabbau. Auch die Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik lag mit einem Rückgang von gut 5 % über dem Durchschnitt. Entgegen dem allgemeinen Trend stockte der Fahrzeugbau hingegen seinen Personalbestand um fast 1 % auf.

Während die Zahl der Arbeiter 1996 gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % zurückging, wurden im gleichen Zeitraum 5 % weniger Arbeiterstunden geleistet. Es sind damit im Jahresdurchschnitt weniger Stunden pro Arbeiter geleistet worden als noch 1995. Offensichtlich wurde der Beschäftigungsrückgang durch den Abbau von Überstunden und durch Kurzarbeit etwas gedämpft.

Überraschend schwacher Start in das Jahr 1997

Zu Beginn des Jahres 1997 ließ die erhoffte wirtschaftliche Belebung noch auf sich warten. Die Produktion lag im ersten Quartal 1997 um 2 % unter dem Wert des Vorjahresquartals. Insbesondere die Gebrauchs- bzw. Verbrauchsgüterproduzenten mußten mit - 7 % bzw. - 5 % kräftige Einbrüche verkraften. Auch die wertmäßigen Umsätze blieben um 2 % unter dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Allein der weiterhin gute Verlauf des Auslandsgeschäfts, in dem Umsatzzuwächse von 3 % erzielt werden konnten, verhinderte ein negativeres Ergebnis.

Die Entwicklung der preisbereinigten Auftragseingänge (+ 2 %), insbesondere derjenigen aus dem Ausland (+ 9 %), läßt für den weiteren Verlauf des Jahres Hoffnung auf eine Belebung im Verarbeitenden Gewerbe aufkommen. Bei der zeitlichen Verzögerung zwischen Auftragseingang und Produktion dürfte sich wieder ein Produktionswachstum einstellen.

Der gute Verlauf des Auslandsgeschäfts darf aber nicht den Blick verstellen auf die nach wie vor geringe Inlandsnachfrage. Die Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen und das historische Tief bei den Zinsen sind eigentlich günstige Voraussetzungen für eine Stimulierung der Ausrüstungsinvestitionen. Damit der eingesetzte wirtschaftliche Aufschwung an Breite und Stabilität gewinnt, kommt es aber auch darauf an, daß sich die unternehmerische Investitionstätigkeit weiter verstärkt.¹²

12 Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1997, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Heft 17/97, Berlin, S. 295 ff.

Bisher gibt es kein Signal dafür, daß der Beschäftigungsabbau in der Südwestindustrie in diesem Jahr zum Stillstand kommt. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden gegenüber dem Vorjahresquartal erneut rund 3 % der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe abgebaut. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden reduzierte sich in dem genannten Zeitraum gar um 6 %.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß sich der Trend in der Beschäftigtenentwicklung umkehren wird. Ob das hohe Beschäftigungsniveau von 1991 wieder erreicht werden kann, ist fraglich. Zum einen wird aufgrund des sich fortsetzenden Strukturwandels die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes weiter abnehmen. Zum anderen hat die durch die Rationalisierungsmaßnahmen erzielte qualitative Verbesserung des Anlagenbestandes zu vergrößerten Produktivitätsreserven geführt. Folglich werden die Unternehmen zunächst diese Reserven bei steigender Produktion ausschöpfen, bevor sie zusätzliche Kapazitäten aufbauen. Maßgeblich für die Ausweitung des Produktionspotentials im Verarbeitenden Gewerbe ist letztlich die Erwartung über die künftige Nachfrage.¹³ Kann die erwartete Nachfrage bei einer Vollauslastung der vorhandenen Kapazitäten nicht vollständig befriedigt werden, bauen die Unternehmen ihr Produktionspotential und damit auch ihren Personalbestand wieder aus. Die gegenwärtige Unsicherheit bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung bildet jedoch keinen fruchtbaren Nährboden für derartige Erwartungen.

Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft hat 1996 das schlechteste Ergebnis seit 1980 erzielt. Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung setzte das Baugewerbe im vergangenen Jahr mit dem vierten Rückgang in Folge seine zuletzt ungünstige Entwicklung weiter fort. Und auch für 1997 ist keine Besserung in Sicht.

Baugewerbe verliert weiter Anteile

Diese Entwicklung muß vor dem Hintergrund des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels gesehen werden, dessen Auswirkungen seit längerer Zeit auch in der Bauwirtschaft bemerkbar werden. So nahm der Anteil des Baugewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs in den letzten Jahren immer mehr ab: Zwischen 1980 und 1996 fiel dieser Wert um 3 Prozentpunkte auf annähernd 5 %. Selbst in den relativ gün-

stigen Jahren von 1986 bis 1992 blieben die Wachstumsraten der realen Bruttowertschöpfung fast stets hinter denen des realen baden-württembergischen Bruttoinlandsprodukts zurück, so daß auch in diesen Jahren der Bruttowertschöpfungsanteil des Baugewerbes – wenn auch in abgeschwächter Form – weiter zurückging. Dieser Rückgang war im Südwesten stärker ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet: Dort reduzierte sich der Anteil um lediglich 2 Prozentpunkte.

Hochbau mit deutlichen Produktions-einbußen

Im Bauhauptgewerbe schlug der seit 1995 schwach verlaufende Auftragseingang im Jahr 1996 auf die Bauproduktion durch. Die reale und kalenderbereinigte Rohbauleistung lag 1996 um rund 10 % unter dem Vorjahreswert. Während der Tiefbau mit einem Rückgang von rund 2 % das Produktionsergebnis des Vorjahres noch annähernd halten konnte, brach der Hochbau mit knapp – 14 % geradezu ein. Dabei hat sich der Schrumpfprozeß im Jahresverlauf etwas abgeschwächt: Im Tiefbau blieb die reale Bauproduktion im zweiten Halbjahr 1996 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum konstant, und auch im Hochbau fielen die Produktionseinbußen in der zweiten Jahreshälfte 1996 (– 9 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum) deutlich geringer aus als noch in der ersten (– 18 %).

Auch die realen Auftragsbestände lagen Ende 1996 unter dem Vorjahresniveau. Im Hoch- wie im Tiefbau gingen die Auftragsreserven um 6 % gegenüber Ende 1995 zurück. Die Produktion, die sich ja in einem Abbau der Auftragsbestände niederschlägt, war offensichtlich immer noch größer als die sehr spärlich eingehenden Neuaufträge, so daß die Auftragsreserven per saldo zurückgingen.

Deutlicher Beschäftigungsrückgang im Bauhauptgewerbe

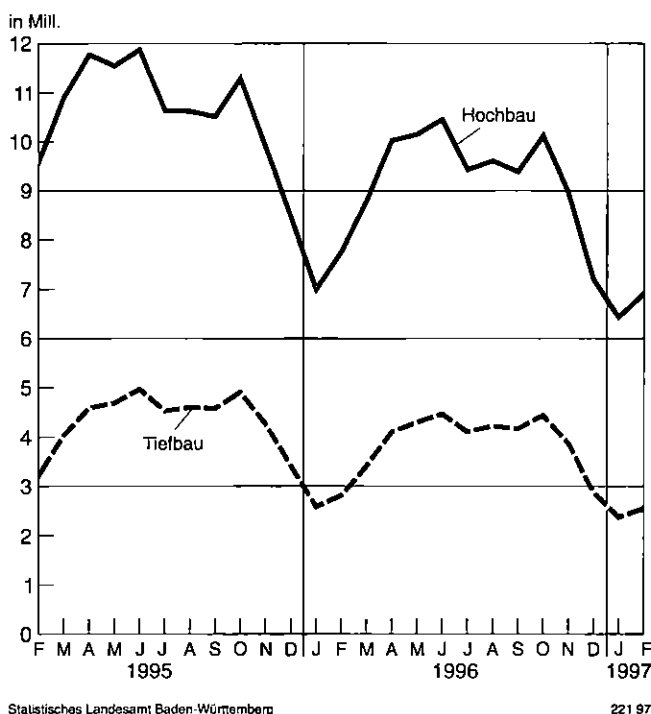
Mit der Abschwächung der Bauproduktion ging eine deutliche Reduzierung der Beschäftigung einher: 1996 wurden im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs rund 12 % weniger Arbeitsstunden geleistet als noch ein Jahr zuvor. Wie bei der realen Rohbauleistung mußte der Hochbau auch bei der Beschäftigungssituation größere Einschnitte verkraften als der Tiefbau. Im Hochbau lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden 1996 gut 12 % unter dem Vorjahresniveau, im Tiefbau rund 9 %. Die Zahl der Beschäftigten sank in dem genannten Zeitraum um gut 9 % auf jahresdurchschnittlich rund 133 000 Personen. Demgegenüber blieb die Zahl der gewerblichen Auszubildenden 1996 gegenüber dem Vorjahr weitgehend konstant.

¹³ Jahresgutachten 1996/1997 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Reformen voranbringen, Metzler-Poeschel, Stuttgart 1996, S. 56 ff. und S. 170.

Schaubild 13

Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs

– Gleitende 3-Monatsdurchschnitte –



die Vermietung bzw. den Verkauf von Wohnraum weit weniger rentabel als noch in Zeiten von Wohnraumknappheit.

Der Nichtwohnbau war im vergangenen Jahr hingegen die tragende Säule des Hochbaus. Das im Jahr 1996 im Nichtwohnbau genehmigte Neubauvolumen hat das Vorjahresniveau um rund 25 % übertroffen. Maßgeblichen Anteil an diesem Ergebnis hatte die im Nichtwohnbau mit großem Abstand wichtigste Bauherrngruppe der Wirtschaftsunternehmen, deren 1996 beantragtes Neubauvolumen den Vorjahreswert um gut 29 % übertraf. Ein nachhaltiger Positivtrend ist darin allerdings nicht zu sehen. In den ersten drei Monaten 1997 zeigte der Nichtwohnbau wieder Risse im Fundament: Das in diesem Zeitraum genehmigte Neubauvolumen lag um 11 % unter dem des entsprechenden Vorjahresquartals.

Baukonjunktur auch 1997 schwach

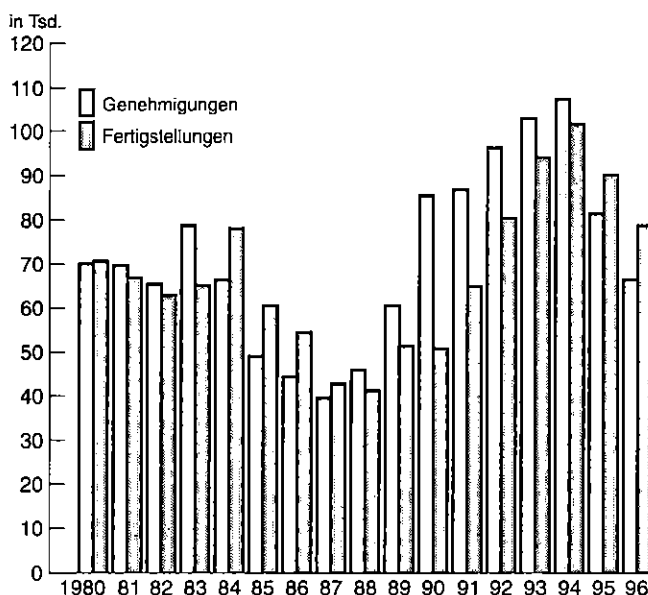
Läßt die Entwicklung der Baugenehmigungen schon eine Fortsetzung der Talfahrt im Baugewerbe vermuten, werden diese Befürchtungen durch einen Blick auf die Auftragseingänge noch verstärkt. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, denen die Bauproduktion mit einer zeitlichen Verzögerung folgt, blieben in ihrem Wert 1996 um über 11 % hinter dem des Vorjahres zurück. Auch im ersten Quartal 1997 nahm die Investitionsbereitschaft der gewerblichen, privaten und öffentlichen

Wohnungsbau weiter auf Talfahrt

Ein Blick auf die im Hochbau erteilten Baugenehmigungen läßt ein großes Problem der heimischen Bauwirtschaft erkennen: Im Wohnungsbau wurden 1996 lediglich knapp 58 000 neue Wohnungen¹⁴ genehmigt.¹⁵ Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 18 %. Insbesondere die Nachfrage nach Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, auf die rund 55 % aller Baugenehmigungen entfielen, ging um 33 % zurück. Nachdem zwischen 1988 und 1994 stets positive Zuwachsraten bei den Wohnungsbaugenehmigungen zu verzeichnen waren, scheint sich der erstmalige Rückgang im Jahre 1995 (– 25 %) nunmehr als eine Trendumkehr herauszukristallisieren. Die aktuellen Zahlen für das erste Quartal 1997 bestätigen diese Einschätzung: Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wurden fast 21 % weniger Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden freigegeben. Ein weiteres Indiz für die Sättigung auf dem Wohnungsmarkt liefern die seit 1995 rückläufigen Fertigstellungszahlen. Offenbar haben die Fertigstellungsrekorde der frühen 90er Jahre den Wohnungsmarkt stark entlastet. Die damit einhergehende Entspannung bei den Wohnungsmieten und Immobilienpreisen machen

Schaubild 14

Genehmigte^{*)} und fertiggestellte Wohnungen^{**)} in Baden-Württemberg seit 1980



14. Einschließlich Wohnheime.

15. Einschließlich der gemeldeten Kenntnissgaben.

*) Einschließlich der gemeldeten Kenntnissgaben. – **) In Wohn- und Nichtwohngebäuden einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Auftraggeber im Baugewerbe trotz niedriger Zinsen und fallender Baupreise weiter ab. Gegenüber den ersten drei Monaten des Vorjahres gaben die Auftragseingänge um 7 % nach. Hoch- und Tiefbau waren von dieser Entwicklung gleich stark betroffen.

Im Wohnungsbau verschlechterte sich die Auftragslage weiter (– 8 % gegenüber dem ersten Quartal 1996) und auch im öffentlichen Hoch- (– 11 %) und Tiefbau (– 16 %) reduzierte sich der Wert der Auftragseingänge im gleichen Zeitraum wegen der anhaltenden Finanznot des Staates kräftig. Allein der gewerbliche Hochbau (– 4 %) konnte das gute Ergebnis des Vorjahresquartals annähernd halten. Infolgedessen dürfte 1997 sowohl die Produktion als auch die Beschäftigung in der Baubranche weiter zurückgehen, wenn auch nicht ganz so stark wie im Vorjahr.

Einzelhandel

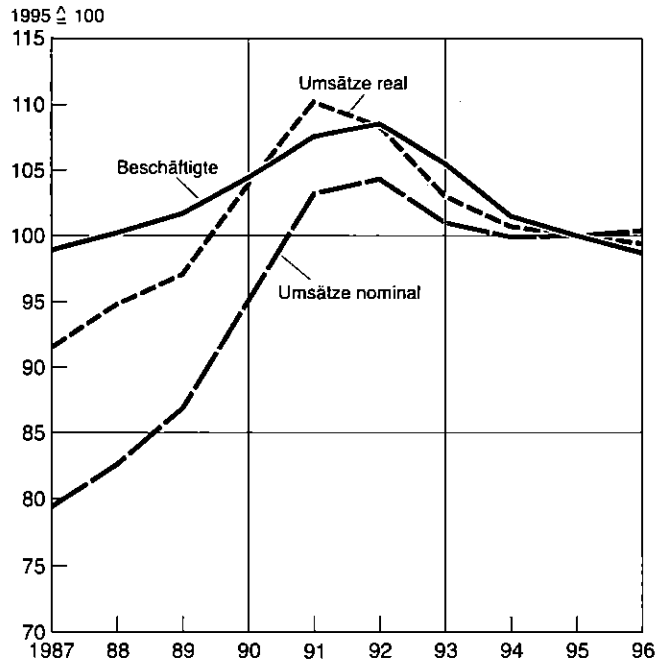
Auch das vergangene Jahr brachte für den baden-württembergischen Einzelhandel keine Trendwende. Die zu Beginn des Jahres 1996 vorgenommenen steuerlichen Entlastungen und die Abschaffung des Kohlepfennigs wurden zwar durch die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge teilweise kompensiert, dennoch wurden die Privaten Haushalte im Bundesgebiet um rund 15 Mrd. DM entlastet.¹⁶ Da diese Entlastungen zum Großteil Personen mit überdurchschnittlicher Konsumquote zugute kamen, wurde mit einer entsprechend kräftigen Zunahme der Konsumausgaben für das abgelaufene Jahr gerechnet. Allerdings trübte sich das Konsumklima schon bald ein. Die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes und die anhaltende Diskussion um weiter steigende Sozialversicherungsbeiträge verunsicherte die Konsumenten. Belebende Effekte für den Einzelhandel blieben daher aus. Die Ausgaben für Konsumgüterkäufe stiegen in geringerem Umfang als erwartet und unter Berücksichtigung der Preissteigerung setzte sich der seit 1992 anhaltende Schrumpfungsprozeß fort.

Abwärtstrend stark abgeflacht

Die Umsätze der baden-württembergischen Einzelhandelsunternehmen fielen preisbereinigt nun schon in fünf aufeinanderfolgenden Jahren unter das Vorjahresniveau zurück. Allerdings scheint sich die Lage langsam zu stabilisieren. Nachdem der Einzelhandel in den Jahren 1992 bis 1994 zum Teil deutliche reale Umsatz-

Schaubild 15

Umsätze und Beschäftigte im Einzelhandel Baden-Württembergs seit 1987



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

223 97

einbußen hinnehmen mußte, hat sich der Abwärtstrend seit 1995 stark abgeschwächt. Preisbereinigt lagen die Einzelhandelsumsätze in den Jahren 1995 und 1996 mit – 0,7 % bzw. – 0,6 % nur noch leicht unter dem jeweiligen Vorjahreswert. Auch die Entwicklung der nominalen Umsätze – zuletzt wieder ein leichtes Plus von 0,4 % – läßt auf eine langsam beginnende Entspannung im Einzelhandel schließen.

Durch die wachsende Konzentration im Einzelhandel – insbesondere bei den Kaufhausketten und den großen Lebensmittelketten – hat sich der Wettbewerbsdruck erhöht. Der Zwang zur Kostensenkung und Rationalisierung setzte sich dadurch auch im abgelaufenen Jahr weiter fort. Diese Entwicklung zeigt sich bei den personalintensiven Unternehmen besonders deutlich. So reduzierten die baden-württembergischen Unternehmen auch 1996, dem Trend der letzten Jahre folgend, die Zahl ihrer Beschäftigten nochmals um gut 1 %. Dabei setzte sich die in der Vergangenheit zu beobachtende Verschiebung zu mehr Teilzeitbeschäftigung im Einzelhandel weiter fort. Während die Betriebe den Personalbestand bei den Vollzeitbeschäftigten um 3 % abbauten, erhöhten sie die Zahl der Teilzeitarbeitskräfte noch einmal um knapp 1 %. Allerdings scheint hier eine Trendwende in Sicht. Während im gesamten Verlauf des Jahres 1996 die Zahl der Vollzeitbeschäftigten rückläufig war, gab es zu Beginn des Jahres 1997 leichte Zuwächse. Die Entwicklung bei den Teilzeitbeschäftigten verlief sogar noch deutlich besser. Eine wesentliche Ursache hierfür dürfte sicherlich auch in den verlängerten Ladenschlußzeiten liegen.

16 Jahresgutachten 1996/1997 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Reformen voranbringen, Metzler-Poeschel, Stuttgart 1996, S. 96.

Der Abwärtstrend im Einzelhandel gilt nicht für alle Sparten. Der Kfz-Einzelhandel konnte auch 1996 seinen Umsatz sowohl nominal mit einem Zuwachs von rund 3 % als auch real mit einem Zuwachs von 2 % steigern. Das hervorragende Ergebnis aus dem Vorjahr konnte aber nicht mehr erreicht werden. Außer dem Kfz-Handel konnten auch die Tankstellen mit einem Umsatzzuwachs von rund 11 % (real 9 %) ein weit überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Dagegen mußte der übrige Einzelhandel nochmals geringfügige nominale und reale Umsatzrückgänge hinnehmen.

Belebung erst mittelfristig zu erwarten

Mehr als eine weitere Stabilisierung im baden-württembergischen Einzelhandel ist im laufenden Jahr nicht zu erwarten. Die Löhne und Gehälter werden aufgrund der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt nur leicht ansteigen. Auch bei den Rentenzahlungen ist für das Jahr 1997 nur mit einer moderaten Zunahme zu rechnen. Aufgrund weiterer Einsparungen bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie der Sozial- und Arbeitslosenhilfe wird sich allerdings die Einkommenssituation¹⁷ in der breiten Masse der Bevölkerung gegenüber 1996 nur leicht verbessern. Mit einer spürbaren Belebung im Einzelhandel dürfte erst zu rechnen sein, wenn der wirtschaftliche Aufschwung wieder zu mehr Beschäftigung führt und höhere Lohnabschlüsse zuläßt. Für die Jahre 1998 und 1999 dürften vor allem auch die angekündigten steuerlichen Entlastungen zur Verbesserung des Konsumklimas beitragen.

Außenhandel

Ausfuhren auf neuem Rekordniveau

Seit Mitte 1995 verbesserte sich das weltwirtschaftliche Umfeld. Davon profitierten auch die baden-württembergischen Exporteure in hohem Maße. Der Wert der im Jahr 1996 aus Baden-Württemberg ausgeführten Waren erreichte mit 131,4 Mrd. DM ein neues Rekordniveau. Nachdem schon in den Jahren 1994 und 1995 die Lieferungen an das Ausland deutliche Zuwächse aufwiesen, stieg das Exportvolumen abermals, und zwar nominal um beachtliche 6 %. Besonders deutlich zeigt sich der Erfolg der heimischen Exporteure auf den Weltmärkten im Vergleich zum Bundesgebiet, wo der entsprechende Zuwachs bei nur 3 % lag. Die zu Beginn der neunziger Jahre wegen der rezessiven Entwicklung in den Indu-

strielländern und erheblicher realer Aufwertungen aufgetretene Stagnationsphase bei den baden-württembergischen Ausfuhren scheint damit überwunden. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist dies von unschätzbbarer Bedeutung. Bei weiterhin verhaltener inländischer Investitionstätigkeit und schleppender Konsumnachfrage ist die Auslandsnachfrage derzeit der wichtigste Konjunkturmotor im Land.

Obwohl in den meisten westeuropäischen Ländern und den Vereinigten Staaten die Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 1996 deutlich schwächer zugenommen haben, als noch ein Jahr zuvor, gelang es den baden-württembergischen Exporteuren, das Ausfuhrergebnis des Vorjahrs zu übertreffen. Und dies trotz eines noch immer starken Wettbewerbs auf den internationalen Märkten. Von Vorteil war dabei, daß sich die in der Vergangenheit durchgeführten Rationalisierungsanstrengungen zunehmend bemerkbar machten, das qualitative und technologische Niveau der Produkte weiter verbessert wurde und Kostenvorteile globaler Produktionsnetzwerke ausgenutzt wurden. Wettbewerbsnachteile konnten dadurch wieder abgebaut werden. Auch der verstärkte Ausbau von Vertriebs- und Serviceeinrichtungen dürfte neue Marktpotentiale eröffnet bzw. bestehende Beziehungen gefestigt haben.

Korrektur der Wechselkurse verbessert Exportchancen

Die Wettbewerbsposition der baden-württembergischen Exporteure hat sich mit Sicherheit auch durch die Korrektur der starken realen Aufwertung vom ersten Quartal 1995 verbessert. Diese Entwicklung hatte bereits im zweiten Halbjahr 1995 begonnen. Von Januar bis Dezember 1996 nahm der reale Außenwert der DM gegenüber 18 Industrieländern um weitere 4 % ab. Die Aufwertung vom Frühjahr 1995 war damit nicht nur vollständig abgebaut, die Wechselkursrelationen haben sich sogar zugunsten der heimischen Exportwirtschaft verbessert. Der reale Außenwert der DM lag Ende 1996 in etwa wieder auf dem Niveau vom Frühjahr 1994. Für das Jahr 1997 läßt daher die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produkte aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen und günstigeren Wechselkursen, sowie vor allem die fortschreitende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in Kontinentaleuropa, eine wiederum kräftige Zunahme der Ausfuhren erwarten.

Zunehmende Präsenz auf Wachstumsmärkten

In regionaler Hinsicht konzentrierte sich mit 78 % im Jahr 1996 nach wie vor der Großteil der baden-württembergischen Exporte auf die westlichen Industrieländer. Allerdings mit fallender Tendenz: 1987 lag der Anteil noch

¹⁷ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1997, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 17/97, Berlin 1997, S. 299.

Tabelle 20

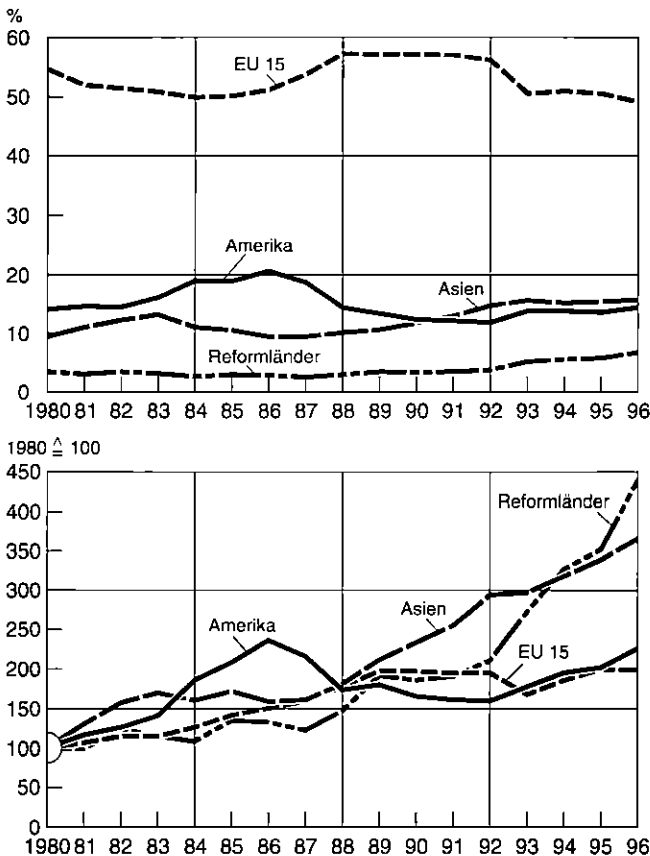
Ausfuhr (Spezialhandel) Baden-Württembergs seit 1993 nach ausgewählten Handelspartnern

Handelspartner	Ausfuhr							
	1993	1994	1995 ¹⁾	1996 ¹⁾	1993	1994	1995	1996
	Mill. DM				Anteil am Insgesamt in %			
Europa	72 310,0	79 975,8	84 116,0	87 991,3	67,2	67,8	67,8	67,0
davon								
EU-15	54 335,4	60 123,0	62 650,3	64 463,1	50,5	50,9	50,5	49,1
darunter								
Belgien-Luxemburg	4 523,8	5 155,8	5 173,8	5 185,4	4,2	4,4	4,2	3,9
Frankreich	12 461,9	13 691,6	14 199,8	13 946,2	11,6	11,6	11,5	10,6
Großbritannien	6 732,5	7 615,8	8 332,5	9 351,3	6,3	6,5	6,7	7,1
Italien	8 227,0	9 441,0	9 532,3	8 975,7	7,7	8,0	7,7	6,8
Niederlande	5 323,6	5 927,2	6 427,9	6 949,6	5,0	5,0	5,2	5,3
Österreich	7 182,2	7 591,1	6 966,4	7 172,4	6,7	6,4	5,6	5,5
Schweden	2 163,7	2 658,8	3 037,2	3 035,3	2,0	2,3	2,4	2,3
Spanien	3 228,3	3 572,7	4 187,2	4 731,3	3,0	3,0	3,4	3,6
EFTA-Länder ²⁾	9 825,6	10 927,4	11 661,9	11 244,2	9,1	9,3	9,4	8,6
darunter								
Schweiz	9 040,0	10 050,4	10 697,8	10 122,4	8,4	8,5	8,6	7,7
Reformländer ³⁾	5 445,5	6 533,5	7 015,9	8 767,6	5,1	5,5	5,7	6,7
darunter								
Polen	1 067,6	1 155,5	1 285,3	1 709,4	1,0	1,0	1,0	1,3
Tschechische Republik	1 302,7 ⁴⁾	1 597,2 ⁴⁾	1 667,5	2 069,3	1,2	1,4	1,3	1,6
Ungarn	945,1	1 210,2	1 271,9	1 668,0	0,9	1,0	1,0	1,3
ehemalige Sowjetunion	1 763,0	2 070,4	1 780,6	2 222,0	1,6	1,8	1,4	1,7
Übriges Europa	2 703,5	2 392,0	2 787,9	3 516,4	2,5	2,0	2,2	2,7
Afrika	2 795,1	2 847,7	2 975,1	2 831,3	2,6	2,4	2,4	2,2
Amerika	14 734,7	16 199,9	16 737,2	18 743,9	13,7	13,7	13,5	14,3
darunter								
Vereinigte Staaten	11 139,0	12 301,9	12 357,9	14 223,8	10,4	10,4	10,0	10,8
Asien	16 628,4	17 829,2	18 973,6	20 453,4	15,5	15,1	15,3	15,6
darunter								
Japan	3 798,4	3 691,4	4 324,0	5 247,8	3,5	3,1	3,5	4,0
China	1 990,5	1 486,6	1 542,1	1 932,4	1,9	1,3	1,2	1,5
Südkorea	1 131,7	1 692,2	1 982,5	2 390,3	1,1	1,4	1,6	1,8
Taiwan	1 296,3	1 318,1	1 317,1	1 141,1	1,2	1,1	1,1	0,9
Hongkong	1 060,1	1 177,7	1 039,4	1 113,8	1,0	1,0	0,8	0,8
Indien	416,6	516,4	803,8	707,9	0,4	0,4	0,6	0,5
Asean ⁵⁾	3 106,2	3 937,6	4 569,9	4 711,5	2,9	3,3	3,7	3,6
Australien und Ozeanien	972,7	1 157,1	1 166,9	1 322,8	0,9	1,0	0,9	1,0
Insgesamt	107 536,9	118 042,3	124 005,6	131 385,6	100	100	100	100

1) Vorläufige Werte. – 2) Island, Norwegen, Schweiz. – 3) Gebiet der früheren Sowjetunion, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – 4) Einschließlich Slowakei. – 5) Thailand, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Schaubild 16

Ausfuhr Baden-Württembergs seit 1980 nach Kontinenten und Ländergruppen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

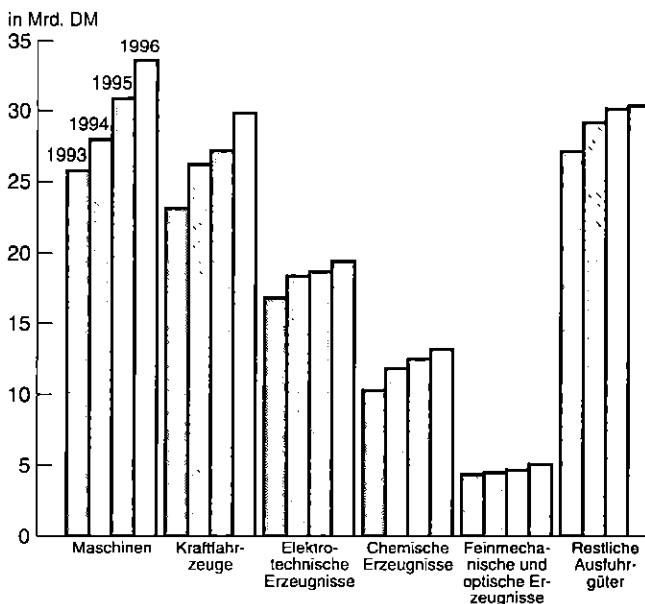
224 97

bei 87 %. Nicht mit der Gesamtentwicklung Schritt gehalten haben vor allem die Exporte in die Länder der EU und die EFTA-Staaten. Wurden 1988 noch 67 % aller baden-württembergischen Waren in diese beiden Ländergruppen exportiert, waren es acht Jahre später nurmehr 58 %. Demgegenüber haben die Ausfuhren in den südostasiatischen Raum und die mittel- und osteuropäischen Reformländer in den letzten Jahren wachsende Bedeutung erlangt. Auch die Exporte nach Nord- und Südamerika zeigen seit 1992 eine nach oben gerichtete Tendenz. Vor allem der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Produzenten elektrotechnischer Erzeugnisse konnten von dieser Entwicklung profitieren. Durch die verstärkte Präsenz auf diesen Wachstumsmärkten gelang es den baden-württembergischen Unternehmen, die Auswirkungen der konjunkturellen Schwächephase in Westeuropa zu Beginn der neunziger Jahre abzumildern. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung in Westeuropa konnten in den letzten Jahren auch wieder die Exporte in die Länder der Europäischen Union gesteigert werden. Von 1994 bis 1996 betrug das durchschnittliche Exportwachstum 6,8 %. Dies zeigt, daß auch in Zukunft die europäischen Absatzmärkte für die baden-württembergische Exporteure eine hohe Relevanz haben werden. Dennoch werden sie wohl nicht mehr die herausragende Bedeutung erreichen, die sie zu Beginn der neunziger Jahre hatten.

Die Exportentwicklung in die Länder der Europäischen Union entspricht derzeit im wesentlichen dem generellen Wachstumsgefälle, 1996 durch die schleppende Konjunktur in Europa verstärkt. Sie verlief im Jahr 1996 mit einer Zunahme von 3 % im Vergleich zum Gesamtwachstum von 6 % nur unterdurchschnittlich. Dabei gab es sowohl Länder bei denen zum Teil deutliche Exportzuwächse zu verzeichnen waren als auch solche mit leichten bis kräftigen Rückgängen. Stark profitieren konnten die baden-württembergischen Exporteure von der anhaltend guten Konjunktur in Großbritannien sowie der Normalisierung der Wechselkursrelation zwischen DM und britischem Pfund (Exportzuwachs: 12 %). Auch die Exporte nach Spanien (13 %) und den Niederlanden (8 %) nahmen überdurchschnittlich zu. Hingegen konnten auf dem italienischen Absatzmarkt aufgrund der nahezu stagnierenden Privaten Konsumnachfrage, und allgemein geringer Investitionsbereitschaft deutlich weniger Waren (- 6 %) abgesetzt werden. Eine Konjunkturdelle war auch im Falle Frankreichs ausschlaggebend für den Rückgang der Warenlieferungen im vergangenen Jahr um 2 %.

Schaubild 17

Ausfuhr Baden-Württembergs seit 1993 nach Waren



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

225 97

USA wieder wichtigster Absatzmarkt – neue Märkte im Osten

Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten sind nach der vorübergehenden Dämpfung im Jahr 1995 mit + 15 % wieder kräftig gestiegen und erreichten ein Volumen von 14,2 Mrd. DM. Erstmals seit 1987 waren die Vereinigten Staaten wieder der wichtigste Absatzmarkt für baden-

württembergische Erzeugnisse (Anteil: 10,8 %) und verdrängten damit Frankreich (Anteil: 10,6 %) auf den zweiten Platz. Nach der günstigen konjunkturellen Prognose für die Vereinigten Staaten und der starken Aufwertung des amerikanischen Dollars ist für das laufende Jahr mit einer Fortsetzung dieser positiven Entwicklung zu rechnen.

Der aufstrebende wirtschaftliche Aufschwung in den mittel- und osteuropäischen Ländern spiegelt sich in einem ständigem Anstieg der Exporte in diese Region wider. Der Anteil der Exporte, der auf diese Ländergruppe entfällt, steigt nun schon seit 1987 kontinuierlich an und erreichte zuletzt 7 %. Die Ausfuhren nahmen 1996 um 25 % zu und stiegen auf ein Volumen von 8,7 Mrd. DM. Erheblich mehr Waren konnten hauptsächlich nach Polen (+ 33 %), Ungarn (+ 31 %) und die Tschechische Republik (+ 24 %) geliefert werden. Auch nach Rußland stiegen die Lieferungen mit einem Plus von 25 % wieder kräftig an. Der Einbruch aus dem Jahr 1995 konnte damit wieder ausgeglichen werden. Vor allem von dem immer noch hohen Bedarf an Investitionsgütern können die baden-württembergischen Exporteure in hohem Maße partizipieren.

Die Exporte in den weitaus größten Absatzmarkt im südostasiatischen Raum, nämlich Japan, sind aufgrund einer deutlich aufwärtsgerichteten Konjunktur mit einem Plus von 21 % wiederum stark gewachsen. Auch die Exporte nach China mit 1,9 Mrd. DM (+ 25 %) und Südkorea mit 2,4 Mrd. DM (+ 21 %) lagen deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Hingegen verlief die Entwicklung der Ausfuhren nach Taiwan, Hongkong und in die ASEAN-Länder, deren Nachfrage in den vergangenen Jahren die Ursache für vermehrte Exporte in diese Region waren, im Vergleich zur Gesamtentwicklung der Exporte in diesen Weltteil (+ 12 %) nur unterdurchschnittlich. Da diese Region zum erweiterten Dollarraum zählt, sind die Perspektiven nach der erfolgten Abwertung der DM gegenüber dem Dollar auch für 1997 durchaus gut. Allerdings könnte sich der Wettbewerb etwas verschärfen, nachdem japanische Erzeugnisse durch die Abwertung des Yen wieder an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben.

Maschinen- und Fahrzeugbau mit überdurchschnittlichem Exportwachstum

Die Warenstruktur der baden-württembergischen Exporte blieb stabil. Mit einem Anteil von 26 % bzw. 23 % entfielen knapp die Hälfte der Exporte auf die Warengruppen Maschinen und Kraftfahrzeuge. Aufgrund eines überdurchschnittlichen Wachstums von 9 % bzw. 10 % konnten sie sogar ihre exponierte Stellung im baden-württembergischen Exportgütersortiment weiter ausbauen. Es folgen die elektrotechnischen und chemischen Erzeugnisse mit Anteilen von 15 % und 10 %. Ihr Warenvolumen steigerte sich mit + 4 % und + 6 % leicht unterdurch-

schnittlich. Während der Ausfuhranteil der chemischen Erzeugnisse eine für baden-württembergische Verhältnisse durchaus beachtliche Größenordnung darstellt und sich in den letzten Jahren bei 10 % stabilisiert hat, gehen den elektrotechnischen Erzeugnissen seit 1991 kontinuierlich Anteile verloren.

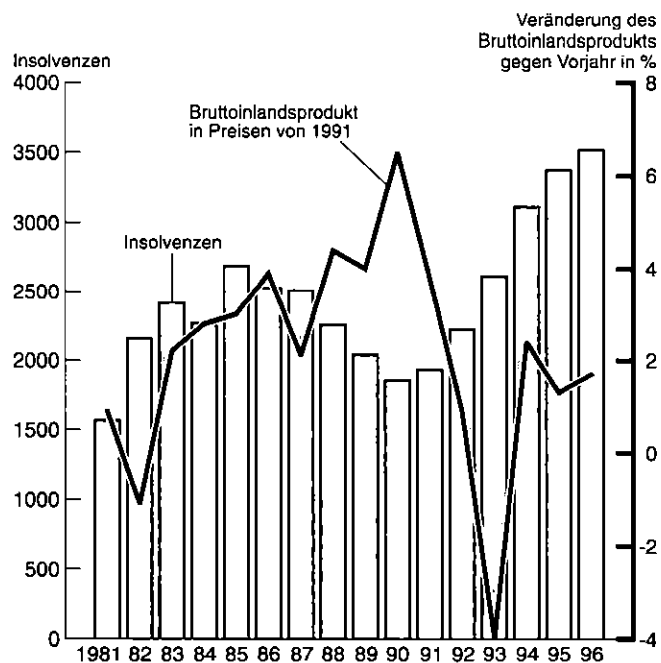
Insolvenzen

Insolvenzzahlen auf Rekordniveau

Mit über 3 500 beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren erreichten die Insolvenzen 1996 ein neues Rekordniveau. Damit sind die Insolvenzfälle 1996 im sechsten Jahr in Folge gestiegen.

Eingeleitet wurde diese negative Entwicklung durch die tiefe Rezession 1992/93, deren Folgen für die Unternehmen ein bisher nicht gekanntes Ausmaß annahmen. So lag 1996 die Zahl der Insolvenzen um knapp ein Drittel über dem Maximum nach der Rezession Anfang der 80er Jahre. Da die südwestdeutsche Wirtschaft bis zum ersten Quartal 1997 noch nicht auf einen breiten Wachstumspfad zurückgefunden hat, ist eine Trendwende in der Insolvenzentwicklung bislang ausgeblieben. Immerhin hat sich das hohe Tempo bei der Zunahme der Insolvenzen in den letzten beiden Jahren deutlich abge-

Schaubild 18
Insolvenzen*) im Konjunkturverlauf
Baden-Württembergs seit 1981



*) Ohne Anschlußkonkurse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

226 97

schwächt. Nach Zuwachsen von über 15 % noch zu Beginn dieses Jahrzehnts stiegen die Insolvenzfälle 1996 gegenüber dem Vorjahr nur noch um gut 4 % an (1995: + 9 %).

Seit 1992 wird die Insolvenzentwicklung maßgeblich durch die Situation bei den Unternehmen bestimmt, deren Anteil an den gesamten Insolvenzfällen von 53 % auf mittlerweile 66 % angestiegen ist. Mit nunmehr 1 200 Insolvenzen verschlechterte sich demgegenüber die Lage bei den übrigen Gemeinschuldern (darunter fallen natürliche Personen, Nachlaßkonkurse und Organisationen ohne Erwerbszwecke) im gleichen Zeitraum entsprechend weniger stark.

Wieder starke Zunahme im Verarbeitenden Gewerbe

Von den über 2 300 Unternehmensinsolvenzen 1996 entfielen wie in den Jahren zuvor die meisten Fälle auf den Handel (521), das Verarbeitende Gewerbe (478), die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (474) sowie das Baugewerbe (464).

Während sich die Zunahme der beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren 1996 im Baugewerbe und bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit „nur“ noch + 8 % bzw. + 7 % gegenüber dem Vorjahr merklich abgeschwächt hat (1995: + 37 % bzw. + 15 %), gingen die Insolvenzfälle im Handel mit – 2 % sogar leicht zurück (1995: + 16 %).

Verantwortlich für den Zuwachs der Insolvenzen war damit hauptsächlich das Verarbeitende Gewerbe. Die Zahlen für 1996 weisen für diesen Bereich eine Zunahme von über 15 % gegenüber dem Vorjahr aus. Insbesondere die eigentlichen „Paradebranchen“ der Südwestwirtschaft, nämlich der Fahrzeugbau (+ 33 % im Vergleich zu 1995), der Maschinenbau (+ 21 %) und die „Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ (+ 21 %), wurden von der Pleitewelle stark getroffen.

Hohes Insolvenzrisiko für „junge“ Unternehmen

Die der amtlichen Statistik vorliegenden Zahlen lassen kaum Rückschlüsse auf die Ursachen der Insolvenzen zu. Analysen der Deutschen Bundesbank¹⁸ zufolge sind jedoch mangelnde Eigenkapitalausstattung, ungünstige Absatz- bzw. Auftragsentwicklung sowie Managementfehler im weitesten Sinne (Kalkulationsfehler, verfehlte Investitionspolitik) gewichtige Gründe für Insolvenzen.

Die Tatsache, daß 1996 knapp 75 % der insolventen Unternehmen weniger als acht Jahre existierten, legt die Vermutung nahe, daß „junge“ Unternehmen diesen Risiken in besonderem Maße ausgesetzt sind.

Insolvenzgefahr im Südwesten weiterhin am geringsten

Stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 1994 und 1995 in Baden-Württemberg noch deutlich stärker an als im früheren Bundesgebiet, hat sich diese Entwicklung im Jahr 1996 nicht weiter fortgesetzt. Während im Südwesten die Unternehmensinsolvenzen um rund 6 % über dem Vorjahresniveau lagen, stiegen sie im früheren Bundesgebiet um 10 %. Somit war auch die Insolvenzhäufigkeit – gemessen als Verhältnis der Unternehmensinsolvenzen zur Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen – in Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen „alten“ Bundesländern weiterhin am niedrigsten. In Baden-Württemberg kamen 1996 auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen 59 Insolvenzfälle. Ähnlich gering wie hierzulande war die Insolvenzgefährdung nur in Bayern und Rheinland-Pfalz mit 66 bzw. 70 Unternehmenszusammenbrüchen je 10 000 Unternehmen.¹⁹

Lage bleibt 1997 weiter angespannt

Obwohl die Zahl der Insolvenzen in Baden-Württemberg in den letzten beiden Jahren nicht mehr so stark zugenommen hat wie in den Jahren zuvor, spricht einiges dafür, daß sich die Insolvenzsituation 1997 kaum entspannen wird.

Das Insolvenzgeschehen in Baden-Württemberg wird überwiegend von den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Grundstücks- und Wohnungswesen (einschließlich der Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen) und dem Baugewerbe, auf die über 80 % der Insolvenzen entfallen, bestimmt. Also gerade in den Problembereichen, die auch 1997 mit Handicaps belastet sind.

Der Handel, insbesondere der Einzelhandel, wird kaum von nennenswerten Reallohnsteigerungen profitieren können. Auch die nach wie vor schwache Entwicklung im Baugewerbe gibt kaum Anlaß, für diesen Bereich auf eine Trendwende bei den Insolvenzen zu hoffen. Damit kommt dem Verarbeitenden Gewerbe eine Schlüsselrolle zu. Vorausgesetzt der konjunkturelle Aufschwung entspricht in seiner Dynamik den Erwartungen, könnten die Insolvenzzahlen in diesem Bereich eine rückläufige Entwicklung nehmen. Die Ergebnisse für das erste Quartal

¹⁸ Die Untersuchung von Unternehmensinsolvenzen im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung durch die Deutsche Bundesbank, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1992, S. 30 ff.

¹⁹ Angele, J.: Insolvenzen 1996, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1997, S. 226 ff.

1997 bestätigen diese Vermutung: Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal gingen die Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe merklich (– 13 %) zurück.

Doch der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe wird die Insolvenzzahlen insgesamt kaum unter das Vorjahresniveau drücken können. Die zu erwartenden Zuwächse in den anderen Bereichen stehen dem entgegen.

Öffentliche Finanzen

Starke Sparanstrengungen bei den öffentlichen Haushalten

Die Finanzpolitik wird neben einer Konsolidierungspolitik zunehmend vom Ziel, die Referenzwerte des Vertrages von Maastricht einzuhalten, geprägt. Danach soll das gesamtdeutsche Haushaltsdefizit auf maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden. Zuletzt wurden die öffentlichen Haushalte auch durch die Schwäche der Einnahmen geprägt. Die Anhebung des einkommensteuerlichen Grundfreibetrages im Januar 1996 und die Neuregelungen des Familienleistungsausgleichs führten zu geringeren Steuereinnahmen und eine Entlastung des Arbeitsmarktes blieb zudem aus; so daß die öffentlichen Haushalte stärker belastet wurden als erwartet. So stiegen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte langsamer und die Ausgaben durch die Zunahme der Transferzahlungen (zum Beispiel Arbeitslosenunterstützung) schneller als erwartet. Um weitere Defizite zu vermeiden, wurden starke Sparanstrengungen notwendig.

In den vergangenen Jahren haben zusätzliche Ansprüche an den Staat, aber auch die Finanzierung der deutschen Einheit dazu geführt, daß die privaten Haushalte und Unternehmen zunehmend durch Steuern und andere Abgaben belastet wurden. Die Abgabenquote (Anteil der Steuern und Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt) nahm kontinuierlich zu und betrug 1995 schließlich für das gesamte Bundesgebiet 43,6 %. Diese Rate konnte im Jahr 1996 durch steuerliche Entlastungen geringfügig auf 43 % gesenkt werden. So wurde mit den Steuer-senkungen zu Jahresbeginn 1996 ein erster Schritt zur Entlastung der privaten Haushalte getan. Die Entlastung bezog sich zum Beispiel auf die Freistellung des Existenzminimums von der Einkommensteuer, die Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes sowie die Abschaffung des Kohlepfennigs. Dadurch konnte die Steuerquote (Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt) von 24,3 % im Jahr 1995 wieder auf 23,2 % zurückgeführt werden. Die Sozialbeitragsquote, die den Anteil der Sozialbeiträge an der gesamtwirtschaftlichen Leistung ausdrückt, stieg indessen durch die Anhebung der Beitragssätze der Renten- und Pflegeversicherung, von 19,4 % im Jahr 1995 auf 19,8 % im Jahr 1996 weiter an.

Die Ausgaben des öffentlichen Sektors (Deutschland insgesamt) beliefen sich (1996) auf 50,2 % des Bruttoinlandsprodukts nach 46,1 % im Jahr 1990. Diese Zunahme ist auch durch das verhaltene wirtschaftliche Wachstum bei zugleich stark steigender Arbeitslosigkeit bedingt. Die Ausgaben beliefen sich seit 1993 auf über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts, wobei die Übertragungen seit diesem Zeitpunkt einen zunehmenden Anteil haben. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen (Bundesgebiet) entfielen 1996 zu 49 % auf Übertragungen und zu 39 % auf den Staatsverbrauch, der zum Beispiel die allgemeine staatliche Verwaltung, die Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, aber auch das Unterrichtswesen, Gesundheitswesen, soziale Sicherung sowie das Wohnungswesen umfaßt.

Dabei stiegen die (bereinigten) Übertragungen, die vor allem soziale Leistungen, Subventionen aber auch Übertragungen an Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen umfassen, um rund 1 %. Die Übertragungen haben zunehmend ein größeres Gewicht, während andererseits für Investitionen ein immer kleinerer Spielraum bleibt. Diese Zunahme der Transferzahlungen ist zum einen auf die hohe Arbeitslosigkeit aber auch auf die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen. Auf die Bruttoinvestitionen entfallen 4,6 % der gesamten Ausgaben. 1980 wurden dagegen noch 7,4 % der Ausgaben für Investitionen eingesetzt. 1970 waren es sogar noch 11,8 %. So nahmen die Investitionen von 1994 auf 1995 um 3,3 % ab und von 1995 nach 1996 nochmals um 6,2 %, während die Ausgaben insgesamt – bereinigt um die übernommenen Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft – 1996 um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr stiegen.

Bei den Ausgaben der staatlichen Haushalte haben insbesondere auch die Zinszahlungen für öffentliche Schulden deutlich zugenommen. So belaufen sich die Zinsen für öffentliche Schulden 1996 im gesamten Bundesgebiet in Höhe von rund 131 Mrd. DM auf 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts, 1990 waren es noch 2,6 % und 1980 sogar nur 2 %. Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte Deutschlands belief sich Ende 1996 – nach Angaben der Deutschen Bundesbank – auf 2 133 Mrd. DM. Die Verschuldung der westdeutschen Länder betrug rund 477 Mrd. DM, die der westdeutschen Gemeinden rund 166 Mrd. DM. Das bedeutet in den westdeutschen Ländern eine Verschuldung pro Kopf von 7 186 DM, für die westdeutschen Gemeinden errechnet sich je Einwohner ein Beitrag von 2 495 DM. Der Schuldenstand der westdeutschen Länder stieg damit seit 1991 um 37 % und der der westdeutschen Gemeinden um 26 %. Demgegenüber stieg die Verschuldung der gesamten öffentlichen Haushalte Deutschlands insgesamt um 82 %. Deutlich überdurchschnittlich stiegen hier die Schulden der ostdeutschen Haushalte. Zudem gingen die Schulden des Kreditabwicklungsfonds und der Treuhandanstalt Anfang 1995 auf den Erblastentilgungsfond über und damit in den Gesamtschuldenstand der öffentlichen Haushalte.

Tabelle 21

Schulden*) Baden-Württembergs seit 1990

Jahr	Mill. DM	Veränderung gegen Vorjahr in %	DM je Einwohner	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt				
1990	56 448,2	+ 6,4	5 805	+ 3,9
1991	59 810,7	+ 6,0	6 049	+ 4,2
1992	63 095,0	+ 5,5	6 262	+ 3,5
1993	65 565,1	+ 3,9	6 427	+ 2,6
1994	68 741,9	+ 4,8	6 708	+ 4,4
1995	68 511,1	- 0,3	6 654	- 0,8
1996	71 742,2	+ 4,7	6 936	+ 4,2
darunter				
Land				
1990	40 436,8	+ 8,3	4 158	+ 5,7
1991	43 410,0	+ 7,4	4 390	+ 5,6
1992	45 967,4	+ 5,9	4 562	+ 3,9
1993	47 389,3	+ 3,1	4 646	+ 1,8
1994	49 070,1	+ 3,5	4 788	+ 3,1
1995	50 154,3	+ 2,2	4 871	+ 1,7
1996	53 392,5	+ 6,5	5 162	+ 6,0
Gemeinden/Gv.				
1990	15 166,2	+ 2,3	1 560	- 0,1
1991	15 457,6	+ 1,9	1 563	+ 0,2
1992	16 098,7	+ 4,1	1 598	+ 2,2
1993	17 030,4	+ 5,8	1 670	+ 4,5
1994	17 143,6	+ 0,7	1 673	+ 0,2
1995	17 181,3	+ 0,2	1 669	- 0,2
1996	17 113,9	- 0,4	1 654	- 0,9

*) Ohne Schulden der Eigenbetriebe und ohne Schulden der rechtlich selbstständigen Unternehmen.

Deutlich geringer ist die Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg. So belief sich die Gesamtverschuldung des Landes Ende 1996 auf 53,4 Mrd. DM. Das sind je Einwohner 5 162 DM. Dabei nahm die Verschuldung des Landes von 1995 bis Ende 1996 um 6,5 % zu; die Verschuldung je Einwohner um 6 %. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1996 auf 17,1 Mrd. DM (- 0,4 %), das waren je Einwohner 1 654 DM gegenüber 1 669 DM im Jahr 1995. Der Rückgang des Pro-Kopf-Wertes resultiert aus der gegenüber dem Vorjahr höheren Bevölkerungszahl. Seit 1990 sind die Schulden der Gemeinden insgesamt um 13 % gestiegen und die Pro-Kopf-Werte um 6 %. Das entsprach jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten von 2,0 % bzw. 1,0 %. Nicht berücksichtigt werden hier je-

doch die Schulden, die aus der öffentlichen Hand im engeren Sinne in Fonds, Einrichtungen und Unternehmen der öffentlichen Hand ausgelagert wurden.

Konsolidierung des Landeshaushalts

Im Landeshaushalt Baden-Württemberg hat auch 1997 die Konsolidierung der Finanzen Vorrang vor anderen Zielen. Das Gesamtvolumen des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 wurde auf rund 62 Mrd. DM veranschlagt. Die unter anderem um Tilgungsausgaben „bereinigten Ausgaben“ werden sich voraussichtlich auf 53,7 Mrd. DM belaufen.²⁰ Die bereinigten Ausgaben des Landes werden voraussichtlich zu 76 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben gedeckt. An Personalkosten fallen 1997 voraussichtlich rund 22,3 Mrd. DM (rund 41,5 % der bereinigten Gesamtausgaben) an. Mit 5,4 Mrd. DM werden rund 10 % des Landesetats für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Als Nettokreditaufnahme sind 1997 1,6 Mrd. DM vorgesehen. Dabei belaufen sich die Kreditaufnahmen auf rund 9,4 Mrd. DM und die Ausgaben für die Schuldentilgung auf 7,8 Mrd. DM.

Die neueste Steuerschätzung im Mai 1997 hat die Situation erschwert. Dies zeigt aber auch das Steueraufkommen im ersten Quartal 1997. So lagen die Steuereinnahmen nach den ersten drei Monaten um 6,3 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die im Haushaltsplan festgelegten Steuereinnahmen werden 4,4 % höher veranschlagt als die Steuereinnahmen des Vorjahres. Gravierend gingen dabei die Steuern vom Umsatz (- 10,6 %) zurück, während die Steuern vom Einkommen nahezu stagnierten (- 0,2 %). Weiterhin sanken die Landessteuern gegenüber dem Ergebnis im ersten Quartal 1996 um 19 %. Damit lagen nach dem ersten Quartal 1997 die gesamten Einnahmen um 6,3 % unter dem Vorjahreswert und die Ausgaben um 5 %, wobei hier insbesondere die Sachinvestitionen um nahezu ein Drittel (31 %) gekürzt wurden.

Steuereinnahmen geringer als erwartet

1996 beliefen sich die Steuereinnahmen auf 38,7 Mrd. DM, das waren 1,8 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Ergiebigste Steuern waren die Steuern auf das Einkommen. Die Einnahmen aus der Einkommen- und

20 Die bereinigten Ausgaben ergeben sich aus dem Gesamtvolumen minus Tilgungsausgaben am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Fonds, Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren sowie haushaltstechnischen Verrechnungen. Entsprechend errechnen sich die bereinigten Einnahmen durch Herausnahme der Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt, Einnahmen aus Rücklagen und Fonds, Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre sowie haushaltstechnische Verrechnungen.

Körperschaftsteuer beliefen sich auf rund 20,3 Mrd. DM. Jedoch kam es bei der Lohnsteuer aufgrund des Jahressteuergesetzes 1996 zu einem deutlichen Rückgang. Darüber hinaus wurde die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens zunehmend auch von den moderaten Tarifabschlüssen dieses Jahres geprägt. Die Erträge aus den veranlagten Steuern sind im Gegensatz zur Lohnsteuer kräftig gestiegen. Dies gilt in noch stärkerem Maße auch für die Körperschaftsteuer. Vor allem deutlich geringere Erstattungen für zurückliegende Jahre trugen zu den Steigerungen bei den Gewinnsteuern bei.

Wichtigste Einzelsteuer unter den Landessteuern war die Kraftfahrzeugsteuer, die allerdings gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,9 % auf 1,9 Mrd. DM sank, gefolgt von der Vermögensteuer, die um 14,5 % auf rund 1,5 Mrd. DM stieg. Die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer stiegen dagegen um 2,8 % und beliefen sich auf rund 0,9 Mrd. DM.

Außerdem konnte das Land Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in Höhe von rund 0,9 Mrd. DM (– 3,9 %) sowie laufende Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 6 Mrd. DM verbuchen. An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden im Jahr 1996 insgesamt rund 10,3 Mrd. DM (+ 7,8 %) gebucht. Diesen Einnahmen aus Schuldenaufnahmen stehen 7,6 Mrd. DM Tilgungsausgaben gegenüber. Die Nettokreditaufnahme belief sich damit auf rund 2,7 Mrd. DM. Die Nettokreditermächtigung des Haushaltsplans 1996 beträgt 1,7 Mrd. DM. Hinzu kam ein Einnahmerest von 989 Mill. DM aus nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen der Vorjahre.

Bei den den Gesamteinnahmen von 61,6 Mrd. DM (+ 3,4 %) gegenüberstehenden Gesamtausgaben von 62,3 Mrd. DM (+ 3,3 %) entfielen 22,2 Mrd. DM auf die Personalausgaben, die gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,9 % stiegen. Weitere 40,1 Mrd. DM (+ 4,1 %) entfielen auf die Sachausgaben (ohne Tilgungsausgaben). Stark nahmen hier die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 18,4 Mrd. DM (+ 6,4 %) zu. Davon entfielen auf die Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs 2,8 Mrd. DM, allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden betrugen rund 9,9 Mrd. DM. Für Zinsausgaben mußten rund 3 Mrd. DM eingesetzt werden. Für Sachinvestitionen wurden insgesamt 1,5 Mrd. DM ausgegeben. Die Baumaßnahmen, die unter anderem den Bau von Schulen, Hochschulen, Hochschulkliniken, Behördengebäuden und den Bau von Straßen einschließen, beliefen sich auf 0,9 Mrd. DM und sanken um 20,3 %.

Die unter anderen um die Tilgungsausgaben bereinigten Ausgaben beliefen sich 1996 auf 54,4 Mrd. DM und die bereinigten Einnahmen auf 50,9 Mrd. DM. Damit sind die bereinigten Einnahmen des Landes seit 1990 um 24 % gestiegen und die bereinigten Ausgaben des Landes um 25 %. Zum einen durch die Steuerentlastung zum anderen aber auch durch die verhaltene konjunkturelle Ent-

wicklung wurden die bereinigten Ausgaben 1996 nur zu 71 % durch Steuereinnahmen gedeckt, während diese Quote 1990 noch 74 % betrug. Von den bereinigten Ausgaben entfielen 1990 noch 38,9 % auf Personalausgaben, 1996 betrug dieser Anteil 40,8 %. Auf die Personalausgaben entfällt damit nach wie vor ein beachtlicher und noch zunehmender Anteil der bereinigten Ausgaben. Dagegen lagen die Investitionsausgaben 1996 um rund 2 % unter dem Wert von 1990. Zudem erhöhte sich die Zinslast deutlich. Lagen die Zinsausgaben 1990 noch bei rund 2,4 Mrd. DM (5,5 % der bereinigten Ausgaben), so betrugen sie 1996, trotz günstigem Zinsniveau, rund 3 Mrd. DM (5,6 % der bereinigten Ausgaben). 1980 belief sich die Zinslast dagegen noch auf 1,1 Mrd. DM, das waren 3,7 % der bereinigten Ausgaben.

Geringe Ausgabenkürzungen bei den Kommunen

Die baden-württembergischen Kommunen (Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände) hatten 1996 weniger Ausgaben als im Vorjahr, während die Einnahmen leicht stiegen. Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände betrugen 1996 insgesamt 38,3 Mrd. DM (+ 2,7 %). Die Nettosteuererinnahmen (also ohne die Gewerbesteuerumlage) lagen bei 13,7 Mrd. DM und stiegen insgesamt um 3,6 % an; dabei erhöhte sich insbesondere die Gewerbesteuer (netto) um 14 %, während der Gemeindeanteil der Einkommensteuern um 5 % sank. Ein Anstieg war auch bei den Grundsteuern festzustellen.

Die Ausgaben aller Gemeinden/Gemeindeverbände betrugen (bereinigt) 1996 rund 38,3 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ist dies eine geringe Abnahme um 0,6 %. Große Ausgabenpositionen waren die Personalausgaben mit 9,8 Mrd. DM (+ 0,4 %), der laufende Sachaufwand mit 6,8 Mrd. DM (– 4,1 %) sowie die Sozialleistungen mit rund 6,4 Mrd. DM (+ 4,6 %).

Erhebliche Kürzungen sind dagegen weiterhin bei den investiven Ausgaben festzustellen. Die Sachinvestitionen gingen im Jahr 1996 gegenüber 1995 um 1 % auf 6,8 Mrd. DM zurück.

Die Kommunen müssen auch 1997 und in den folgenden Jahren durch einen entschiedenen Sparkurs die Haushaltskonsolidierung weiterführen, weil sich die finanziellen Rahmenbedingungen kurzfristig nicht entscheidend verbessern werden. Der Konsolidierungsprozeß ist nicht nur notwendig, um die Kriterien für den Eintritt in die Währungsunion zu erfüllen, sondern vor allem auch, um langfristig die Voraussetzung zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast zu schaffen.

Preise

Nur geringe Teuerungsrate

Das Preisklima blieb im Laufe des Jahres 1996 sehr entspannt. Für Baden-Württemberg errechnete sich für das Jahr 1996 ein durchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 1,2 %. Dies war die niedrigste Jahresveränderungsrate seit neun Jahren. Im Jahr zuvor hatte die entsprechende Steigerung 1,9 % betragen. 1994 betrug die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate noch 2,6 % und in den Jahren 1992 und 1993 jeweils 3,8 %. Die Preisstabilität wurde dadurch begünstigt, daß die Verbrauchskonjunktur relativ verhalten verlief und dadurch Preisanhebungen nur schwer durchzusetzen waren. Zudem ging von der Kostenentwicklung im Inland kein Druck aus. So signalisierten die inländischen Erzeugerpreise eine äußerst günstige Entwicklung und Teuerungsimpulse aus dem Ausland im zweiten Halbjahr 1996 hatten nur geringe Auswirkungen auf die inländische Preisentwicklung. Zudem wirkte sich bei den Ausgaben für häusliche Energie der Wegfall des Kohlepfennigs aus.

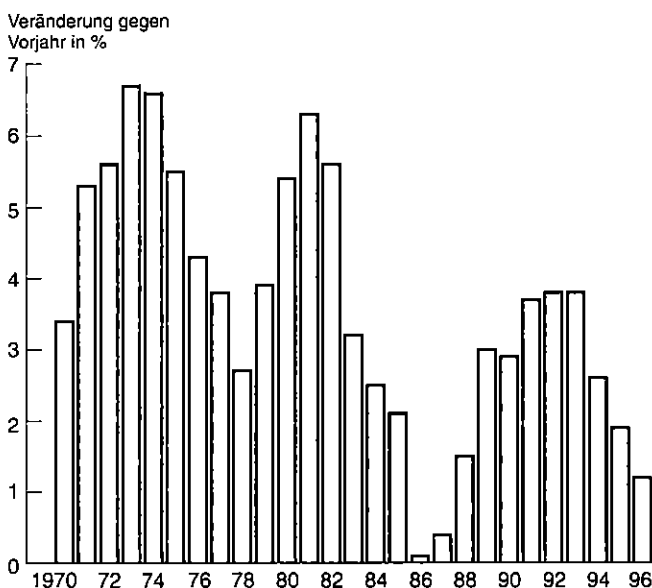
Auch Anfang 1997 blieben größere Preissteigerungen aus. Die leichten Aufwärtstendenzen waren auf eine moderate Verteuerung der Importe nach Abwertung der DM und auf Sonderentwicklungen beim Heizöl und bei Nahrungsmitteln zurückzuführen. Bei einer Jahressteigerungsrate von 1,3 % im Mai blieb die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe der Grundtendenz nach gedämpft. Nach wie vor stiegen die Wohnungsmieten. Hier war im Mai ein Anstieg von 2,4 % zu verzeichnen. Grund hierfür ist unter anderem eine stärkere

Verteuerung der Sozialmieten durch die ab 1. August 1996 zulässige Erhöhung der Instandhaltungskostenpauschale für öffentlich geförderte Wohnungen. Überdurchschnittlich waren die Preise auch in den Bereichen Güter für persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art (+ 2,3 %) gestiegen. Außerdem nahmen auch Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit überdurchschnittlich zu (+ 2,2 %), während die Preise für Nahrungsmittel im Durchschnitt lagen. Knapp unter dem Durchschnitt lagen die Preise für Güter für Gesundheits- und Körperpflege (+ 1,1 %). Profitieren konnten die Verbraucher auch von der günstigen Preisentwicklung bei Möbeln, Haushaltsgeräten und andere Güter für die Haushaltsführung (+ 0,7 %), bei Bekleidung und Schuhen (+ 0,2 %) und Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die sogar um 0,2 % sanken.

Betrachtet man die längerfristige Entwicklung, fällt der starke Anstieg der Mieten auf. So lagen die Mieten im Jahr 1996 bereits rund 23 % über dem Wert von 1991, während der Lebenshaltungskostenindex insgesamt nur um 14 % höher lag als 1991. Starke Preissteigerungen errechnen sich seit 1991 auch für Güter für persönliche Ausstattung (+ 22 %). Nur leicht über dem Gesamtdurchschnitt war der Preisanstieg für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+ 15 %). Besonders günstig verlief die längerfristige Preisentwicklung dagegen für Hausenergie. Hier kam es wiederholt zu Preisnachlässen. Moderat verlief aber auch die Preisentwicklung für Nahrungsmittel (+ 9,3 %), Bekleidung (+ 10,7 %), Möbel, Haushaltsgeräte, andere Güter (11,8 %), während die Güter für Gesundheit und Körperpflege sowie Güter für Bildung und Unterhaltung nur leicht unterdurchschnittlich stiegen (+ 12,2 %).

Schaubild 19

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg seit 1970



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

227 97

Der Vergleich mit dem Bundesgebiet zeigt zugleich eine günstigere Entwicklung im Land. So lag beispielsweise im April der Preisindex für die Lebenshaltung um 1,1 % über dem Vorjahreswert, während die Preissteigerungsrate im gesamten Bundesgebiet 1,4 % betrug. Aber auch die Bundesrepublik nimmt im Vergleich mit anderen europäischen Staaten eine günstige Position ein. Für das Bundesgebiet lag die durchschnittliche Jahresteuersrate im März bei 1,5 % bzw. der mit anderen Ländern der EU vergleichbare Index bei 1,3 %. Niedrigere Preissteigerungsraten wiesen lediglich Luxemburg (1,2 %), Österreich (1,2 %), Finnland (0,8 %), Schweden (1,0 %) und Frankreich (1,1 %) auf. Der durchschnittliche Preisanstieg für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union belief sich auf 1,7 %. Für Großbritannien betrug der Preisanstieg 1,8 % und für Belgien und die Niederlande 1,3 %, für Italien (2,2 %) ebenso wie für Spanien, während für Portugal 2,3 % festgestellt wurde. Dieser harmonisierte Verbraucherpreisindex wurde entwickelt, um vergleichbare Inflationsraten berechnen zu können und das Maastricht-Kriterium für die einzelnen EU-Staaten überprüfen zu können. Zusammen mit den anderen Konvergenzkriterien entscheidet die Preisstabilität darüber, welche Länder die

Voraussetzungen für den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion erfüllen. Dafür darf die Inflationsrate um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegen.

Leichte Teuerungsimpulse aus dem Ausland

Die Betrachtung der vorgelagerten Handelsstufen macht deutlich, daß im gesamten Bundesgebiet ein besonderer Inflationsdruck weder von den Importpreisen noch von den heimischen Vorleistungsstufen ausging. Daran ändert auch nichts, daß sich die Weltmarktpreise im Laufe des Jahres 1996 merklich erhöht haben. Insgesamt lag der HWWA-Index für Rohstoffe und Energie im Jahr 1996 um 12 % über dem Vorjahreswert, was einem Anstieg der Einfuhrpreise um 0,5 % entsprach. Im ersten Quartal 1997 setzte sich dieser Preisanstieg fort. So gehen von der außenwirtschaftlichen Seite leichte Teuerungsimpulse auf die Preisentwicklung aus. Die Einfuhrpreise zogen entsprechend im Durchschnitt des ersten Quartals 1997 um 2,7 % an. Hierzu hat auch beigetragen, daß der US-Dollar seit September 1996 wieder aufgewertet wurde und im Verhältnis zur DM wieder etwas höher war als im jeweiligen Vormonat.

Der zwar immer noch moderate Preisimpuls von außen hat jedoch dazu beigetragen, daß es auch bei den industriellen Erzeugerpreisen seit längerem wieder zu einer leichten Preiserhöhung kam. Für gewerbliche Erzeugnisse mußten im Durchschnitt des ersten Quartals 1997 0,6 % mehr bezahlt werden als im Vorjahr. Für das Jahr

1996 war noch eine Preissenkung von 0,6 % zu verzeichnen. Dies war nicht zuletzt auf den Wegfall des Kohlepfennigs zu Jahresbeginn 1996 zurückzuführen. Insgesamt verlief die Entwicklung der Erzeugerpreise in den 90er Jahren aber außerordentlich günstig. Der Index der Erzeugerpreise lag 1996 nur um 3,1 % über dem Wert von 1991.

Die wenn auch moderate Aufwärtsbewegung bei den Einfuhr- und Erzeugerpreisen setzte sich bei den Großhandelspreisen fort. Nach einem Rückgang im Jahr 1996 um 0,6 % gab es im ersten Quartal 1997 einen Anstieg von 1,5 %. Dagegen fiel im Einzelhandel die Preissteigerung noch günstig aus; hier lag die Teuerungsrate im Durchschnitt des ersten Quartals 1997 bei nur + 0,5 % nach + 0,9 % im Jahr 1996. Der Index der Großhandelspreise lag damit nach einer günstigen Preisentwicklung bzw. Preisrückgängen in den vergangenen Jahren etwa wieder auf dem Niveau des Jahres 1985. Die Einzelhandelspreise dagegen liegen mittlerweile rund 7 % über dem Wert des Jahres 1991 und deutlich über den Werten der 80er Jahre.

Das Baupreisniveau hat sich im Laufe des Jahres deutlich verringert. In Baden-Württemberg lagen die gesamtwirtschaftlichen Baupreise im Februar 1997 um 1,8 % unter dem Vorjahresstand, nachdem schon 1996 die Preise deutlich gesunken waren.

Insgesamt ist nicht anzunehmen, daß sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 1997 gravierend verstärkt. Die Forschungsinstitute prognostizieren in ihrem Frühjahrsgutachten einen Anstieg des Preisniveaus für den privaten Verbrauch von 1,5 % im Jahr 1997 und von 2 % im Jahr 1998.

Tabelle 22

Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg seit 1990
– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Jahr Monat	Außenhandel		Industrie	Handel		Wohnungs- bau	Lebens- haltung
	Einfuhr- preise	Ausfuhr- preise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Großhandels- verkaufspreise	Einzelhandels- preise	Bauleistungen an neuen Wohngebäuden	aller privaten Haushalte
	Deutschland		früheres Bundesgebiet	Deutschland		Baden-Württemberg	
1990	–	–	+ 1,7	+ 0,8	–	+ 6,8	+ 2,9
1991	–	–	+ 2,5	+ 1,4	–	+ 6,8	+ 3,7
1992	– 2,4	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 4,8	+ 3,8
1993	– 1,5	0,0	0,0	– 0,9	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,8
1994	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,6
1995	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,9
1996	+ 0,5	+ 0,2	– 0,6	– 0,6	+ 0,8	– 1,5	+ 1,2
1997							
Januar	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,9	–	+ 1,7
Februar	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,5	– 1,8	+ 1,7
März	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,2	–	+ 1,4
April	+ 2,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,1	–	+ 1,1

Vermögen privater Haushalte

Neben dem Verfügbaren Einkommen ist vor allem das Vermögen der privaten Haushalte geeignet, deren materiellen Wohlstand zu beschreiben. Zudem besteht zwischen der Höhe des Einkommens und des Vermögens eine wechselseitige Beziehung: Zum einen ist das Sparen als eine Art der Einkommensverwendung gleichzusetzen mit der Vermögensbildung, zum anderen sind Vermögenserträge ein Teil des Einkommens. Die Ersparnisse der privaten Haushalte im Bundesgebiet betrugen 1996 rund 267 Mrd. DM. Das waren 11,6 % des Verfügbaren Einkommens. Die Sparquote ist damit in den vergangenen Jahren deutlich gesunken; im Jahr 1992 betrug sie noch rund 12,9 %. Diese Quote ist zugleich die niedrigste seit dem Jahr 1985 (11,4 %). Die Abnahme steht in engem Zusammenhang mit dem Rückgang der Reallöhne und der steigenden Arbeitslosigkeit. Um den Lebensstandard im wesentlichen beizubehalten, wurde weniger gespart. Andererseits betrug 1996 das Vermögenseinkommen der privaten Haushalte rund 3 % aller erwirtschafteten Einkommen, also des Volkseinkommens. 1991 waren es noch 5 %, da die Zinssätze höher lagen. Während es aber bezüglich des Einkommens und dessen Verwendung Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt, gibt es bezüglich des Vermögens bisher nur wenige Ansätze. Insbesondere gibt es keine genauen Angaben zur Vermögensverteilung. Allen Anhaltspunkten nach ist diese aber stark ungleich, so daß Durchschnittsangaben auf diesem Gebiet keine Aussagekraft haben. Einen Einblick über das im früheren Bundesgebiet vorhandene Gesamtvermögen gibt lediglich eine Vermögensbilanz für das Jahr 1982/83.²¹ Danach summierten sich die gesamten Vermögenswerte im Jahr 1983 auf 10 012 Mrd. DM. Dabei hatten die privaten Haushalte Vermögenswerte in Höhe von 4 662 Mrd. DM, die zu 24 % auf Grund und Boden entfielen, zu 38,5 % auf Wohnbauten und zu 37,5 % auf Forderungen, also Geldvermögen, Wertpapiere und Aktien. Dem standen Verbindlichkeiten (zum Beispiel Kredite usw.) in Höhe von 627 Mrd. DM gegenüber. Darüber hinaus besaßen die privaten Haushalte Gebrauchsvermögen im Wert von 661 Mrd. DM. Die Unternehmen besaßen ein Reinvermögen in Höhe von 4 041 Mrd. DM und der Staat von 1 275 Mrd. DM. Das Vermögen der privaten Haushalte betrug damit im früheren Bundesgebiet 1982/83 im Durchschnitt je Einwohner rund 76 500 DM.

Umfassende Vermögensbilanzen liegen für aktuelle Jahre nicht vor, wohl aber für Teilgrößen der Vermögensbilanz. So betrug 1995 im früheren Bundesgebiet das Wohnungsvermögen 4 273,5 Mrd. DM, rund drei Viertel davon im Eigentum privater Haushalte. Davon entfallen etwa 17 % auf Baden-Württemberg. Umgerechnet auf die Zahl

der privaten Haushalte errechnet sich ein Wohnungsvermögen in Höhe von rund 143 000 DM je Privathaushalt bzw. rund 64 600 DM je Einwohner. Von diesen Wohnbauten waren 54 % über 20 Jahre alt, 24 % bis zu 10 Jahre alt und 22 % zwischen 10 und 20 Jahre alt.

Das Nettogebrauchsvermögen zu Wiederbeschaffungspreisen im früheren Bundesgebiet, das heißt der Zeitwert des Vermögens, also der Kraftfahrzeuge und Fahrräder, Möbel, Haushaltsgeräte und anderen langlebigen Gebrauchsgütern, belief sich 1995 auf 1 260,7 Mrd. DM. Es ist damit seit 1970 auf das fast Siebenfache gestiegen. Damit ergibt sich pro Haushalt 1995 für das frühere Bundesgebiet ein durchschnittliches Nettogebrauchsvermögen von rund 42 000 DM bzw. 19 060 DM je Einwohner. Das Gebrauchsvermögen nahm im Zeitraum 1970 bis 1990 um jährlich durchschnittlich 8,6 % zu. In den Jahren 1990 bis 1995 betrug der Zuwachs jährlich nur noch 5,8 %. Demgegenüber stieg das Verfügbare Einkommen von 1970 bis 1990 jährlich um 6,2 % und im Zeitraum 1990 bis 1995 um jahresdurchschnittlich 2,4 %. Die Summe des privaten Geldvermögens betrug für die privaten Haushalte des gesamten Bundesgebiets 1995 insgesamt 4 648 Mrd. DM.²² Davon entfiel jeweils etwa über ein Fünftel auf Spareinlagen und auf Geldanlagen bei Versicherungen. Weitere 25 % wurden in festverzinslichen Wertpapieren angelegt und 10 % als Termingelder gehalten. Die Geldanlage bei Bausparkassen betrug 155 Mrd. DM (3 %), die Aktien beliefen sich auf einen Wert in Höhe von 245,6 Mrd. DM (5 %) und die Investmentzertifikate auf 353,4 Mrd. DM (8 %). Nicht berücksichtigt ist dabei die Bargeldhaltung. Umgerechnet ergibt sich damit ein Geldvermögen von rund 155 000 DM je Haushalt bzw. 56 900 DM je Einwohner. 1991 betrug das private Geldvermögen noch 3469 Mrd. DM, so daß sich das Geldvermögen im Zeitraum von vier Jahren um ein Drittel erhöhte.

Weitere Auskünfte über die Vermögenswerte der privaten Haushalte gibt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die zuletzt für das Jahr 1993 durchgeführt wurde, und die Vermögenssteuerstatistik, die ebenfalls für das Jahr 1993 vorliegt. Beide Quellen bieten Landesergebnisse. Die Vermögenssteuerstatistik gibt außerdem einige Hinweise zur Vermögensverteilung. Beide Statistiken unterscheiden sich von ihrer Anlage her erheblich. Während in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die Bezieher sehr hoher Einkommen nicht befragt werden, werden in der Vermögenssteuerstatistik nur die Vermögenssteuerpflichtigen erfaßt. Auf diese Weise werden einige Personen bzw. Haushalte in beiden Statistiken und einige überhaupt nicht erfaßt. Dennoch ergänzen sich Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und Vermögenssteuerstatistik insofern, als erstere weitgehend die Vermögenswerte breiter Bevölkerungsschichten abbildet, während letztere eher die Vermögenssituation von Spitzenverdienern und Vermögenden beschreibt.

21 Schmidt, L.: Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: Forum der Bundesstatistik, Band 4, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hrsg.).

22 Vergleiche hierzu auch: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Deutliche Zunahme des Geldvermögens

Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe²³ belief sich Ende 1993 das wertmäßig nachgewiesene Bruttogeldvermögen je Haushalt auf 73 400 DM, rund 8 000 DM mehr als im früheren Bundesgebiet. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe weisen allerdings nur 56 % des von der Bundesbank 1993 ausgewiesenen Geldvermögens ohne Bargeld und Sichteinlagen aus.²⁴ Auch werden in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe private Organisationen ohne Erwerbszweck und Haushalte mit besonders hohem Einkommen nicht erfaßt.

Betrachtet man nur die Sparbücher, Bausparguthaben und Wertpapiere – in dieser Abgrenzung liegen Daten seit 1973 vor –, dann erhöhte sich das so abgegrenzte Geldvermögen (brutto) von 16 800 DM im Jahr 1973 über 30 000 DM im Jahr 1988 auf 39 700 DM im Jahr 1993. Der Vermögenszuwachs war demnach zuletzt mit jährlich 2 000 DM je Haushalt deutlich größer geworden. Neben dem Vermögenszuwachs ist allerdings eine deutliche Strukturveränderung hinsichtlich der verschiedenen Anlageformen zu beobachten. So erfreuen sich Wertpapiere wachsender Beliebtheit. Eine ähnlich expansive Entwicklung vollzog sich beim sonstigen Geldvermögen, zum Beispiel Festgelder und Berlindarlehen, Anlageformen, die aber nur eine Minderheit ansprechen. Andererseits gingen die Kreditverpflichtungen aus Konsumtenkrediten im Zeitraum 1988 bis 1993 geringfügig zurück, wobei nur etwa 18 % der Haushalte überhaupt Kreditverpflichtungen haben.

Über drei Viertel des Nettovermögens in Immobilien gebunden

Seit 1993 wurden in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die Verkehrswerte erfaßt, was die überragende Bedeutung des Grundvermögens innerhalb des privaten Vermögens zum Ausdruck bringt. Mit 480 900 DM je Grundbesitzerhaushalt bezogen auf alle Haushalte immer noch 271 300 DM stellte das Grundvermögen alle anderen Vermögenswerte deutlich in den Schatten. So betrug der Anteil an Immobilien an allen erfaßten positiven Vermögensbeständen 79 %. Diesem Bruttovermögenswert stehen neben den Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten auch Hypotheken und Baudarlehen in Höhe von 40 700 DM je Haushalt gegenüber, die gegenüber 1988 um 24 % gestiegen sind. Wenn man vom gesamten erfaßten Bruttovermögen die beiden Arten von Kreditverpflichtungen subtrahiert, errechnet sich für Ende 1993 je Haushalt ein Nettovermögen von 301 800 DM,

von dem 71 200 DM oder rund 24 % als Geldvermögen gehalten werden und 230 600 DM oder rund 76 % in Immobilien gebunden sind.

Es ist zu erwähnen, daß nur wenige Haushalte entweder überhaupt kein Vermögen (2,1 %) oder nur Grundvermögen (0,3 %) haben. Am stärksten verbreitet ist demnach die Vermögensform Grundbesitz mit Geldvermögen. Dies trifft für 56 % der Haushalte zu. Ausschließlich über Geldvermögen verfügt eine starke Minderheit von 41,5 %. Über Haus- und Grundbesitz verfügten 1993 in Baden-Württemberg 56 % aller Haushalte. 1973 waren es noch 45 %.

Jeder zwanzigste Haushalt vermögenssteuerpflichtig

Ergebnisse der Vermögenssteuerstatistik liegen für das Jahr 1993 vor.²⁵ Das Gesamtvermögen aller Vermögenssteuerpflichtigen belief sich 1993 in Baden-Württemberg auf rund 230 Mrd. DM. 1980 waren es noch 127 Mrd. DM, und 1989 rund 199 Mrd. DM. Das bedeutet im Zeitraum 1980 bis 1989 eine durchschnittliche Zuwachsrate von 5,1 % und im Zeitraum 1989 bis 1993 um jährlich 3,7 %. Die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen insgesamt hat sich dabei von 1980 bis 1993 verdoppelt. Damit wurde von den im Jahr 1993 in Baden-Württemberg gezählten privaten Haushalten (rund 4,565 Mill.) jeder zwanzigste Haushalt (5,2 %) zur Vermögenssteuer veranlagt. Im Jahr 1980 lag dieser Anteil noch bei 2,6 %. Die natürlichen Personen, die uneingeschränkt steuerpflichtig sind und 1993 rund 95 % der Vermögenssteuerpflichtigen stellten, verfügten in diesem Veranlagungsjahr über 156 Mrd. DM Gesamtvermögen. Ihr Anteil am Gesamtvermögen lag damit bei rund 68 %. Dieses Vermögen besteht zu etwa sieben Zehnteln aus Kapital- und Geldvermögen.

Die Vermögensverteilung zeigte eine deutliche Konzentration der Steuerpflichtigen in den mittleren und des Gesamtvermögens in den oberen Größenklassen. Etwa die Hälfte der veranlagten Personen haben ein zu versteuerndes Vermögen von weniger als 300 000 DM. Weitere 41 % der Steuerpflichtigen verfügen über ein Vermögen zwischen 300 000 DM bis zu einer Million. Nur 9,5 % der Steuerpflichtigen verfügten über ein Vermögen von mehr als einer Million. Diese Gruppe verfügte allerdings über 54 % des Gesamtvermögens, während die anzahlmäßig größte Gruppe mit einem Vermögen bis zu 300 000 DM nur 14,5 % des veranlagten Vermögens besitzt.

Rund 41 % der vermögenssteuerpflichtigen natürlichen Personen gingen einer Erwerbstätigkeit nach. Im Jahr 1980 lag dieser Anteil noch bei 60 %. Innerhalb der Grup-

23 Guttman, E.: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993, in: *Wirtschaft und Statistik* 5/1995.

24 Kössler, R.: Zur Vermögenslage privater Haushalte, in: *Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, Heft 10/1995.

25 Drißner, E.: Höhe, Struktur und Besteuerung des steuerlich erfaßten Vermögens, in: *Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, Heft 4/1997.

pe der Erwerbstätigen gab es gegenüber früheren Erhebungen deutliche strukturelle Verschiebungen. Zurück ging insbesondere der Anteil der Gewerbetreibenden: Im Jahr 1993 waren 11,3 % der vermögenssteuerpflichtigen Personen Gewerbetreibende, 1980 waren es noch 39,5 %. Der Anteil der Selbständigen insgesamt ging von 48,5 % im Jahr 1980 auf 18,1 % im Jahr 1993 zurück. Damit war auch der Vermögensanteil der Selbständigen rückläufig. Im Jahr 1980 entfielen auf die Selbständigen 65,9 % des Gesamtvermögens, 1993 noch 41,5 %. Dabei ist zum einen das Vermögen der Selbständigen nur unterdurchschnittlich gestiegen, zum anderen sank aber auch die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Selbständigen um 8 %.

Die nichtselbständig Erwerbstätigen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) vergrößerten dagegen ihren Anteil. Während im Jahr 1980 nur 11,5 % der Vermögensteuerpflichtigen nicht selbständige Erwerbstätige waren, gehörten im Jahr 1993 zu dieser Gruppe 23,3 %. Entsprechend sind auch die Anteile am Gesamtvermögen von 10,7 % im Jahr 1980 auf 18,9 % im Jahr 1993 gestiegen. Dabei hat sich das Vermögen der Nichtselbständigen vervierfacht, während sich das Gesamtvermögen im Jahr 1993 auf das 2,3fache des Jahres 1980 belief.

Sehr deutlich erhöhte sich der Anteil der nicht erwerbstätigen Steuerpflichtigen: 1980 waren nur zwei Fünftel der Veranlagten nicht erwerbstätig, 1993 aber fast schon drei Fünftel (58,6 %). Hierzu zählen beispielsweise Rentner und Pensionäre. Noch ausgeprägter als der Anteil der Nichterwerbstätigen an den steuerpflichtigen Personen hat sich ihr Anteil am Gesamtvermögen gesteigert. Im Jahr 1980 verfügten sie über 23,4 % und 1993 über 39,6 % des steuerlichen Gesamtvermögens.

Das durchschnittliche Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen lag bei den zur Vermögensteuer veranlagten Arbeitern bei rund 267 000 DM und bei den Gewerbetreibenden bei 1,8 Mill. DM. Innerhalb der Gruppe der selbständig Erwerbstätigen erreichten die Land- und Forstwirte ein durchschnittliches steuerliches Gesamtvermögen von 577 000 DM und die freien Berufe von knapp 1,1 Mill. DM. Die nichtselbständig Erwerbstätigen wurden im Durchschnitt mit einem Gesamtvermögen von 533 000 DM veranlagt, wobei für die Angestellten durchschnittlich 583 000 DM und für Beamte 388 000 DM errechnet wurden. Auf die große Gruppe der Nichterwerbstätigen fiel ein durchschnittliches Gesamtvermögen von 444 000 DM.

Die Betrachtung nach Haushaltsgrößen zeigt zudem, daß auf Alleinstehende ohne Kind im Jahr 1993 mehr als ein Drittel (35,4 %) des steuerlichen Gesamtvermögens (1980: 27,2 %) entfielen. Ehegatten ohne Kind verfügten über 40,5 % und Ehegatten mit drei und mehr Kinder noch über 3,8 % des Gesamtvermögens. Letzterer Haushaltstyp stellt inzwischen noch 1 % der steuerlichen Privathaushalte, 1980 entfielen auf diese Haushaltsgruppe noch 3,8 % aller vermögenssteuerpflichtigen natürlichen Personen.

Einkommen

Bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen entsteht Einkommen. Die Gesamtheit der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die den an der Produktion beteiligten – also den Arbeitnehmern, den Unternehmern und den Besitzern von mobilem und immobilem Kapital – in einem Jahr zufließen, wird als Volkseinkommen bezeichnet. Es betrug in Baden-Württemberg 1994, dem aktuellsten Jahr für das Daten hierfür zur Verfügung stehen, rund 370 Mrd. DM. Etwa 94 % des Volkseinkommens flossen den privaten Haushalten zu, die restlichen 6 % entfallen auf unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und auf das Vermögenseinkommen des Staates. Also sind 1994 rund 347 Mrd. DM als Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen in die privaten Haushalte geflossen. Mit 254 Mrd. DM entfallen wiederum etwa drei Viertel der Einkommen der privaten Haushalte auf die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und ein Viertel auf das Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen.

Das Arbeitnehmereinkommen hat sich in den 80er Jahren jahresdurchschnittlich um 4,8 % erhöht, im Durchschnitt 1990 bis 1994 um 3,6 %. Bei dieser Zunahme ist allerdings auch die Veränderung der Beschäftigtenstruktur zu beachten. Die Arbeitnehmerzahl nahm im Zeitraum 1980 bis 1990 um insgesamt rund 10 % zu, während sie im Zeitraum 1990 bis 1994 um 1,2 % sank. Demzufolge stieg das Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer jahresdurchschnittlich sowohl in den 80er Jahren als auch in den 90er Jahren um 3,9 %, wobei bei dieser nur noch moderaten Wachstumsrate auch die Arbeitszeitverkürzung beachtet werden muß. Der Anstieg des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit je Stunde betrug somit in den 80er Jahren noch 4,7 % und für den Zeitraum 1990 bis 1993 sogar jahresdurchschnittlich 5,7 %. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nahmen somit wesentlich schwächer zu als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. So nahmen die Arbeitnehmereinkommen seit 1980 um 83 % zu und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 119 %, wobei die Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer sogar nur um 65 % stiegen. Dies spiegelt besonders einprägsam die bereinigte Lohnquote wider, die ab 1982 tendenziell fortlaufend sank. Die bereinigte Lohnquote gibt den Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen bei gleichbleibender Beschäftigungsstruktur wieder. Sie hatte im Jahr 1982 mit 70,4 % ihren höchsten Wert und sank anschließend bis auf 64 % im Jahr 1994. Auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit entfiel damit ein immer kleinerer Teil des insgesamt erwirtschafteten Volkseinkommens. Damit haben die Einkommen aus unselbständiger Arbeit mit dem insgesamt entstandenen Einkommen nicht Schritt halten können. Dies ist nicht zuletzt auch eine Folge der Arbeitszeitverkürzungen und damit einhergehenden niedrigen Lohnsteigerungsraten. Neben der Abnahme der Lohnquote infolge niedriger Tariflohnerhöhungen können

aber auch strukturelle Veränderungen ursächlich sein. So nahm insbesondere die Beschäftigtenzahl im relativ gut bezahlten Verarbeitenden Gewerbe ab, während in den Dienstleistungsbereichen mit im Durchschnitt niedrigen Verdienst und relativ viel Teilzeitarbeit Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Belastung der Arbeitnehmereinkommen

Vom Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bleibt dem Arbeitnehmer aber bestenfalls nur gut vier Fünftel, da die Arbeitgeberbeiträge schon früher abgeführt werden. Von den verbleibenden Bruttolöhnen und -gehältern mußten 1994 im Bundesdurchschnitt vom Arbeitnehmer 17,9 % für Lohnsteuer und 16,1 % für Sozialbeiträge abgegeben werden, so daß sich die Nettolöhne und -gehälter nur noch auf 66 % des Bruttowertes beliefen. Von der durchschnittlichen Bruttoentlohnung je Beschäftigten in Höhe von 46 830 DM gingen 1994 somit 15 940 DM für Lohnsteuer und für Sozialbeiträge ab. Dabei stieg der Anteil der Sozialbeiträge von 12,8 % im Jahr 1980 auf 16,1 % im Jahr 1994 und Lohnsteueranteil an den Bruttolöhnen und -gehältern von 15,8 % auf 17,9 %. Damit stiegen im Zeitraum 1991 bis 1994 die Bruttolöhne um 11,8 %, die Abzüge aber um 20,7 %. Die Abzüge wuchsen also fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und -gehälter.

Die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer betrugen 1994 schließlich rund 32 900 DM; das sind 53 % der ursprünglich entstandenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Der Anstieg der Nettolöhne und -gehälter lag erwartungsgemäß infolge des überproportionalen Anstiegs der Abzüge deutlich unter dem des Bruttowertes. So nahmen die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Zeitraum 1990 bis 1994 lediglich jahresdurchschnittlich um 2,2 % zu, während der ursprüngliche Bruttowert um 3,9 % stieg. In den 80er Jahren stand einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3,5 % bei den Nettolöhnen eine Rate von 3,9 % bei den Bruttolöhnen gegenüber. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich 1994 die Nettolöhne auf 53,4 % der Bruttolöhne, im Jahr 1996 lag diese Quote allerdings trotz der Steuerentlastung fast um einen Prozentpunkt niedriger.

Bei den bisherigen Betrachtungen ist zu beachten, daß es sich bei den Nettolöhnen und -gehältern um nominale Größen handelt und die Wirkungen der Geldentwertung unberücksichtigt bleiben. Die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate lag in den 80er Jahren bei knapp 2,8 % und für den Zeitraum 1990 bis 1994 bei 3,5 %. Da die Einkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur nominal ausgewiesen werden, können die entsprechenden realen Größen nur behelfsmäßig geschätzt werden. Dazu werden die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte deflationiert. Die so errechneten realen gesamtwirtschaftlichen Nettolöhne

und -gehälter je Arbeitnehmer nahmen im Zeitraum 1980 bis 1990 um lediglich 0,8 % zu, im Zeitraum 1990 bis 1994 sanken sie dagegen um jahresdurchschnittlich 1,2 %. Insbesondere in den Jahren 1991, 1993 und 1994 kam es bei den Löhnen und Gehältern zu Einbußen, während 1992 lediglich ein geringer Anstieg von 0,5 % zu verzeichnen war. Damit war 1994 das Verdienstniveau bei 29 780 DM unter den Wert von 1989 gesunken. 1989 betrugen die realen Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 29 940 DM. Die privaten Haushalte haben also seit 1990 an Kaufkraft verloren. Für die Jahre 1995 und 1996 liegen für Baden-Württemberg noch keine Einkommensdaten vor. Im Bundesgebiet waren jedoch auch 1995 Einbußen bei den realen Nettolöhnen und Gehältern je Arbeitnehmer zu verzeichnen (- 1 %), während es 1996 erstmals wieder zu realen Lohnverbesserungen kam (+ 2 %).

Kaufkraft der privaten Haushalte kaum gestärkt

Bisher wurden nur die Einkommen der wirtschaftlich Aktiven betrachtet. Um auch der nicht im Wirtschaftsprozess stehenden Bevölkerung (Rentnern, Arbeitslose, Kindern, Kranke) den Lebensunterhalt zu sichern, führt der Staat Umverteilungsmaßnahmen durch, das heißt, er belastet zum einen die erwirtschafteten Einkommen mit Sozialabgaben und Steuern, erbringt andererseits aber vielfältige Leistungen aufgrund früher getätigter Sozialbeiträge (wie zum Beispiel Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Krankengeld) sowie andere Sozialleistungen ohne frühere Gegenleistungen (wie Kindergeld, Kriegssopferversorgung, Ausbildungshilfe, Wohngeld usw.). Im gesamten Bundesgebiet leisteten 1995 die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung soziale Leistungen in Höhe von 655 Mrd. DM, das waren 5,8 % mehr als im Vorjahr. Dabei nahmen die Arbeitslosenhilfe und die Ausgaben für das Altersruhegeld überdurchschnittlich zu. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus lebten 1980 in Baden-Württemberg rund 1,5 Mill. Personen überwiegend von Renten und Pensionszahlungen, im Jahr 1995 waren es bereits 2 Mill. Personen. Die Sozialhilfe nannten 1995 rund 284 100 Personen als Hauptquelle ihres Lebensunterhalts, das waren 51 % mehr als 1980 und sogar 72 % mehr als 1990. Arbeitslosengeld/Hilfe erhielten 1995 rund 6,5 mal so viele wie 1980, das waren 228 400 Personen.

Die Berücksichtigung sämtlicher Einkommensbestandteile führt zum Verfügbaren Einkommen, das heißt zu dem Einkommen das letztlich die materielle Lage der privaten Haushalte bestimmt. Die Zusammensetzung des Verfügbaren Einkommens gibt einen weiteren Hinweis auf einen Anstieg der Transfereinkommen. So hatten 1994 die Transfereinkommen in Baden-Württemberg einen Anteil von rund einem Fünftel, 1990 waren es noch 18,5 %. Andererseits sinkt die Bedeutung der Nettolöh-

ne und -gehälter: Während hier 1990 noch über die Hälfte des Verfügbaren Einkommens aus Löhnen und Gehältern resultieren, waren es 1994 nur noch 45 %. 1980 betrug der Anteil der Arbeitseinkommen sogar noch rund 55 %. Daß der Anteil sinkt, ist zum einen auf die merklich gewachsene Abgabenbelastung zurückzuführen und zum anderen auf die hohe Arbeitslosigkeit. Umgekehrt nahm der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu, insbesondere der Vermögenseinkünfte. Daß die Vermögenseinkünfte auch in Baden-Württemberg die dynamischere Größe sind, darf man aus der Entwicklung des Bundesgebiets ableiten, wo anders als in den Ländern beide Größen getrennt voneinander ausgewiesen werden. Das Verfügbare Einkommen je Einwohner betrug in Baden-Württemberg 1994 rund 29 340 DM. 1980 betrug es dagegen 16 060 DM. Damit belief sich der Anstieg in den 80er Jahren jahresdurchschnittlich nominal auf 4,7 % und im Zeitraum 1990 bis 1994 jährlich auf 3,7 %. Ursächlich hierfür dürfte nicht nur die höhere Steuer- und Abgabenbelastung sein, sondern auch das schwächere Wirtschaftswachstum. Allerdings hat Baden-Württemberg trotz des nachlassenden Wachstums, nach wie vor das höchste Verfügbare Einkommen unter den Flächenländern.

Unter Berücksichtigung der anfangs noch hohen Preissteigerungsraten mußten in den 90er Jahren Einkommenseinbußen hingenommen werden. 1993 schrumpfte das Verfügbare Einkommen je Einwohner gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % und 1994 um 0,2 %. Das reale Verfügbare Pro-Kopf-Einkommen lag mit einem Betrag von 26 550 DM im Jahr 1994 nur wenig über dem Wert des Jahres 1990 in Höhe von 26 290 DM. Im Durchschnitt der 80er Jahre stieg das reale Verfügbare Einkommen dagegen noch jährlich um 1,9 %, im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1994 nur noch um 0,3 %. Für 1995 und 1996 liegen für Baden-Württemberg noch keine Werte vor. Im Bundesgebiet stieg das verfügbare reale Einkommen je Einwohner im Jahr 1995 jedoch um 1,2 % und 1996 sogar um 1,8 %. Bei der Beurteilung der weiteren Entwicklung für Baden-Württemberg ist zu beachten, daß das reale verfügbare Einkommen im Zeitraum 1991 bis 1994 um jährlich 0,8 % sank, während es im gesamten Bundesgebiet nur stagnierte. Es kann aber angenommen werden, daß sich die Einkommensentwicklung auch in Baden-Württemberg wieder beschleunigt und sich damit die durchschnittliche Veränderungsrate der 90er Jahre sogar verdoppeln dürfte.

Lohn- und Gehaltsentwicklung 1997

Auskunft über die Entwicklung der Löhne und Gehälter Baden-Württembergs für 1996/97 gibt die Verdiensterhebung in Industrie und Handel. Als durchschnittlichen (nominalen) Bruttostundenverdienst in der Gesamtindustrie errechnete sich für Januar 1997 bei den Männern DM 28,54 und bei den Frauen DM 21,08. Das waren 1,7 % bzw. 2,0 % mehr als im Vorjahr. Bei den Männern ist der Facharbeiteranteil wesentlich höher als bei den Frauen – einer der Gründe für die noch immer beträchtliche Differenz zwischen den durchschnittlichen Männer- und Frauenlöhnen. Hier ist aber auch zu berücksichtigen, daß Frauen in den Industrien mit relativ niedrigem Lohnniveau überproportional vertreten sind. Als Bruttowochenverdienst erhielten die Männer im Januar 1997 im Durchschnitt DM 1 060 (– 0,3 %), die Frauen DM 774 DM (+ 0,9 %). Die Summen beinhalten bei den Männern eine Mehrarbeitsstunde und bei den Frauen 0,3 Stunden.

Die Bruttomonatsverdienste aller Angestellten lagen im Januar 1997 bei 5 806 DM. Das waren 0,9 % mehr als im Vorjahr. Die beschäftigten Männer kamen im Januar 1997 im Durchschnitt auf einen Bruttoverdienst von 6 596 DM (+ 0,2 %), die Frauen auf 4 402 DM (+ 1,9 %).

Die Einkommensentwicklung für 1997 und 1998 läßt kaum Kaufkraftsteigerungen erwarten. Die Forschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahrsgutachten²⁶ von einer nominalen Zunahme der Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten um 0,5 % im Jahr 1997 aus und für 1998 um 2 %. Das Verfügbare Einkommen wird dagegen um 3 % bzw. 3,5 % steigen. Dies kommt zustande durch erhöhte Transfereinkommen und steigende Einkommen aus Unternehmertätigkeit. Die Nettolöhne und -gehälter werden dagegen zumindest 1997 nur wenig zunehmen. Bei einer Preissteigerungsrate von 1,5 bzw. 2,0 % kann somit nur eine reale Zunahme des Verfügbaren Einkommens von höchstens etwa 1,5 % erwartet werden, während es bei den Nettolöhnen und -gehältern je Beschäftigten zumindest im Jahr 1997 wieder zu Einkommenseinbußen kommen dürfte.

26 Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1997, in: DIW Wochenbericht 17, April 1997.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunkten

Längerfristige Veränderungen im Studienwahlverhalten

Im Rahmen dieser Untersuchung soll vor allem die Frage beantwortet werden, inwieweit sich das fächerspezifische Wahlverhalten der Studienberechtigten innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte gewandelt hat. Zuvor sollen jedoch die für das Wahlverhalten mitentscheidenden Faktoren untersucht werden.

Mehr Abiturienten: Geburtenanstieg ...

Aus der Gegenüberstellung von Studierendenzahl und altersgemäßer Bevölkerung (20- bis unter 25jährige) in *Tabelle 1* wird bereits erkennbar, daß die Expansion an den Hochschulen weit über das demographisch erklär-

bare Maß hinausging. So stieg zwischen 1975 und 1990¹ die Zahl der Studierenden um 63 %, während in der Bevölkerung die Altersgruppe der 20- bis unter 25jährigen in diesem Zeitraum nur um 27 % zunahm. Diese Unterschiede in den Wachstumsraten sind nur zu einem geringen Teil auf die Verlängerung der durchschnittlichen Studiendauer zurückzuführen. Entscheidend ist vor allem die überproportionale Steigerung hinsichtlich der Zahl

¹ Soweit im Rahmen dieses Beitrags kein explizites Semester genannt wird, beziehen sich die Angaben auf das Wintersemester, das in dem betreffenden Jahr begonnen hat. Im vorliegenden Fall ist der Vergleich zwischen den Wintersemestern 1975/76 und 1990/91 angesprochen.

Tabelle 1

Abiturienten und Studierende in Relation zur altersspezifischen Bevölkerung in Baden-Württemberg seit 1975

Jahr ¹⁾	Studierende insgesamt	Wohnbevölkerung im Alter von 20 bis unter 25 Jahren	Anteil der Studierenden an der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 25 Jahren (Spalte 1 / Spalte 2 * 100)	Abiturienten	Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis unter 21 Jahren – gemittelt –	Abiturienten- quote (Spalte 4 / Spalte 5 * 100)
	1	2	3	4	5	6
	Anzahl		%	Anzahl		%
1975	132 093	660 811	20,0	20 995	132 668	15,8
1980	147 768	710 908	20,8	28 594	154 487	18,5
1981	161 885	745 531	21,7	33 428	160 160	20,9
1982	171 358	767 978	22,3	36 025	164 073	22,0
1983	180 789	782 320	23,1	38 703	166 252	23,3
1984	187 054	798 878	23,4	39 710	166 690	23,8
1985	190 301	823 714	23,1	41 334	166 547	24,8
1986	193 419	840 277	23,0	36 747	163 303	22,5
1987	196 961	852 154	23,1	37 149	159 596	23,3
1988	203 084	847 867	24,0	37 584	153 374	24,5
1989	207 649	843 945	24,6	35 501	144 794	24,5
1990	215 242	842 051	25,6	34 247	138 131	24,8
1991	220 933	831 309	26,6	33 188	130 851	25,4
1992	226 301	811 750	27,9	31 607	124 326	25,4
1993	230 980	777 723	29,7	30 249	117 823	25,7
1994	231 540	724 197	32,0	31 332	112 668	27,8
1995	226 512	672 766	33,7	30 984	111 014	27,9
1996	219 353	634 911	34,5	30 890	109 434	28,2

1) Bevölkerungsstand jeweils 1. Januar, Abiturienten jeweils Stand Schuljahresende im Sommer, Studierende Wintersemester.

der Studienberechtigten. *Tabelle 1* weist die Zahl der Abiturienten nicht nur absolut, sondern auch in Relation zur altersspezifischen Bevölkerung (18- bis unter 21jährige, gemittelt) aus. Dieses Verhältnis, üblicherweise als Abiturientenquote bezeichnet, stieg zwischen 1975 und 1990 von rund 16 % auf fast 25 %. Dies bedeutet, daß bereits zu Beginn unseres Jahrzehnts jede(r) vierte eines Altersjahrgangs die Abiturprüfung ablegte.

... und höheres Bildungsstreben

Seit 1990 ist die Abiturientenquote weiter angestiegen und liegt nun bei 28 %. Neben den Abiturienten sind jedoch auch diejenigen Schulabsolventen zum Studium berechtigt, die die Fachhochschulreife erworben haben. Bezogen auf den entsprechenden Altersjahrgang in der Bevölkerung sind dies weitere 6 bis 7 %, so daß gegenwärtig ein Drittel eines Jahrgangs die Berechtigung zum Studium an einer Hochschule erwirbt; im Jahre 1975 war der entsprechende Anteil nur halb so hoch.

Für die Ausweitung des Potentials an (möglichen) Studienanfängern sorgten zum einen höhere Übergangsquoten auf Gymnasien nach der Grundschule und höhere Erfolgsquoten beim gymnasialen „Durchlauf“, die sich auch aus einer Verringerung der Abgänge nach Klassenstufe 10 ergaben. Schwerwiegender war jedoch das wachsende Interesse von Realschülern an einem zusätzlichen Bildungsabschluß, der in ihrem Falle vor allem durch den Wechsel auf ein Berufliches Gymnasium und das Ablegen der Abiturprüfung erreicht werden kann.

Studierquote schwankt

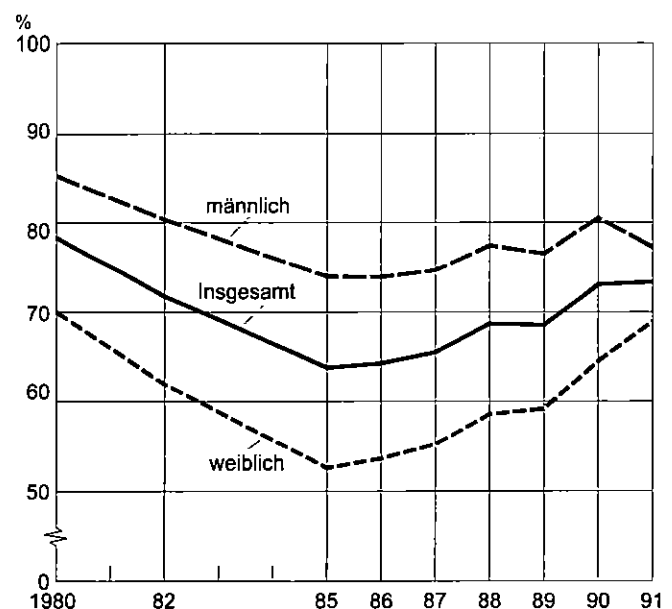
Höhere Abiturientenzahlen müssen nicht zwangsläufig zu einem entsprechend steigenden Andrang an den Hochschulen führen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß der Anteil der Studienberechtigten, der auf eine Immatrikulation verzichtet oder die endgültige Entscheidung aufschiebt, nicht konstant ist. *Schaubild 1* zeigt, daß von den Studienberechtigten des Jahres 1980 im Bundesgebiet 78 % spätestens drei Jahre nach Erwerb der Qualifikation ein Studium aufgenommen haben; bis zum Jahre 1989 ist diese Quote auf 68 % gefallen. Außerdem ist zu erkennen, daß Männer relativ häufiger als Frauen ein Studium aufnehmen; der Abstand innerhalb der auf vereinfachter Basis berechneten Studierquote betrug für einzelne Jahrgänge teilweise über 20 Prozentpunkte. Bei dieser Methode soll durch die Beschränkung auf einen dreijährigen Beobachtungszeitraum ermöglicht werden, einigermaßen zeitnah zum Schulabschluß eine grobe Studierquote auszuweisen. Eine exakte Studierquote für einen Absolventenjahrgang kann eigentlich erst nach Jahrzehnten berechnet werden, da sich auch viele über 30jährige noch zu einer Einschreibung an einer Hochschule entschließen.

Etwa 72 % wollen studieren

Eine andere Methode verwendet das Hochschulinformationssystem (HIS) bei der Auswertung seiner auf Stichprobenbasis durchgeführten Befragungen: Es bezieht anders als die amtliche Statistik nicht nur die bereits realisierten, sondern auch die für die Zukunft geplanten Immatrikulationsabsichten in die Berechnung der Studierquote mit ein. Bei dieser Definition ergibt sich für die Abiturienten des Jahres 1990 eine Studierquote von 76 % (wie in *Schaubild 1*: bezogen auf das Bundesgebiet – alte Bundesländer).² Der Anteil derjenigen Studienberechtigten, der einen Hochschulabschluß anstrebt, ist in den vier Jahren nach 1990 um 4 Prozentpunkte auf 72 % gefallen. Diese von der HIS-GmbH auf Bundesebene „antizipierte“ Studierquote zeigt die gleiche Entwicklung auch für Baden-Württemberg: Hier ist die Studierquote – soweit bereits jetzt erkennbar – zwischen 1990 und 1994 ebenfalls von 76 auf 72 % zurückgegangen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in Baden-Württemberg ca. 7 % eines Abiturjahrgangs eine Ausbildung an der Berufsakademie beginnen. Diese gehört zwar rechtlich gesehen nicht zum Hochschulbereich, die dort erzielten Abschlüsse sind jedoch den an Fachhochschulen erreichten Diplom-Zeugnissen gleichgestellt.

2 HIS-Kurzinformation A4/96, Seite 13 ff.

Schaubild 1
Studierquote*) im früheren Bundesgebiet
1980 bis 1991 nach Geschlecht



*) Von den Studienberechtigten der betreffenden Jahre haben ... innerhalb von drei Jahren ein Studium aufgenommen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, "Bildung im Zahlenspiegel", Tabelle 11; eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

146 97

Der von den Schulabgängern in Baden-Württemberg und im Bundesdurchschnitt bekundete Rückgang an Studienabsichten betrifft beide Geschlechter, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß: Bei Männern beträgt die Abnahme der Studierquote zwischen 1990 und 1994 etwa 6 Prozentpunkte, bei den Frauen sind es lediglich 3 Prozentpunkte. Beim weiblichen Geschlecht kommt die reduzierte Studierquote vor allem durch eine verstärkt bekundete Absicht zustande, ganz auf ein Studium zu verzichten. Dagegen nimmt unter den Männern der Anteil der Unentschlossenen zu. Somit ist noch nicht abzusehen, ob sich das tatsächliche Verhalten der Geschlechter annähern wird, da die endgültige Entscheidung in vielen Fällen offenbleibt. Die amtliche Statistik kann jedenfalls bezüglich des Verhaltens in den 80er Jahren nachweisen, daß Männer oft erst nach einem Jahr (Wehr-/Zivildienst), aber auch sehr viel häufiger als Frauen erst zwei oder drei Jahre nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ein Studium aufnehmen. Über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet, ist ihre Studierquote – wie bereits gezeigt – deutlich höher als die der Frauen.

Die Berechnung einer exakten Studierquote wird nicht nur durch die notwendige Einbeziehung der Studienanfänger eines längeren Zeitraums erschwert, sondern auch durch die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Abiturienten das Studium außerhalb Baden-Württembergs aufnimmt, wohingegen Abwicklung und Auswertung der Hochschulstatistik vorwiegend länderbezogen auf dem Studienortprinzip aufbauen. So könnte eine länder-spezifische Studierquote erst berechnet werden, wenn die Ergebnisse mehrerer Jahre für alle 16 Länder vorliegen und die Datensätze zusammengeführt werden; angesichts der Verzögerung der Aufbereitung in einzelnen Ländern wurde darauf verzichtet.

Studienaufnahme in anderen Bundesländern und im Ausland

Aktuelle Ergebnisse über den Anteil der Abiturienten mit Studienaufnahme außerhalb Baden-Württembergs liegen gegenwärtig nicht vor. Das Ausmaß der Verflechtungen zwischen den Bundesländern soll jedoch kurz verdeutlicht werden. Im Wintersemester 1994/95 wurden in Deutschland 223 478 Haupthörer mit deutscher Staatsangehörigkeit registriert, die ihre Abitur- oder entsprechende Prüfung in Baden-Württemberg abgelegt hatten. Von diesen studierten rund 67 000 (30 %) in einem anderen Bundesland, 70 % waren in Baden-Württemberg eingeschrieben. Umgekehrt studierten in Baden-Württemberg rund 57 000 Personen aus anderen Bundesländern. Demnach weist Baden-Württemberg gegenwärtig einen „Exportsaldo“ von rund 10 000 Personen aus, das heißt, es studieren mehr Landeskinder außerhalb Baden-Württembergs als Abiturienten aus anderen Ländern nach Baden-Württemberg kommen. Bis in die 80er Jah-

re hatte Baden-Württemberg dagegen noch einen hohen „Importsaldo“ an Studierenden verzeichnet. Von den Schulabsolventen unseres Landes, die über die Landesgrenze gewandert sind, studiert über die Hälfte in den drei angrenzenden Bundesländern: Bayern (30 %), Hessen (12 %) und Rheinland-Pfalz (11 %). Unter den übrigen Bundesländern liegt Nordrhein-Westfalen (17 %) als das studentenreichste Land an der Spitze gefolgt von Berlin (12 %); auf die fünf neuen Bundesländer entfallen nur 3 %. Da die Berufsakademien zwar nicht zum Hochschulbereich zählen, aber ihre Abschlüsse Fachhochschul-Diplomen gleichgestellt sind, erscheint es sinnvoll, dem Exportsaldo der Hochschulen Baden-Württembergs den „Importsaldo“ der Berufsakademien gegenüberzustellen: Von den Studierenden des Studienjahres 1995/96 hatten etwa 3 600 (37 %) ihre Abiturprüfung außerhalb unseres Bundeslandes abgelegt. Diesem Import dürften kaum BA-Studierende aus Baden-Württemberg in anderen Bundesländern gegenüberstehen.

Von den rund 57 000 deutschen Studierenden, die sich im Wintersemester 1994/95 an Hochschulen in Baden-Württemberg eingeschrieben hatten und ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland erworben haben, stammte etwa die Hälfte aus den drei benachbarten Bundesländern, weitere 20 % kamen aus Nordrhein-Westfalen.

Auf die Studienaufnahme im Ausland soll hier nur kurz eingegangen werden, da diese für deutsche Abiturienten der Ausnahmefall zu sein scheint: Im Wintersemester 1995/96 hatten von den erstmals an einer baden-württembergischen Hochschule eingeschriebenen Inländern nur etwa 200 vorher schon mindestens ein Semester an einer ausländischen Hochschule studiert, bei den Ausländern waren es rund 3 000; allerdings kann eine Untererfassung nicht ausgeschlossen werden.

Universitäten dominieren – Fachhochschulen holen auf

Die nachfolgenden Auswertungen des Wahlverhaltens konzentrieren sich wegen der aufgezeigten formalen Beschränkungen auf die Studierenden in Baden-Württemberg. Eine erste grobe Gliederung der Studierenden nach Hochschularten in *Tabelle 2* bringt die quantitative Dominanz der Universitäten zum Ausdruck: Auf sie entfallen gegenwärtig 63 % der Studierenden, doch hatte der entsprechende Anteil 10 Jahre zuvor noch fast 70 % betragen. Der Anteil der staatlichen Fachhochschulen an der Gesamtstudierendenzahl ist in den letzten 2 Jahrzehnten von 13 % auf 20 % angestiegen³. Allerdings ist dabei zu beachten, daß die Fachhochschulen erst An-

3 Bei den Studienanfängern beträgt der Anteil der Fachhochschulen bereits 33,4 % (Wintersemester 1995/96, einschließlich Verwaltungsfachhochschulen des Landes und des Bundes).

Tabelle 2

Studierende*) in Baden-Württemberg nach Hochschularten seit Wintersemester 1975/76

Wintersemester	Studierende insgesamt	Davon an					
		Universitäten ¹⁾	Pädagogischen Hochschulen	Kunsthochschulen	Staatlichen Fachhochschulen	Nichtstaatlichen Fachhochschulen	Verwaltungs-Fachhochschulen
1975/76	132 093	86 388	22 248	2 960	16 694	2 242	1 561
1980/81	147 768	102 124	13 127	3 332	23 055	2 647	3 483
1985/86	190 301	132 224	9 785	3 848	33 962	2 745	7 737
1990/91	215 242	148 780	11 851	4 028	40 563	3 250	6 770
1991/92	220 933	151 135	13 818	3 949	41 857	3 272	6 902
1992/93	226 301	152 728	14 755	3 976	43 301	4 096	7 445
1993/94	230 980	152 364	16 153	4 024	44 101	5 435	8 903
1994/95	231 540	149 248	18 375	4 183	44 408	6 235	9 091
1995/96	226 512	142 960	19 038	4 105	44 854	6 584	8 971
1996/97	219 353	137 771	18 657	4 060	44 036	7 114	7 715

*) Nur Hauptthörer. – 1) Einschließlich Theologische Hochschule Heidelberg und Private Wissenschaftliche Hochschule Bierbronn.

fang der 70er Jahre vor allem durch die Überführung von Höheren Fachschulen in den Hochschulbereich entstanden sind und dank des forcierten Ausbaus einen großen Aufschwung nehmen konnten. Relativ gesehen expandierten die privaten Fachhochschulen zwischen 1975 und 1995 in noch stärkerem Maße, doch ist ihr gegenwärtiger Anteil (rund 3 % an den Studierenden insgesamt) immer noch bescheiden. Auch für die Verwaltungsfachhochschulen gilt, daß ihr Aufschwung in erster Linie auf die institutionelle Eingliederung ehemals hochschulfremder Ausbildungsgänge – in diesem Fall der Laufbahn-Beamten für den gehobenen Dienst – zurückzuführen ist. Eine unterproportionale Steigerung der Studierendenzahl weisen dagegen die Kunsthochschulen auf; ihr Anteil liegt jetzt bei ca. 2 %. Der Vollständigkeit halber sei noch auf die Berufsakademien eingegangen: Ihre Größenordnung lag in den vergangenen Jahren bei 10 000 bis 12 000 Studierenden (bezogen auf den Hochschulbereich ca. 4 bis 5 %).

Interesse an Lehramtsstudium schwankt

Die Pädagogischen Hochschulen weisen hinsichtlich der Entwicklung in den letzten 20 Jahren per Saldo sogar einen Rückgang der Studierendenzahlen aus, doch unterliegt das Interesse am Lehramtsstudium großen Schwankungen. 1975 befanden sich noch über 22 000 Studierende an dieser Hochschulart, ein Jahrzehnt später war diese Zahl, unter dem Eindruck der drastisch gesunkenen Chancen auf Einstellung in den Schuldienst, um über die Hälfte zurückgegangen. Nachdem sich nunmehr der Ersatzbedarf wegen des Anstiegs der Pensionierungen und zu einem gewissen Teil auch der zusätzliche Bedarf infolge wachsender Schülerzahlen wieder erhöhte, nahmen die Pädagogischen Hochschulen einen

stürmischen Wiederaufschwung, ohne jedoch die früheren quantitativen Dimensionen wieder voll zu erreichen. Die durchschnittliche Kapazitätsbelastung der einzelnen Hochschulen dürfte jedoch im Vergleich zu 1975 eher höher sein, da die Zahl der Standorte inzwischen von zehn auf sechs verringert wurde.

Daß die Neigung der Abiturient(inn)en zum Lehramtsstudium starken Schwankungen unterliegt, wird bei einem Blick auf *Tabelle 3* deutlich: Danach hat Anfang der 80er Jahre die Zahl der ein Lehramt anstrebenden Erstimmatrikulierten zunächst um über die Hälfte abgenommen, sich danach aber wieder mehr als verdreifacht. Die Reaktionen der Abiturienten nahmen hier die verbesserten Einstellungschancen, die in stärkerem Maße erst um die Jahrhundertwende erwartet werden, teilweise schon vorweg. Dagegen war Ende der 70er-/Anfang der 80er Jahre die Anpassung an den damals gesunkenen Bedarf mit erheblicher Verzögerung erfolgt. Das Auseinanderklaffen von Studienwahl und tatsächlichem Bedarf scheint gegenwärtig vor allem beim gymnasialen Lehramt gegeben zu sein: Während nur etwa jede fünfte Lehrkraft im Schulwesen an einem Gymnasium unterrichtet, betrug der Anteil des gymnasialen Lehramts unter den erstimmatrikulierten Lehramtsaspiranten in den letzten Jahren zwischen 40 und 50 %. Anzumerken ist, daß *Tabelle 3* die Studierenden und Studienanfänger in Diplom-Lehrerstudiengängen nicht enthält. In den meisten Lehramtsstudiengängen studieren erheblich mehr Frauen als Männer, doch ist die Dominanz des weiblichen Geschlechts beim gymnasialen Lehramt etwas geringer ausgeprägt.

1995/96: 28 743 Studienanfänger ...

Wie sich bereits beim Lehramt gezeigt hat, können die Studienanfängerzahlen aktuelle Entwicklungen und Trendänderungen besser wiedergeben als Bestands-

zahlen. So ging beispielsweise die Zahl der Erstsemestrigen im Hochschulbereich bereits ab 1991 zurück, während der Gesamtbestand an Studierenden noch bis 1994/95 anstieg. Allerdings wird unter der Zahl der Studienanfänger oft nicht nur die Zahl der erstmals an einer deutschen Hochschule Eingeschriebenen verstanden, sondern gelegentlich auch die Zahl derjenigen, die sich im ersten Fachsemester befinden. Wenn Studierende ihren bisherigen Studiengang wechseln und aus dem früheren Studium keine Semesteranrechnung erfolgt, werden sie (erneut) als im ersten Fachsemester befindlich registriert. Vor allem infolge Studienfachwechsel ist diese Kategorie

... aber 36 247 Studierende im ersten Fachsemester

wesentlich größer als die Zahl der Erstimmatrikulierten („erstes Hochschulsemester“). Der Vollständigkeit wegen ist noch darauf hinzuweisen, daß in Einzelfällen Studierende definitionsgemäß nie im ersten Fachsemester „auftauchen“, so etwa bei erstmaliger Einschreibung an einer Hochschule nach einer Ausbildung an der Berufshochschule, aus der ein Teil der dort verbrachten Zeit für das Hochschulstudium anerkannt wird. Die Differenz zwischen der Zahl der Studierenden im ersten Hochschulsemester bzw. ersten Fachsemester liegt gegenwärtig bei 7 500; Anfang der 90er Jahre hatte sie noch über 10 000 betragen. Die Höhe der Differenz hängt jedoch nicht nur von der Häufigkeit des Studienfachwechsels

ab, sondern auch von der quantitativen Bedeutung von Zweit-, Aufbau- und Ergänzungsstudien. Unter diesen Umständen erscheint es sinnvoll, bezüglich der Studienanfänger auf das erste Hochschulsemester abzuheben.

Wirtschaftswissenschaften expandieren am stärksten

Eine relativ grobe Gliederung der Studienanfänger nach Fächergruppen für die Jahre 1980 und 1995 über den gesamten Hochschulbereich hinweg läßt zunächst keine gravierenden Veränderungen erkennen (Tabelle 4). Lediglich die Gruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ hat vor allem auf Kosten der Sprach- und Kulturwissenschaften an Bedeutung gewonnen. Hierbei spielt auf Seiten des Studienplatz-Angebots der Ausbau der betriebswirtschaftlich orientierten Studiengänge an Fachhochschulen eine große Rolle. Für den reduzierten Anteil der Sprach- und Kulturwissenschaften dürften eher Nachfrageaspekte verantwortlich sein, in diesem Falle ein geringeres Interesse der Abiturienten an geisteswissenschaftlichen Studiengängen infolge ungünstiger Berufsaussichten. Auf die besondere Rolle des Lehramts bei einer Betrachtung des gesamten Hochschulbereichs muß noch kurz hingewiesen werden. Da alle im Rahmen dieses Beitrags vorgestellten Auswertungen sich auf den ersten Studiengang und das erste Studienfach beziehen, kann sich bezüglich des fächerspezifischen Wahlverhaltens eine gewisse Verzerrung ergeben, wenn man die Magister- und Lehramtsstudiengänge, wo Mehr-

Tabelle 3

Lehramtsstudierende an den Hochschulen in Baden-Württemberg seit Wintersemester 1980/81

Wintersemester	Lehramtsstudierende insgesamt	Lehramtsstudierende im 1. Hochschulsemester		Darunter: Lehramt an Gymnasien	
		zusammen	weiblich	zusammen	weiblich
1980/81	28 227	2 976	1 920	1 343	694
1981/82	26 348	2 759	1 920	1 104	588
1982/83	24 100	2 481	1 764	958	545
1983/84	22 281	2 455	1 678	1 220	727
1984/85	19 842	2 094	1 501	1 018	629
1985/86	17 311	1 524	1 141	691	457
1986/87	14 282	1 203	895	675	458
1987/88	12 946	1 665	1 168	833	526
1988/89	13 488	2 461	1 793	1 142	734
1989/90	15 295	3 194	2 344	1 368	882
1990/91	19 151	4 519	3 197	1 779	1 013
1991/92	22 292	3 770	2 595	1 929	1 119
1992/93	24 189	3 978	2 838	1 879	1 138
1993/94	26 268	4 005	2 873	1 809	1 096
1994/95	28 656	3 865	3 058	1 695	1 015
1995/96	28 950	3 648	2 683	1 420	839
1996/97	27 405	3 654	2 932	1 527	917

Tabelle 4

Studienanfänger an den Hochschulen in Baden-Württemberg im Wintersemester 1980/81 und 1995/96 nach Fächergruppen

Fächergruppe	Studierende im 1. Hochschulsesemester			
	Wintersemester 1980/81		Wintersemester 1995/96	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	5 169	21,8	5 641	19,6
Sport	470	2,0	353	1,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	6 805	28,7	10 013	34,8
Mathematik, Naturwissenschaften	4 160	17,6	4 692	16,3
Humanmedizin	983	4,1	1 056	3,7
Agrar, Forst- und Ernährungswissenschaften	809	3,4	697	2,4
Ingenieurwissenschaften	4 474	18,9	5 272	18,3
Kunst, Kunstwissenschaft	827	3,5	1 019	3,5
Fächergruppen zusammen	23 697	100	28 743	100

fach-Belegung der Regelfall ist, nicht ausklammert. Auch aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, die einzelnen Hochschularten unter fächerspezifischen Aspekten getrennt zu betrachten. Aus den rund 50 Studienbereichen, deren Entwicklung seit 1980 in den *Anhangtabellen 1 und 2* ausführlich dargestellt ist, werden nachfolgend die quantitativ bedeutsamsten herausgegriffen.

Als zweitgrößter Studienbereich innerhalb der Universitäten haben die Wirtschaftswissenschaften zwischen 1980 und 1995 absolut gesehen die größte Expansion hinsichtlich der Studienanfängerzahlen zu verzeichnen. Die Steigerung von 1 636 auf 2 337 (+ 43 %) innerhalb von 15 Jahren übertrifft die Entwicklung im Bereich Germanistik⁴, wo die Zahl der Studienanfänger von 1970 auf 2 521 (+ 28 %) zunahm. Bei dieser Gegenüberstellung sind – wie in den *Anhangtabellen 1 und 2* – jeweils die Erstsemestrigen des Sommersemesters und des darauffolgenden Wintersemesters zu einem Studien(anfänger)-jahr zusammengefaßt worden. Im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften konnten auch Geschichte und Anglistik deutlich mehr Ersteinschreiber für sich gewinnen; im Gegensatz hierzu scheint das Interesse an Romanistik und anderen Sprachen eher nachzulassen. Im naturwissenschaftlichen Bereich verzeichnen Physik und Chemie deutlich reduzierte Studienanfängerzahlen, während bezüglich Mathematik und Biologie die Entwicklung umgekehrt ist. Die Veränderungen bei der Studienwahl

zeigen sich weitgehend kongruent mit der Belegung der Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe, so daß eine Verklammerung von Schul- und Hochschulbereich zumindest in dieser Hinsicht gelungen scheint. Dieser Zusammenhang würde es demnach ermöglichen, bestimmte Studienfächer dadurch stärker ins Blickfeld der Abiturienten zu richten, daß in der Sekundarstufe II die Wahl der entsprechenden Leistungskurse erleichtert wird.

Talfahrt der Ingenieurwissenschaften ab 1990

Im Verlauf der 80er Jahre hatten verschiedene technische Disziplinen ein außergewöhnliches Wachstum der Studienanfängerzahlen zu verzeichnen. So erhöhte sich im zahlenmäßig größten universitären Studienbereich „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ zwischen 1980 und 1990 die Zahl der Erstimmatrikulierten sehr stark; seit diesem Jahr ist jedoch ein drastischer Rückgang (– 56 %) zu verzeichnen, der die Studienanfängerzahlen jetzt unter den Stand des Jahres 1980 sinken ließ. Ähnlich – wenn auch nicht ganz so prekär – ist die Situation im Bereich Elektrotechnik, in dem die Abnahme seit dem Höchststand im Jahre 1990 43 % beträgt. Das Verhalten der Abiturienten ist dabei offensichtlich von der Situation am Arbeitsmarkt beeinflusst. Zwar nimmt die Zahl der beschäftigten Ingenieure trotz allgemeinem Arbeitsplatzabbau immer noch zu, doch scheint die Arbeitslosigkeit von Ingenieuren als relativ neues Phänomen sich deswegen umso stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit und vor allem der Abiturienten zu drängen.

An Fachhochschulen (FH), wo die technisch orientierten Studiengänge traditionellerweise die größte Rolle spielen, ist ebenfalls ein Rückgang der Erstimmatrikulierten im Maschinenbau und in der Elektrotechnik festzustellen, doch ist dieser nicht ganz so ausgeprägt wie an den Universitäten. Dagegen entscheiden sich jetzt deutlich mehr Studienberechtigte als 1980 für das Informatik- bzw. Wirtschaftsingenieur-Studium. Die Wirtschaftswissenschaften haben an Fachhochschulen ohnehin einen noch stärkeren Aufschwung genommen als an den Universitäten. Daß die Entwicklung an Universitäten teilweise von der an Fachhochschulen abweicht, könnte auch mit der unterschiedlichen Vorbildung der Studienberechtigten zusammenhängen: Studienanfänger an Fachhochschulen sind – besonders in den technischen Studiengängen – relativ häufig über den zweiten Bildungsweg zum Studium gelangt und verfügen infolgedessen in der Regel über eine gewisse Berufserfahrung, die sie die Risiken möglicherweise realistischer einschätzen läßt als Abiturienten, die sich überwiegend an Universitäten einschreiben und vermutlich auf konjunkturbedingte Entwicklungen mangels Erfahrung sensibler reagieren. In die gleiche Richtung wirken die unterschiedlichen Unterrichtsschwerpunkte beim Erwerb der Qualifikation für das Hochschulstudium: In der gymnasialen Oberstufe hat die Bedeu-

4 Einschließlich Fächer außerhalb der Studienbereichsgliederung.

tung von Physik und Chemie wie schon erwähnt in den letzten Jahren erheblich nachgelassen, während am Berufskolleg zur Erlangung der Fachhochschulreife die Wahlfreiheit nicht in gleichem Maße gegeben ist.

Ein weiterer wichtiger Grund für die nach Hochschularten unterschiedliche Entwicklung in den beiden zentralen ingenieurwissenschaftlichen Studienbereichen dürfte in den Zulassungsbeschränkungen der Fachhochschulen zu suchen sein. Bis 1990 hatte dort ein großer Bewerberüberhang vorgelegen, so daß sich das nachlassende Interesse der Abiturienten und Schulabgänger mit Fachhochschulreife zunächst nicht wesentlich auswirkte, da noch genügend Bewerbungen vorlagen, die in den Vorjahren nicht zum Zuge gekommen waren. Zu erwähnen ist auch noch, daß in anderen technischen Disziplinen wie der Architektur die Studienanfängerzahlen sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen noch im Steigen begriffen sind.

Wahl von NC-Fächern

War die Entwicklung an Fachhochschulen im Maschinenbau und in der Elektrotechnik über viele Jahre hinweg durch den Ausbaustand und daran angepaßte

Zulassungsbeschränkungen limitiert, so gilt dies für Studiengänge wie Medizin, Zahnmedizin, Psychologie und Pharmazie an Universitäten immer noch. Hier kann – sofern sich die amtlichen Zulassungszahlen nicht entscheidend ändern –, nur aufgrund der Zahl der abgewiesenen Bewerber, der Auswahlgrenzen, der Nachrücker und der maximalen Wartezeiten auf geänderte Präferenzen der Abiturienten geschlossen werden.

Die von der ZVS⁵ publizierten Ergebnisse des Zulassungsverfahrens zeigen, daß das Interesse an der Humanmedizin tendenziell nachläßt, was sicher im wesentlichen auf die verschlechterten Berufsaussichten zurückzuführen ist. Für das Studium von Psychologie und Pharmazie benötigen baden-württembergische Abiturienten in ihrem Reifezeugnis seit Jahren eine 1 vor dem Komma. Bundesweit liegt die Wartezeit-Grenze für Psychologie immer noch bei acht Semestern. Seit einigen Jahren unterliegt auch die Rechtswissenschaft dem Numerus clausus (NC). Schulabsolventen müssen gegenwärtig maximal ein Semester warten, falls sie ein Jurastudium aufnehmen wollen. Für das Studium der Lebensmittelchemie reicht heute ein geringerer Abiturnotendurchschnitt als vor drei Jahren, wenn die Zulassung Erfolg haben soll.

5 ZVS = Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen.

Tabelle 5

Studienanfänger an den Universitäten in Baden-Württemberg 1980 und 1995 nach ausgewählten Studienbereichen und Geschlecht

Studienbereich	Studierende im 1. Hochschulsemester ¹⁾								Nachrichtlich:
	männlich				weiblich				Anteil der Frauen ²⁾ 1995
	1980	1995	Veränderung 1995 gegen 1980		1980	1995	Veränderung 1995 gegen 1980		
	Anzahl		%		Anzahl		%		
Geschichte	197	314	+ 117	+ 59,4	181	278	+ 97	+ 53,6	47,0
Germanistik	731	769	+ 38	+ 5,2	1 239	1 752	+ 513	+ 41,4	69,5
Anglistik/Amerikanistik	125	210	+ 85	+ 68,0	388	571	+ 183	+ 47,2	73,1
Romanistik	66	96	+ 30	+ 45,5	465	425	- 40	- 8,6	81,6
Psychologie	132	79	- 53	- 40,2	172	237	+ 65	+ 37,8	75,0
Politik- und Sozialwissenschaften	308	348	+ 40	+ 13,0	213	363	+ 150	+ 70,4	51,1
Rechtswissenschaft	1 083	1 132	+ 49	+ 4,5	677	853	+ 176	+ 26,0	43,0
Wirtschaftswissenschaften	1 185	1 494	+ 309	+ 26,1	451	843	+ 392	+ 86,9	36,1
Mathematik	304	368	+ 64	+ 21,1	135	266	+ 131	+ 97,0	42,0
Informatik	341	528	+ 187	+ 54,8	76	55	- 21	- 27,6	9,4
Allgemeinmedizin	766	590	- 176	- 23,0	519	646	+ 127	+ 24,5	52,3
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	1 024	664	- 360	- 35,2	33	96	+ 63	+ 190,9	12,6
Elektrotechnik	458	442	- 16	- 3,5	13	37	+ 24	+ 184,6	7,7
Architektur	201	249	+ 48	+ 23,9	91	191	+ 100	+ 109,9	43,4
Kunst, Kunstwissenschaft	50	34	- 16	- 32,0	113	138	+ 25	+ 22,1	80,2
Musik, Musikwissenschaft	50	46	- 4	- 8,0	47	56	+ 9	+ 19,1	54,9
Nachrichtlich: Alle Studienbereiche zusammen	10 888	11 086	198	1,8	6 944	9 570	2 626	37,8	46,3

1) Jeweils Sommersemester und darauf folgendes Wintersemester zusammengefaßt. – 2) An den Studierenden im 1. Hochschulsemester im Studienjahr 1995.

Geschlechtsspezifische Präferenzen wenig verändert

Auf das im Vergleich zu den Männern überproportional gestiegene Interesse der Frauen an Lehramtsstudiengängen wurde bereits hingewiesen. Weitere Studienbereiche, in denen sich die feminine Dominanz seit 1980 noch verstärkt hat, sind an Universitäten beispielsweise Germanistik, Psychologie und Kunst-/Musikwissenschaft (Tabelle 5). In Anglistik und Romanistik hat sich dagegen der sehr hohe Frauenanteil etwas reduziert. Im Studienbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik hat sich zwar die Zahl der weiblichen Studienanfänger zwischen 1980 und 1995 (jeweils Sommer- und anschließendes Wintersemester) mehr als verdoppelt, doch ist hier der Frauenanteil mit 12,6 % immer noch bescheiden. In der Informatik ist die „Frauenquote“ im Verlauf der letzten 15 Jahre noch weiter gesunken. Im Gegensatz hierzu hat sich in der Allgemeinmedizin die Geschlechterproportion deutlich zugunsten der Frauen verschoben. Generell hat die Zahl der männlichen Studienanfänger an Universitäten zwischen 1980 und 1995 per Saldo kaum zugenommen, während die Zahl der Neueinschreibungen durch Frauen in diesem Zeitraum um rund 38 % gestiegen ist. Diese unterschiedliche Entwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich die Abiturientenquote der Frauen in diesem Zeitraum wesentlich stärker erhöht hat als die der Männer.

Über alle Fächer und Hochschularten hinweg betrachtet, hat sich also die weibliche Beteiligung auch im Hochschulbereich ausgeweitet, die unterschiedlichen fächer-spezifischen Präferenzen sind jedoch geblieben. Nach wie vor belegen Frauen sehr viel häufiger als Männer sprach- und kulturwissenschaftliche Fächer; dagegen sind sie in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen weiterhin deutlich unterrepräsentiert.

Dies gilt auch für die Fachhochschulen, an denen sich der weibliche Anteil unter den Ersteinschreibungen durch den ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkt in 15 Jahren nur geringfügig von 24 auf 25 % erhöht hat. An Kunsthochschulen verlief die Tendenz zur Verstärkung der weiblichen Beteiligung ähnlich wie in den verwandten Studiengängen der Universitäten: Der Frauenanteil unter den Erstimmatrikulierten stieg hier zwischen 1980 und 1995 von 48 auf 58 %. Auch an Pädagogischen Hochschulen erhöhte sich die entsprechende Quote: dort sind nunmehr rund 80 % der Erstsemestrigen weiblichen Geschlechts.

Ausländische Studierende setzen teilweise andere Schwerpunkte

Im Wintersemester 1995/96 waren an den Hochschulen in Baden-Württemberg 20 427 Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingeschrieben; die Zahl der

Ausländer ist damit innerhalb von zwei Jahrzehnten auf das Zweieinhalbfache des Standes von 1975/76 angestiegen. Damit übertrifft die Zuwachsrate bei den Ausländern in diesem Zeitraum (+ 149 %) die der deutschen Studierenden (+ 66 %) erheblich. Nur zu einem Teil ist dies auf die Zunahme der Gastarbeiterkinder zurückzuführen: Die früheren Anwerbeländer im Süden Europas stellen lediglich ein Drittel der ausländischen Studierenden. Gleichzeitig ist zu beachten, daß ein erheblicher Teil der Studierenden aus den Hauptanwerbeländern die Berechtigung zum Studium im Heimatland erworben hat und nicht der zweiten oder dritten Ausländergeneration in Deutschland zuzurechnen ist.

Ein nach Nationen gegliederter Vergleich zwischen 1980 und 1995 zeigt, daß vor allem Studierende aus Osteuropa heute zahlenmäßig wesentlich stärker vertreten sind. So stieg die Zahl der polnischen Studenten binnen 15 Jahren von 40 auf 376, die der ungarischen Studenten von 60 auf 285. Auch aus Afrika – vor allem aus Marokko und Ägypten – kommen heute (1995/96: 1 345 Personen) wesentlich mehr Studierende als 1980 (531 Personen). Das gleiche gilt für die asiatischen Länder in ihrer Gesamtheit, die ihre Studierendenzahl seit 1980 mit einer Erhöhung von 2 112 auf 4 132 in etwa verdoppeln konnten. Dies ist vor allem auf die starke Zunahme von Personen mit chinesischer, persischer und koreanischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen, während die Zahl der japanischen Studierenden seit 1980 nicht so stark

Tabelle 6

Studierende an den Hochschulen in Baden-Württemberg im Wintersemester 1995/96 nach Nationalität und Fächergruppen

Fächergruppe	Deutsche Studierende		Ausländische Studierende	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	39 468	19,2	5 969	29,2
Sport	3 345	1,6	117	0,6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	58 913	28,6	4 608	22,6
Mathematik, Naturwissenschaften	39 618	19,2	2 938	14,4
Humanmedizin	12 174	5,9	1 087	5,3
Agrar, Forst- und Ernährungswissenschaften	4 513	2,2	275	1,3
Ingenieurwissenschaften	39 856	19,3	4 169	20,4
Kunst, Kunstwissenschaft	8 198	4,0	1 264	6,2
Fächergruppen zusammen	206 085	100	20 427	100

angestiegen ist. Bemerkenswert erscheint noch, daß die Zahl der aus den USA kommenden Studierenden langfristig gesehen leicht rückläufig ist.

Die – insgesamt betrachtet – starke Zunahme der Ausländerzahlen an den Hochschulen in Baden-Württemberg ist auch insoweit zu relativieren, als die entsprechenden Zuwachsraten in anderen Bundesländern teilweise noch höher waren: So stieg die Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit zwischen 1980 und 1995 in Nordrhein-Westfalen um 169 % und in Bayern um 144 %, während die entsprechende Zuwachsrate (hier allerdings beschränkt auf Haupthörer) in Baden-Württemberg 123 % betrug. Auf Bundesebene beträgt die Zunahme in den letzten 15 Jahren 154 %; läßt man die fünf neuen Bundesländer unberücksichtigt, so kommt man immer noch auf einen Zuwachs von 136 %. Demnach ist die Zahl der Ausländer an baden-württembergischen Hochschulen weniger stark gestiegen als im übrigen Bundesgebiet, doch ist der Ausländeranteil in unserem Bundesland immer noch höher als im Bundesdurchschnitt.

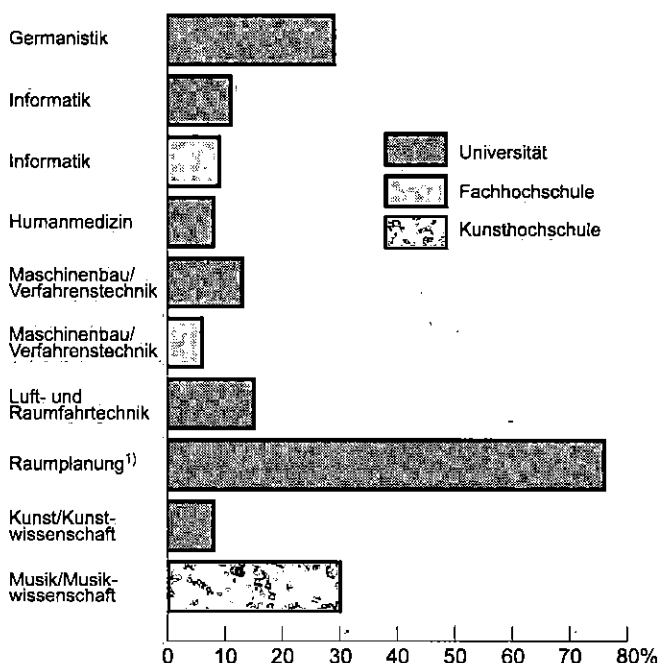
Bei der Betrachtung der fächerspezifischen Aspekte erscheint es bezüglich der Ausländer sinnvoll, statt der Studienanfänger den Gesamtbestand als Maßstab heranzuziehen. Auf diese Weise werden Studierende, die lediglich einen Teil ihres Studiums an baden-württembergischen Hochschulen verbringen, entsprechend (gewichtet) berücksichtigt. Ein grober Vergleich mit den deutschen Studierenden in der Gliederung nach Fächergruppen (Tabelle 6) läßt erkennen, daß bei ausländischen Studierenden vor allem die Sprach- und Kulturwissenschaften eine größere Rolle spielen. In dieser Fächergruppe ist die Germanistik mit ihrem Ausländeranteil von 29 % von großem Gewicht. Demgegenüber ist der Anteil der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften geringer als bei den Deutschen. Kann man den relativ geringen Anteil der Ausländer in dieser Fächergruppe noch auf die Prägung dieser Studiengänge durch die Gesellschaft des Gastlandes zurückführen, so ist die geringe Repräsentanz der Ausländer in Mathematik/Naturwissenschaften wie auch in den Agrarwissenschaften nicht auf Anhieb erklärbar.

Obwohl ein Fünftel der Ausländer in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen eingeschrieben ist, entspricht der entsprechende Anteil auch hier nicht ganz den Erwartungen, wenn man von der Überlegung ausgeht, daß durch ein Studium im Ausland vor allem Kenntnisse erworben werden können, die im Heimatland nicht immer gelehrt werden. Beispielsweise beträgt der Anteil der nichtdeutschen Studierenden in Maschinenbau/Verfahrenstechnik lediglich 13 % an Universitäten bzw. 6 % an Fachhochschulen (Schaubild 2).

Der Bereich Musik/Musikwissenschaft an Kunsthochschulen weist mit 30 % eine hohe Ausländerquote auf. Da auch Studiengänge im Bereich der bildenden Künste ein relativ großes Interesse bei Ausländern finden, kommen die Kunsthochschulen zusammengefaßt betrachtet

Schaubild 2.

Anteil der Ausländer an der Studierendenzahl in Baden-Württemberg im Wintersemester 1995/96 in ausgewählten Studienbereichen



1) Spezieller Aufbaustudiengang.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

147 97

auf einen Nichtdeutschen-Anteil von 23 %; sie übertreffen damit den an Universitäten registrierten Ausländeranteil von 11 % deutlich. Vergleichsweise geringes Gewicht hat die Ausländerzahl dagegen an den staatlichen und privaten Fachhochschulen (7 % bzw. 3 %). An den Pädagogischen Hochschulen und den Verwaltungsfachhochschulen, an denen im wesentlichen der Nachwuchs für verschiedene Laufbahnen des öffentlichen Dienstes ausgebildet wird, liegt der Ausländeranteil erwartungsgemäß am niedrigsten.

Global betrachtet sind die Ausländer heute nahezu in allen universitären Studiengängen stärker repräsentiert als zu Beginn der 90er Jahre. Besonders ausgeprägt ist ihre Zunahme in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, während in den Agrarwissenschaften und der Medizin das „Wachstum“ der Ausländerzahlen hinter dem allgemeinen Trend zurückblieb.

Zusammenfassung

- Das Wachstum der Studierendenzahlen an den Hochschulen in den letzten 20 Jahren ist in erster Linie auf eine Zunahme der Zahl der Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife zurückzuführen. Heute erwirbt etwa jede(r) dritte eines Altersjahrgangs die Berechtigung zum Studium an einer Hochschule; 1975 war dieser Anteil halb so hoch.

- Die Studierquote unterliegt im Zeitverlauf erheblichen Schwankungen; gegenwärtig verzichtet etwa ein Viertel der Studienberechtigten auf eine Immatrikulation. Frauen wählen häufiger als Männer eine Ausbildung außerhalb des Hochschulbereichs.
- Ca. 30 % der studierwilligen Abiturienten aus Baden-Württemberg schreiben sich in einem anderen Bundesland ein, rund die Hälfte davon in einem der benachbarten Länder Bayern, Hessen oder Rheinland-Pfalz.
- In den letzten zwei Jahrzehnten hat der Anteil der Fachhochschüler unter den Studierenden zugenommen. Die Inanspruchnahme der Pädagogischen Hochschulen durch die Abiturient(inn)en unterliegt starken Schwankungen; oft spielen verzögerte oder verfrühte Reaktionen auf die tatsächliche oder erwartete Arbeitsmarktlage eine Rolle. Das gleiche gilt für das Lehramtsstudium an Universitäten für angehende Gymnasiallehrer.
- Zwischen 1980 und 1995 nahm die Zahl der Studienanfänger in wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen stark zu. In den klassischen technischen Disziplinen war in den 80er Jahren – zum Teil ausbaubedingt – ebenfalls ein rasanter Aufschwung zu verzeichnen, der jedoch seit Anfang der 90er Jahre in eine gegenläufige Entwicklung übergegangen ist.
- Bezüglich der Fächer Physik, Chemie und Französisch zeigt sich eine Parallelität zwischen dem reduzierten Studienanfängeranteil und dem gesunkenen Interesse der Gymnasiasten an diesen Unterrichtsfächern bei der Leistungskurswahl in der Oberstufe. Mit umgekehrten Vorzeichen gilt dieser Zusammenhang auch für die Fächer Englisch und Mathematik. Sie erfreuen sich bei Schülern und Hochschülern steigender Beliebtheit.
- Die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Studienwahlverhalten haben sich seit 1980 nur teilweise abgeschwächt; in einigen Bereichen wie der Kunst oder dem Lehramtsstudium hat sich die weibliche Dominanz noch verstärkt. Obwohl sie in manchen naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen hohe Zuwachsraten verzeichnen, sind Frauen in diesem Bereich immer noch deutlich unterrepräsentiert.
- Die Zahl der Ausländer an Hochschulen in Baden-Württemberg ist in den letzten 20 Jahren sehr viel stärker gestiegen als die der deutschen Studierenden. Nur zu einem Teil ist diese Entwicklung auf die wachsende Zahl von Gastarbeiterkindern mit Hoch- oder Fachhochschulreife zurückzuführen.
- Ausländische Studierende haben relativ großes Interesse an künstlerischen und kulturwissenschaftlichen Studiengängen; ansonsten unterscheidet sich ihr Fächerwahlverhalten nicht allzusehr von dem der deutschen Studierenden.

Zur Auswirkung der ambulanten Pflegeversicherung auf die Sozialhilfe

Problemstellung

Mit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 wurde erstmals in Deutschland ein eigenständiges Sicherungssystem für die Absicherung des Pflegerisikos geschaffen. Bis dahin wurden Personen, die als Folge der Pflegebedürftigkeit nicht mehr in der Lage waren, aus eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, zu Sozialhilfeempfängern, obwohl sie im Laufe ihres Erwerbslebens niemals Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nehmen mußten. Daß dies nicht nur Einzelfälle waren, zeigen die Zahlen der Sozialhilfestatistik. Im Jahre 1995 erhielten mehr als 52 000 Männer und Frauen im Land Hilfe zur Pflege. Unter den Personen, die 1995 in Altenpflegeheimen versorgt wurden, war jeder zweite Pflegebedürftige Sozialhilfeempfänger.

Die Pflege von Menschen, die zur Bewältigung ihres Alltags auf fremde Hilfe angewiesen sind, ist personalintensiv und damit teuer. Produktivitätssteigerungen sind nur in sehr begrenztem Maße möglich, so daß im Laufe der Jahre eine beträchtliche Zunahme der Sozialhilfeausgaben für die Hilfe zur Pflege festzustellen ist. Im Jahr 1995 wurden in Baden-Württemberg für Hilfe zur Pflege rund 1,7 Mrd. DM ausgegeben. Das sind gut 36 % aller Ausgaben der Sozialhilfeträger.

Das Hauptziel der Pflegeversicherung ist die Verbesserung der individuellen Situation der Pflegebedürftigen und die Vermeidung von Sozialhilfebedürftigkeit bei diesem Teil der Bevölkerung. Daneben geht es auch um die institutionelle Zuständigkeit bei der Finanzierung der Pflege und damit um die Entlastung von örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträgern. Zur Überprüfung dieser Ziele sind statistische Daten unabdingbar. Basis hierfür sind die amtliche Sozialhilfestatistik und die Statistik der Sozialen Pflegeversicherung.

Zum jetzigen Zeitpunkt können endgültige Ergebnisse, soweit es die Sozialhilfe betrifft, ausschließlich für die ambulante Pflege und für das Berichtsjahr 1995 bereitgestellt werden. Die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für 1996 liegen bisher nur von einem Teil der Kreise vor, so daß im Augenblick nur erste Tendenzen dargestellt werden können. In der sozialen Pflegeversicherung ist die Datenlage günstiger. Hier sind bereits Ergebnisse bis September 1996 verfügbar.

Leistungen der sozialen Pflegeversicherung

Mitglieder und Anspruchsberechtigte

Die Statistik der Sozialen Pflegeversicherung gibt einen Überblick über Personenkreis und Leistungen der sozialen Pflegeversicherung auf Landesebene. Hierbei ist einschränkend anzumerken, daß die amtliche Statistik der sozialen Pflegeversicherung ausschließlich die Mitglieder der gesetzlichen Pflegekassen (Orts-, Betriebs-, Innungs- und landwirtschaftlichen Krankenkassen) berücksichtigt. Damit stehen für etwa zwei Drittel der erwachsenen baden-württembergischen Bevölkerung Ergebnisse zur Verfügung. Nicht ausgewiesen werden Mitglieder privater Pflegekassen und der Ersatzkassen für das Land.

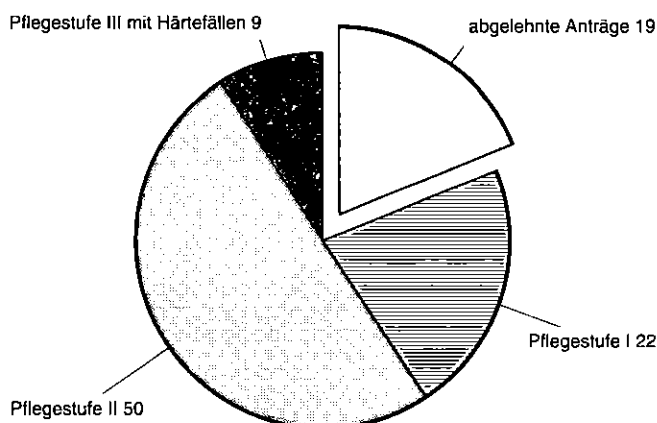
Im dritten Quartal 1996 waren knapp 4,1 Mill. Personen in diesen Pflegekassen versichert. Hinzu kommen rund 1,9 Mill. mitversicherte Familienangehörige. Die Altersstruktur der Versicherten entspricht nahezu exakt der baden-württembergischen Bevölkerung insgesamt. Damit können viele Ergebnisse ohne weiteres direkt auf die baden-württembergische Bevölkerung insgesamt übertragen werden. Bei absoluten Zahlen kann auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet werden.

Pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes sind solche Personen, die voraussichtlich nicht nur vorübergehend (mindestens 6 Monate) auf Grund

Schaubild 1

Anträge auf Feststellung der Pflegebedürftigkeit für den Erhalt von Leistungen aus der Sozialen Pflegeversicherung in Baden-Württemberg vom 1. April 1995 bis 30. September 1996

Anteile in %



der Begutachtung durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen den Pflegestufen I bis III zugeordnet wurden. Wer nicht als erheblich (Stufe I), schwer- (Stufe II) oder schwerstpflegebedürftig (Stufe III) eingestuft ist, erhält keine Leistungen der Pflegeversicherung. Im Hinblick auf das Ziel der Pflegeversicherung, Sozialbedürftigkeit zu vermeiden, interessiert auch die Gruppe der Pflegebedürftigen, deren Pflegebedarf unterhalb der Pflegestufe I liegt. Personen, die weniger als 90 Minuten Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung im Tagesdurchschnitt pro Woche benötigen, werden der fiktiven Pflegestufe "0" zugeordnet (Schaubild 1)

Vom 1. April 1995 bis zum 30. September 1996 wurden rund 250 800 Anträge auf Feststellung der Pflegebedürftigkeit bearbeitet. Knapp 19 % davon wurden abgelehnt. Von den bisher mehr als 204 000 bewilligten Anträgen entfielen 26,5 % auf die Stufe I, der Anteil der Stufe II lag bei 61,9 %, und die Stufe III wurde in 11,6 % der bewilligten Fälle festgestellt.

Pflegebedürftige der Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige) sind Personen, die bei der Körperpflege, Ernährung oder Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen und mehrfach in der Woche Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen. In die Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige) werden pflegebedürftige Personen eingruppiert, wenn sie mindestens dreimal täglich zu unterschiedlichen Tageszeiten Hilfe bei der Körperpflege, Ernährung oder Mobilität sowie mehrfach in der Woche Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung in Anspruch nehmen müssen. Pflegebedürftige der Stufe III (Schwerstpflegebedürftige) sind Personen, die täglich rund um die Uhr, auch nachts, bei der Körperpflege, Ernährung oder Mobilität der Hilfe bedürfen und mehrfach in der Woche Hilfe für die hauswirtschaftliche Versorgung benötigen.

Der zeitliche Umfang der Hilfe für Pflegebedürftige der Stufe I muß im Tagesdurchschnitt mindestens 1,5 Stunden betragen. Bei der Stufe II muß er mindestens 3 und bei der Stufe III mindestens 5 Stunden umfassen.

Personenkreis und Leistungsstruktur

Alter und Pflegebedürftigkeit

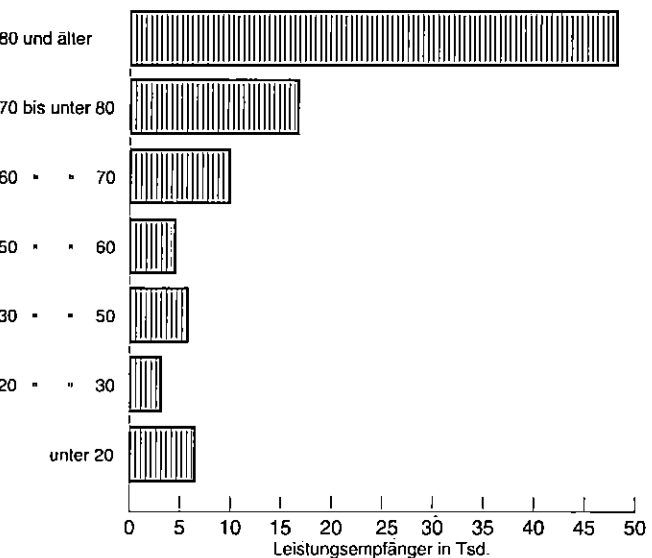
Zum Jahresende 1995 erhielten in Baden-Württemberg fast 94 600 Personen, die bei den Pflegekassen der Orts-, Betriebs-, Innungs- und landwirtschaftlichen Krankenkassen versichert waren, Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung. Unterstellt man, daß die übrigen nicht in diesen gesetzlichen Kassen Versicherten eine vergleichbare Struktur bezüglich der Pflegedürftigkeit aufweisen, kann davon ausgegangen werden, daß die Gesamtzahl der Leistungsempfänger, die Leistungen der Pflegeversicherung erhielten, am 31. Dezember 1995 bei rund 160 000 im Land lag.

Erwartungsgemäß ist die Mehrzahl der Personen, die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhielten, in höherem Alter. Knapp 60 % der Leistungsempfänger waren älter als 74 Jahre. Allerdings sind durchaus auch jüngere Personen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes leistungsberechtigt. Rund 10 % der Empfänger von Leistungen aus der Pflegeversicherung waren zum Jahresende 1995 jünger als 30 Jahre. Auf die Altersklasse von 30 bis 59 Jahre entfielen fast 11 % der Leistungsberechtigten; bei den Altersjahren von 60 bis 74 waren es 19 %. (Schaubild 2)

Frauen bildeten mit fast 64 % die Mehrheit unter den Pflegebedürftigen (im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes). Dies ist eine Folge der deutlich längeren Lebenserwartung von Frauen im Vergleich zu Männern und damit verbunden der höheren Besetzungszahlen in den oberen Altersklassen. In der Altersklasse ab 69 Jahren erhalten etwa doppelt so viele Frauen wie Männer Leistungen der Pflegeversicherung. Bei Personen unter 70 Jahren sind dagegen die männlichen Leistungsempfänger in der Mehrheit.

Die Statistik der sozialen Pflegeversicherung ermöglicht auch eine Aussage über Pflegehäufigkeit in Abhängigkeit vom Alter. Hierzu wird die Zahl der leistungsberechtigten Pflegebedürftigen einer Altersklasse auf die Anzahl der Versicherten derselben Altersklasse bezogen. Die gewonnenen Ergebnisse lassen sich ohne weiteres auf die Gesamtbevölkerung übertragen. Allerdings beinhaltet eine solche Häufigkeitsziffer keine Pflegebedürft-

Schaubild 2
Leistungsempfänger*) der Sozialen Pflegeversicherung in Baden-Württemberg am 31. Dezember 1995 nach Altersgruppen



*) Nur Mitglieder der gesetzlichen Pflegekassen (Orts-, Betriebs-, Innungs- und landwirtschaftliche Krankenkassen).
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 95 97

tigkeit unterhalb der Pflegestufe I, dies ergibt sich zwingend aus der Datenbasis. Die Zahl der leistungsberechtigten Pflegebedürftigen auf 1 000 Versicherte stieg in Abhängigkeit vom Alter, wie nicht anders zu erwarten ist, von 11 auf 1 000 Versicherte im Alter von 60 bis 64 Jahren auf 174 je 1 000 Versicherte bei Personen, die älter als 79 Jahre waren. Nimmt die Zahl der Hochbetagten in Zukunft durch eine Verlängerung der Lebenserwartung oder durch größere Besetzungszahlen deutlich zu – und dies zeigen die aktuellen Bevölkerungsvorausrechnungen – ohne daß sich die Wahrscheinlichkeit für die Pflegebedürftigkeit verändert, hat dies offensichtlich Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Pflegeversicherung. Im Jahre 1996 lebten in Baden-Württemberg rund 1,5 Mill. Menschen, die älter als 65 Jahre alt waren. Bereits zur Jahrtausendwende wird diese Zahl voraussichtlich um 150 000 höher liegen und sie wird weiter ansteigen. Langfristige Vorausrechnungen der älteren Bevölkerung weisen für das Jahr 2040 Steigerungen gegenüber heute von fast 80 % aus.

Leistungsfälle und -tage

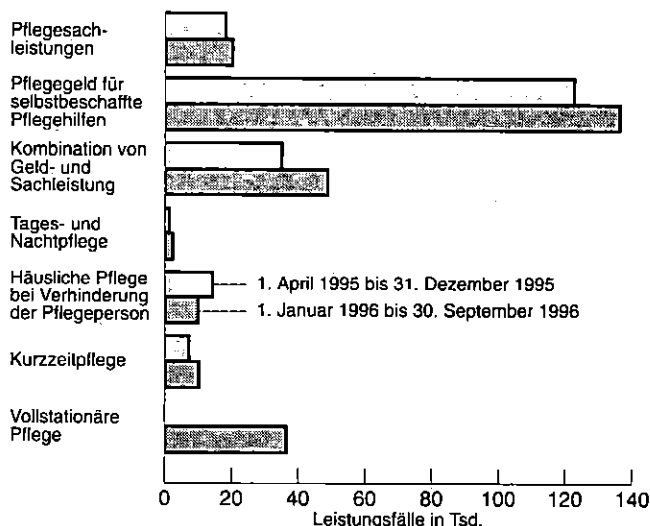
Im Rahmen der sozialen Pflegeversicherungsstatistik werden neben den Pflegebedürftigen die sogenannten Leistungsfälle ausgewiesen. Jedem Leistungsfall wird die Zahl der Pflegetage zugeordnet, in denen eine Pflegeart in einer bestimmten Pflegestufe gewährt wird. Dabei ist es durchaus möglich, daß pflegebedürftige Personen pro Jahr mit mehr als einem Fall registriert werden. Zum Beispiel werden zwei Leistungsfälle bei einem Pflegebedürftigen gezählt, wenn die Pflege durch einen Krankenhausaufenthalt (abweichend bei Pflegegeld erst ab 4 Wochen im Krankenhaus) unterbrochen wird. Auch beim Wechsel der Pflegeart oder -stufe wird ein zweiter Fall begründet. Werden demzufolge die Pflegetage je Fall ausgewiesen, ist dies nicht gleichbedeutend mit der Gesamtdauer der Pflegebedürftigkeit einer bestimmten Person.

Im ersten Jahr der Pflegeversicherung (vom 1. April 1995 bis 31. Dezember 1995) wurden in der Statistik der sozialen Pflegeversicherung mehr als 198 000 Leistungsfälle ermittelt. Hochgerechnet auf das Land ergibt sich ein geschätzter Wert von etwa 330 000 ambulanten und teilstationären Leistungsfällen für den betrachteten Zeitraum.

Vergleicht man das Ergebnis für die neun Monate des Jahres 1995 mit den derzeit verfügbaren Zahlen bis einschließlich September 1996, ist ein Zuwachs von gut 66 000 Leistungsfällen festzustellen. Davon entfielen rund 45 % auf die ambulante und teilstationäre Pflege (30 000 Leistungsfälle). Seit 1. Juli 1996 erbringt die Pflegeversicherung auch Leistungen bei vollstationärer Pflege. Für das dritte Quartal 1996 wurden 36 000 Leistungsfälle registriert, was auch in etwa mit der Zahl der Personen übereinstimmt, die Leistungen erhielten.

Schaubild 3

Leistungsfälle*) der Sozialen Pflegeversicherung in Baden-Württemberg vom 1. April 1995 bis 31. Dezember 1995 und 1. Januar 1996 bis 30. September 1996



*) Nur gesetzliche Pflegekassen (Orts-, Betriebs-, Innungs-, und landwirtschaftliche Krankenkassen).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

96 97

Gut 48 % der Leistungsfälle entfielen (1. April 1995 bis 30. September 1996) auf die Pflegestufe II. Auf die Pflegestufe I kamen 32 % der Leistungsfälle; auf die Pflegestufe III knapp 20 %. Als Härtefälle im Sinne der Pflegeversicherung waren 1995 189 Personen und 1996 208 Personen eingestuft. Im Durchschnitt dauerte die Leistungserbringung 127 Tage je Fall. Bei der Interpretation dieser Größe ist zu berücksichtigen, daß bei einer Versorgung, die nicht an allen Wochentagen stattfindet, die Kalendertage als Leistungstage festgehalten werden. Die im Durchschnitt meisten Leistungstage wurden für die Pflegestufe I mit 141 registriert.

Bei der vollstationären Pflege liegt der Anteil der Pflegestufen II (50,9 %) und III (20,9 %) etwas über den Werten bei der ambulanten und teilstationären Pflege (Pflegestufe II: 48,1 % bzw. Pflegestufe III: 19,6 %). Allerdings ist der Unterschied nicht so bedeutend, wie man vielleicht erwarten würde. (Schaubild 3)

Leistungsstruktur bei häuslicher Pflege

Die folgenden Strukturzahlen beziehen sich auf die kumulierten Daten seit Einführung der Pflegeversicherung, also auf den Zeitraum vom 1. April 1995 bis 30. September 1996.

Etwa 9 % der ambulanten und teilstationären Leistungsfälle der Pflegeversicherung entfielen in dieser Zeit auf die sogenannte Pflegesachleistung. Pflegebedürftige

können eine Pflegekraft für Hilfeleistungen im Bereich der Körperpflege, der Ernährung und der Mobilität sowie der Hauswirtschaft in Anspruch nehmen.

Auf die Pflegestufe I entfielen bei dieser Leistungsart etwas mehr als 25 % der Fälle aller erbrachten Pflegesachleistungen. Erheblich Pflegebedürftigen (Pflegestufe I) stehen monatlich Leistungen im Gesamtwert von bis zu 750 DM zu. Gut 50 % der Pflegesachleistungen waren der Pflegestufe II zuzuordnen. In diesen Fällen werden Leistungen im Wert von bis zu 1 800 DM übernommen. Auf die Stufe III entfielen etwa 23 % der Pflegesachleistungen, die bis zu einem Gesamtwert von 2 800 DM durch die Pflegeversicherung erbracht werden. In Härtefällen ist es möglich, über diesen Betrag hinauszugehen und einen Gesamtwert von bis zu 3 750 DM festzulegen.

Neben der Inanspruchnahme einer Pflegekraft als Pflegesachleistung, die bei einem Pflegedienst oder einer Pflegekasse beschäftigt ist oder als Einzelperson mit einer Pflegekasse einen Vertrag abgeschlossen hat, kann der Pflegebedürftige Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen erhalten. Auch eine Kombination aus Geld- und Sachleistung ist möglich.

Die häufigste Inanspruchnahme der Pflegeversicherung erfolgt als Pflegegeld für selbstbeschaffte Pflegehilfen. Bei fast 61 % der Fälle wurden Leistungen in dieser Form gewährt. Dabei entfielen auf die Pflegestufe I 38 %, auf die Pflegestufe II 47 % und auf die Pflegestufe III 15 %. Das Pflegegeld beträgt 400 DM in der Pflegestufe I, 800 DM in der Pflegestufe II und 1 300 DM in der Pflegestufe III. Alternativ zur reinen Sachleistung bzw. zum Pflegegeld können auch kombinierte Geld- und Sachleistungen vom Pflegebedürftigen gewählt werden. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Leistungsfälle betrug immerhin 20 %.

Wenn die selbst beschaffte Pflegeperson durch Krankheit oder Urlaub verhindert ist, kann eine Vertretung für längstens vier Wochen eingestellt werden. Von der Pflegeversicherung werden in diesem Fall bis zu 2 800 DM übernommen. Diese Möglichkeit wurde seit Inkrafttreten der Pflegeversicherung in annähernd 6 % der Leistungsfälle in Anspruch genommen. Durchschnittlich dauerte die Vertretung der Pflegeperson etwas mehr als 17 Tage.

Teilstationäre und Kurzzeitpflege

Wenn die häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden kann, haben Pflegebedürftige Anspruch auf teilstationäre Pflege in Einrichtungen der Tages- oder Nachtpflege. In Baden-Württemberg standen hierfür 1995 rund 650 ganzjährig besetzbare planmäßige Plätze in Einrichtungen der Altenhilfe zur Verfügung. Von der Möglichkeit der teilstationären Pflege

wurde 1995 und 1996 in weniger als 1 % aller Leistungsfälle Gebrauch gemacht. Besonderheit hierbei ist, daß die Pflegekassen neben der teilstationären Pflege auch Aufwendungen für die soziale Betreuung sowie in der Zeit vom 1. Juni 1996 bis 31. Dezember 1999 Aufwendungen für die in der Einrichtung notwendigen Leistungen der medizinischen Behandlungspflege übernehmen (Pflegestufe I, II und III bis zu 750 DM, 1 500 DM und 2 100 DM je Kalendermonat).

Größerer Bedeutung als der Tages- und Nachtpflege kommt der Kurzzeitpflege zu. Knapp 4 % aller Leistungsfälle entfielen auf diese Leistungsart. Kann die häusliche Pflege zeitweise nicht, noch nicht oder nicht im erforderlichen Umfang erbracht werden, besteht ein Anspruch auf Pflege in einer vollstationären Einrichtung für einen Zeitraum von maximal 4 Wochen pro Jahr. Die Pflegekasse übernimmt dabei Kosten in Höhe von höchstens 2 800 DM im Kalenderjahr. Hiermit sind wie bei Tages- und Nachtpflege auch Aufwendungen für soziale Betreuung und medizinische Behandlungspflege eingeschlossen. Im Durchschnitt dauerte die Kurzzeitpflege je Fall knapp 20 Tage.

Ausgaben der Pflegekassen

Die Ausgaben der Pflegekassen der Orts-, Betriebs-, Innungs- und landwirtschaftlichen Krankenkassen beliefen sich 1995 auf fast 1,111 Mrd. DM. Im Zeitraum 1. Januar 1996 bis 30. September 1996 stiegen diese Ausgaben auf 1,381 Mrd. DM an.

Aus Beitragseinnahmen erhielten die ausgewiesenen Pflegekassen 1996 zusammen 1,466 Mrd. DM (1995: 1,316 Mrd. DM). Nicht enthalten in diesen Beitragseinnahmen sind die Beiträge aus Rentenzahlungen, die direkt dem Ausgleichsfond der Pflegeversicherung zufließen. Auf Bundesebene beliefen sich die Beitragseinnahmen der Rentner auf rund 20 % aller Beitragseinnahmen. Der überwiegende Teil (1995: 77 % und 1996: 78 %) der Beitragseinnahmen auf Landesebene entfiel auf abhängig Beschäftigte. Gut 6 % (knapp 6 %) der Beitragseinnahmen 1996 (1995) wurden von der Bundesanstalt für Arbeit überwiesen. Knapp 14 % (gut 13 %) der Beitragseinnahmen 1996 (1995) stammen von freiwillig in der Krankenversicherung Versicherten.

Etwa 5 %, das entspricht 70 Mill. DM aller Ausgaben der vier Kassenarten, entfielen 1996 (1995: 8 % bzw. 90 Mill. DM) auf Verwaltungskosten. Darunter annähernd 30 Mill. (1995: 32 Mill.) für den medizinischen Dienst. Für die Pflegesachleistungen wurden von den in der Statistik der sozialen Pflegeversicherung berücksichtigten Pflegekassen 1996 mehr als 185 Mill. DM (1995: 128 Mill. DM) aufgewendet. Das entspricht rund 15 % (1995: 15 %) der gesamten Leistungsausgaben dieser Kassen. Pflegegeld wurde in Höhe von 572 Mill. DM (1995: 544 Mill. DM) ausbezahlt. Das sind 48 % (1995: 64 %) der Leistungs-

ausgaben. Ein nicht unwesentlicher Aspekt der Pflegegeldleistungen besteht darin, daß für Pflegepersonen, die nicht erwerbsmäßig einen Pflegebedürftigen in seinem häuslichen Umfeld pflegen (mindestens 14 Stunden pro Woche), Beiträge zur Rentenversicherung durch die Pflegekassen abgeführt werden. Damit entsteht zum Beispiel für pflegende Angehörige ein eigenständiger Rentenanspruch. Insgesamt führten die in der Statistik der sozialen Pflegeversicherung erfaßten Pflegekassen 1996 knapp 130 Mill. DM (1995: 79 Mill. DM) an Beiträgen ab, das sind mehr als 9 % (1995: 9 %) der Leistungsausgaben. Rund 21 Mill. DM, das entspricht knapp 2 % der Leistungsausgaben, entfielen 1996 (1995: 16 Mill. bzw. 2 %) auf Kurzzeitpflege sowie die Tages- und Nachtpflege. Für technische Hilfsmittel, Pflegehilfsmittel und Wohnungsumfeldverbesserungen wurden 62 Mill. DM oder gut 5 % (1995: 54 Mill. bzw. 6 %) der Leistungsausgaben verwendet. Für vollstationäre Pflege wendeten die Pflegekassen bis zum 30. September 1996 fast 215 Mill. DM auf.

Auswirkungen der Pflegeversicherung auf die Hilfe zur Pflege

Sozialhilfestatistik – Hilfe zur Pflege

Sozialhilfe wird als Hilfe zum Lebensunterhalt und als Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Die erste Hilfeart dient zur Sicherung der notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Im Unterschied dazu greift die Hilfe in besonderen Lebenslagen, wenn eine besondere Lebens- oder Bedarfssituation gegeben ist. Beispiele hierfür sind

Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Insgesamt entfielen 1994 mehr als 3,1 der etwa 4,6 Mrd. DM (Bruttoausgaben), die für die Sozialhilfe aufgewendet wurden, auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Mehr als 50 % der Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden für die Hilfe zur Pflege benötigt (Tabelle 1). Bedenkt man, daß Pflegebedürftigkeit mit zunehmendem Alter für alle Menschen wahrscheinlicher wird und die Kosten für Heimaufenthalt oder dauernde Pflege durch andere eine normale Rente weit übersteigen, so kann Sozialhilfebedürftigkeit auch solchen Personen drohen, die im Laufe ihres Erwerbslebens stets eine sichere Existenz hatten.

Bereits seit vielen Jahren ist eine starke Zunahme der Bruttoausgaben für die Hilfe zur Pflege zu beobachten. Seit 1985 haben sich die Ausgaben für diese Hilfeart mehr als verdoppelt (Tabelle 1). Im Unterschied zu der Entwicklung der Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt beruht die Zunahme bei der Hilfe zur Pflege vor allem darauf, daß die individuellen Kosten für die Versorgung Pflegebedürftiger zugenommen haben. Die Empfängerzahl ist im Vergleich zu den Ausgaben für diese Hilfeart unterproportional angestiegen und hat damit nur zu einem geringeren Teil zum Ausgabenwachstum für die Hilfe zur Pflege beigetragen. Im Jahre 1985 beliefen sich die Bruttoausgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe für die Hilfe zur Pflege auf rund 164 Mill. DM. Die überörtlichen Sozialhilfsträger mußten im gleichen Zeitraum 709 Mill. DM aufwenden. Bis 1994 stiegen die Ausgaben für die Stadt- und Landkreise als örtliche Träger der Sozialhilfe auf 258 Mill. an, während die Landeswohlfahrtsverbände im gleichen Zeitraum einen Ausgabenzuwachs von rund 800 Mill. auf 1,505 Mrd. DM zu verzeichnen hatten. Damit erreichten die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege 1994 mit insgesamt 1,763 Mrd. ihren

Tabelle 1

Ausgaben zur Hilfe zur Pflege in Baden-Württemberg seit 1985 nach der Trägerschaft

Jahr ¹⁾	Ausgaben für Hilfe zur Pflege	Davon		Nachrichtlich:	
		Überörtlicher Träger	Örtlicher Träger	Ausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt	Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt
		1 000 DM		1 000 DM	
1985	873 030	709 113	163 917	1 515 267	674 610
1986	942 840	768 052	174 788	1 652 375	857 496
1987	1 006 263	819 651	186 612	1 785 488	931 406
1988	1 070 041	870 006	200 035	1 906 401	984 054
1989	1 104 191	892 848	211 343	1 989 179	1 067 550
1990	1 217 902	998 075	219 827	2 176 025	1 197 693
1991	1 380 981	1 156 484	224 497	2 462 258	1 277 088
1992	1 555 219	1 314 669	240 550	2 803 272	1 453 566
1993	1 684 681	1 439 783	244 898	3 052 146	1 784 039
1994 ¹⁾	1 762 936	1 504 634	258 302	3 128 969	1 508 779
1995	1 709 224	1 531 322	177 902	3 132 631	1 609 660
1996 ²⁾	1 323 646	1 177 646	146 000

1) Ab 1994 ohne Asylbewerber. – 2) Daten für 1996 geschätzt.

bisherigen Spitzenwert. Nach Einführung der Pflegeversicherung 1995 lagen die Ausgaben – bedingt durch den rückläufigen Sozialhilfeaufwand beim örtlichen Träger – erstmals seit 1985 unter dem Wert des Vorjahres. Von rund 178 Mill. DM, die der örtliche Träger der Sozialhilfe für die Hilfe zur Pflege 1995 aufgewendet hat, entfielen knapp 68 Mill. auf die ambulante Pflege und etwa 110 Mill. auf die vollstationäre und teilstationäre Pflege. Für das Jahr 1996 können zum jetzigen Zeitpunkt vorläufige Ergebnisse vorgelegt werden. Danach wird der Sozialhilfeaufwand insgesamt, nachdem die Pflegeversicherung nunmehr auch Leistungen bei vollstationärer Pflege erbringt, voraussichtlich auf rund 1,32 Mrd. DM zurückgehen.

Mit Einführung der sozialen Pflegeversicherung soll pflegebedürftigen Menschen der Gang zum Sozialamt erspart werden. Insbesondere alten Menschen, aber auch Kindern und Behinderten soll geholfen werden. Trotzdem wird es weiterhin Fälle geben, in denen die soziale Pflegeversicherung nicht greift und die Sozialhilfe einspringen muß. Dies gilt für Pflegebedürftige, die nicht pflegeversichert sind oder bestimmte Vorversicherungszeiten nicht erfüllen. Außerdem ist die Leistungserfüllung der Pflegeversicherung an die Bedingung geknüpft, daß Pflegebedürftige durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen in die Pflegestufen I bis III eingestuft sind. So greift die Pflegeversicherung unterhalb der Pflegestufe I ebenso wenig wie bei Pflegebedürftigkeit, die voraussichtlich weniger als 6 Monate dauern wird. Die Pflegeversicherung deckt Verrichtungen im Bereich der Körperpflege, Ernährung, Mobilität und hauswirtschaftlicher Versorgung ab. Andere Verrichtungen bleiben bis auf Ausnahmen unberücksichtigt.

Ambulante und teilstationäre Hilfe zur Pflege

Insgesamt waren Ende 1994 gut 44 500 Personen Empfänger von Hilfe zur Pflege in ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Form. Während des Jahres 1995 wurden insgesamt nicht ganz 6 900 Hilfen begonnen, aber im gleichen Zeitraum etwas weniger als 16 500 Hilfen beendet. Die Gesamtzahl der Hilfefälle zum 31. Dezember 1995 ist damit allein durch die Einführung der ambulanten Pflegeversicherung um 20 % auf etwas mehr als 35 000 Fälle zum Jahresende 1995 zurückgegangen. Sobald vollständige Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für Ende 1996 vorliegen, wird sich der Effekt der stationären Pflegeversicherung auf die Entwicklung der Zahl der Sozialhilfeempfänger ebenfalls genau quantifizieren lassen. Auch dieser dürfte nicht unbeträchtlich sein.

Die Anzahl der Pflegegeldempfänger und der Empfänger von „anderen Leistungen“ sind am 31. Dezember 1995 im Vergleich zum 31. Dezember 1994 drastisch zurückgegangen. Zum Jahresende 1994 erhielten knapp

16 300 Personen ambulante Hilfe zur Pflege in Form von Pflegegeld und anderen Leistungen. Ein Jahr später waren es nur noch gut 4 600 Bedürftige. Das entspricht einem Rückgang von 72 % binnen eines Jahres. Hierbei ist zu bedenken, daß Pflegegeldempfänger, die vor dem 31. März 1995 Pflegegeld von der Sozialhilfe erhielten, auch nach Einführung der Pflegeversicherung, solange die Voraussetzungen im einzelnen vorliegen, eine Besitzstandsleistung vom Sozialhilfeträger erhalten.

Der stärkste Rückgang nach Einführung der Pflegeversicherung ist bei Empfängern von Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit (Stufe I) zu verzeichnen. Diese nahmen binnen Jahresfrist um 79 % ab. Weniger stark haben die Empfänger bei außergewöhnlicher Pflegebedürftigkeit abgenommen. Hier lag der Rückgang bei 68 %. Die Zahl der Schwerstpflegebedürftigen ist vom 31. Dezember 1994 bis 31. Dezember 1995 um 75 % gesunken. Neben Pflegegeld kommen für die häusliche Pflege auch sogenannte „andere Leistungen“ in Betracht. Dies können Pflegeeinsätze über dem Leistungsniveau der Pflegeversicherung sein, wenn der Bedarf im einzelnen objektiv nachgewiesen ist. Die Empfänger von „anderen Leistungen“ sind lediglich um gut 19 % zurückgegangen.

Da im Rahmen der Pflegeversicherung ab 1. April 1995 auch Leistungen für teilstationäre Pflege übernommen wurden, hat die Zahl der Hilfeempfänger, die Ende 1995 teilstationäre Hilfe zur Pflege erhielten, ebenfalls abgenommen. Ihre Zahl reduzierte sich von Ende 1994 bis Ende 1995 um etwa ein Fünftel.

In allen Stadt- und Landkreisen nahm die Zahl der Empfänger von ambulanter Hilfe zur Pflege ab. Wie sich aus der beigefügten Kreistabelle (*Tabelle 2*) entnehmen läßt, gingen in mehr als drei Viertel der ausgewiesenen baden-württembergischen Kreise die Empfängerzahlen am 31. Dezember 1995 im Vergleich zum Jahresende 1994 um mehr als 60 % zurück.

Wer verblieb auch nach Einführung der ambulanten Pflegeversicherung in der Sozialhilfe ?

Auch nach Einführung der ambulanten Pflegeversicherung im April 1995 verblieben am Jahresende 1995 rund 5 000 Personen, die Hilfe zur Pflege in ambulanter und teilstationärer Form erhielten.

Darunter befanden sich unter anderem nichtpflegeversicherte Personen. Vorversicherungszeiten spielten dagegen bis 31. Dezember 1995 noch keine Rolle für den Anspruch der Leistungen aus der Pflegeversicherung. Erst nach diesem Stichtag werden solche pflegebedürftigen Personen, die über keine ausreichenden Vorversicherungszeiten verfügen, auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sein. Daneben werden von den Sozialhilfeträgern für die Pflegebedürftigen Besitzstandsleistungen

Tabelle 2

**Ausgaben für Hilfe zur ambulanten Pflege 1994 und 1995 sowie deren Leistungsempfänger
am 31. Dezember 1994 und 1995 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs**

Kreis	Ausgaben		Veränderung 1995 gegenüber 1994	Empfänger		Veränderung 1995 gegenüber 1994
	1994	1995		31.12.1994	31.12.1995	
	1 000 DM			Anzahl		
Regierungsbezirk Stuttgart						
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	9 620	5 762	- 40,1	1 070	275	- 74,3
Landkreise						
Böblingen	6 166	3 407	- 44,7	545	123	- 77,4
Esslingen	5 156	2 203	- 57,3	620	138	- 77,7
Göppingen	2 930	1 256	- 57,1	328	69	- 79,0
Ludwigsburg	4 766	1 979	- 58,5	535	152	- 71,6
Rems-Murr-Kreis	4 613	1 665	- 63,9	503	102	- 79,7
Stadtkreis						
Heilbronn	2 274	1 362	- 40,1	286	94	- 67,1
Landkreise						
Heilbronn	2 757	956	- 65,3	56	.	.
Hohenlohekreis	1 428	806	- 43,6	145	60	- 58,6
Schwäbisch Hall	1 979	1 074	- 45,7	182	39	- 78,6
Main-Tauber-Kreis	1 216	543	- 55,3	196	50	- 74,5
Heidenheim	1 796	799	- 55,5	248	16	- 93,5
Ostalbkreis	3 398	1 698	- 50,0	432	50	- 88,4
Regierungsbezirk Karlsruhe						
Stadtkreise						
Baden-Baden	646	335	- 48,1	87	41	- 52,9
Karlsruhe	4 126	2 122	- 48,6	403	236	- 41,4
Landkreise						
Karlsruhe	4 505	1 800	- 60,0	601	132	- 78,0
Rastatt	1 849	786	- 57,5	156	39	- 75,0
Stadtkreise						
Heidelberg	6 077	4 184	- 31,2	338	191	- 43,5
Mannheim	7 172	4 368	- 39,1	769	682	- 11,3
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	1 316	450	- 65,8	221	.	.
Rhein-Neckar-Kreis	8 630	4 833	- 44,0	786	135	- 82,8
Stadtkreis						
Pforzheim	2 206	963	- 56,3	260	23	- 91,2
Landkreise						
Calw	1 440	502	- 65,1	187	27	- 85,6
Enzkreis	1 593	561	- 64,8	241	25	- 89,6
Freudenstadt	1 487	522	- 64,9	261	97	- 62,8
Regierungsbezirk Freiburg						
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	3 927	2 294	- 41,6	612	473	- 22,7
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	2 269	745	- 67,2	282	24	- 91,5
Emmendingen	2 788	1 151	- 58,7	368	102	- 72,3
Ortenaukreis	8 363	3 650	- 56,4	1 020	227	- 77,7
Rottweil	1 679	658	- 60,8	257	66	- 74,3
Schwarzwald-Baar-Kreis	2 978	1 146	- 61,5	448	146	- 67,4
Tuttlingen	1 928	691	- 64,2	275	87	- 68,4
Konstanz	2 612	1 627	- 37,7	367	48	- 86,9
Lörrach	2 172	934	- 57,0	393	122	- 69,0
Waldshut	1 598	693	- 56,6	259	.	.
Regierungsbezirk Tübingen						
Landkreise						
Reutlingen	2 821	1 345	- 52,3	298	104	- 65,1
Tübingen	2 282	1 254	- 45,0	250	95	- 62,0
Zollernalbkreis	1 454	513	- 64,7	258	35	- 86,4
Stadtkreis						
Ulm	2 976	1 849	- 37,9	230	84	- 63,5
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	1 637	808	- 50,6	213	28	- 86,9
Biberach	1 545	744	- 51,8	82	52	- 36,6
Bodenseekreis	3 009	969	- 67,8	429	71	- 83,4
Ravensburg	2 981	1 136	- 61,9	425	38	- 91,1
Sigmaringen	1 274	556	- 56,4	352	29	- 91,8
Baden-Württemberg	139 439	67 699	- 51,4	16 274	4 627	- 71,6

erbracht, wenn bereits vor Einführung der Pflegeversicherung Pflegegeld bezahlt wurde und die Voraussetzungen im Einzelfall sich nicht verändert haben. Auch kann ergänzend zu den Leistungen der Pflegeversicherung Sozialhilfe erforderlich werden, um zusätzliche Pflegeeinsätze zu finanzieren.

Unter den Personen, die Ende 1995 ambulante und teilstationäre Hilfe zur Pflege erhielten, waren rund 56 % Frauen und 44 % Männer. Der Ausländeranteil lag bei 8 %. Die Empfänger von Pflegegeld und „anderen Leistungen“ waren im Gegensatz zu den Leistungsempfängern der Pflegeversicherung nicht schwerpunktmäßig betagte oder hochbetagte Menschen¹ (Schaubild 4). So waren Ende 1995 etwa 26 % dieser Personen jünger als 30 Jahre. Knapp 39 % der Empfänger von ambulanter Hilfe zur Pflege waren zwischen 30 und 59 Jahre alt. Auf die Altersgruppe der 60- bis 74jährigen entfielen gut 17 %. Die höher Betagten ab 75 Jahren hatten lediglich einen Anteil von 18 %, während bei den Leistungsempfängern der Pflegeversicherung mehr als drei Fünftel dieser Altersgruppe angehörten. Der Unterschied bei der Altersstruktur zwischen Pflegeversicherung und Sozialhilfe ist vor allem dadurch zu erklären, daß Familien, die Angehörige ambulant gepflegt haben und bisher keine Leistungen erhielten, mit Einführung der Pflegeversicherung den Versicherungsanspruch des Pflegebedürftigen gegenüber der Pflegeversicherung geltend

machen. Außerdem ist zu bedenken, daß bereits vor Einführung der ambulanten Pflegeversicherung die gesetzliche Krankenversicherung für „Schwerpflegebedürftige“, also für Personen, die zu Hause gepflegt wurden, Leistungen erbracht hat. Bei diesem Personenkreis handelte es sich zu knapp zwei Dritteln um Menschen, die älter als 75 Jahre waren.

Die Prozentanteile zwischen den Altersgruppen bei der ambulanten Hilfe zur Pflege haben sich Ende 1995 im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert, so daß alle Altersgruppen, die ambulante Pflegehilfe erhielten, in gleicher Weise von der Einführung der sozialen Pflegeversicherung profitierten. Das Durchschnittsalter der Empfänger von ambulanter Hilfe zur Pflege lag bei 49 Jahren. Mit knapp 67 Jahren waren die landesweit gut 350 Personen, die Ende 1995 noch teilstationäre Hilfe zur Pflege erhielten, dagegen deutlich älter.

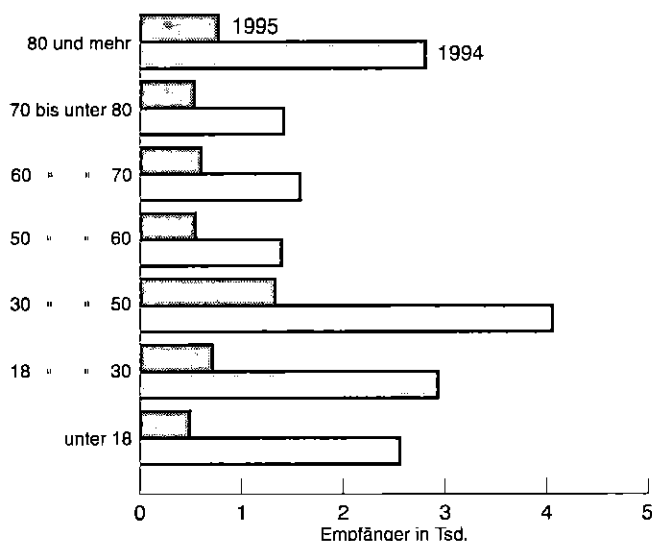
Im Rahmen der Sozialhilfestatistik läßt sich nach der Neustrukturierung 1994 auch feststellen, wie lange Sozialhilfeempfänger auf die Leistungen des Sozialamtes angewiesen waren. Betrachtet man die im Laufe des Jahres 1995 beendeten Hilfen, so zeigt sich, daß 25 % weniger als ein Jahr Hilfe zur Pflege erhielten. Zwischen einem und fünf Jahren waren 44 % dieser Personen Sozialhilfeempfänger. 31 % erhielten sogar mehr als 5 Jahre Hilfe zur Pflege. Da die Mehrzahl dieser Abgänge auf die Einführung der ambulanten Pflegeversicherung zurückzuführen ist, erscheint das Ziel der Pflegeversicherung, Pflegebedürftigen den Gang zum Sozialamt zu ersparen, bisher weitgehend erreicht, unabhängig davon wie lange diese Personen bereits auf Hilfe zur ambulanten Pflege angewiesen waren.

1 Bei der Hilfe zur vollstationären Pflege waren Ende 1995 dagegen fast 79 % der Hilfeempfänger älter als 65 Jahre.

Schaubild 4

Empfänger von Hilfe zur ambulanten und teilstationären Pflege in Baden-Württemberg 1994 und 1995 nach Altersgruppen

– Stand 31. Dezember –



Ausgaben für die ambulante Hilfe zur Pflege nach Kreisen 1995 und erste Tendenzen für 1996

Im Jahre 1994 wurden im Lande 139,4 Mill. DM für ambulante Hilfe zur Pflege ausgegeben. Demgegenüber standen Einnahmen in Höhe von gut 11,9 Mill. DM. Den Schwerpunkt dieser Einnahmen bilden Zahlungen des Hilfeempfängers selbst und Leistungen von Sozialleistungsträgern. Die Differenz, die sogenannten reinen Ausgaben für die Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen, lag damit 1994 bei 127,5 Mill. DM. Vergleicht man die reinen Ausgaben für 1994 mit den Werten für 1995 ergibt sich ein Rückgang von etwa 49 %. Die reinen Ausgaben für die Hilfe zur ambulanten Pflege gingen 1995 auf rund 65 Mill. DM zurück. Dabei lagen die Einnahmen bei 2,7 Mill. DM und die Ausgaben bei 67,7 Mill. DM.

Nicht alle Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs konnten bereits 1994, bedingt durch die völlige Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik, eine Aufgliederung der

Pflegegeldleistungen nach erheblicher, schwerer und schwerster Pflegebedürftigkeit vornehmen. Insofern ist es nicht exakt möglich, den Effekt der sozialen Pflegeversicherung der jeweiligen Stufe zuzuordnen. Da jedoch einige Kreise diese Information bereitstellen konnten, läßt sich der Rückgang für das Land insgesamt in den einzelnen Pflegestufen wenigstens abschätzen. Danach gingen die Ausgaben 1995 bei erheblicher Pflegebedürftigkeit um ca. 64 %, bei außergewöhnlicher in der gleichen Größenordnung um ebenfalls etwa 64 % und bei schwerster Pflegebedürftigkeit um 59 % im Durchschnitt zurück.

Der Vergleich der Ausgaben zur Pflege außerhalb von Einrichtungen des örtlichen Sozialhilfeträgers insgesamt ist jedoch auf Kreisebene möglich.² Danach sanken die Ausgaben der örtlichen Träger 1995 zwischen gut 31 % in Heidelberg und knapp 68 % im Bodenseekreis gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Pflegeversicherung ihre entlastende Wirkung erst ab dem 1. April 1995 entfalten konnte und somit in den Ergebnissen der Sozialhilfestatistik 1995 auch noch die höheren Ausgaben der ersten drei Monate enthalten sind. Dies bedeutet, daß 1996 eine weitere Entlastung der Sozialhilfe – umgerechnet auf das ganze Jahr und ohne Berücksichtigung der stationären Pflegeversicherung – zu erwarten ist. Wie die doch recht breite Spanne bei der Abnahme der Ausgaben zeigt, wirkte sich die Pflegeversicherung unterschiedlich aus. Die Einsparungen in den Stadtkreisen mit einem Durchschnittswert von gut 40 % waren wesentlich geringer als die Einsparungen bei den Landkreisen, wo immerhin ein Durchschnittswert von 55 % erreicht wurde. Landesweit gingen die Ausgaben um etwas mehr als 51 % zurück.

Im Jahr 1996 erbrachte die Pflegeversicherung für das gesamte Jahr Leistungen für die ambulante Pflege. Daher war zu erwarten, daß die Ausgaben für die ambulante Hilfe zur Pflege im Berichtsjahr 1996 im Vergleich zum Vorjahr erneut zurückgehen. Die Ergebnisse der ersten zwölf Kreise, deren Daten bereits vorliegen, bestätigen bis auf zwei Ausnahmen diese Erwartung. Die Ausgaben für die ambulante Hilfe zur Pflege nahm mit rund 27 % im Durchschnitt noch einmal deutlich ab. In zehn Kreisen betrug der Rückgang im Vergleich zu 1995 noch einmal zwischen 3 und 53 %. Zwei Kreise allerdings meldeten für das Berichtsjahr 1996 gegenüber dem Vorjahr wieder steigende Ausgaben. Stellt man die Ergebnisse für 1996 dem Berichtsjahr 1994 – also vor Einführung der Pflegeversicherung – gegenüber, so erreichten die Ausgaben im vergangenen Jahr nur noch zwischen 21 und 72 % des Wertes von 1994.

² Da in der kommunalen Haushaltsrechnung der endgültige Jahresabschluß erst am Ende des folgenden Kalenderjahres erstellt sein muß, während die Meldung zur Sozialhilfestatistik bereits im ersten Halbjahr erfolgt, können sich die Ergebnisse aus buchungs-technischen Gründen noch verändern.

Zusammenfassung und Ausblick auf die vollstationäre Pflege

- Zum Jahresende 1995 erhielten ca. 160 000 Pflegebedürftige Leistungen der Pflegeversicherung. Knapp 60 % der Leistungsempfänger waren 75 Jahre oder älter. In der Mehrzahl handelte es sich hierbei um Frauen (64 %).
- Im ersten Jahr der Pflegeversicherung (vom 1. April 1995 bis 31. Dezember 1995) wurden in der Statistik der sozialen Pflegeversicherung mehr als 198 000 Leistungsfälle ermittelt. Hochgerechnet auf das Land ergibt sich ein geschätzter Wert von etwa 330 000 ambulanten und teilstationären Leistungsfällen für den betrachteten Zeitraum.
- Die häufigste Inanspruchnahme der Pflegeversicherung für ambulante und teilstationäre Pflege erfolgt als Pflegegeld für selbstbeschaffte Pflegehilfen (61 %) oder als Kombination aus Pflegegeld und Pflegesachleistung (20 %).
- Seit 1. Juli 1996 erbringt die Pflegeversicherung auch Leistungen bei vollstationärer Pflege. Für das dritte Quartal 1996 wurden 36 000 Leistungsfälle registriert, was auch in etwa mit der Zahl der Personen übereinstimmt, die Leistungen erhielten.
- Das Hauptziel der Einführung der Pflegeversicherung, Pflegebedürftige nicht zu Sozialhilfeempfängern werden zu lassen und damit auch für eine nennenswerte Entlastung der Sozialhilfeträger zu sorgen, ist nach den vorliegenden Zahlen für die ambulante und teilstationäre Pflege zu einem guten Stück erreicht. Die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen werden 1996 noch einmal deutlich sinken, das zeigen die ersten aus den Kreisen vorliegenden Ergebnisse. Trotzdem ist nicht zu übersehen, daß der Einsparungseffekt sehr unterschiedlich ausfällt.
- Im Jahr 1994 erreichten die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege mit 1,763 Mrd. ihren bisherigen Spitzenwert. Nach Einführung der Pflegeversicherung 1995 lagen die Ausgaben – bedingt durch den rückläufigen Sozialhilfeaufwand beim örtlichen Träger – erstmals seit 1985 unter dem Wert des Vorjahres.
- In den Stadt- und Landkreisen nahm die Zahl der Empfänger von ambulanter Hilfe zur Pflege deutlich ab. In mehr als drei Viertel der ausgewiesenen baden-württembergischen Kreise gingen die Empfängerzahlen am 31. Dezember 1995 im Vergleich zum Jahresende 1994 um mehr als 60 % zurück.
- Im Jahr 1994 wurden im Lande 139,4 Mill. DM für ambulante Hilfe zur Pflege ausgegeben. Demgegenüber standen Einnahmen in Höhe von gut 11,9 Mill. DM.

Den Schwerpunkt dieser Einnahmen bilden Zahlungen des Hilfeempfängers selbst und Leistungen von Sozialleistungsträgern. Die Differenz, die sogenannten reinen Ausgaben für die Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen, lag damit 1994 bei 127,5 Mill. DM. Vergleicht man die reinen Ausgaben für 1994 mit den Werten für 1995, ergibt sich ein Rückgang von etwa 49 %. Die reinen Ausgaben für die Hilfe zur ambulanten Pflege gingen 1995 auf rund 65 Mill. DM zurück.

- Im Jahr 1996 erbrachte die Pflegeversicherung für das gesamte Jahr Leistungen für die ambulante Pflege. Daher war zu erwarten, daß die Ausgaben für die ambulante Hilfe zur Pflege im Berichtsjahr 1996 im Vergleich zum Vorjahr erneut zurückgehen. Die Ergebnisse der ersten zwölf Kreise, deren Daten bereits vorliegen, bestätigen bis auf zwei Ausnahmen diese Erwartung.
- Da die stationäre Pflegeversicherung erst am 1. Juli 1996 Leistungen übernahm, zeigen die Empfängerzahlen bei der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen Ende 1995 erwartungsgemäß noch keine rückläufigen Zahlen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die vollstationär versorgt wurden, zum 31. Dezember 1995 sogar um gut 2 500 Fälle auf über 30 000 erhöht, das entspricht einer Zunahme von 9 %. Für den stationären Bereich wird jedoch auch ein Rück-

gang dieser Zahl erwartet. Ob dieser allerdings ebenso gravierend ausfallen wird, wie bei der ambulanten Hilfe zur Pflege, muß noch abgewartet werden.

- Der jahrelange Aufwärtstrend bei den Ausgaben der Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege wurde mit Einführung der Pflegeversicherung gebrochen. Insbesondere die Leistungen der stationären Pflegeversicherung führen zu beträchtlichen Einsparungen bei den Sozialhilfeträgern. Für 1997 ist noch einmal ein drastischer Rückgang der Sozialhilfeausgaben, die für vollstationär Pflegebedürftige aufgewendet werden, zu erwarten, da dann erstmals über das ganze Jahr Leistungen für die vollstationäre Pflege durch die Pflegeversicherung erbracht werden.
- Für die zukünftige Entwicklung der Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfeleistungen wird die Kostensituation der Leistungsanbieter und ihre Marktmacht von Bedeutung sein, da der Umfang der Leistungserbringung durch die Pflegeversicherung im Einzelfall festgeschrieben ist. Außerdem ist von Bedeutung, wie sich die häusliche Pflege im Verhältnis zur stationären Pflege entwickelt. Denn die Wahrscheinlichkeit, in der Sozialhilfe zu verbleiben, dürfte für stationär Gepflegte, infolge der in der Regel höheren Kosten der Heimunterbringung, deutlich größer sein als bei ambulanter Versorgung.

Demographische Entwicklungen und Formen des Zusammenlebens

Einleitung

In der gegenwärtigen Diskussion zum Thema Familie werden zwei sehr kontroverse Standpunkte vertreten. Die einen sehen die Familie in einer tiefen Krise, sie sehen eine Abkehr von Ehe und Familie und glauben, daß Ehe und Familie für die jüngere Generation nicht mehr attraktiv sind. Begründet wird diese eher pessimistische Sichtweise mit Aspekten des gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandels, wie den sinkenden Eheschließungs- und Geburtenzahlen, der steigenden Scheidungshäufigkeit und der zunehmenden Zahl alleinlebender Menschen.

Im Gegensatz dazu verweisen die Vertreter einer eher optimistischen Sichtweise auf die Dominanz der Lebensformen Ehe und Familie und auf die hohe Wertschätzung von Ehe und Familie in unserer Gesellschaft. So wird betont, daß Ehe und Familie für den Großteil der Deutschen an erster Stelle der Wünsche und Lebensziele stehen.

In der Tat leben heute weitaus mehr Menschen allein als noch vor 20 oder 30 Jahren. Auch wird heute seltener und später geheiratet als noch in den 60er Jahren. Ehen werden häufiger geschieden, und es werden deutlich weniger Kinder geboren. Außerdem haben sich neben den klassischen Lebensformen Ehe und Familie neue Formen des Zusammenlebens, wie zum Beispiel nichteheliche Lebensgemeinschaften und Wohngemeinschaften, etabliert.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob aus diesen Entwicklungen tatsächlich eine Abkehr von Ehe und Familie gefolgert werden kann. Aus diesem Grund wird im folgenden Beitrag nicht nur die demographische Entwicklung der letzten Jahrzehnte dargestellt, sondern auch die daraus resultierenden Veränderungen im Zusammenleben der Menschen in Baden-Württemberg – insbesondere in Ehe und Familie – beschrieben.¹

Demographische Entwicklungen im Bereich von Ehe und Familie

Heiratsverhalten

Das Heiratsverhalten wird oftmals als ein Indikator für den Stellenwert von Ehe und Familie in unserer Gesellschaft angesehen.

In Baden-Württemberg ist die Zahl der Eheschließungen im Laufe der 50er Jahren deutlich angestiegen. In den Jahren 1961 und 1962 haben jeweils etwa 72 000 Paare geheiratet. Dies war die bislang höchste Zahl an Eheschließungen in Baden-Württemberg seit Kriegsende. In den 60er und 70er Jahren gingen die Heiratszahlen jedes Jahr weiter zurück, 1978 wurde ein Tiefstand von knapp 47 000 Eheschließungen erreicht. Seit den 80er Jahren heiraten wieder mehr Paare (1990 Höchststand von rund 61 000 Eheschließungen). Seither stagniert die Zahl der Eheschließungen bei jährlich rund 60 000 Heiraten. Die gleiche Entwicklung ist auch für das frühere Bundesgebiet zu verzeichnen. Ein kleiner Unterschied hat sich erst in den letzten Jahren durch eine erkennbar rückläufige Entwicklung der absoluten Eheschließungszahlen im früheren Bundesgebiet ergeben.

Rückläufige Heiratsneigung

Die Zahl der Eheschließungen ist allerdings immer auch abhängig von den Jahrgängsstärken der Männer und Frauen im „heiratsfähigen“ Alter. So war der Anstieg der Eheschließungen in den 80er Jahren deutlich mit dem Eintreten geburtenstarker Jahrgänge in das Heiratsalter verbunden. Um den Einfluß unterschiedlicher Jahrgängsstärken auf die Eheschließungszahlen auszuschalten, bezieht man die Zahl der Eheschließenden auf 1 000 nichtverheiratete Personen (sog. „Heiratshäufigkeit“). Dabei zeigt sich, daß die Neigung, eine Ehe einzugehen, in nahezu allen Altersgruppen rückläufig ist (*Tabelle 1*).

1961 haben in Baden-Württemberg von 1 000 Männern im Alter von 25- bis unter 30 Jahren 194 geheiratet, 1995 nur noch 61. Entsprechend sieht es auch bei den Frauen aus: Von 1 000 Frauen der Altersgruppe 20- bis unter 25 Jahren haben 1970 211 Frauen geheiratet, 1995 nur noch 50. Es zeigt sich also, daß in Baden-Württemberg immer weniger Männer und Frauen heiraten.

Brautpaare immer älter

Es wird jedoch nicht nur erheblich seltener geheiratet, sondern auch zu einem späteren Zeitpunkt im Leben: 1970 heirateten in Baden-Württemberg ledige Männer im Durchschnitt mit 26 Jahren, ledige Frauen mit rund 23 Jahren. Heutzutage sind Brautpaare bei ihrer Hochzeit schon deutlich älter: 1995 waren ledige Männer bei ihrer Heirat bereits knapp 30 Jahre alt, ledige Frauen fast 28 Jahre alt. Diese Entwicklung ist völlig analog auch im früheren Bundesgebiet zu beobachten.

¹ Eine ausführlichere Darstellung dieser Thematik erfolgt im „Familienbericht des Landes Baden-Württemberg“, der Anfang des Jahres 1998 erscheinen wird.

Tabelle 1

Heiratshäufigkeiten*) in Baden-Württemberg seit 1961 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	1961	1970	1980	1990	1995
Männer					
15 – 20	5	7	4	1	2
20 – 25	104	107	57	28	23
25 – 30	194	162	105	80	61
30 – 35	167	112	71	84	72
35 – 40	128	68	47	63	53
40 – 45	106	57	33	45	39
45 – 50	–	54	24	36	32
Frauen					
15 – 20	42	52	21	9	8
20 – 25	195	211	112	64	50
25 – 30	187	168	108	114	94
30 – 35	81	90	68	87	81
35 – 40	41	46	38	52	49
40 – 45	24	25	24	33	33
45 – 50	–	15	14	25	24

*) Eheschließende je 1 000 Nichtverheiratete der gleichen Altersgruppe.

Dieser Trend der biographischen Verschiebung der Heirat spiegelt sich auch in der Entwicklung des Familienstandes jüngerer Menschen wider: 1970 waren in Baden-Württemberg nur knapp 16 % der Männer im Alter zwischen 30 und 35 Jahren ledig. Die große Mehrheit war verheiratet (82,3 %) oder hatte eine Ehe bereits hinter sich (0,2 % verwitwet, 1,7 % geschieden). 1995 waren rund 41 % der Männer dieser Altersgruppe ledig, nur 55 % waren verheiratet. Von den Frauen im Alter von 30 bis unter 35 Jahren waren 1970 nur noch 10 % ledig, 1995 lag der Ledigenanteil in dieser Altersgruppe bei 25 %.

Immer mehr Menschen bleiben zeitlebens ledig

Die gesunkene Bereitschaft zu heiraten kommt auch darin zum Ausdruck, daß ein zunehmender Anteil der Bevölkerung zeitlebens ledig bleibt. In Baden-Württemberg haben von den Männern und Frauen des Geburtsjahrganges 1935 (den heute über 60jährigen) 92 % bis 94 % im Laufe ihres Lebens (mindestens) einmal geheiratet. Lediglich 6 % bis 8 % blieben zeitlebens unverheiratet. Vom Jahrgang 1950 (heute Endvierziger) sind bislang knapp ein Viertel der Männer und rund ein Sechstel der Frauen ledig geblieben. Da nach der Mitte des vierten Lebensjahrzehnts nur wenige Eheschließungen lediger

zu erwarten sind, kann davon ausgegangen werden, daß sich der Anteil der zeitlebens Ledigen von einer Generation (1935) auf die nächste (1950) in etwa verdreifacht hat. Auf der Grundlage der heutigen Trends in Bezug auf das Heiratsverhalten wird geschätzt, daß vom Geburtsjahrgang 1960 rund 30 % der Männer und 22 % der Frauen zeitlebens unverheiratet bleiben werden.²

Die aufgeführten Zahlen über die Heiratshäufigkeiten, das durchschnittliche Heiratsalter und die Entwicklung des Familienstandes zeigen alle denselben Trend: Seit den 70er Jahren wird immer seltener geheiratet, und wenn geheiratet wird, dann sind die Brautpaare heute wesentlich älter als noch in den 70er Jahren.

Der Rückgang der Heiratsneigung ist die Folge verschiedener, miteinander verflochtener Entwicklungen: So führen zum Beispiel längere Ausbildungszeiten dazu, daß junge Menschen heutzutage zum Teil wesentlich später als ihre Eltern oder Großeltern ökonomisch selbständig werden und damit meist auch erst zu einem biographisch späteren Zeitpunkt ihre Lebensplanung in Bezug auf Ehe und Familiengründung in die Tat umsetzen können. Insbesondere die zunehmende Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen ist als eine Ursache für den biographischen Aufschub der Eheschließung bzw. die sinkende Heiratsneigung zu sehen. Berufstätige Frauen mit einer guten Ausbildung können wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen und sind weniger auf die Versorgung durch einen Ehemann angewiesen. Andererseits besteht für Paare, die zusammen leben wollen, heute kein Zwang mehr zu heiraten, da mit der veränderten Sexualmoral auch das Zusammenleben unverheirateter Paare weitgehend akzeptiert wird. Nicht zuletzt dürfte auch die Verfügbarkeit moderner Kontrazeptiva in einem Zusammenhang stehen mit dem Rückgang der Eheschließungszahlen, da „Muß“-Ehen infolge ungewollter Schwangerschaften wesentlich seltener geworden sein dürften.

Heiraten ist heute wesentlich stärker als früher eine rein individuelle Entscheidung. Normen haben hier an Bedeutung verloren. Daß heutzutage seltener geheiratet wird als früher ist damit weniger ein Symptom für gesunkene Wertschätzung von Familie, als vielmehr die Folge veränderter gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen. War es früher einfach selbstverständlich zu heiraten, so stehen jungen Menschen heute alternative Lebensformen offen, die in zunehmendem Maße gesellschaftlich akzeptiert werden.

Ehescheidungen

Die wachsende Zahl der Ehescheidungen ist eines der Hauptargumente der These, daß die Familie in einer Krise stecke und als Lebensform nicht mehr attraktiv sei. In

2 Cornelius, I.: Zur aktuellen Entwicklung des Heiratsverhaltens, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1995, S. 294 -301.

der Tat hat sich seit Mitte der 50er Jahre die Zahl der Ehescheidungen in Baden-Württemberg nahezu vervierfacht, und zwar von rund 5 000 Scheidungen im Jahr 1956 auf nahezu 20 000 geschiedene Ehen im Jahr 1995. Einen deutlichen Einschnitt bei der Höhe der Scheidungszahlen brachte das Jahr 1978. Zur Jahresmitte 1977 war das neue Scheidungsrecht eingeführt worden. Da sich die Gerichte erst in die neue Rechtsmaterie einarbeiten mußten, war die Zahl der Ehescheidungen kurzfristig relativ gering.³

Die absolute Zahl der Ehescheidungen allein sagt noch nichts aus über die Stabilität der Ehen, da in den letzten Jahrzehnten die Einwohnerzahl Baden-Württembergs und damit die Zahl der Ehen zugenommen hat.

Um aussagefähigere Daten zu gewinnen, bezieht man die Zahl der Scheidungen auf 10 000 der bestehenden Ehen. Die Zahlen belegen, daß die Scheidungshäufigkeit in Baden-Württemberg nach dem Zweiten Weltkrieg auf relativ hohem Niveau war. Bezogen auf 10 000 Ehen wurden 1950 rund 55 Ehen geschieden. Bis 1957 hat sich die Scheidungshäufigkeit auf knapp 31 Ehescheidungen je 10 000 bestehende Ehen vermindert, danach wurden Scheidungen in Baden-Württemberg wieder häufiger. 1973 war in Baden-Württemberg die Scheidungshäufigkeit der Nachkriegszeit mit 52 Ehescheidungen je 10 000 Ehen nahezu wieder erreicht. Nach einem Rekord von 76 geschiedenen auf 10 000 bestehende Ehen im Jahr 1988 war die Scheidungshäufigkeit zunächst rückläufig, nahm aber ab 1993 wieder sprunghaft zu und lag 1995 bei 81 Ehescheidungen je 10 000 Ehen, das heißt, deutlich über dem Nachkriegsniveau. Im früheren Bundesgebiet verlief diese Entwicklung sehr ähnlich. Zuletzt lag das Niveau der Ehescheidungen mit 92 Scheidungen auf 10 000 bestehende Ehen etwas über dem in Baden-Württemberg.

Immer häufiger enden Ehen vor dem Scheidungsgericht ...

Ein besonders anschauliches Bild bezüglich der Häufigkeit von Scheidungen erhält man, wenn man vergleicht, wieviel Prozent eines Heiratsjahrganges wieder geschieden werden (*Tabelle 2*).

Bis zum Jahr 1995 waren in Baden-Württemberg vom Heiratsjahrgang 1960 rund 15 %, und von den Paaren, die 1970 geheiratet hatten, 23 % bereits wieder geschieden. Die bislang höchste Scheidungsquote ist für den Eheschließungsjahrgang 1975 zu beobachten. Von den Ehepaaren, die 1975 geheiratet haben, war 1995 jedes

3 Zum Thema Ehescheidungen in Baden-Württemberg siehe auch Gröner, G. / Delker, H.-D.: Zur Entwicklung der Ehescheidungen in Baden-Württemberg, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, 35. Jg., Stuttgart 1991, S. 5 - 44.

vierte wieder geschieden. Besonders deutlich wird die Zunahme der Scheidungshäufigkeit beim Vergleich jüngerer und älterer Eheschließungsjahrgänge. So sind beispielsweise von den Paaren, die 1985, also vor gerade 12 Jahren geheiratet haben, mit knapp 17 % bereits mehr Ehen geschieden als von denen, die 1960, also vor 37 Jahren geheiratet haben. Auch in dieser Hinsicht ist Baden-Württemberg repräsentativ für das frühere Bundesgebiet.

Für die Zukunft muß damit gerechnet werden, daß die Scheidungshäufigkeit noch weiter ansteigt. Schätzungen gehen davon aus, daß jede dritte Ehe vor dem Scheidungsrichter enden wird.

... aber die Geschiedenen gehen oft eine neue Ehe ein

Aus der steigenden Scheidungshäufigkeit kann jedoch nicht unbedingt eine grundlegende Abkehr von der Institution Ehe gefolgert werden. Schätzungen zufolge gehen 60 % bis 70 % der Geschiedenen eine neue Ehe ein. Die steigenden Scheidungsraten der letzten Jahrzehnte verweisen eher auf ein gewandeltes Verständnis vom Sinn der Ehe, der vermutlich weitaus stärker als früher in der Qualität der Paarbeziehung gesehen wird. Mit anderen Worten, je mehr der Beziehungsaspekt der Ehe in den Vordergrund rückt, desto krisenanfälliger wird auch die Ehe, das heißt, um so wahrscheinlicher werden Scheidungen. Andererseits gelten Scheidungen heutzutage

Tabelle 2

Ehescheidungen ausgewählter Heiratsjahrgänge in Baden-Württemberg 1960 bis 1995

Jahr der Eheschließung	Eheschließungen insgesamt	Bis 1995 geschiedene Ehen des jeweiligen Heiratsjahrganges	
		Anzahl	%
1960	71 412	11 013	15,4
1965	67 699	13 358	19,7
1970	62 158	14 323	23,0
1975	53 637	12 987	24,2
1980	52 646	11 398	21,7
1985	54 901	9 196	16,8
1990	61 448	5 223	8,5
1991	59 373	3 637	6,1
1992	60 724	2 300	3,8
1993	59 885	996	1,7
1994	59 591	248	0,4
1995	58 198	21	0

längst nicht mehr in dem Maße als gesellschaftlicher Fauxpas, wie dies noch in den 60er Jahren der Fall war. Damit wird es für den einzelnen einfacher, eine unbefriedigende Ehe zu beenden, ohne Repressionen vom gesellschaftlichen Umfeld befürchten zu müssen.

Generatives Verhalten

Ein weiteres Krisensymptom wird im Rückgang der Geburtenzahlen und in der zunehmenden Zahl kinderloser Personen in unserer Gesellschaft gesehen.

In den 50er Jahren und bis Mitte der 60er Jahre sind die Geburtenzahlen in Baden-Württemberg (wie auch im früheren Bundesgebiet) steil angestiegen. Der Höhepunkt des sogenannten „Babybooms“ waren die Jahre 1964 und 1966 mit jeweils mehr als 160 000 Geburten. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre und im Laufe der 70er Jahre sanken die Geburtenzahlen rapide ab. Im Jahr 1978, also nur zwölf Jahre nach dem Höhepunkt des Geburtenbooms wurde mit knapp 90 000 Geburten in Baden-Württemberg die bislang niedrigste Geburtenzahl der Nachkriegszeit registriert.

Neuer Geburtenrückgang kündigt sich bereits an

Seit Mitte der 80er Jahre werden wieder deutlich mehr Kinder geboren. So lag die Zahl der Geburten in Baden-Württemberg 1990 bei knapp 119 000 Geburten, und zu Beginn der 90er Jahre blieben die Geburtenzahlen auf diesem Niveau. Seit 1994 sind die Geburtenzahlen allerdings wieder rückläufig. Bevölkerungsstatistiker rechnen mit einem neuen Geburtenrückgang, weil die geburtschwachen Jahrgänge jetzt in das Alter hineinwachsen, in dem Frauen üblicherweise Kinder bekommen.⁴

Geburtenzahlen werden immer von zwei Faktoren beeinflusst: Von der demographischen Struktur, das heißt, der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter, sowie vom generativen Verhalten. Je nachdem, ob die Altersgruppe der Frauen im gebärfähigen Alter schwach oder stark besetzt ist, können die Geburtenzahlen steigen oder sinken, ohne daß Verhaltensänderungen vorliegen. Eine Maßzahl, die die unregelmäßige Besetzung der Jahrgangsguppen ausgleicht, ist die zusammengefaßte Fruchtbarkeitsziffer. Sie gibt an, wieviel Lebendgeborene jeweils 1 000 Frauen beim Durchlaufen des gebärfähigen Alters (15 bis unter 45 Jahre) insgesamt auf die Welt bringen würden. Aus dieser Zahl läßt sich ablesen, ob sich das generative Verhalten geändert hat (*Schaubild 1*).

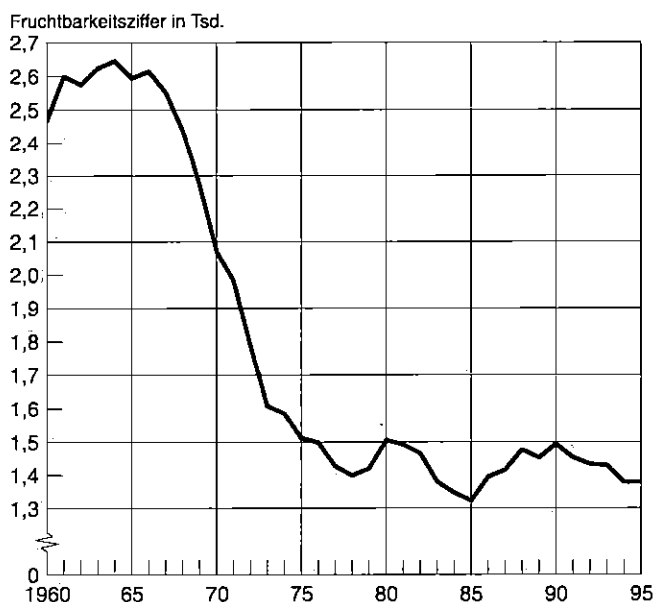
Die Entwicklung der zusammengefaßten Fruchtbarkeitsziffer zeigt, daß die Frauen in Baden-Württemberg heute weniger Kinder bekommen als die Frauen in den 60er Jahren. Im Jahr 1964, auf dem Höhepunkt des „Babybooms“, brachten 1 000 Frauen im Durchschnitt 2 645 Kinder zur Welt, danach ging die Geburtenhäufigkeit stark zurück und erreichte 1985 mit 1 322 Geburten je 1 000 Frauen den Tiefststand. 1990 lag die zusammengefaßte Fruchtbarkeitsziffer bei nahezu 1 500 Geburten je 1 000 Frauen, seither ist die Geburtenhäufigkeit erneut rückläufig (1995: 1 379 Lebendgeborene je 1 000 Frauen). Die Entwicklung im früheren Bundesgebiet verlief entsprechend, wobei die zusammengefaßte Fruchtbarkeitsziffer jeweils etwas unter der in Baden-Württemberg lag.

Bei der Betrachtung des generativen Verhaltens ist außerdem auch zu berücksichtigen, daß nicht jede Frau im Laufe ihres Lebens Mutter wird, sondern daß einige zeitlebens kinderlos bleiben, und daß neben der Kinderzahl pro Frau auch die Kinderlosigkeit die Geburtenentwicklung beeinflusst. Eine Vielzahl neuerer Untersuchungen geht davon aus, daß der Anteil der Frauen, die zeitlebens kinderlos bleiben, im Ansteigen ist, so daß die Kinderlosigkeit zu einer die Geburtenentwicklung in zunehmendem Maße bestimmenden Einflußgröße werden könnte.⁵

⁵ Dorbritz, J./Schwarz, K.: Kinderlosigkeit in Deutschland – Ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 3/1996, S. 231 - 261.

Schaubild 1

Zusammengefaßte Fruchtbarkeitsziffer*) in Baden-Württemberg 1960 bis 1995



*) Gibt die Gesamtzahl der lebendgeborenen Kinder an, die 1.000 Frauen beim Durchlaufen des gesamten fruchtbaren Alters unter den Fruchtbarkeitsverhältnissen des betreffenden Kalenderjahres zur Welt bringen würden.

⁴ Cornelius, I.: Die Geburtenentwicklung seit Mitte der 80er Jahre, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1996, S. 202 - 208.

Frauen werden immer später Mütter

Ein Wandel des generativen Verhaltens zeigt sich auch darin, daß Frauen ihr erstes Kind immer später bekommen. Die folgenden Zahlen zeigen, daß Frauen heute später Mütter werden als früher.

So waren in den 60er Jahren verheiratete Frauen in Baden-Württemberg bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt 25 Jahre alt. Zu Beginn der 70er Jahre sank dieser Wert auf 24,6 Jahre. Seither wird die Geburt des ersten Kindes immer mehr hinausgeschoben. 1995 wurden Ehefrauen im Durchschnitt mit 28 Jahren zum ersten Mal Mutter.

Die Ursachen des Geburtenrückganges sind vielfältig, und in der Forschungsliteratur besteht Einigkeit darüber, daß nicht ein Einzelgrund Ursache der Entwicklung ist, sondern daß ein ganzes Ursachenbündel den Rückgang der Geburtenzahlen zur Folge hatte. Zu den wichtigsten Gründen für den Rückgang der Kinderzahlen gehört sicherlich die veränderte soziale Rolle der Frau, insbesondere die gestiegene berufliche Qualifikation und die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen. Die Schwierigkeit, Ausbildung, Beruf und Familie zu vereinbaren, führt oft dazu, daß der (meist vorhandene) Kinderwunsch zeitlich hinausgeschoben werden muß oder aufgegeben wird oder daß die Realisierung des Kinderwunsches auf ein oder zwei Kinder beschränkt bleibt. Auch die verbesserten Möglichkeiten der Geburtenkontrolle haben sicherlich nicht unwesentlich zum Geburtenrückgang beigetragen.

Rückläufige Geburtenzahlen aufgrund eines veränderten generativen Verhaltens sind im übrigen in allen westlichen Industrienationen zu beobachten. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ist die Geburtenhäufigkeit in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in Baden-Württemberg (1,4 Kinder pro Frau) allerdings vergleichsweise niedrig. Eine geringere Geburtenhäufigkeit wurde nur noch in Spanien und Italien (jeweils 1,3 Kinder je Frau) registriert, während vor allem in Irland, in den skandinavischen Ländern, in Großbritannien und in Frankreich weitaus höhere Geburtenhäufigkeiten erreicht werden.⁶

Zunahme der nichtehelichen Geburten

Eine weitere bemerkenswerte Veränderung des generativen Verhaltens tritt im zunehmenden Anteil nichtehelicher Geburten zutage. Die nichteheliche Geburt eines Kindes galt früher als Schande, so daß Paare heiraten mußten, wenn die Frau schwanger war. Heute wird nicht

mehr zwangsläufig geheiratet, wenn ein Kind unterwegs ist. Die Gesellschaft verurteilt uneheliche Kinder bei weitem nicht mehr in dem Maße, wie dies früher der Fall war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag der Anteil der nichtehelich Geborenen in Baden-Württemberg schon einmal relativ hoch: So wurde 1950 etwa jedes 10. Kind unehelich geboren. Bis zum Jahre 1966 hatte sich der Nichteheleichenanteil an den Geburten auf mehr als die Hälfte reduziert (4,5 %). Seitdem wächst der Anteil unehelich geborener Kinder langsam, aber kontinuierlich an und liegt seit 1992 wieder bei über 10 %.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern und auch im internationalen Vergleich ist der Anteil nichtehelicher Geburten in Baden-Württemberg allerdings relativ niedrig: So werden in den neuen Bundesländern derzeit rund 42 % der Kinder unehelich geboren. Im früheren Bundesgebiet lag dieser Anteil 1995 bei 13 %, in Deutschland insgesamt bei 16 %. Auch in einigen Ländern des europäischen Auslandes liegt der Anteil der nichtehelichen Geburten weitaus höher als in Baden-Württemberg: So wird heute in Schweden jedes zweite Kind außerhalb der Ehe geboren. In Dänemark kommen 45 %, und in Frankreich und Großbritannien kommen jeweils rund 30 % der Kinder unehelich auf die Welt. Deutlich niedriger als in Baden-Württemberg liegt der Anteil nichtehelicher Geburten in Griechenland (2,1 %) und in Italien (6,1 %).⁷

Lebensformen der Bevölkerung

Die Betrachtung der demographischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigt, daß heutzutage in Baden-Württemberg tatsächlich deutlich seltener geheiratet wird als früher, und daß die Hochzeitspaare wesentlich älter sind als in den 60er und 70er Jahren. Ferner ist die Scheidungshäufigkeit beträchtlich gestiegen, die Frauen heute bekommen weniger Kinder als Frauen früherer Generationen, und ein wachsender Anteil von Kindern wird nichtehelich geboren. Diese Entwicklungen sind jedoch weniger Symptome für eine gesunkene Wertschätzung von Familie in unserer Gesellschaft, als vielmehr das Resultat veränderter gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen.

Im folgenden Kapitel wird dargestellt, wie sich die demographischen Entwicklungen auf die Lebensformen der Menschen ausgewirkt haben. Es wird untersucht, wie viele Baden-Würtemberger in Familien leben und in welchen Arten von Familien und wie viele in nichtfamilialen

⁶ Stutzer, E.: Geburtenentwicklung, nichteheliche Geburten und Kindersterblichkeit in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1990, S. 581 - 588.

⁷ Ebenda, S. 585 ff.

Lebensformen. Außerdem soll gezeigt werden, inwieweit sich die quantitative Bedeutung der verschiedenen Lebensformen in den letzten Jahrzehnten verändert hat.⁸

Dominierende Lebensform: Zusammenleben mit anderen

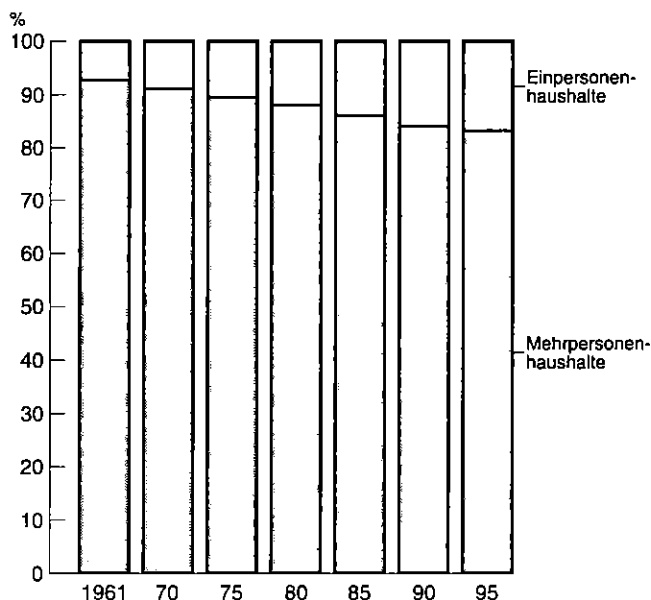
1961 lebten in Baden-Württemberg 7,7 Mill. Menschen in Privathaushalten, wobei knapp 7,2 Mill. mit anderen Personen zusammen lebten und rund 560 000 Männer und Frauen einen Einpersonenhaushalt führten. 1995 belief sich die Zahl der Bevölkerung in Privathaushalten auf 10,4 Mill., davon lebten 1,8 Mill. Baden-Württemberger allein und 8,6 Mill. in einem Haushalt mit anderen zusammen (Schaubild 2).

Diese Zahlen belegen, daß immer mehr Menschen in Baden-Württemberg allein leben. Ihre Anzahl hat sich seit Beginn der 60er Jahre mehr als verdreifacht, während die Zahl der Personen, die mit anderen zusammen in einem Haushalt leben, lediglich um rund 20 % angestiegen ist. 1961 waren Alleinlebende noch eine Minderheit, gerade 7 % der Einwohner Baden-Württembergs lebten allein in einem Haushalt. Die große Mehrheit, nämlich

8 Als Datengrundlage dienen die Volkszählungen von 1961 und 1970 sowie die Ergebnisse der Mikrozensusserhebungen der Jahre 1975, 1980, 1985, 1990 und 1995.

Schaubild 2

Bevölkerung in Ein- und Mehrpersonenhaushalten in Baden-Württemberg 1961 bis 1995^{*)}



*) 1961 und 1970 Ergebnisse der Volkszählungen, ansonsten Ergebnisse des Mikrozensus.

93 % lebte mit anderen zusammen. Seither hat sich der Anteil der Alleinlebenden enorm vergrößert: Zwar lebt immer noch die große Mehrheit der Bevölkerung – nämlich 83 % – mit anderen zusammen in einem Haushalt, aber immerhin rund 17 % leben allein. Auch im früheren Bundesgebiet sind diese Entwicklungen zu beobachten. 1961 lebten 7 % der Bundesbürger allein, 1995 in den alten Bundesländern ca. 16 %. Da in den neuen Bundesländern der Anteil alleinlebender Menschen etwas niedriger ist (13,3 %), beläuft sich der Anteil Alleinlebender in Deutschland insgesamt auf knapp 16 %.

Damit ist festzuhalten: Das Alleinleben hat in Baden-Württemberg als Lebensform beträchtlich an Bedeutung gewonnen, dennoch ist das Zusammenleben mit anderen Menschen nach wie vor die dominierende Lebensform der Einwohner unseres Landes.

Alleinleben – Bevölkerung in „Singlehaushalten“

Die wachsende Zahl von Einpersonenhaushalten gilt als eines der Hauptargumente der These vom Niedergang der Familie. Dabei wird oft übersehen, daß Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren nach wie vor die mit Abstand größte Gruppe unter den Alleinlebenden bilden. Sowohl 1961 als auch 1995 waren jeweils etwa ein Drittel der alleinlebenden Personen in Baden-Württemberg Frauen über 60 Jahren.

Die Betrachtung der Bevölkerung in Einpersonenhaushalten nach Familienstand zeigt, daß verwitwete Frauen noch immer die quantitativ größte Rolle spielen. Allerdings ist ihr Anteil in den letzten 20 Jahren deutlich zurückgegangen, nämlich von rund 41 % 1975 auf etwa 28 % im Jahr 1995.

Unter den „Singles“ viele ältere Frauen und Witwen

Auch wenn die amtliche Statistik die Frage nach den Ursachen des Alleinlebens nicht beantworten kann, können trotzdem anhand des Alters und des Familienstandes gewisse Rückschlüsse über die Hintergründe des Alleinlebens gezogen werden. So ist zumindest für die Gruppe der älteren und verwitweten Frauen, die ein starkes Gewicht unter den Personen in Einpersonenhaushalten einnehmen, davon auszugehen, daß es sich bei ihrem „Singledasein“ nicht um eine selbstgewählte Lebensform handelt, sondern daß sie infolge des Todes ihres Ehemannes allein leben müssen.⁹ Der beträchtli-

9 Vgl. hierzu auch Schwarz, T.: Singles in Baden-Württemberg – eine neue Lebensform?, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 5/ 1991, S. 201 - 208.

che Anteil älterer und verwitweter Frauen unter den Alleinlebenden macht deutlich, daß die Zunahme der Einpersonenhaushalte nur bedingt als ein Beleg für die „Abkehr von der Familie“ verstanden werden kann, denn die meisten älteren Frauen und Witwen durchliefen ja eine aktive Familienphase.

Ältere Alleinlebende

Unter den Senioren im Alter von 65 und mehr Jahren lag der Anteil der Alleinlebenden 1995 mit rund 40 % doppelt so hoch wie zu Beginn der 60er Jahre, als ca. jeder fünfte Einwohner Baden-Württembergs über 65 Jahren allein lebte. Bei den älteren Leuten dürfte die starke Zunahme der Einpersonenhaushalte weniger auf demographische Veränderungen – etwa infolge höherer Lebenserwartung – als auf Verhaltensänderungen zurückzuführen sein. So hat sich zwar in Baden-Württemberg die Zahl der Bevölkerung in Privathaushalten im Alter von 65 und mehr Jahren zwischen 1961 und 1995 verdoppelt, die der Alleinlebenden jedoch gleichzeitig mehr als verdreifacht. Es ist zu vermuten, daß ältere Menschen heutzutage weitaus häufiger als früher nach dem Tod des Ehepartners den eigenen Haushalt aufrechterhalten und seltener als noch vor 20 oder 30 Jahren mit anderen Familienmitgliedern (insbesondere den Kindern) zusammenziehen. Andererseits leben heutzutage die Generationen wesentlich seltener zusammen in einem Haushalt, als dies früher der Fall war. Dies hat zur Folge, daß nach dem Tod eines Ehegatten die Witwe oder der Witwer als Einpersonenhaushalt zurückbleibt.

Ein Beleg dieser These dürfte im gesunkenen Anteil der Mehrgenerationenhaushalte zu sehen sein. Lebten 1961 noch in rund 6 % aller Haushalte Baden-Württembergs drei Generationen, so hat sich dieser Anteil 1995 auf nur noch 0,5 % reduziert.

Starke Zunahme junger Alleinlebender

Es darf andererseits nicht übersehen werden, daß gerade unter den jüngeren Einwohnern Baden-Württembergs (wie auch im früheren Bundesgebiet) eine überaus starke Zunahme Alleinlebender zu beobachten ist. So hat sich unter den 20- bis unter 25jährigen der Anteil der Alleinlebenden zwischen 1961 (10,7 %) und 1995 (22,0 %) verdoppelt, unter den 25- bis unter 30jährigen nahezu verdreifacht, und in der Altersgruppe der 30- bis unter 35 Jahre alten Baden-Würtemberger lebten 1995 fast viermal so viele Personen allein in einem Haushalt als noch 1961.

Ausschlaggebend für die starke Zunahme des Alleinlebens unter jungen Menschen dürfte einerseits das geänderte Heiratsverhalten sein. Heute wird seltener und später geheiratet als noch in den 60er Jahren. Gleichzeitig hat auch die Zahl jüngerer Menschen zugenommen,

die den elterlichen Haushalt als Ledige verlassen, um einen eigenen Haushalt zu gründen. Dies gab es früher nicht oder nur selten. In den 50er und 60er Jahren erfolgte der Auszug aus dem Elternhaus in der Regel zum Zeitpunkt der Eheschließung und mit der Gründung einer eigenen Familie. Auch die Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt, die immer stärker zu regionaler Mobilität zwingen, dürften mit zu den Ursachen für die Zunahme des Alleinlebens gehören. Insbesondere das Arbeitsplatz- und Bildungsangebot der größeren Städte führt zum Umzug überwiegend jüngerer, alleinstehender Personen, die dann zumindest vorübergehend einen Einpersonenhaushalt bilden.

„Singledasein“ für junge Menschen oft Übergangsphase

Damit wird deutlich, daß auch die jungen Singles nicht unbedingt freiwillig, und oft nur für begrenzte Zeit allein leben. Es ist vielmehr zu vermuten, daß das Alleinleben (ebenso wie eine nichteheliche Partnerschaft) als Übergangsphase im Lebenslauf – insbesondere in der Zeit zwischen dem Verlassen des Elternhauses und der Gründung einer eigenen Familie – stark an Bedeutung gewonnen hat.

Deutlich angestiegen ist auch die Zahl der Alleinlebenden unter den 35 bis unter 45jährigen Baden-Würtembergern, nämlich von rund 44 000 zu Beginn der 60er Jahre auf 192 000 im Jahr 1995, was einer Zunahme um mehr als 300 % entspricht. Eine Ursache für die überdurchschnittliche Zunahme alleinlebender Menschen in mittleren Jahrgängen dürfte in der steigenden Scheidungshäufigkeit zu sehen sein. Aber auch unter den Geschiedenen ist das Alleinleben oftmals nur eine Übergangsphase vor einer neuen Partnerschaft mit oder ohne Trauschein.

Familien und nichtfamiliäre Formen des Zusammenleben

1995 lebte in Baden-Württemberg die überwiegende Mehrheit der Einwohner mit anderen Personen zusammen in einem Haushalt, als Ehepaare mit und ohne Kinder, als Alleinerziehende, in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder als sonstige Haushaltsgemeinschaft.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften

Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften zählen zu den neuen Formen des Zusammenlebens. Zwar gab es schon früher Männer und Frauen, die wie Eheleute lebten, ohne verheiratet zu sein, sei es, weil sie nicht heiraten konnten, da ihnen bestimmte ökonomische oder rechtliche

Voraussetzungen fehlten, weil der Partner bzw. die Partnerin nicht standesgemäß war oder weil mit einer Eheschließung finanzielle Nachteile (zum Beispiel der Verlust von Versorgungsansprüchen wie im Falle der „Onkel-ehen“ der Nachkriegszeit) verbunden waren. Daß sich Menschen bewußt und freiwillig für ein unverheiratetes Zusammenleben entscheiden, hat es jedoch früher nur relativ selten gegeben. Im Gegensatz dazu entscheiden sich in den letzten 20 bis 30 Jahren immer mehr Paare ganz bewußt aus eigenem Entschluß für ein (vorläufiges oder dauerhaftes) Zusammenleben ohne Trauschein.

Ehe ohne Trauschein als Übergangsphase

Obwohl die Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften auch heute noch zahlenmäßig eine Minderheit bilden – 1995 waren 93,5 % aller Paare in Baden-Württemberg miteinander verheiratet und nur 6,5 % lebten als nichteheliche Lebensgemeinschaft¹⁰ –, ist diese Form des Zusammenlebens doch ein Phänomen, das auf großes öffentliches Interesse stößt. Dies mag damit zusammenhängen, daß diese Lebensform sich innerhalb einer kurzen Zeitspanne von einer gesellschaftlich verpönten zu einer in wachsendem Maße praktizierten und tolerierten Form des Zusammenlebens gewandelt hat. Noch in den 60er Jahren war das Zusammenleben von nicht miteinander verheirateten Paaren gesellschaftlich nicht akzeptiert. Heute hingegen ist es für viele Paare selbstverständlich, zunächst unverheiratet zusammenzuleben, bevor dann – vielleicht – geheiratet wird. Damit verliert die nichteheliche Lebensgemeinschaft immer mehr ihren Sonderstatus des Außergewöhnlichen. Indem sie sich zunehmend in allen Bevölkerungsschichten – wenn auch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit – ausbreitet, läßt sich eine Normalisierung einer einst gesellschaftlich negativ sanktionierten Lebensform beobachten.

Die Frage, ob es sich bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften um „Ehen auf Probe“ oder um echte, dauerhafte Alternativen zur Ehe handelt, läßt sich mit den Zahlen der amtlichen Statistik nicht beantworten. In der Literatur wird jedoch darauf verwiesen, daß das nichteheliche Zusammenleben als eine Übergangsphase im Lebensverlauf angesehen werden könne, die häufig mit der

10 In der amtlichen Statistik wurden nichteheliche Lebensgemeinschaften bislang nicht erfaßt, doch läßt sich indirekt ein Haushaltstyp abgrenzen, der Informationen über die Anzahl und Struktur von nichtehelichen Lebensgemeinschaften liefert. Es handelt sich um Haushalte, in denen ein Mann und eine Frau (von mindestens 18 Jahren) leben, die weder miteinander verwandt noch miteinander verheiratet sind und in denen zusätzlich noch ledige Kinder unter 18 Jahren leben können. Da die amtliche Statistik nur solche Personen zu einem Haushalt zählt, die auch angeben, einen gemeinsamen Haushalt zu führen, ist die amtliche Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften als Untergrenze anzusehen.

Tabelle 3

Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften in Baden-Württemberg 1988 und 1995

Paare	1988	1995	Veränderung	
	1 000		%	
Paare insgesamt	2 325	2 646	321	14
davon				
Ehepaare	2 226	2 473	247	11
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	99	173	74	75

Geburt eines Kindes oder wenn ein Kind geplant ist, in eine Ehe überführt werde. Vor dem Hintergrund der Bestrebungen für eine zunehmende rechtliche Gleichstellung von nichtehelichen mit ehelichen Partnerschaften ist zu vermuten, daß die Zahl der Personen, die in einer solchen Beziehung leben, in Zukunft wahrscheinlich noch weiter zunehmen wird.

Immer mehr Paare leben ohne Trauschein zusammen

Überraschend ist die sprunghafte Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften: Die Anzahl unverheiratet zusammenlebender Paare wurde 1988 auf knapp 100 000 geschätzt, 1995 bereits auf 173 000, das entspricht einer Zunahme um rund 75 % (Tabelle 3). Eine ähnlich starke Zunahme ist auch für das frühere Bundesgebiet zu verzeichnen. Zwischen 1988 und 1995 stieg die Anzahl nichtehelicher Paare im früheren Bundesgebiet um 63 %, in Deutschland insgesamt allein zwischen 1991 und 1995 um 25 %.

Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern im gesamten Bundesgebiet sowie in den meisten westlichen Industrienationen hat die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in den letzten 20 Jahren stark zugenommen. Im europäischen Vergleich ist ein deutliches Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. So sind nichteheliche Lebensgemeinschaften in den skandinavischen Staaten weitaus häufiger verbreitet als in den Mittelmeerländern.¹¹

Die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften ist eng verknüpft mit dem Rückgang der Heiratsneigung und dem steigenden Heiratsalter. Die sinkende Heiratsneigung bedeutet dabei nicht zwangsläufig, daß weniger

11 Niemeyer, F.: Nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehepaare; Formen der Partnerschaft gestern und heute, in: Wirtschaft und Statistik 7/1994, S. 504 - 517

Männer und Frauen als früher in einer Partnerschaft leben, sondern lediglich, daß Paare, die zusammen leben wollen – anders als früher – nicht unbedingt verheiratet sein müssen. Die Gründe hierfür sind einerseits in der geänderten Sexualmoral zu sehen, die Sexualität nicht mehr wie früher auf die Ehe beschränkt, andererseits aber auch in der zunehmenden Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen, die dazu führt, daß Frauen finanziell eigenständiger werden und eher auf die wirtschaftliche Absicherung durch eine Ehe verzichten können. Die Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist aber sicherlich auch eine Folge der steigenden Scheidungshäufigkeiten, denn es ist anzunehmen, daß nach einer Scheidung Personen, die einen neuen Partner haben, zumindest nicht sofort eine neue Ehe eingehen.

Wohngemeinschaften

Ebenso wie die nichtehelichen Lebensgemeinschaften gehören auch die Wohngemeinschaften, das heißt das Zusammenwohnen von erwachsenen Männern und Frauen in einer gemeinsamen Wohnung zu den neuen Formen des Zusammenlebens im Sinne der Pluralisierung der Lebensformen. Selbstverständlich hat es Haushaltsgemeinschaften – zum Beispiel das Zusammenleben von Geschwistern oder anderen miteinander verwandten Personen, von gleichgeschlechtlichen Erwachsenen, oftmals von ledig gebliebenen Personen oder von Verwitweten – schon immer gegeben. Die Wohngemeinschaften im oben definierten Sinn haben ihre Ursprünge in den Kommunen der Studentenbewegung der 60er Jahre und waren damals eine Provokation für die geltenden Moralvorstellungen. Heute sind Wohngemeinschaften vor allem als Wohn- und Lebensform von Studenten bedeutsam. Zahlen der amtlichen Statistik zum quantitativen Umfang dieser Form des Zusammenlebens liegen allerdings keine vor. Auch Schätzungen sind problematisch, da Bewohner von Wohngemeinschaften oftmals als Einpersonenhaushalte in die amtliche Statistik eingehen und weil die Abgrenzung zu den nichtehelichen Lebensgemeinschaften schwierig ist.

Die meisten Baden-Württemberger leben in Familien

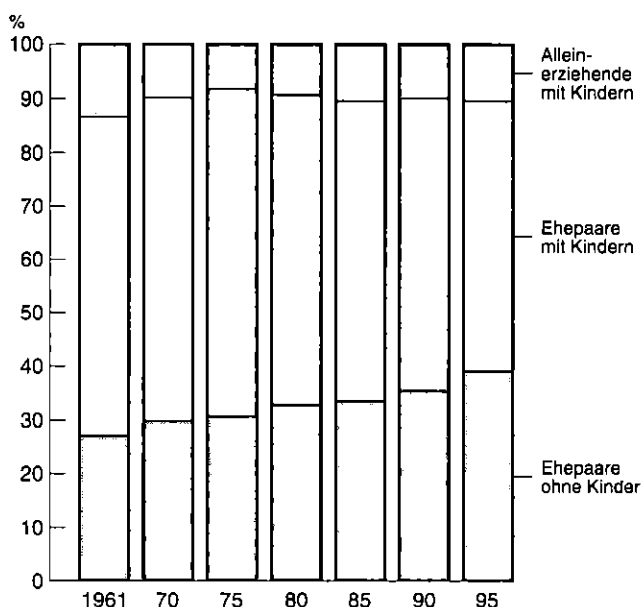
Die überwältigende Mehrheit der Baden-Württemberger lebt in Familien, wobei sich die Gewichte der drei Familientypen

- Ehepaare ohne Kinder
- Ehepaare mit Kindern und
- Alleinerziehende mit Kindern

in den letzten Jahrzehnten erheblich verschoben haben. So ist der Anteil der Ehepaare ohne Kinder in Baden-Württemberg deutlich angestiegen, von rund 27 % zu

Schaubild 3

Familien in Baden-Württemberg 1961 bis 1995*) nach Familientyp



*) 1961 und 1970 Ergebnisse der Volkszählungen, ansonsten Ergebnisse des Mikrozensus.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

125 97

Beginn der 60er Jahre auf heute nahezu 40 %. Demgegenüber hat sich der Anteil der Familien mit Kindern reduziert: Der Anteil der Ehepaare mit Kindern ist seit Beginn der 60er Jahre von rund 60 % auf 50 % zurückgegangen und der Prozentsatz der Alleinerziehenden hat sich von 13 auf 10 verringert. Auch hier verlief die Entwicklung im Bundesgebiet parallel zu der in Baden-Württemberg (Schaubild 3).

Allerdings sind Ehepaare ohne Kinder nicht gleichzusetzen mit zeitlebens kinderlosen Ehen. Ehepaare ohne Kinder können zeitlebens kinderlose Ehepaare sein, aber auch Ehepaare, die noch keine Kinder haben oder Ehepaare, die die aktive Familienphase bereits hinter sich haben, deren Kinder bereits erwachsen sind und einen eigenen Haushalt gegründet haben. Denn der Mikrozensus erfaßt nur die Kinder, die im gleichen Haushalt mit ihren Eltern leben, nicht jedoch Kinder, die das Elternhaus bereits verlassen haben.

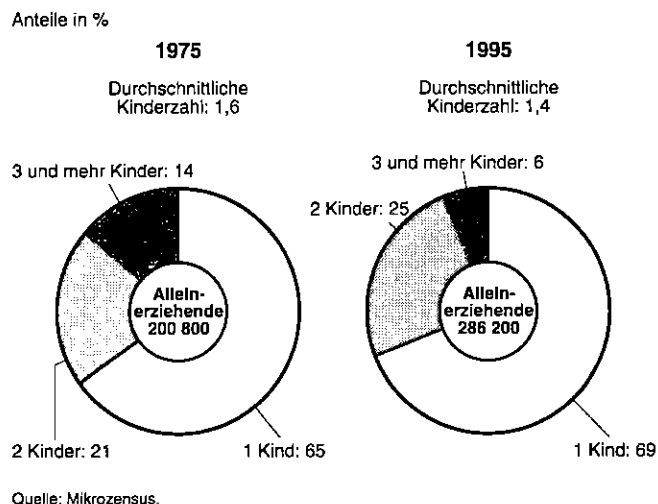
Familien mit Kindern

Die Betrachtung von Familien mit Kindern, also einerseits Ehepaaren mit Kindern und andererseits Alleinerziehenden zeigt folgenden Trend: Die Zahl der verheiratet zusammenlebenden Ehepaare mit Kindern ist in Baden-Württemberg von 1,2 Mill. 1961 auf 1,5 Mill. 1975 angestiegen und seitdem wieder rückläufig. 1995 wurden nur noch rund 1,4 Mill. Ehepaare mit Kindern regi-

striert. Die Entwicklung bei den Alleinerziehenden mit Kindern verlief genau umgekehrt. Zu Beginn der 60er Jahre lag die Zahl der Alleinerziehenden in Baden-Württemberg, unter denen sich damals noch viele Kriegswitwen befanden, mit rund 276 000 auf vergleichsweise hohem Niveau. Bis Mitte der 70er Jahre sank diese Zahl auf 201 000 ab und erhöhte sich bis 1995 auf 286 000. Im Jahr 1975, als die Zahl der Ehepaarfamilien ihren Höchststand und die der Familien mit einem Elternteil am niedrigsten lag, betrug das Verhältnis Ehepaarfamilien zu Alleinerziehenden 88 % zu 12 %. Bis 1995 haben die Alleinerziehenden deutlich an Gewicht gewonnen, nun waren nur noch 83 % der Familien Ehepaarfamilien, während bereits in 17 % der Familien mit Kindern nur ein Elternteil vorhanden war. Damit wird deutlich, daß seit Mitte der 70er Jahre wieder mehr Mütter und Väter in Baden-Württemberg ihre Kinder allein – ohne den anderen leiblichen Elternteil – aufziehen. Ähnlich verlief die Entwicklung im früheren Bundesgebiet, wobei der Anteil der Alleinerziehenden durchweg etwas höher lag, zuletzt bei 19 %. In den neuen Ländern lag der Anteil der Alleinerziehenden mit rund 26 % deutlich höher.

Das Phänomen Alleinerziehende hat heute andere Hintergründe als noch in den 60er und 70er Jahren. So haben die heutigen Alleinerziehenden in der Regel einen anderen Familienstand als damals. 1961 waren nahezu zwei Drittel der Alleinerziehenden in Baden-Württemberg verwitwet. Auch mehr als ein Jahrzehnt später, 1975, dominierten unter den alleinerziehenden Eltern mit rund 64 % immer noch die verwitweten Personen. Seither hat sich jedoch die Situation vollständig gewandelt, der Familienstand Verwitwung spielte 1995 mit rund 30 % eine weitaus geringere Rolle. Demgegenüber hat sich der An-

Schaubild 5
Alleinerziehende in Baden-Württemberg 1975 und 1995 nach Anzahl der Kinder



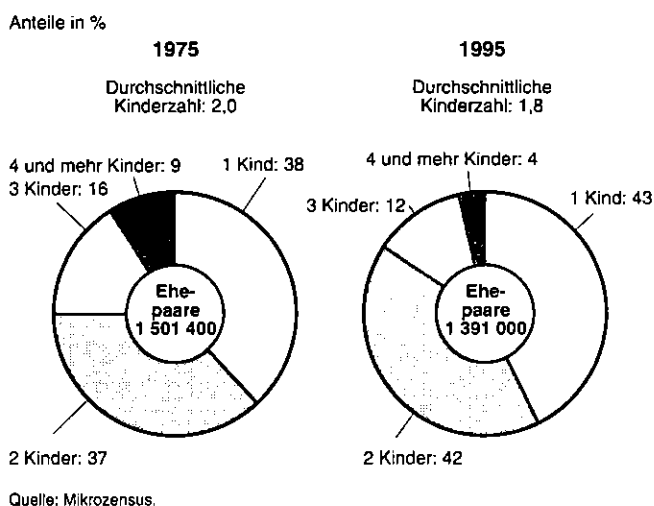
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

127 97

teil der ledigen und insbesondere der der geschiedenen Alleinerziehenden gegenüber 1961 stark erhöht. So waren im Jahr 1961 7,5 % der alleinerziehenden Väter und Mütter ledig, 1995 lag ihr Anteil bei 19 %. Der Anteil der Geschiedenen hat sich zwischen 1961 (12,6 %) und 1995 (37,8 %) sogar verdreifacht. Aus dem Familienstand der Alleinerziehenden läßt sich ablesen, daß früher andere Lebensumstände dazu geführt haben, daß Kinder mit nur einem Elternteil aufwuchsen. Dies waren zunächst die Folgen des Zweiten Weltkrieges, seit den 70er Jahren war das Phänomen „Alleinerziehend“ immer stärker Folge der steigenden Scheidungszahlen, seit den 80er Jahren führt die zunehmende Zahl nichtehelicher Geburten zu immer mehr ledigen Alleinerziehenden.

Der Anteil der Frauen an den Alleinerziehenden ist in den letzten Jahren zurückgegangen, war jedoch auch 1995 noch hoch. So waren 1961 knapp 90 %, 1995 noch rund 82 % der Alleinerziehenden Frauen. Dies bedeutet, daß immer noch vier von fünf Alleinerziehenden Frauen sind. In Deutschland insgesamt liegt der Anteil der Mütter unter den Alleinerziehenden mit 84 % etwas, in den neuen Bundesländern mit 88 % deutlich höher.

Schaubild 4
Ehepaare mit Kindern in Baden-Württemberg 1975 und 1995 nach Anzahl der Kinder



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

126 97

Trend zur kleineren Familie

Die Betrachtung der Kinderzahlen zeigt einen Trend zu immer kleineren Familien, dies gilt gleichermaßen für Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil als auch für Ehepaarfamilien (Schaubild 4).

Bis Mitte der 70er Jahre lebten in Baden-Württemberg bei Ehepaaren im Durchschnitt zwei Kinder, seither ist die Kinderzahl rückläufig: 1995 lag sie bei durchschnittlich 1,8 Kindern. Ursächlich für diese Entwicklung ist der

starke Rückgang der Familien mit drei oder mehr Kindern. In den 60er bis Mitte der 70er Jahre hatte rund ein Viertel der Ehepaare drei oder mehr Kinder, 1995 hatten nur noch rund 16 % der Ehepaare mit Kindern mehr als zwei Kinder.

Bei den Familien von alleinerziehenden Vätern und Müttern verlief die Entwicklung der Kinderzahlen seit Mitte der 70er Jahre ebenfalls rückläufig: 1975 hatten Alleinerziehende in Baden-Württemberg im Durchschnitt 1,6 Kinder, 1995 nur noch 1,4 Kinder. Auch unter den Familien mit alleinerziehendem Elternteil hat der Anteil derjenigen mit drei oder mehr Kindern stark abgenommen (*Schaubild 5*).

Zusammenfassung

In den letzten Jahrzehnten sind tiefgreifende demographische Veränderungen im Bereich von Ehe und Familie zu beobachten:

- So ist die Neigung, eine Ehe einzugehen, seit 1970 deutlich rückläufig. Wenn geheiratet wird, dann wesentlich später als noch zu Anfang der 70er Jahre. Das Durchschnittsheiratsalter ist in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen. Gleichzeitig bleiben immer mehr Menschen zeitlebens ledig.
- Während einerseits Eheschließungen seltener werden, lassen sich immer mehr Ehepaare scheiden. Die Scheidungshäufigkeit ist seit den 50er Jahren um das Zweieinhalbfache gestiegen.
- Den hohen Geburtenzahlen der 50er und 60er Jahre folgte ein drastischer Geburtenrückgang. Zwar kamen zwischen 1986 und 1993 in Baden-Württemberg wieder deutlich mehr Kinder zur Welt. Diese Entwicklung

ist jedoch nicht auf ein verändertes generatives Verhalten, sondern auf einen starken Anstieg der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zurückzuführen. Seit 1993 sind die Geburtenzahlen im Land wieder rückläufig, dies dürfte auf den beginnenden „Echoeffekt“ des Geburtenrückgangs von Ende der 60er bis Ende der 70er Jahre zurückzuführen sein.

- Die geschilderten demographischen Entwicklungen tragen zu einer Pluralisierung der Lebensformen bei. Dies bedeutet, daß neben der lebenslangen Ehe mit Kindern auch andere Lebensformen quantitativ an Bedeutung gewinnen und gesellschaftlich zunehmend akzeptiert werden.
- So ist zwar nach wie vor das Zusammenleben mit anderen Menschen die dominierende Lebensform in Baden-Württemberg, dennoch leben immer mehr – gerade auch junge – Menschen allein.
- Die „klassische“ Familie, bestehend aus beiden (miteinander verheirateten) Elternteilen und aus Kindern, hat zahlenmäßig an Gewicht verloren. Eine stärkere quantitative Bedeutung erlangen hingegen Familien mit alleinerziehenden Müttern und Vätern, Ehepaare ohne Kinder sowie nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder.
- Dennoch: Ehe und Familie sind immer noch die mit Abstand häufigsten Lebensformen, die meisten Kinder wachsen nach wie vor in Familien mit beiden Elternteilen auf. Von daher ist die These von der Abkehr von Ehe und Familie erheblich zu relativieren.
- Die Zahl der Alleinlebenden, der Alleinerziehenden und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften hat zwar zugenommen, prozentual gesehen sind diese Lebensformen jedoch noch immer Minderheiten. Sie sind weniger ein Symptom für eine geringere Wertschätzung von Familie, als vielmehr die Folge veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen.

Zur Bedeutung baden-württembergischer Direktinvestitionen im Ausland

In den letzten Jahrzehnten hat der technische Fortschritt zu immer leistungsfähigeren Kommunikations- und Informationssystemen geführt. Dadurch kann der Austausch wichtiger Informationen von jedem beliebigen Ort der Welt an einen anderen Ort der Welt innerhalb von wenigen Sekunden erfolgen. Innovationen im Logistikbereich ließen die Entfernungskosten deutlich sinken. Am stärksten konnte der internationale Kapitalverkehr von dieser Entwicklung profitieren. Nationale Grenzen sind damit für wirtschaftliche Transaktionen unbedeutender geworden. Zeigt sich heute ein Unternehmen expansionswillig, stehen die Vertreter einer Vielzahl potentieller nationaler und – vor allem – internationaler Standorte bereit, um aktiv für den jeweiligen Standort zu werben. Der Standort eines Unternehmens ist zur Ware geworden. Damit unterliegt auch die Wahl eines Standortes den Gesetzen des Marktes: Angebot und Nachfrage suchen sich auf der Welt die günstigsten Bedingungen für einen „Geschäftsabschluß“.

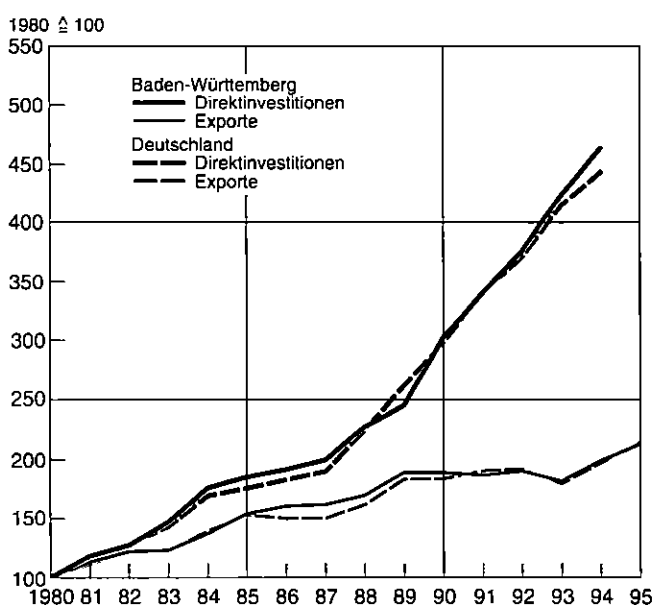
Direkte Engagements gewinnen an Bedeutung

Als Folge dieser Entwicklung haben auch deutsche Unternehmen ihr Verhalten auf den globalisierten Märkten nachhaltig verändert. Früher sind sie auf den Weltmärkten vornehmlich exportorientiert vorgegangen, das heißt sie haben die Nachfrage auf den Auslandsmärkten durch heimische Produktion befriedigt. Produziert wurde im Ausland meist nur, wenn dort der Marktzugang für Inlandsprodukte erschwert war. Lokale Fertigung ermöglichte dann die Umgehung von Handelsbarrieren. Heute jedoch treten – trotz weltweiter Liberalisierung der Gütermärkte – die direkten Engagements der Unternehmen auf den Auslandsmärkten als Alternative zu den Exporten in den Vordergrund.¹ Die Ausgestaltung dieser direkten Engagements der Unternehmen ist sehr vielschichtig und beinhaltet neben der Leistungserstellung ohne Kapitalbeteiligung (Auftragsfertigung und Lizenzvergabe) auch Direktinvestitionen. Dabei haben gerade die Direktinvestitionen in den letzten zwei Dekaden eine besondere Bedeutung erlangt. Während sich seit 1980 die westdeutschen Exporte nominal in etwa verdoppelt haben, sind im gleichen Zeitraum die Direktinvestitionsbestände im Ausland auf das Vierfache gestiegen (Schaubild 1).

Der starke Anstieg der Direktinvestitionen hat zu einer ebenso stark gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung geführt und ist daher von besonderem wissenschaftlichen und politischen Interesse. Nicht nur das Interesse, sondern auch der Blickwinkel, unter dem Wissenschaft und Politik die Entwicklung der Direktinvestitionen betrachten, hat sich verschoben. Kaufen in den 60er und 70er Jahren ausländische Investoren inländische Unternehmen in größerem Stil auf oder errichteten neue Produktionsanlagen in Deutschland, wurde dies mit großer Sorge verfolgt. Man befürchtete, dadurch die Souveränität über das eigene Geschick zu verlieren. Heute wird die Entwicklung der Direktinvestitionen besonders intensiv im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Deutschland diskutiert. Der hohe Zuwachs der Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen sei die Folge – so die Argumentation – der nachlassenden Attraktivität des Standortes Deutschland. Vor allem die direkt und indirekt auf die Angebotsseite wirkenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (hohe Energiekosten, kostentreibende Umweltauflagen, langwierige Genehmigungsverfahren, stark gestiegene Lohnnebenkosten und im internationalen Vergleich an der Spitze liegende Grenzsteuersätze) hätten sich in den letzten Jahren verstärkt bemerkbar gemacht.

Schaubild 1

Exporte und Direktinvestitionen im Ausland aus Baden-Württemberg und Deutschland^{*)} seit 1980



^{*)} Ab 1990 einschließlich neue Bundesländer.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

158 97

¹ Pfaffenmayr, M.: Direktinvestitionen im Ausland – die Determinanten der Direktinvestitionen im Ausland und ihre Wirkung auf den Außenhandel, Heidelberg 1996, S. 1.

Waren die Unternehmen in der Vergangenheit in der Lage – aufgrund der relativ preisunelastischen Nachfrage nach ihren Produkten auf den Weltmärkten – die gestiegenen Kosten auf die Preise zu überwälzen, gelingt das heute nur noch in wenigen Fällen.² Eine sich auf vielen Märkten angleichende Produktionstechnologie und Produktqualität, verbunden mit steigender Markttransparenz führte dazu, daß der Preis als Verkaufsargument wieder mehr an Bedeutung gewonnen hat. Können am Markt die Kosten nicht mehr auf die Nachfrage überwälzt werden, schlägt sich dies unmittelbar in einer gesunkenen Kapitalrentabilität nieder, sofern der Kostenanstieg nicht durch eine Anpassung der Produktions- und Beschäftigungsstruktur begrenzt werden kann. In einer Welt, die durch eine immer intensiver werdende internationale Arbeitsteilung gekennzeichnet ist, bietet sich noch eine weitere und anscheinend immer mehr genutzte Alternative an: Die teilweise oder vollständige Verlagerung der Wertschöpfung ins Ausland.³ Dieser Trend wird angesichts der schwierigen Situation auf dem inländischen Arbeitsmarkt mit wachsender Besorgnis beobachtet. Da es durch die Verlagerung der Wertschöpfung – so die in der Öffentlichkeit vorherrschende Meinung – zu einem Export von Arbeitsplätzen, Einkommen und Technologie kommt, wird eine schleichende industrielle Aushöhlung befürchtet. Gedämpft werden diese Befürchtungen häufig durch den Hinweis auf zukünftige Beschäftigungs- und Wachstumschancen, die eine stärkere Verlagerung des Wirtschaftsschwerpunktes auf die Know-how-geprägten Dienstleistungsbereiche mit sich bringen würde. Aber auch diese Bereiche dürften in der Zukunft einem immer stärker werdenden globalen Wettbewerb ausgesetzt sein, wie einzelne Beispiele bereits zeigen. So reduzierte das Unternehmen Motorola 1995 sein Engagement im Geschäftsbereich Cellulare Infrastruktur in Deutschland zugunsten von Großbritannien. Die Verlagerung weiterer Ingenieurfunktionen ist geplant. Auch die Adam Opel AG kauft zunehmend Engineering Leistungen weltweit ein, in Indien, Brasilien oder den osteuropäischen Staaten.⁴

Zum Begriff der Direktinvestitionen

Direktinvestitionen sind alle langfristigen Kapitalanlagen im Ausland, die ein Investor vornimmt, um die Kontrolle oder zumindest einen wesentlichen Einfluß auf die Ge-

schäftspolitik des kapitalnehmenden Unternehmens zu gewinnen. Portfolio- oder Finanztransaktionen werden nicht zu den Direktinvestitionen gezählt, da beim Kapitalanleger nicht das unternehmerische Eingreifen, sondern die Realisierung von Dividendengewinnen im Vordergrund steht. Entscheidendes Abgrenzungskriterium ist das bei Direktinvestitionen im Vordergrund stehende unternehmerische Führungsbedürfnis des Investors. Für statistische Zwecke muß allerdings eine Operationalisierung dieses Kriteriums erfolgen. Die Deutsche Bundesbank orientiert sich dabei an den Stimmrechtsanteilen des Investors oder dessen Anteil am Nominalkapital. Auslandsinvestitionen in Form von Kapitalgesellschaften erfaßt die Bundesbank dann als Direktinvestitionen, wenn die Anteils- oder Stimmrechte des deutschen Investors mehr als 20 % ausmachen.⁵ Entsprechendes gilt für die Beteiligungen des Auslands an inländischen Kapitalgesellschaften. Beteiligungen von mehr als 20 % an Unternehmen, die unter einer anderen Rechtsform als der einer Kapitalgesellschaft geführt werden, sind ebenfalls als Direktinvestitionen zu behandeln. Direktinvestitionen können demnach folgende Erscheinungsformen annehmen:⁶

- Gründung und Erweiterung von Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen und Betriebsstätten
- Beteiligung an bestehenden oder neugegründete Unternehmen
- Kreditgewährung durch die Direktinvestoren (und abhängige Unternehmen) an die ausländischen Unternehmen, Zweigniederlassungen und Betriebsstätten.

Investieren inländische Unternehmen im Ausland, führt dies also nur zum Teil zu einer unmittelbaren Ausweitung oder Neuaufnahme der Produktion im Ausland. Kaufen dagegen die Investoren bestehende ausländische Unternehmen oder beteiligen sie sich daran, ändern sich zunächst nur die Eigentumsverhältnisse. Die Produktionsstruktur und die Produktionsmenge bleibt zumindest kurzfristig konstant. Der Vorteil dieser Art Direktinvestitionen liegt für die investierenden Unternehmen vor allem darin, daß sie dadurch einen schnelleren Markteintritt errei-

2 Voss, K.: Für neue Arbeitsplätze bleibt das Wachstum zu schwach, in: Handelsblatt vom 19. November 1996: Der Vorsitzende der Geschäftsführung der J. M. Voith GmbH ist zwar der Meinung, daß das *Made in Germany* noch erfreulich positiv bewertet wird. Ein Preisbonus würde dafür aber lediglich in der Größenordnung von 5 % gewährt.

3 Glismann, H. H. / Horn, E. J. / Nehring, S. / Vaubel, R.: Weltwirtschaftslehre – Eine problemorientierte Einführung – II. Entwicklungs- und Beschäftigungspolitik, 1987, S. 227 f. Zitierweise: Glismann, H. H. u.a.: Weltwirtschaftslehre.

4 Krumm-Engels, M.: US-Unternehmen wandern aus, in: Handelsblatt vom 29./30. November 1996, S. 11.

5 Allerdings hängt die Möglichkeit der Einflußnahme nicht ausschließlich von der Höhe der Kapitalbeteiligung, sondern auch von den vertraglichen Regelungen der Beteiligungsvereinbarung ab. Für die Bundesrepublik Deutschland scheint die Festlegung eines bestimmten Mindestanteils als Abgrenzungskriterium zwischen Direktinvestitionen und Finanzinvestitionen von geringerer empirischer Bedeutung zu sein. So hat die Senkung der Untergrenze für Kapitalbeteiligungen von 25 % auf 20 % im Jahr 1989 lediglich zu einem Anstieg der Direktinvestitionsbestände von jeweils 0,5 Mrd. DM geführt. Deutsche Investoren im Ausland bzw. ausländische Investoren im Inland scheinen im allgemeinen also eine deutlich höhere Kapitalbeteiligung als 25 % bei ihren Engagements anzustreben.

6 Die Zahlungsbilanzstatistik in der Bundesrepublik Deutschland: Inhalt, Aufbau und methodische Grundlagen, 2. Auflage 1990, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 8, S. 80 ff.

chen und auf vorhandenes Personal, Know-how, Produktionsanlagen und einen festen Kundenstamm zugreifen können.

Finanziert eine ausländische Muttergesellschaft das Wachstum ihrer Tochter ganz oder teilweise durch eine Kreditaufnahme am in- oder ausländischen Kapitalmarkt⁷, so wird diese Transaktion in der Direktinvestitionsstatistik ausgewiesen. Anders verhält es sich dagegen, wenn das Tochterunternehmen selbst am Kapitalmarkt Kredite aufnimmt und damit sein Unternehmenswachstum finanziert. Diese Transaktion wird in der Statistik nicht als Direktinvestitionstätigkeit ausgewiesen. Die Investitionstätigkeit der ausländischen Unternehmen wird dadurch prinzipiell zu niedrig ausgewiesen. Dies gibt Anlaß zur Vermutung, daß gerade in Deutschland die amtliche Statistik den Umfang der einfließenden Direktinvestitionen erheblich unterzeichnet, da deutsche Unternehmen in einem weit aus größeren Maße als beispielsweise britische, amerikanische oder japanische Unternehmen bei der Finanzierung ihrer Projekte auf Fremdkapital zurückgreifen. Die Ursachen, die zu dieser Bevorzugung der Fremdfinanzierung in Deutschland geführt haben, sind vielfältig. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei sicherlich die deutsche Steuergesetzgebung. Denn steuerliche Regelungen führen dazu, daß die erforderliche reale Rendite einer kreditfinanzierten Investition geringer ist als bei allen anderen Finanzierungsformen. Neben den nationalen Steuergesetzen sind aber auch die bilateralen vertraglichen Regelungen sich überschneidender Besteuerungsrechte zwischen den Ländern zu beachten. Aufgrund lukrativer Steuerarbitragemöglichkeiten ist dann die direkte Kreditvergabe innerhalb der miteinander verbundenen Unternehmen vorteilhafter, als die Kreditaufnahme durch das Tochterunternehmen auf dem Kapitalmarkt. So sind im "Hochsteuerland" Deutschland die Zinsen, die das Tochterunternehmen zu bezahlen hat, bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage steuerlich abzugsfähig, während die Ertragssteuer auf die Zinsen jedoch in einem Land mit geringeren Steuersätzen anfällt. Zum anderen haben Zinszahlungen gegenüber Dividendenzahlungen den Vorteil, daß eine eventuell anfallende Quellensteuer im Heimatland der Mutter stets angerechnet wird. Daher ist die Ausschüttung von Zinsen anstatt von Dividenden für die Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften vorteilhafter. Die Kredite verbundener Unternehmen werden aber als Direktinvestitionen ausgewiesen. Es ist deshalb zu vermuten, daß es zumindest aus steuerlicher Sicht nicht an der Form der Kreditfinanzierung liegt, wenn der Umfang der nach Deutschland einfließen-

den Direktinvestitionen auf einem solch niedrigen Niveau verläuft. Selbst wenn die direkten Kreditaufnahmen der Tochterunternehmen in Deutschland im Verhältnis zu anderen Ländern weitaus höher wären, sprechen prinzipielle Gründe gegen eine Berücksichtigung dieser Kredite als Direktinvestitionen. Ihrer Konzeption entsprechend dokumentiert die Zahlungsbilanzstatistik nur die grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalströme. Bezogen auf die Direktinvestitionstätigkeit steht also die Fähigkeit eines Landes, zusätzliches "Auslandskapital" anzuziehen und dessen Beitrag zur inländischen Investitionstätigkeit im Vordergrund.

Transaktions- und Bestandsstatistik mit teilweise widersprüchlichen Ergebnissen

Die Direktinvestitionstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland unterliegt einem sehr liberalen rechtlichen Rahmen. Weder devisenrechtliche Genehmigungsverfahren noch Konvertibilitätsbeschränkungen beeinträchtigen die internationalen Kapitalströme. Allerdings sieht das Außenwirtschaftsgesetz eine Meldepflicht über die Kapitalanlagen und deren Bestand vor, damit die Transaktions- und Bestandswerte der grenzüberschreitenden Investitionstätigkeit erfaßt werden können. Die den Statistiken zugrundeliegenden Daten werden ausschließlich von der Bundesbank und den Landeszentralbanken erfaßt und aufbereitet. Neben der Transaktions- und Bestandsstatistik wird die Direktinvestitionsentwicklung auch über die Zahlungsbilanzstatistik beschrieben. Transaktions- und Zahlungsbilanzstatistik sind Stromrechnungen, das heißt, sie stellen nur die innerhalb eines Jahres stattfindende grenzüberschreitende Investitionstätigkeit dar. Dabei werden die Neuanlagen und Liquidationen gegeneinander aufgerechnet, so daß nur die Nettozu- bzw. Nettoabgänge ausgewiesen werden. Demgegenüber liegen der Bestandsstatistik nicht Transaktionswerte, sondern Buchwerte zugrunde. Im Gegensatz zur Zahlungsbilanz liegen die Direktinvestitionen in der Transaktions- und Bestandsstatistik auch nach einzelnen Bundesländern und Wirtschaftszweigen vor.

Allerdings läßt sich aus der Entwicklung der Nettotransaktionsströme nicht auf die Veränderung des Direktinvestitionsbestandes seit dem letzten Stichtag schließen, da den Statistiken unterschiedliche Erfassungs- und Erhebungsmethoden zugrundeliegen. Daher unterscheiden sich die aus der Bestandsstatistik für das jeweilige Jahr abgeleiteten Vermögensänderungen zum Teil erheblich von den jährlichen Transaktionswerten (*Tabelle 1*). Während für die ausfließenden Direktinvestitionen die Nettotransaktionswerte und die ermittelten Bestandsveränderungen zumindest parallele Entwicklungen aufweisen, ergeben sich bei den einfließenden Direktinvestitionen zum Teil völlig entgegengesetzte Verläufe. So haben die

7 Unter reinen Kostengesichtspunkten betrachtet, ist eine Kreditaufnahme im Investitionsland dann vorteilhaft, wenn das Kapitalmarktzinsniveau im Land der Muttergesellschaft höher ist, als im Land der Tochterunternehmung. Aber auch die Vermeidung von Anlagerisiken (zum Beispiel Wechselkursrisiko oder Transferrisiko) kann die Ursache für eine Kreditaufnahme im Investitionsland sein.

Tabelle 1

Jährliche Direktinvestitionen inländischer Unternehmen im Ausland und ausländischer Unternehmen im Inland 1986 bis 1995

– Transaktionen –

Jahr	Nettoinvestitionen ¹⁾		Nachrichtlich: Bestandsveränderung gegen Ende des Vorjahres ²⁾		Nettoinvestitionen ¹⁾		Nachrichtlich: Bestandsveränderung gegen Ende des Vorjahres ²⁾	
	im Ausland				im Inland			
	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet
	Mill. DM							
1986	980	16 429	631	5 279	191	2 332	847	4 752
1987	760	12 801	828	5 240	475	509	1 458	6 708
1988	1 576	17 844	2 693	26 174	656	2 234	81	7 189
1989	1 871	21 290	1 821	18 083	1 471	7 937	3 698	17 542
1990 ³⁾	4 391	31 706	5 586	26 886	– 296	5 508	6 049	23 982
1991	4 753	30 551	3 735	31 659	– 1 063	3 205	1 814	21 126
1992	3 102	24 830	3 502	22 327	1 843	4 614	262	9 935
1993	3 821	25 617	4 719	32 619	2 203	3 398	1 038	14 270
1994	3 683	27 032	3 914	21 358	2 760	11 118	355	20 975
1995	5 646	52 163	2 565	18 231

1) Differenz zwischen Neuanlagen und Liquidationen (Rückflüsse). – 2) Unmittelbare Bestände der Bestandsstatistik. – 3) Bundesgebiet: ab 1990 Deutschland, davor früheres Bundesgebiet.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; Bundesministerium für Wirtschaft; eigene Berechnungen.

ausländischen Unternehmen im Jahr 1990 auf Basis der Bestandsstatistik ihr Beteiligungsvermögen in Baden-Württemberg um 6 Mrd. DM erhöht, demgegenüber weist die Transaktionsstatistik einen Nettokapitalabfluß – also eine Verringerung des Engagements der ausländischen Unternehmen – von 0,3 Mrd. DM aus.

Ein wesentlicher Grund für die Abweichungen liegt in der unterschiedlichen Behandlung der kurzfristigen Gesellschafterkredite und der Kredite verbundener Unternehmen⁸. Während sie in der Bestandsstatistik erfaßt werden, erscheinen sie in der Transaktionsstatistik nicht als Direktinvestitionen (*Übersicht 1*). Auch in der Behandlung der reinvestierten Gewinne weichen beide Konzepte voneinander ab. In der Bestandsstatistik werden sie im Jahr der Gewinnentstehung, in der Transaktionsstatistik dagegen statistisch überhaupt nicht erfaßt. Tendenziell werden dadurch in der Transaktionsstatistik die heimischen Nettokapitalabflüsse zu niedrig ausgewiesen, da in der Vergangenheit in den ausländischen Tochterun-

ternehmen der heimischen Investoren größere Teile der erwirtschafteten Gewinne sofort wieder reinvestiert wurden. Diese Art der Finanzierung liegt dann nahe, wenn von den Stammhäusern eine Expansionsstrategie verfolgt wird. Überdies können steuerliche Vorteile oder Kapitalverkehrsbeschränkungen für eine derartige Vorgehensweise sprechen.⁹ Im Gegensatz dazu führten in der Vergangenheit die in Deutschland ansässigen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne einen erheblichen Teil ihrer Gewinne an die Muttergesellschaften ab. Werden dagegen von den heimischen Investoren in großem Umfang ausländische Unternehmen aufgekauft, sind die Transaktionswerte im allgemeinen deutlich höher als die in der Bestandsstatistik bilanzierten Buchwerte. Denn beim Erwerb eines eingeführten Unternehmens entfällt häufig ein beträchtlicher Teil des Kaufpreises auf den sogenannten Geschäfts- oder Firmenwert, der normalerweise nicht bilanziert wird.

Nicht transaktionsbedingte Veränderungen der Bestandswerte (zum Beispiel Bewertungseinflüsse) können ebenfalls zu erheblichen Abweichungen zwischen Transaktionswerten und jeweiligen Bestandsveränderungen

8 Verbundene Unternehmen sind rechtlich selbständige Unternehmen, die im Verhältnis zueinander (1) in Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen und mit Mehrheit beteiligte Unternehmen oder (2) wechselseitig beteiligt, oder (3) Konzernunternehmen sind, bzw. (4) wenn ein Unternehmen auf das andere direkt oder indirekt einen herrschenden Einfluß ausüben kann.

9 Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland – Stand Ende 1987 – und aktuelle Entwicklung, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1989, S. 26.

Aussagefähigkeit	Transaktionsstatistik	Bestandsstatistik	Zahlungsbilanzstatistik
<p>Abweichungsarten</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kredite verbundener Unternehmen – reininvestierte Gewinne – bewertungsbedingte Unterschiede <p>Wechselkurs</p> <p>Neubewertung von Anlagegütern</p> <p>zugrunde gelegte Werte</p> <ul style="list-style-type: none"> – Meldefreigrenzen – zeitliche Zuordnung 	<p>werden nicht erfaßt.</p> <p>werden nicht erfaßt</p> <p>aktueller Kassakurs</p> <p>wird nicht berücksichtigt</p> <p>Kaufpreis¹⁾ (Transaktionswert)</p> <p>Transaktionen > 100.000</p> <p>Kalenderjahr</p>	<p>werden erfaßt</p> <p>werden im Bilanzjahr erfaßt</p> <p>Wechselkurs des Bilanzstichtages</p> <p>wird berücksichtigt</p> <p>Nettobuchwert</p> <p>Bruttobetriebsvermögen / Bilanzsumme > 1 Mill.</p> <p>Geschäftsjahr</p>	<p>werden erfaßt</p> <p>werden im Folgejahr erfaßt</p> <p>aktueller Kassakurs</p> <p>wird nicht berücksichtigt</p> <p>Kaufpreis²⁾ (Transaktionswert)</p> <p>Transaktionen > 5.000</p> <p>Kalenderjahr</p>
Darstellung	Darstellung der Direktinvestitionen erfolgt nach Ländern, Regionen und Branchen. Bei Auslandsinvestitionen werden nur die Herkunftsbranchen, bei Ausländerinvestitionen nur die Zielbranchen dargestellt.	Darstellung der Direktinvestitionen erfolgt nach Ländern, Regionen und Branchen. Bei Auslandsinvestitionen werden nur die Herkunftsbranchen, bei Ausländerinvestitionen nur die Zielbranchen dargestellt.	Darstellung der Direktinvestitionen erfolgt nur nach Ländern und Regionen.

1) Lang- und kurzfristige konzerninterne Handelskredite werden nicht als Direktinvestitionen erfaßt, sondern als kurzfristiger Kapitalverkehr. Im Gegensatz zur Transaktionsstatistik wird in der Zahlungsbilanzstatistik auch der kommerzielle Grundbesitz unter den Direktinvestitionen berücksichtigt. – 2) Beinhaltet Aufwendungen für den good will und für das Ertragspotential eines übernommenen Unternehmens.

führen, die sich im Zeitablauf unterschiedlich stark auswirken können. Aber auch Unterschiede in der zeitlichen Zuordnung der Direktinvestitionen in der Transaktions- und Bestandsstatistik können zu erheblichen Differenzen in den ausgewiesenen Zahlen führen. Endet zum Beispiel das Geschäftsjahr eines Unternehmens im September, dann wird eine Auslandsinvestition, die das Unternehmen im Oktober vornimmt, erst im Folgejahr in der Bilanz und daher auch in der Bestandserhebung ausgewiesen. In der Transaktionsstatistik wird diese Transaktion dem entsprechenden Kalenderjahr zugeordnet.

Auch die Zusammenfassung des ausländischen Beteiligungsvermögens in Holdinggesellschaften¹⁰ wirkt sich unterschiedlich stark auf die in der Transaktions- und Bestandsstatistik ausgewiesenen Direktinvestitionen aus. Bei derartigen Unternehmensumstrukturierungen werden zunächst die einzelnen Konzernunternehmen quasi "verkauft" und danach unter dem Dach der Holding neu zusammengefaßt. In der Transaktionsstatistik werden dabei als Liquidationswerte die höheren Veräußerungswerte (beinhalten die aufgelösten stillen Reserven) zugrundegelegt, während in der Bestandsstatistik nur die deutlich niedrigeren Buchwerte als Abgänge erfaßt werden. Haben derartige Konzernumgruppierungen in einer Periode ein hohes Gewicht, kann es zu dem paradoxen Ergebnis kommen, daß in der Transaktionsstatistik per Saldo ein Nettokapitalabfluß ausgewiesen wird, obwohl die ausländischen Unternehmen ihre Produktionsstätten in gleichem Umfang weiter betreiben.

Ein für die empirische Analyse wichtiger Vorteil der Bestandsstatistik liegt in der konsolidierten Darstellung der mittelbar über Holdinggesellschaften gehaltenen Beteiligungen. Dadurch kann die Struktur und Entwicklung der Direktinvestitionsverflechtung mit dem Ausland erheblich genauer dargestellt werden, als dies durch die Transaktionsstatistik möglich ist. Ein weiterer Vorteil der Bestandsstatistik liegt darin, daß neben den statistischen Angaben zum Bestand der Direktinvestitionen auch zusätzliche Angaben zur Beschäftigung, den Umsätzen und der Bilanzsumme der deutschen Tochterfirmen im Ausland bzw. der Auslandstöchter in Deutschland gemacht werden. Neuere Entwicklungen werden in der Bestandsstatistik allerdings nur verzögert abgebildet. Angaben für das abgelaufene Jahr sind erst nach 18 Monaten erhältlich. Ohne die erheblich früher zur Verfügung stehenden Ergebnisse aus der Transaktionsstatistik könnte man die Entwicklung am aktuellen Rand nicht darstellen. Insgesamt gesehen spricht daher einiges dafür, daß die Bestandsstatistik ein weitaus konsistenteres und damit auch ein realistischeres Abbild der ein- und ausfließenden Direktinvestitionen liefert.

10. Eine Holdinggesellschaft ist eine Gesellschaft, deren primärer Zweck darin besteht, die Anteile eines oder mehrerer Gesellschaften an anderen Unternehmen zu verwalten.

Absatzorientierung noch immer wichtigstes Motiv für Auslandsinvestitionen

Die Motive, die Unternehmen dazu veranlassen, sich sowohl durch physische Präsenz als auch durch den Einsatz von eigenem Kapital im Ausland zu engagieren, sind vielfältig. Eine wichtige Rolle spielen dabei vor allem die Verlagerung der Produktion an den billigsten Standort (Ausnutzung von Faktorpreisvorteilen), die Realisierung von unternehmensspezifischen Größenvorteilen, die Existenz nicht über den Markt handelbarer unternehmensspezifischer Güter (zum Beispiel bestimmte Technologien) und die Vorteile eines engen Kundenkontaktes, wodurch die Unternehmen schneller auf veränderte Präferenzen und lokale Marktentwicklungen reagieren können. Welches dieser Motive für die Unternehmen in der Praxis die größte Bedeutung hat, läßt sich aus theoretischer Sicht allein nicht klären. Einen wesentlichen Beitrag zur Klärung dieser Frage liefern insbesondere Unternehmensbefragungen. Obwohl die Diskussion über die nachlassende Attraktivität des heimischen Standortes primär durch die Klagen der Unternehmen über die hohen Arbeitskosten¹¹ bestimmt wird, haben interessanterweise in der Vergangenheit die Arbeitskostenvorteile anderer Länder Richtung und Umfang der Direktinvestitionen tatsächlich gar nicht so entscheidend beeinflusst.

Den Befragungsergebnissen¹² zufolge war und ist das zentrale Motiv für Auslandsinvestitionen die Absatzorientierung. Das wichtigste absatzorientierte Entscheidungskriterium für oder gegen eine Auslandsinvestition ist das Marktpotential eines potentiellen Gastlandes. Es setzt sich aus der Marktgröße und dem Marktwachstum zusammen. Eine ausreichende Marktgröße¹³ ist die Voraussetzung dafür, daß die im Ausland neugeschaffenen Kapazitäten zügig ausgelastet und dadurch Größendegressionseffekte erzielt werden können.¹⁴ In Märkten mit starkem Wachstum können Unternehmen im Durch-

11. Deutscher Industrie- und Handelstag: Produktionsverlagerung als Element der Auslandsinvestitionen, Bonn 1996, S. 9.

12. Ködderman, R. / Wilhelm, M.: Umfang und Bestimmungsgründe einfließender und ausfließender Direktinvestitionen ausgewählter Industrieländer – Entwicklungen und Perspektiven, München 1996, S. 141 ff.

Zitierweise: Ködderman, R. / Wilhelm, M.: Direktinvestitionen ausgewählter Industrieländer.

Wilhelm, M.: Neben dem Außenhandel haben die Direktinvestitionen als Internationalisierungsstrategie an Bedeutung gewonnen, in: Ifo Schnelldienst Nr. 7/8, München 1996, S. 36.

Zitierweise: Wilhelm, M.: Internationalisierungsstrategie.

13. Die Marktgröße wird durch die Bevölkerungsgröße, das absolute Volkseinkommen, das Pro-Kopf-Einkommen und die Kaufgewohnheiten bestimmt. Das Marktwachstum wird durch die Bevölkerungsentwicklung, Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens und Entwicklung der Kaufgewohnheiten beeinflusst.

14. Ködderman, R. / Wilhelm, M.: Direktinvestitionen ausgewählter Industrieländer, S. 71.

schnitt höhere Marktanteilsgewinne erzielen als in schwächer wachsenden Märkten. Ein hoher relativer Marktanteil im Vergleich zu den Konkurrenten ermöglicht den Unternehmen Kostenvorteile aufgrund von economies-of-scale nach der Erfahrungskurve. Durch Direktinvestitionen in stark wachsende Märkte wird auch der Technologie des kapitalexportierenden Landes der Zugang zu diesen Märkten ermöglicht. Findet eine Ausbreitung der Technologie im Zielland der Direktinvestition statt, können in der Folge zusätzliche Exporte induziert werden. Empirische Ergebnisse deuten darauf hin, daß diese Exporte eine größere Wirkung auf die inländische Beschäftigung haben als diejenigen Exporte, die durch die Produktionsaufnahme im Ausland ersetzt wurden.¹⁵

Im Zusammenhang mit absatzorientierten Direktinvestitionen spielen auch tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse eine wichtige Rolle. Durch den Aufbau solcher Handelsschranken wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüter erheblich beeinträchtigt. Will ein Unternehmen den Absatzmarkt nicht vollständig verlieren, so bleibt ihm als Alternative nur, die Güter in den Abnehmerländern selbst zu produzieren. Der Einfluß von Handelshemmnissen auf die Entscheidung eine Direktinvestition durchzuführen, ist insbesondere dann groß, wenn der geschützte Markt ein großes Marktpotential hat. Dies belegt auch der Versuch der japanischen Autofirma Nissan, durch den Aufbau eines Tochterunternehmens in Großbritannien den europäischen Markt mit quasi „britischen“ Autos unter Umgehung von Zöllen und Importquoten zu erschließen.¹⁶

Die Verlagerung der Wertschöpfung ins Ausland scheint aber auch eine natürliche Folge starker Handelsverflechtungen (Export- und Importgeschäfte) zu sein. Werden Marktanteile zunächst auf dem Exportweg erschlossen, sehen die Unternehmen in Direktinvestitionen die geeignete strategische Option zur Absicherung und zum Ausbau ihrer Marktposition.

Auslandsinvestitionen können aber auch aus Kostengesichtspunkten angezeigt sein. Es ist durchaus vorstellbar, daß bis zu einer bestimmten Absatzmenge – kritische Menge – die Belieferung des Auslandsmarktes aus heimischer Produktion günstiger ist. Überschreitet die Absatzmenge auf dem Auslandsmarkt diese kritische Menge, dann ist die lokale Produktion am Absatzmarkt für die Unternehmen kostengünstiger. Nicht die mangelnde Konkurrenzfähigkeit ist dann die Ursache der Auslandsproduktion, sondern beginnende economies-of-scale.

Treiben hohe Lohnkosten die Unternehmen ins Ausland?

In der Vergangenheit hatten zwar die kostenorientierten Auslandsinvestitionen nur eine geringe Bedeutung¹⁷, allerdings zeigen die wachsenden Klagen der Unternehmen über die drückende Last der hohen Arbeitskosten, daß dieses Motiv in der Zukunft einen höheren Stellenwert haben wird. Vor allem durch die politische und wirtschaftliche Öffnung der Staaten Mittel- und Osteuropas ergeben sich nun in unmittelbarer Nähe zum heimischen Standort vielfältige Möglichkeiten für die Verlagerung von Wertschöpfungsstufen. Besonders attraktiv scheint dabei die eher selten anzutreffende Kombination von gut ausgebildeten Arbeitskräften und besonders niedrigen Arbeitskosten zu sein. So liegt der Preis für eine Arbeitsstunde in Deutschland annähernd um das 15fache über dem Niveau in der Slowakei.¹⁸ Bei genauerer Betrachtung haben allerdings Vergleiche auf Basis der Arbeitskosten nur eine geringe Aussagefähigkeit, denn ein wesentlicher Aspekt wird dabei vernachlässigt: das Produktivitätsgefälle zwischen den Volkswirtschaften. Unterscheiden sich Volkswirtschaften so stark in ihren Entwicklungsniveaus wie die deutsche Volkswirtschaft und die Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas, sind erhebliche Produktivitätsunterschiede zu erwarten, wodurch aber auch erhebliche Abweichungen in den Arbeitskosten möglich sind, ohne daß dadurch der Standort Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß das Kostengefälle je Arbeitsstunde in etwa dem Produktivitätsgefälle entspricht. Gelingt es also, durch den Einsatz moderner Fertigungskonzepte und -technologien, qualifizierter Arbeitskräfte und die Nutzung der in Deutschland zweifellos guten Infrastruktur, ausreichende Produktivitätsvorsprünge zu erzielen, sind auch höhere Löhne als in anderen Ländern möglich, ohne daß dadurch die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wird.

Einige spektakuläre Investitionen deutscher Unternehmen im Straßenfahrzeugbau und der Elektrotechnik in den Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) scheinen ein Beleg dafür zu sein, daß diese Bedingung nicht mehr gegeben ist. Ausgelagert wurden dabei nicht nur einzelne Produktionsstufen, sondern komplette Produktlinien. Schnittstellenprobleme werden dadurch weitgehend vermieden. Solche Produktionsverlagerungen – so spektakulär sie auch sein mögen – sind noch die Ausnahme. In der Regel verlagern die Unternehmen nur die „unproduktivsten“ Fertigungsstufen ins Ausland. Durch die Verlagerung steigt einerseits die Produktivität der verbleibenden Fertigungsstufen, zum anderen können ar-

15 Glismann, H. H. u. a.: Weltwirtschaftslehre, S. 227.

16 Meyer, H.: Das Start-up-Geschäft: Erkenntnisse aus dem PIMS-Programm, S. 266 f., in: Riekhof, H. - Chr. (Hrsg.): Praxis der Strategieentwicklung, Stuttgart 1994.

17 Wilhelm, M.: Internationalisierungsstrategie, S. 30 f.

18 Arbeitskosten in Osteuropa, weiterhin attraktiv fürs Ausland, in: iwd: Nr. 6 vom 8. Februar 1996, S. 3.

beitsintensive und damit kostentreibende Komponenten im Ausland mit billigen Arbeitskräften produziert werden. Insgesamt kann dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gestärkt werden.

In einer Studie des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik- und Innovationsforschung¹⁹ wird allerdings der Nutzen derartiger Produktionsverlagerungen in Zweifel gezogen. Durch die Verlagerungen entstehen neue Schnittstellen, deren Koordination erhebliche Probleme bereitet. Die Durchlaufzeiten steigen beträchtlich an, und die Unternehmen verlieren ihre Fähigkeit flexibel auf Kundenwünsche zu reagieren. Vor allem der Maschinenbau scheint durch die Verlagerung einzelner Produktionsstufen an Flexibilität zu verlieren. Selbst die teilweise Verlagerung der unproduktivsten Fertigungsstufen bei gleichzeitiger Modernisierung der in Deutschland verbleibenden Fertigungsbereiche ist der Studie zufolge nicht der optimale Weg. Der höchste Produktivitätszuwachs kann nur durch die Einführung neuer Fertigungskonzepte sowie inner- und überbetrieblicher Just-in-time Konzepte realisiert werden, ohne Fertigungsbereiche zu verlagern.

Hohe Steuer- und Abgabenbelastungen als Motiv für Produktionsverlagerungen

Die auf den ersten Blick hohe Belastung der Unternehmen mit Steuern und Abgaben in Deutschland wird ebenfalls häufig als Motiv für Produktionsverlagerungen ins Ausland angeführt. Vor allem innerhalb der Europäischen Union versuchen einige Länder – insbesondere Irland, Belgien und die Niederlande –, durch steuerliche Anreize Investoren anzuziehen. Beispielsweise können Unternehmen in Belgien sogenannte Koordinierungszentren errichten, die als reine Finanzdienstleister innerhalb des Konzerns fungieren. Steuerpflichtige Gewinne können dadurch an der deutschen Muttergesellschaft vorbeigeleitet werden und unterliegen der niedrigeren belgischen Körperschaftssteuer. Besonders vorteilhaft ist, daß die Steuer auf einen errechneten Gewinn erhoben wird, der nur ca. 8 % der Kosten beträgt.²⁰ Holland und Irland bieten internationalen Investoren ähnlich attraktive Konditionen an. Neben den allgemeinen steuerlichen Belastungen spielen im Verkehrsgewerbe auch die innerhalb Europas stark voneinander abweichenden verkehrsspezifischen Abgaben eine gewichtige Rolle bei der Gründung von Auslandsunternehmen.

Die Bezeichnung „Hochsteuerland“ ist für Deutschland sicherlich zutreffend, wenn man bei Vergleichen mit anderen Ländern ausschließlich auf die Grenzsteuersätze abhebt. Außerdem gibt es nur in Deutschland eine Gewerbesteuer, die erheblich zu der hohen Grenzbelastung beiträgt. Umstritten ist insbesondere die Gewerbesteuer, da sie eine reine Substanzsteuer darstellt. Die Steuerbelastung der Unternehmen wird aber nicht nur durch die Körperschafts- und Gewerbesteuersätze determiniert, sondern auch durch die Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage und Abschreibungsmodalitäten. Werden in internationalen Steuervergleichen sowohl Körperschaftssteuersätze als auch Bemessungsgrundlagen und Abschreibungsmöglichkeiten zur Berechnung einer Effektivbesteuerung zusammengefaßt, ergibt sich für Deutschland eine insgesamt erfreulichere Situation. Allerdings scheinen sich internationale Investoren weniger für die Effektivbesteuerung zu interessieren, sondern eher für die nominalen Steuersätze. Hohe nominale Steuersätze „per se“ lassen ein Land als unattraktiven Standort erscheinen. Insofern scheint die augenblicklich in Deutschland diskutierte Steuerreform – insbesondere die deutliche Absenkung der Spitzensteuersätze – ein wichtiges Signal für den Standort Deutschland zu sein.

Internalisierungsvorteile durch Direktinvestitionen

Auch die Existenz unternehmensspezifischer Wettbewerbsvorteile kann ein wichtiges Motiv für die Erschließung von Auslandsmärkten durch Direktinvestitionen sein. Solche unternehmensspezifischen Vorteile können in bestimmten Technologien, überlegenen Marktkenntnissen, etablierten Markennamen, speziellen Führungskonzepten oder besonders kundenorientierten Vertriebspraktiken liegen.²¹ Prinzipiell können diese Vorteile auch auf eine andere Art, als durch unmittelbare Präsenz auf den ausländischen Märkten verwertet werden. Denkbar ist neben dem Export (Handel) auch eine Verwertung durch den Abschluß von Lizenzverträgen.

Der Handel von geistigem Eigentum ist vor allem durch die heterogene Qualität gekennzeichnet. Jeder Anbieter kennt natürlich die Stärken und Schwächen seines „Gutes“, aber er wird natürlich nicht gerade bemüht sein, die Schwächen herauszustellen. Andererseits will der potentielle Käufer natürlich das „Gut“, zum Beispiel eine bestimmte Technologie, kennenlernen, bevor er sie kauft. Kennt jedoch der Käufer die Technologie, hat er kein Interesse mehr an einem Vertragsabschluß. Aufgrund die-

19 Kinkel, S.: Wer Produktion ins Ausland verlagert, verschenkt Verbesserungspotentiale im Inland, in: Mitteilungen aus der Produktinnovationserhebung Nr. 2, 1996, S. 2 ff.

20 „Lockruf der Steueroasen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 11./12. Januar 1997, S. 19.
Weichenrieder, A. J.: Besteuerung und Direktinvestitionen, Tübingen 1995, S. 168.

21 Stehn, J.: Determinanten differierender Internationalisierungsstrategien – Ansätze einer umfassenden Theorie internationaler Direktinvestitionen in Industrieländern, in: Kieler Arbeitspapiere, Nr. 386, S. 7 ff.

ser asymmetrischen Informationsverteilung finden Anbieter und Nachfrager nicht mehr automatisch – über den Marktmechanismus – zueinander. Die Suche nach Möglichkeiten der glaubhaften Informationsübermittlung und -beschaffung zwischen den Marktseiten erweist sich angesichts der Existenz von „moral-hazard“ und „adverse selection“ als rationale Verhaltensweise. Da aufgrund dieser Informationsproblematik durch den Abschluß von Verträgen und ihrer Durchsetzung erhebliche Transaktionskosten entstehen, besteht ein trade-off zwischen den Alternativen Direktinvestition auf der einen Seite und Export und Lizenzvergabe auf der anderen Seite. Die direkte Präsenz auf den Auslandsmärkten ermöglicht es den Unternehmen, diese Transaktionskosten zu vermeiden und Internalisierungsvorteile zu erzielen. An die Stelle von Marktlösungen treten unternehmensinterne Allokationen.

Hohe Leistungsbilanzüberschüsse führen zwangsläufig zu Nettokapitalexporten

Der starke Anstieg der deutschen und baden-württembergischen Direktinvestitionen seit Beginn der 80er Jahre ist auch in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Zahlungsbilanz zu sehen. Eine wichtige Implikation der Zahlungsbilanz ist, daß sich Handels- und Kapitalströme nicht vollkommen unabhängig voneinander entwickeln können. Ein Überschuß in der Leistungsbilanz führt zwangsläufig zu einem Defizit in der Kapitalbilanz und umgekehrt ist ein Überschuß in der Kapitalbilanz nur bei einem Defizit in der Leistungsbilanz denkbar. Durch den Verkauf von Waren und Dienstleistungen an das Ausland erzielte Deutschland insbesondere in den 80er Jahren beträchtliche Überschüsse in der Leistungsbilanz. Diese in der Leistungsbilanz erwirtschafteten Einnahmeüberschüsse wurden größtenteils wieder via Kapitalexport in Form von Portfolio- und Direktinvestitionen im Ausland angelegt. Der starke Anstieg der deutschen Nettokapitalexporte (Portfolio- und Direktinvestitionen) ist daher nicht Ursache einer nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen bzw. des heimischen Standortes, sondern im Gegenteil das Ergebnis einer äußerst wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Denn Überschüsse in der Leistungsbilanz, die zwangsläufig zu Nettokapitalexporten führen, können eigentlich nur von Volkswirtschaften erzielt werden, die im internationalen Vergleich in hohem Maße konkurrenzfähig sind. Sicherlich engagierten sich die heimischen Unternehmer nicht im Ausland, um dadurch den Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeizuführen. Die Gründe für ein direktes Engagement im Ausland können sehr vielschichtig gewesen sein. Kostenorientierte Motive können in Einzelfällen ebenso eine Rolle gespielt haben, wie die Umgehung von Wechselkursrisiken. Das wesentlichste Motiv dürfte aber, wie bereits erwähnt, in der Förderung des Exports gelegen haben.

Nachlassende Dynamik auf den Inlandsmärkten, stärkt Interesse für Auslandsmärkte

Noch bis Ende der 60er Jahre ermöglichten die Inlandsmärkte den deutschen Unternehmen ein dynamisches Wachstum. Auf diesen Verkäufermärkten war die vorhandene Produktionskapazität der entscheidende Engpaßfaktor, da die Nachfrageseite aufgrund der Mangeljahre nach dem zweiten Weltkrieg einen erheblichen Nachholbedarf hatte. Auslandsaktivitäten hatten in dieser Zeit noch nicht die Bedeutung für die Unternehmen wie heute. Vor allem die direkten Engagements der Unternehmen auf den Auslandsmärkten waren nicht zuletzt aufgrund der Kapitalknappheit in der Wiederaufbauphase der Bundesrepublik vergleichsweise bescheiden. Investiert wurde in dieser Zeit vorwiegend in den Aufbau und die Modernisierung der inländischen Produktionskapazitäten. Demgegenüber interessierten sich ausländische Investoren bereits seit den 50er Jahren für die Bundesrepublik und bevorzugt für Baden-Württemberg als Produktionsstandort. Besonders die zentrale Lage und die mit Abstand dynamischste wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Europas machten Deutschland für internationale Investoren interessant.

Nachdem Anfang der 70er Jahre der große Nachholbedarf weitgehend gedeckt war und sich auf den großen Volumenmärkten Sättigungstendenzen bemerkbar machten, wurde die Nachfragesituation weitgehend von dem sehr konjunkturanfälligen Ersatzbedarf bestimmt. Zudem haben neue Anbieter die Intensität des Wettbewerbs erhöht. Die nachlassende Dynamik der Inlandsmärkte führte zur Verlagerung des Interesses auf die wachsenden Auslandsmärkte. Der für den Export bestimmte Anteil der inländischen Produktion gewann zunehmend an Bedeutung. Eine nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems für den Export ungünstige Wechselkursentwicklung, steigende Arbeitskosten und Markteintrittsbarrieren sowie abnehmende Wachstums- und Differenzierungsspielräume im Inland führten dazu, daß die bundesdeutschen Unternehmen zunehmend Tochtergesellschaften im Ausland gründeten und aufbauten. So erhöhte sich der Bestand des baden-württembergischen Beteiligungsvermögen im Ausland von 1976 bis 1980 um 89 % (Bund: 71 %). Im gleichen Zeitraum erhöhten ausländische Unternehmen ihre langfristigen Kapitalbestände in Baden-Württemberg nur um 9 % (Bund: 13 %). Allerdings wird die Entwicklung der einfließenden Direktinvestitionen für den Zeitraum bis 1988 deutlich unterzeichnet. Aufgrund des bis dahin von der Bundesbank verwendeten Berechnungsverfahrens wurden die grenzüberschreitenden Kredite verbundener Unternehmen nicht erfaßt. Bei einem Gesamtvolumen von 23,3 Mrd. DM unmittelbarer ausländischer Direktinvestitionen in Baden-Württemberg führte die Systematikänderung zu einer statistischen Mehrerfassung von rund 4,6 Mrd. oder 19,8 %. Bei den baden-württembergischen Direktinvestitionen im

Ausland führte die Systematikänderung zu einer Mehrfassung von 3 Mrd. DM oder 12,7 %. Da für die zurückliegenden Jahre die Kredite verbundener Unternehmen nicht erfaßt werden konnten, führt die Bundesbank die Direktinvestitionen bis Ende 1988 nach der alten Systematik weiter. Damit liegt zwischen den Zahlen für 1988 und 1989 ein statistischer Bruch vor.

Ausländische Investitionen im Bund stärker gewachsen als in Baden-Württemberg

Während sich nach der alten Systematik Baden-Württemberg bereits 1984 zum Nettokapitalgeberland entwickelt hat, weisen dagegen die für das Jahr 1989 nach dem neuen Berechnungsverfahren ermittelten Zahlen Baden-Württemberg noch als Nettokapitalempfänger aus (Tabelle 2). Damit hat sich Baden-Württemberg erst seit Anfang der 90er Jahre eindeutig zum Nettokapitalgeberland entwickelt. Ende 1994 erreichte der Vermögensüberschuß bei den unmittelbaren Direktinvestitionen aus der

Sicht Baden-Württembergs mit 12,8 Mrd. DM den vorläufigen Höchststand (Bund: 84,7 Mrd. DM). Hatte Baden-Württemberg 1990 am bundesweiten Saldo nur einen Anteil von knapp 1 % (Exportanteil: 16 %), so ist er innerhalb von nur vier Jahren auf 15 % (Exportanteil 1994: 17 %) angestiegen. Der Anteil Baden-Württembergs an den ausländischen Direktinvestitionsbeständen in Deutschland ist von 16,4 % im Jahr 1990 auf 13,4 % im Jahr 1994 gefallen. Im Vergleich zum Jahre 1984 – dem Jahr mit dem bisher höchsten Anteil Baden-Württembergs an dem ausländischen Beteiligungsvermögen (annähernd 20 %) – beträgt der Rückgang sogar gut 6 Prozentpunkte. Seit 1984 sind die Direktinvestitionsbestände des Auslands in Deutschland mit 289 % um das 1,5-fache stärker gewachsen als die entsprechenden Bestände in Baden-Württemberg. Dieser relativ starke Verlust ist jedoch nicht – wie man vermuten könnte – mit einer Verlagerung des Interesses der ausländischen Investoren auf die neuen Bundesländer zu erklären, da das Engagement des Auslands in den neuen Ländern die Gesamtentwicklung der langfristigen Kapitalbestände in Deutschland nur unwesentlich beeinflußt hat (Schaubild 2). Obwohl Baden-Württemberg mit seinen hervor-

Tabelle 2

Bilanz der Direktinvestitionsverflechtung Baden-Württembergs und des Bundesgebiets mit dem Ausland 1976 bis 1994

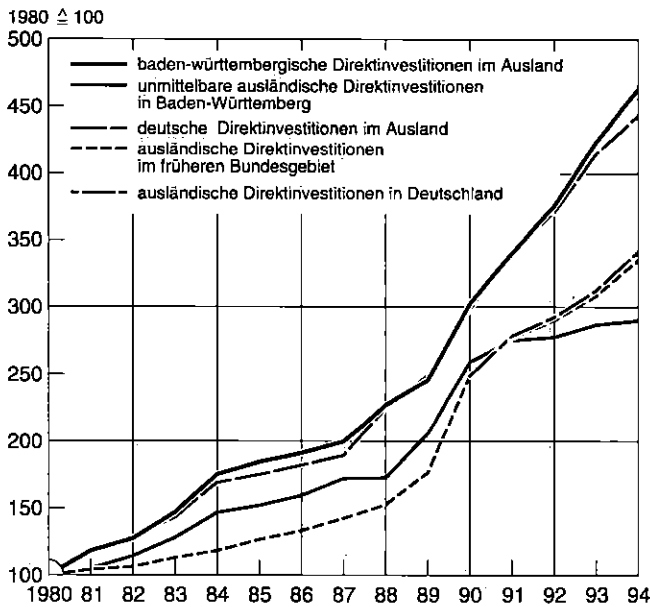
Jahresende	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen							
	im Ausland			vom Ausland			Saldo ¹⁾	
	aus Baden-Württemberg ²⁾	aus Bundesgebiet ³⁾	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet	in Baden-Württemberg ²⁾	im Bundesgebiet ³⁾	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet	Baden-Württemberg ²⁾	Bundesgebiet ³⁾
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM	
1976	5 219	43 508	12,0	10 365	63 531	16,3	– 5 146	– 20 023
1978	6 697	52 703	12,7	11 470	66 945	17,1	– 4 773	– 14 242
1980	9 846	74 353	13,2	11 318	71 758	15,8	– 1 472	2 595
1982	12 568	95 400	13,2	12 942	76 359	16,9	– 374	19 041
1984	17 300	125 875	13,7	16 617	84 791	19,6	683	41 084
1986	18 835	135 791	13,9	18 055	95 637	18,9	780	40 154
1988	22 356	167 205	13,4	19 594	109 534	17,9	2 762	57 671
1989	24 177	185 288	13,0	23 292	127 076	18,3	885	58 212
1989 ⁴⁾	27 250	194 908	14,0	27 915	154 728	18,0	– 665	40 180
1990	29 763	221 794	13,4	29 341	178 710	16,4	422	43 084
1991	33 498	253 453	13,2	31 155	199 836	15,6	2 343	53 617
1992	37 000	275 780	13,4	31 417	209 771	15,0	5 583	66 009
1993	41 719	308 399	13,5	32 455	224 041	14,5	9 264	84 358
1994	45 633	329 757	13,8	32 810	245 016	13,4	12 823	84 741

1) Differenz zwischen inländischen Beständen im Ausland und ausländischen Beständen im Inland. – 2) Unternehmenssitz in Baden-Württemberg. – 3) Ab 1990 einschließlich neue Bundesländer. – 4) Hier wie im folgenden: Nach dem seit 1989 verwendeten neuen Berechnungsverfahren werden auch Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen verbundenen Unternehmen im Inland bzw. im Ausland einbezogen.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Schaubild 2

Unmittelbare Direktinvestitionen^{*)} inländischer Unternehmen im Ausland und ausländischer Unternehmen im Inland 1980 bis 1994



^{*)} Bestände jeweils zum Jahresende. – 1) 1990 flossen noch keine unmittelbaren Direktinvestitionsbestände in die neuen Bundesländer.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

189 97

ragend ausgebildeten Arbeitskräften und seiner im technologischen Bereich führenden Position innerhalb Deutschlands für ausländische Investoren besonders attraktiv sein müßte, hat sich dies nicht in einem entsprechenden Zufluß an Direktinvestitionen gezeigt. Ein möglicher Grund hierfür ist sicherlich der eher mittelständische Charakter der baden-württembergischen Unternehmen. Durch die geringe Börsenkapitalisierung mittelständischer Unternehmen ist die Möglichkeit, Direktinvestitionen über den Ankauf von Aktien durchzuführen, in Baden-Württemberg nur sehr eingeschränkt.²² Bei anderen Unternehmen wiederum können spezielle Ausgestaltungen der Gesellschafterverträge einem größeren Engagement ausländischer Investoren entgegenstehen. Bei den nicht börsennotierten Unternehmen können langwierige Vertragsverhandlungen mit dem Eigentümer des Unternehmens und den Fremdkapitalgebern zu erheblichen Transaktionskosten führen, die einen Kauf oder eine Beteiligung an einem baden-württembergischen Unternehmen für ausländische Investoren erschweren.

Direkte Auslandsengagements baden-württembergischer Unternehmen im Vergleich zum Export nur unterdurchschnittlich

Der Anteil des Landes an den deutschen Direktinvestitionsbeständen im Ausland ist mit 14 % ebenfalls nur unterdurchschnittlich, wenn man als Vergleichsmaßstab den Exportanteil von 17 % heranzieht. Bemerkenswert ist allerdings die Entwicklung der baden-württembergischen Direktinvestitionsbestände im Ausland. Trotz des überwiegend mittelständischen Charakters der Unternehmen konnten sie mit der dynamischen Entwicklung auf der Bundesebene Schritt halten. So erhöhten sich die langfristigen Kapitalanlagen der baden-württembergischen Unternehmen im Ausland im Zeitraum von 1984 bis 1994 mit 264 % sogar noch etwas stärker, als im bundesdeutschen Durchschnitt (262 %). Obwohl direkte Auslandsengagements für kleinere und mittlere Unternehmen erhebliche Herausforderungen darstellen – beispielsweise bei der Suche nach geeigneten Fach- und Führungskräften, der Finanzierung der ausländischen Produktions- oder Vertriebs Einrichtungen und der Beschaffung und Auswertung von Informationen über die Auslandsmärkte –, haben sie gegenüber dem eher traditionell exportorientierten Vorgehen an Bedeutung gewonnen. Wachsender Konkurrenzdruck durch neue Wettbewerber und eine sich international angleichende Produktqualität hat auch hier zu einer zunehmenden Fertigung von Komponenten im Ausland geführt. Aber auch das Engagement deutscher Großunternehmen im Ausland hat zum Teil diese Entwicklung beeinflusst. Zwar führt die Globalisierung einerseits dazu, daß lokale Beziehungen an Bedeutung verlieren, denn die global agierenden Unternehmen suchen sich auf der Welt die Lieferquellen heraus, die bessere Leistungen anbieten. Auf der anderen Seite erfordert die gestiegene Verantwortung der Zulieferer für System- oder Modulkomponenten, daß sich diese Unternehmen aus produktionstechnischen Gründen (zum Beispiel Just-in-time-Konzepte) in räumlicher Nähe zu ihren Kunden ansiedeln.

Bei Auslandsinvestitionen Bayern und vor allem Hessen vorn

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt haben vor allem Bayern und Hessen einen überproportional hohen Anteil am deutschen Beteiligungsvermögen im Ausland (Tabelle 3). In beiden Ländern haben sowohl große Industrieunternehmen als auch die bundesweit führenden Banken und Versicherungen ihren Unternehmenssitz. Während sich bayrische Unternehmen auffallend stark im Ausland engagierten, scheint Bayern im umgekehrten Fall als Investitionsland für ausländische Kapitalgeber nur von relativ geringem Interesse zu sein. Obwohl der Anteil

22 Henning, K.: Internationale Direktinvestitionen: Determinanten und Konsequenzen für den Standort Deutschland, in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 284, S. 28.

Tabelle 3

Bilanz der Direktinvestitionsverflechtung des Bundesgebiets und der Bundesländer Ende 1994

Bundesgebiet/ Bundesland	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen							Nachrichtlich: Anteil am realen Bruttoinlands- produkt im westlichen Bundes- gebiet 1994
	im Ausland			aus dem Ausland			Saldo ¹⁾	
	1994		1990	1994		1990		
	insgesamt	Anteil am Bundesgebiet		insgesamt	Anteil am Bundesgebiet			
	Mrd. DM	%		Mrd. DM	%		Mrd. DM	
Deutschland	329,8	100	100	245,0	100	100	+ 84,8	100
davon								
Baden-Württemberg	45,6	13,8	13,4	32,8	13,4	16,4	+ 12,8	16,2
Bayern	71,2	21,6	23,0	22,5	9,2	8,4	+ 48,7	18,8
Berlin	8,3	2,5	1,4	10,2	4,2	2,0	- 1,9	3,6 ²⁾
Bremen	1,1	0,3	0,2	2,1	0,9	1,8	- 1,0	1,3
Hamburg	15,7	4,8	3,3	24,2	9,9	11,0	- 8,5	4,3
Hessen	59,0	17,9	17,3	55,6	22,7	26,1	+ 3,4	10,8
Niedersachsen	22,2	6,7	7,1	14,9	6,1	4,6	+ 7,3	10,0
Nordrhein-Westfalen	81,7	24,8	26,4	66,5	27,1	24,6	+ 15,2	25,2
Rheinland-Pfalz	19,8	6,0	6,4	5,7	2,3	2,1	+ 14,1	4,9
Saarland	2,1	0,6	0,8	2,8	1,1	1,3	- 0,7	1,4
Schleswig-Holstein	2,0	0,6	0,6	3,3	1,3	1,6	- 1,3	3,5
Neue Bundesländer	1,1	0,3	0,1	4,7	1,9	0,0	- 3,6	.

1) Differenz zwischen inländischen Beständen im Ausland und ausländischen Beständen im Inland. – 2) Berlin West.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

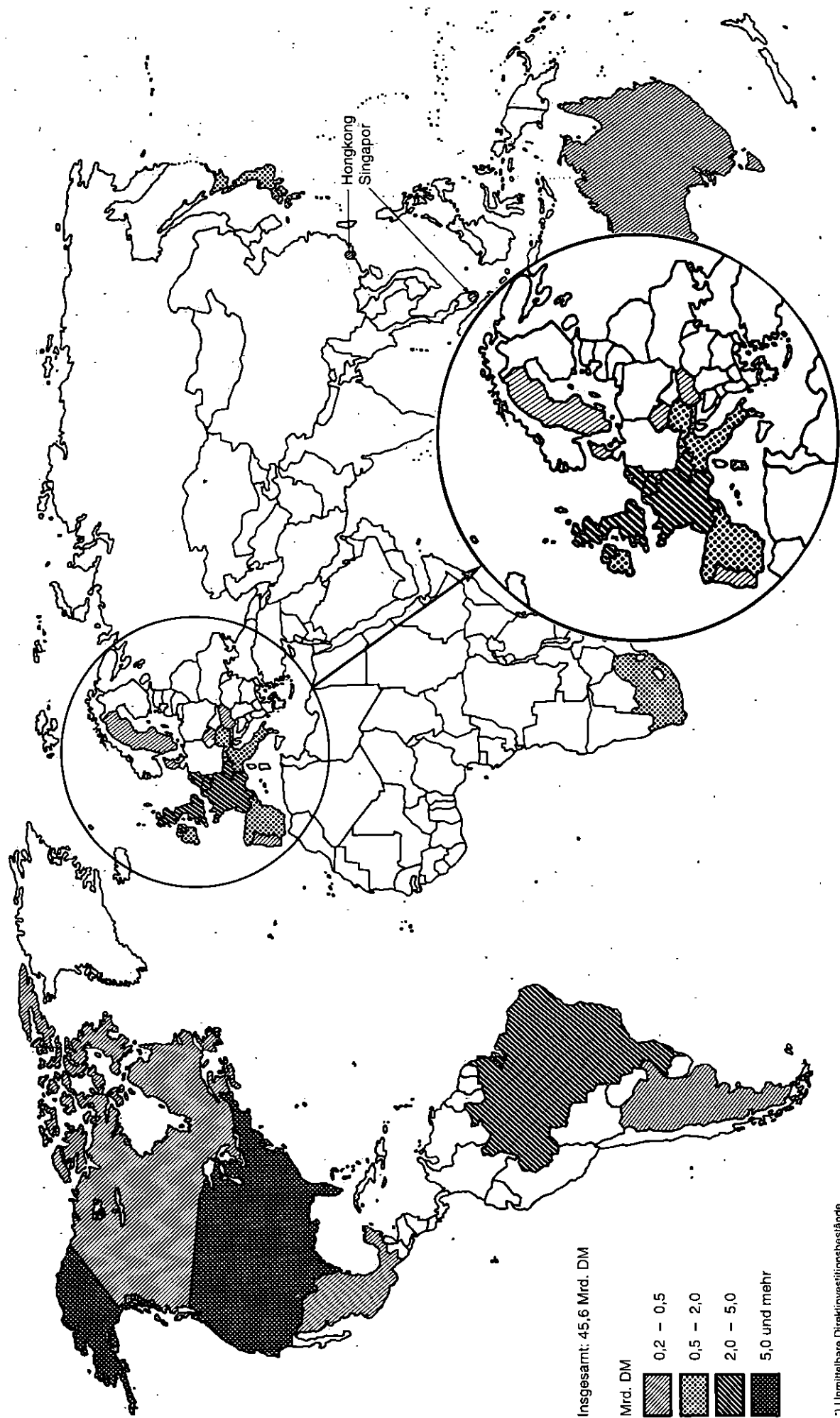
Hessens an den einfließenden Direktinvestitionen gegenüber 1990 deutlich zurückgegangen ist, zählt Hessen immer noch zu den attraktivsten Anlageregionen (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) für ausländische Kapitalgeber innerhalb Deutschlands. Eine besondere Bedeutung dürfte dabei der Gründung ausländischer Tochterunternehmen im Banken- und Handelsbereich zukommen. In diesen Branchen scheint es vor allem darauf anzukommen, in den Regionen zu investieren, in denen die Hauptkonkurrenten ihren Unternehmenssitz haben. Ein nicht unwesentlicher Grund dürfte in der Bankbranche auch die Nähe zum Sitz der nationalen Währungsbehörde und mit dem Übergang zur Währungsunion auch der europäischen Währungsbehörde spielen. Da Großbritannien zumindest in der Anfangsphase der Währungsunion nicht dabei sein wird, könnte die Attraktivität Hessens als europäischer Finanzplatz weiter steigen.

Bemerkenswert gering ist die Bedeutung der neuen Bundesländer als Herkunfts- und Zielregionen von Direktinvestitionen. Der niedrige Anteil am Direktinvestitionsbestand im Ausland, hängt sicherlich mit der relativen Kapitalknappheit der Unternehmen und der notwendigen Modernisierung der veralteten und nicht wettbewerbsfähigen maschinellen Ausstattung zusammen. Überraschend ist allerdings, daß sich ausländische Unterneh-

men trotz der erheblichen Vergünstigungen, die ihnen bei Investitionen gewährt werden, nur sehr zögernd engagieren. Sicherlich wirkten sich die zunächst noch ungeklärten Besitzverhältnisse störend auf die Investitionstätigkeit aus. Größere Bedeutung dürfte allerdings die sich von der Produktivitätsentwicklung abkoppelnde Lohnentwicklung gehabt haben.

Die baden-württembergischen Direktinvestitionen werden in konsolidierter Form der unmittelbaren und mittelbaren Bestände ausgewiesen (Tabelle 4). Bei der Zuordnung der Direktinvestitionen nach Ländern oder Branchen ist neben dem Herkunfts- und Zielland bzw. Branche auch noch ein möglicherweise zwischengeschaltetes Land bzw. Branche zu beachten. Bei einer genaueren Analyse der Direktinvestitionsverflechtungen mit dem Ausland ist es deshalb notwendig, diese mittelbar unterhaltenen Anlagen mit in die Betrachtung einzubeziehen. Nur dadurch läßt sich erkennen in welchen Ländern und in welchen Branchen sich die inländischen Investoren tatsächlich engagieren. Insbesondere durch die weltweit zunehmende Zwischenschaltung von Holdinggesellschaften gewinnen die mittelbaren Direktinvestitionen an Bedeutung. Mittelbar ist in diesem Zusammenhang das Beteiligungsvermögen, das in der Holdinggesellschaft zusammengefaßt ist. Durch eine Konsolidierungsrechnung wird

Baden-Württembergische Direktinvestitionen¹⁾ im Ausland 1994



¹⁾ Unmittelbare Direktinvestitionsbestände.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

Tabelle 4

Unmittelbares und mittelbares baden-württembergische Direktinvestitionsvermögen im Ausland 1986, 1990 und 1994 nach Anlageland

– Bestände jeweils zum Jahresende –

Anlageland	Bestand	Anteil des Anlagelandes			Anteil am Bundesgebiet		Nachrichtlich: Bestandsveränderungen	
	1994	1990	1986	1994	1986 ¹⁾	1994 gegen 1990	1994 gegen 1986	
	Mill. DM	%						
Industrialisierte westliche Länder	49 938	86,5	88,6	79,0	16,6	13,4	82	197
davon EU-Länder ²⁾	22 286	38,6	44,6	28,7	13,2	10,6	62	265
darunter Belgien	3 657	6,3	4,5	2,0	13,1	7,5	165	741
Frankreich	4 894	8,5	11,6	8,3	17,0	14,4	36	177
Großbritannien	4 205	7,3	8,2	3,9	15,3	11,2	66	406
Irland	874	1,5	1,0	0,2	5,2	6,5	197	2 141
Italien	1 559	2,7	4,6	3,9	11,3	13,2	9	87
Luxemburg	385	0,7	0,5	0,5	2,6	1,5	164	260
Niederlande	3 946	6,8	7,6	5,7	19,6	12,7	69	225
Portugal	390	0,7	0,7	0,4	13,7	14,6	87	400
Spanien	1 935	3,4	5,2	3,2	15,0	10,8	19	182
Übrige industrialisierte westliche Länder	27 652	47,9	44,0	50,3	20,9	15,9	103	159
darunter Japan	1 379	2,4	2,8	1,6	17,7	14,5	59	306
Kanada	585	1,0	1,9	1,5	9,2	8,1	2	80
Österreich	1 666	2,9	3,6	3,3	12,3	13,5	51	136
Schweden	312	0,5	0,5	0,3	10,1	9,3	94	352
Schweiz	3 886	6,7	9,1	9,3	27,4	25,3	38	97
USA	18 909	32,8	23,0	31,2	23,7	15,6	166	185
Entwicklungsländer zusammen	6 569	11,4	10,6	14,3	17,0	15,6	93	116
darunter Brasilien	3 647	6,3	6,5	10,1	25,1	25,5	83	70
Mexiko	536	0,9	.		17,0	.	.	.
Reformländer	1 222	2,1	0,4	—	13,6	—	855	—
Insgesamt	57 730	100	100	100 ³⁾	16,6	14,0	87	172

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) EU 12. – 3) Einschließlich regional nicht aufteilbar.

Quellen: Landeszentralbank Baden- Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

dieses Beteiligungsvermögen als mittelbare Direktinvestition in die Rechnung aufgenommen, so als wenn es sich um direkte Beteiligungen der Unternehmen handeln würde.

Mehr als 80 % der Auslandsinvestitionen erfolgen in den Industrieländern

Betrachtet man die regionale Aufteilung der baden-württembergischen Vermögensbestände in ausländischen Unternehmen, so gibt es zwar eine Vielzahl von Ländern,

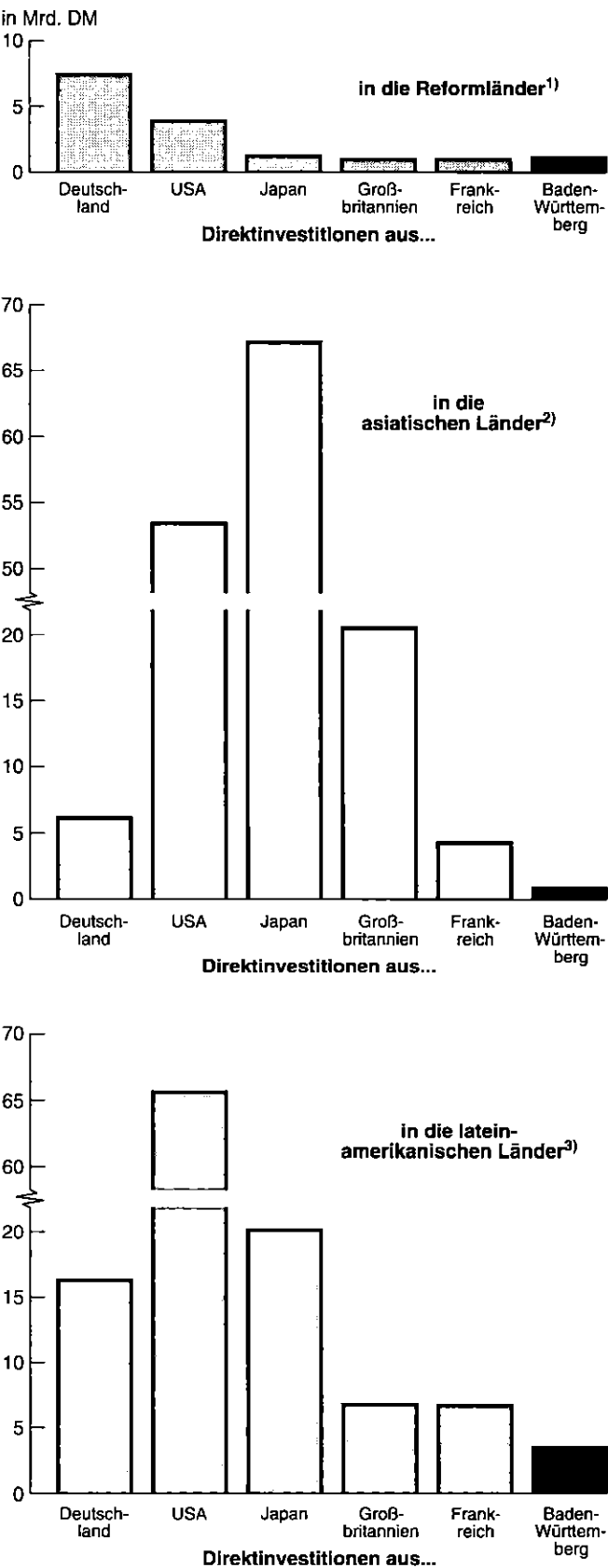
zu denen Direktinvestitionsbeziehungen bestehen, größere Bestände finden sich aber nur in einem überschaubaren Kreis von Staaten (*Schaubild 3*). Insgesamt belief sich der Bestand an unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland Ende 1994 auf 57,7 Mrd. DM. Davon entfielen mehr als 86 % auf die industrialisierten westlichen Länder. Die Anziehungskraft der Entwicklungsländer war bei einem Anteil von 11,4 % weiterhin nur gering. Auch hierbei gibt es eindeutige Schwerpunkte. Mehr als die Hälfte des Unternehmensvermögens (56 %) entfiel dabei auf ein einziges Land, nämlich Brasilien. Nennenswerte Bestände sind außerdem noch in Mexiko (hier haben sich insbe-

sondere auch die zwei von der Mercedes-Benz-AG Ende 1993 gegründeten Montagewerke ausgewirkt) und in Südafrika mit jeweils rund 8 % zu verzeichnen. Hingegen haben deutsche und baden-württembergische Unternehmen in den dynamischen Ländern Südostasiens, die ebenfalls zur Gruppe der Entwicklungsländer gehören, bisher nur verhältnismäßig wenig investiert, obwohl bereits in der Vergangenheit immer wieder von Wirtschaft und Politik auf die wachsende weltwirtschaftliche Bedeutung dieser Länder hingewiesen wurde (*Schaubild 4*). Vor allem in der Zukunft werden große Hoffnungen auf diese Region gesetzt, zumal die Wachstumsdynamik in den westlichen Industrieländern deutlich nachgelassen hat. Mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung und steigender Massenkaufkraft wird ein Nachfrageanstieg nach hochwertigen westlichen Industrieprodukten erwartet. Verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern weiterhin auf diesem hohem Niveau, entsteht bis zum Jahr 2004 – einer Prognose der Weltbank zufolge – ein Investitionsbedarf in Infrastruktureinrichtungen von 1,5 Billionen US-Dollar. Bereits jetzt schlägt sich das große Absatzpotential in steigenden Exporten in diese Region nieder. Weitere Wachstumspotentiale werden – ähnlich wie bei der Schaffung des europäischen Binnenmarktes – durch die begonnene Errichtung von Freihandelszonen und der damit verbundenen Intensivierung des intra-regionalen Handels erwartet. Insbesondere für Unternehmen die vor Ort präsent sind, ergeben sich dadurch neue Absatzchancen, aber auch in anderer Hinsicht sprechen einige Faktoren für ein verstärktes Engagement in dieser Region. Niedrige Löhne und qualifizierte Arbeitnehmer, insbesondere in China, Vietnam, Thailand und Indonesien, stellen günstige Voraussetzungen für die lokale Produktion einfacher Produkte dar. Japanische Unternehmen haben im Verhältnis zu Deutschland, Großbritannien und Frankreich bereits in der Vergangenheit durch den Aufbau weit verzweigter Produktionsnetze ihre Wettbewerbsposition in dieser Region gefestigt. Demgegenüber sind deutsche und vor allem auch baden-württembergische Unternehmen als Direktinvestoren noch kaum in Erscheinung getreten. Sie scheinen in dieser Region bisher eher exportorientiert vorzugehen. Allerdings deuten die in der letzten Zeit in der Transaktionsstatistik ausgewiesenen Nettokapitalabflüsse auf ein stärkeres Engagement der deutschen Unternehmen in dieser Region hin.

Direkte Engagements in den Reformländern gewinnen an Bedeutung

Die Bedeutung der Reformländer, die nur 2 % des baden-württembergischen Auslandskapital anziehen konnten, ist ebenfalls noch gering. Bemerkenswert ist allerdings, daß heimische Unternehmen 1986 noch keine Beteiligungsvermögen in den Reformländern hielten. Seither hat sich der Gesamtbestand baden-württember-

Schaubild 4
Unmittelbare Direktinvestitionen wichtiger Industrieländer 1994



1) Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Polen, Rußland, Rumänien. – 2) Singapur, Hongkong, China, Südkorea, Taiwan. – 3) Brasilien, Argentinien, Mexiko.
 Quelle: OECD; Landeszentralbank Baden-Württemberg.
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 200 97

gischer Direktinvestitionen von 0,4 % im Jahr 1990 auf 2,1 % im Jahr 1994 erhöht. Für einen Zeitraum von nur vier Jahren stellt dies eine ausgeprägte Steigerung dar. Ein Großteil des bisherigen Engagements in den Reformländern dürfte auf den Kauf oder die Beteiligung an bereits bestehenden Unternehmen zurückzuführen sein, wenn man bedenkt, daß der Aufbau einer Auslandsniederlassung in der Regel nur schrittweise erfolgt und sich daher über mehrere Jahre erstreckt. Bevorzugte Reformländer für baden-württembergische Investoren waren hierbei Ungarn, Tschechien und die Slowakei. Im Vergleich zu anderen bedeutenden Industrieländern fällt auf, daß sich deutsche Unternehmen wesentlich stärker in den Reformländern engagierten als beispielsweise die Vereinigten Staaten, Japan, Großbritannien und Frankreich. Gemessen am Anlagebestand hatten sogar baden-württembergische Unternehmen Ende 1994 etwa im gleichen Umfang wie Japan, Großbritannien und Frankreich in den Reformländern investiert. Auffallend gering ist die Bedeutung Rußlands für die Investitionsentscheidungen der heimischen Unternehmen, aber auch der meisten übrigen westlichen Industrieländer, obwohl die Größe und das zukünftige Potential des russischen Absatzmarktes eigentlich für ein wesentlich stärkeres wirtschaftliches Engagement sprechen. Über größere Vermögensbestände verfügen nur die Vereinigten Staaten (662 Mill. DM) und Japan (626 Mill. DM). Vor allem die unsichere Rechtslage, das komplizierte russische Steuersystem, die hohe Kriminalität und die ausufernde Korruption scheinen gegenwärtig einem stärkeren Engagement von ausländischen Investoren entgegenzustehen.

USA weiterhin wichtigstes Zielland

Dem Volumen nach waren die Direktinvestitionsbeziehungen Baden-Württembergs mit den übrigen industrialisierten westlichen Ländern bedeutend intensiver als mit den EU-Ländern. Dabei ragen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 33 % und der Schweiz mit 7 % heraus. Innerhalb der EU-Länder war mit keinem Land die Kapitalverflechtung – auch nur annähernd – so ausgeprägt wie mit den Vereinigten Staaten. Die wichtigsten Zielländer waren hier Frankreich mit 9 %, Großbritannien (7,3 %), die Niederlande (6,8 %) und Belgien mit 6 %. Die Entwicklung der baden-württembergischen Direktinvestitionen in der Periode von 1986 bis 1994 ist durch zwei Phasen gekennzeichnet. In der ersten Phase von 1986 bis 1990 konzentrierten sich die Auslandsinvestitionen in besonderem Maße auf die Länder der EU. Der Anteil der EU-Länder am gesamten Direktinvestitionsbestand stieg in diesem Zeitraum von 29 % auf über 45 %. Von der stärkeren Ausrichtung auf diese Region profitierten sämtliche EU-Länder, wobei besonders Großbritannien für die baden-württembergischen Unternehmen deutlich an Attraktivität gewonnen hat. Das verstärkte Interesse am Standort Großbritanni-

en dürfte in erster Linie auf die grundlegende Erneuerung des britischen Wirtschaftssystems seit Beginn der 80er Jahre zurückzuführen sein. Durch umfangreiche Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen konnte der Staatshaushalt entlastet, der Wettbewerb belebt und die Produktivität der Unternehmen deutlich verbessert werden. Parallel dazu wurden die Einkommens- und Körperschaftssteuersätze massiv gesenkt und die Macht der Gewerkschaften durch mehrere Gesetzesinitiativen eingedämmt. Politische Streiks wurden verboten und die äußerst fragwürdige "closed-shop-Praxis"²³ beschränkt. Darüber hinaus waren die seit 1982 praktizierte Gleichbehandlung von aus- und inländischen Investoren bei Investitionszuschüssen, die Größe des nationalen Marktes und die niedrigen Arbeitskosten zusätzliche Anreize für potentielle Investoren.

Aber auch Spanien hat als Investitionsstandort an Bedeutung gewonnen. Da sich in dieser Phase die Direktinvestitionen nicht mehr im gleichen Umfang wie früher auf die führenden Industrieländer konzentrierten, sondern auch durch eine neue Arbeitsteilung mit den weniger entwickelten Volkswirtschaften der EU geprägt waren. Offensichtlich schätzten die heimischen Unternehmen die Wachstumschancen in Europa durch die bevorstehende Vollendung des Binnenmarktes größer ein als in anderen Regionen der Welt. Die nur geringen Expansionsmöglichkeiten auf den nationalen Märkten und die notwendige strategische Neupositionierung der Unternehmen, um dem verstärkten Wettbewerb eines gemeinsamen Marktes gewachsen zu sein, waren wichtige Anreize für den Erwerb von Unternehmen oder den Aufbau von Produktionsstätten innerhalb der EU.

Parallel zum gestiegenen Interesse an den EU-Ländern fiel in dieser Phase der Anteil der Vereinigten Staaten an den Vermögensbeständen Baden-Württembergs von 31 % auf 23 %. Allerdings wurden die nominellen in DM bewerteten Direktinvestitionsbestände in den Vereinigten Staaten durch die starke Abwertung des US-Dollars Mitte der 80er Jahre zusätzlich vermindert. Auch der Anteil der baden-württembergischen Direktinvestitionen, der auf die Entwicklungsländer entfiel, ging in diesem Zeitraum von 14 % auf 11 % zurück. Konzentriert hat sich der Rückgang dabei fast ausschließlich auf Brasilien. Dieser relativ starke Bedeutungsverlust der Entwicklungsländer im allgemeinen – und Brasiliens im besonderen – läßt sich im wesentlichen auf zwei Entwicklungen zurückführen. Zum einen haben politische Instabilitäten und wirtschaftliche Probleme nicht dazu beigetragen, die Attraktivität dieser Länder für Investitionen zu steigern, zum anderen konnten die heimischen Unternehmen durch die Süd-erweiterung der EU auch innerhalb Europas auf Standorte mit entsprechenden Kostenvorteilen zurückgreifen.

23 In Großbritannien hatten die Gewerkschaften häufig die Möglichkeit, den Unternehmen vorzuschreiben, bestimmte Mitarbeiter wegen Nichtzugehörigkeit zu einer Gewerkschaft zu entlassen oder erst gar nicht einzustellen.

EU-Länder haben an Bedeutung verloren

Die zweite Phase (1990 bis 1994) war zum einen wiederum durch eine Verschiebung der primären Anlageregionen gekennzeichnet, zum anderen auch durch strukturelle Verschiebungen innerhalb der Anlageregionen. So verringerte sich der Anteil der baden-württembergischen Direktinvestitionsbestände in der EU von 45 % auf 39 %. Im Gegensatz zur ersten Phase waren davon aber nicht alle Länder gleichmäßig betroffen. Insbesondere die größeren Industrieländer innerhalb der EU verloren in Relation zu den kleineren als Zielländer für heimische Investitionen an Bedeutung. Entfielen 1990 noch 12 % der Direktinvestitionen aus Baden-Württemberg auf Frankreich, waren es vier Jahre später nur noch 9 %. Aber auch die Anteile Großbritanniens und insbesondere Italiens sind zurückgegangen. Ebenfalls deutlich abgeschwächt hat sich das Engagement der heimischen Unternehmen in Spanien. Diese Entwicklung dürfte vorwiegend auf die politische und wirtschaftliche Öffnung der Reformländer zurückzuführen sein, da sowohl bei den südlichen EU-Ländern als auch bei den Reformländern die Attraktivität des Standortes primär durch die niedrigen Arbeitskosten determiniert ist. Beide Regionen treten damit in unmittelbare Konkurrenz um ausländisches Kapital. Von den kleineren EU-Ländern konnte insbesondere Belgien von der dynamischen Entwicklung der baden-württembergischen Direktinvestitionen profitieren. Der Anteil der auf Belgien entfallenden Direktinvestitionen stieg von 4,5 % im Jahr 1990 auf 6,3 % im Jahr 1994. Vor allem die unternehmensfreundlich ausgestaltete Wirtschaftspolitik in Flandern hat in den vergangenen Jahren ihre Wirkung nicht verfehlt. Flandern besitzt heute die weltweit höchste Konzentration ausländischer Investitionen.²⁴ Finanzielle oder steuerliche Fördermaßnahmen stehen in- und ausländischen Investoren gleichermaßen zu, solange sich der Produktionsstandort auf flämischem Boden befindet. Für neue und zukunftssträchtige Investitionen in strukturschwachen Gebieten werden den Unternehmen besonders attraktive Konditionen angeboten. Das in Europa höchste Produktivitätsniveau, der geringe Körperschaftssteuersatz (39 %), eine gute Infrastruktur, qualifizierte – in der Regel mehrsprachige – Arbeitskräfte und flexible Tarifabschlüsse sind weitere Vorteile Belgiens im Kampf um das international mobile Kapital. Obwohl Irland ähnlich wie Belgien zu Beginn der 90er Jahre besonders günstige steuerliche Konditionen für ausländische Investoren angeboten hat, führte dies nicht zu einem entsprechend starken Engagement durch baden-württembergische Investoren. Der Anteil Irlands an den baden-württembergischen Direktinvestitionen erhöhte sich seit 1990 nur leicht (+ 0,5 Prozentpunkte). Dennoch scheinen steuerliche Vorteile eine besondere Attraktivität auf baden-württembergische Investoren auszuüben. Abgesehen von den Vereinigten Staaten, wei-

sen die Länder mit besonders vorteilhaften steuerlichen Konditionen (Belgien, Irland und Niederlande) die höchsten Zuwächse bei den aus Baden-Württemberg ausfließenden Direktinvestitionen auf.

Nachdem sich bis Ende 1990 das Gewicht der übrigen industrialisierten westlichen Länder auf 44 % verringert hatte, sind seitdem die Direktinvestitionsbestände wieder gestiegen (Anteil 1994: 48 %). Innerhalb dieser Ländergruppe waren die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 33 % (1990: 23 %) an den gesamten baden-württembergischen Direktinvestitionen – vor der Schweiz (7 %) – das bei weitem bevorzugte Anlageland für heimische Investoren. Die lokale Präsenz zur Absicherung bestehender und Erschließung neuer Marktanteile auf dem weltweit größten nationalen Markt und dem für Baden-Württemberg zweitwichtigsten Exportmarkt hatte in dieser Phase offensichtlich hohe Priorität in den Strategien der heimischen Investoren. Niedrige Dollarkurse seit Mitte der 80er Jahre und eine im Verhältnis zu den europäischen Ländern günstige Konjunktorentwicklung lieferten zusätzliche Anreize für Direktinvestitionen in den Vereinigten Staaten. Demgegenüber hat die Bedeutung der Schweiz als Zielland für baden-württembergische Direktinvestitionen seit 1990 abgenommen.

Der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil der bundesweiten Direktinvestitionen ist seit Mitte der 80er Jahre von 14 % auf 16,6 % gestiegen. Im Vergleich zum Bund setzten baden-württembergische Unternehmen einige Schwerpunkte im Ausland. So ist der Anteil Baden-Württembergs an den bundesweiten Vermögensanlagen in der Schweiz mit über 27 %, in Brasilien (25 %), den Vereinigten Staaten (24 %) und den Niederlanden (19,6 %) überdurchschnittlich hoch. Bemerkenswert gering ist der Anteil Baden-Württembergs an den Direktinvestitionsbeständen in Irland (5,2 %) und Luxemburg (2,6 %).

Zahl der Beschäftigten im Ausland auf 451 000 gestiegen

Ende 1994 waren in den 4 179 ausländischen Unternehmen mit mittelbarer und unmittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung²⁵ 451 000 Personen beschäftigt (Tabelle 5). Auf die EU-Länder entfielen davon 142 000 Beschäftigte (31 %), die übrigen Industrieländer 131 000 (29 %), die Entwicklungsländer 125 000 (28 %) und die Reformländer 54 000 (12 %). Während die baden-württembergischen Unternehmen in der Periode von 1986 bis 1990 die Zahl ihrer Auslandsbeschäftigten in allen Ländern bzw. Regionen erhöhten,

25 Berücksichtigt werden nur diejenigen ausländischen Unternehmen, an denen baden-württembergische Unternehmen direkt oder indirekt mit mehr als 20 % beteiligt sind und deren Bilanzsumme oder Bruttobetriebsvermögen mehr als 500.000 DM beträgt.

24 Tobelmann, P.: Arbeitnehmer in Belgien arbeiten länger als die deutschen Kollegen, in: Handelsblatt vom 26. September 1996, S. 29.

Tabelle 5

Kenngrößen der Unternehmen im Ausland mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung 1986, 1990 und 1994 nach Anlageland

Anlageland	Unternehmen ¹⁾			Beschäftigte			Jahresumsatz	
	1994	1990	1986	1994	1990	1986	1994	1990
	Anzahl			1 000			Mrd. DM	
Industrialisierte westliche Länder	3 480	3 459	2 608	273	246	173	129,3	99,0
davon EU-Länder ²⁾	1 857	1 721	1 205	142	116	80	61,8	48,3
darunter								
Belgien	132	116	77	8	6	4	5,9	3,9
Frankreich	615	611	489	60	47	32	27,0	19,4
Großbritannien	296	271	182	17	13	8	8,5	7,0
Irland	53	31	17	1	1	1	0,2	0,1
Italien	216	194	127	13	10	7	7,0	6,9
Luxemburg	23	22	13	0	0	0	0,1	0,0
Niederlande	212	182	111	9	8	5	4,5	3,4
Portugal	55	28	13	5	4	2	0,9	0,5
Spanien	194	202	121	23	22	18	6,1	6,2
Übrige industrialisierte westliche Länder	1 623	1 738	1 401	131	130	93	67,5	50,7
darunter								
Japan	76	67	34	10	9	7	9,2	6,8
Kanada	94	100	92	5	4	3	1,9	1,7
Österreich	328	344	293	23	22	19	6,8	5,6
Schweden	62	63	41	2	2	1	1,0	1,0
Schweiz	420	491	422	15	15	11	7,8	7,3
USA	512	499	373	65	57	35	37,0	23,6
Entwicklungsländer zusammen	435	343	305	125	132	117	19,8	11,3
darunter								
Brasilien	79	103	95	55	69	66	8,4	6,8
Mexiko	39	.	.	6	.	.	1,6	.
Reformländer ³⁾	264	43	–	54	7	–	2,8	0,5
Insgesamt	4 179	3 844	2 911	451	385	290	151,9	110,9

1) Ohne abhängige Holdinggesellschaften. – 2) EU 12. – 3) 1986 und 1990 einschließlich Staatshandelsländer in Asien.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

gingen sie seit 1990 differenzierter vor. Nach anfänglichen Problemen haben die deutlichen Fortschritte bei der Umsetzung der wirtschaftlichen Reformen in den Ostblockstaaten die Investitionsmöglichkeiten für ausländische Investoren verbessert. Die Zahl der Unternehmen in den Reformländern mit baden-württembergischer Beteiligung stieg um 221 und die der Beschäftigten um 47 000. Die in Relation zu den Kapitalbeständen überproportionale Bedeutung der Auslandsbeschäftigung in diesen Ländern läßt auf einen im Vergleich zu den anderen Ländergruppen besonders hohen Anteil arbeitsintensiver Fertigungsprozesse mit geringer Wertschöpfung (Umsatz/Beschäftigte: 51 900 DM) schließen. Die durch-

schnittliche "Investitionssumme"²⁶ der heimischen Investitionsprojekte in den Reformländern belief sich 1994 auf knapp 5 Mill. DM und war damit deutlich niedriger als in den anderen Regionen. Die baden-württembergischen Unternehmen beginnen anscheinend ihr Engagement in den vormals unbekannten Standorten mit kleineren Beteiligungen oder Käufen, um das Risiko gering zu halten. Beleg dafür ist der geringe durchschnittliche Umsatz der Unternehmen von rund 11 Mill. DM. Erst mit wachsen-

26 Als Investitionssumme wurden die unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionsbestände zugrundegelegt.

der Kenntnis des wirtschaftlichen Umfelds beginnen sie, ihre Tätigkeit auf größere Firmen und vor allem Neuinvestitionen auszuweiten.

Aber auch die Bedeutung der Entwicklungsländer ist gemessen an der Beschäftigung wesentlich höher als in der Betrachtung der Direktinvestitionsbestände. Entsprechend ist wie bei den Reformländern eine stärkere Produktionsorientierung bei den baden-württembergischen Investitionsprojekten zu vermuten. Allerdings verringerten die heimischen Investoren die Zahl ihrer Beschäftigten in dieser Ländergruppe um 7 000. Die Entwicklung in den einzelnen Ländern verlief dabei uneinheitlich. Während in Brasilien die Beschäftigtenzahl um 14 000 zurückging, hat sie in Mexiko mit nunmehr 6 000 Beschäftigten und in Südafrika (9 000) eine beachtliche Größenordnung erreicht. Trotz des deutlichen Beschäftigungsabbaus in Brasilien ist der Umsatz der Unternehmen mit baden-württembergischer Beteiligung um 24 % gestiegen. Der durchschnittliche Umsatz je Beschäftigten stieg von 99 000 DM im Jahre 1990 auf 153 000 DM im Jahr 1994. Offensichtlich konnten in den betroffenen Unternehmen erhebliche Produktivitätssteigerungen erzielt werden.

In den industrialisierten Ländern bewegen sich die Beschäftigtenzahlen in einem im einzelnen doch überschaubaren Rahmen. Lediglich in den Vereinigten Staaten (65 000) und Frankreich (60 000) übersteigen die Beschäftigtenzahlen die Personalbestände in Brasilien und den Reformländern. Im Verhältnis zu den hohen Direktinvestitionsbeständen in diesen Ländern scheinen bis auf wenige Ausnahmen die weniger beschäftigungswirksamen Vertriebs- und Serviceaktivitäten bei den Investitionsprojekten der heimischen Unternehmen im Vordergrund zu stehen.

Zahl der Unternehmenskäufe und Neugründungen zurückgegangen

Betrachtet man die statistisch erfaßte Anzahl der Unternehmen im Ausland mit baden-württembergischer Kapitalbeteiligung, fällt auf, daß sich das Gewicht von den Unternehmenskäufen und Neugründungen verstärkt auf die Finanzierung von Betriebserweiterungen verlagert hat. Nachdem die Anzahl der Auslandsunternehmen mit heimischer Kapitalbeteiligung in der Periode von 1986 bis 1990 noch um insgesamt 933 zunahm, hat sich von Ende 1990 bis Ende 1994 die Zahl der Unternehmen nur noch um 335 erhöht. Besonders deutlich war diese Entwicklung in den industrialisierten Ländern außerhalb der EU. Obwohl sich die Vermögensbestände in Direktinvestitionen in diesen Ländern stark erhöhten, ging die Zahl der Unternehmen mit heimischer Kapitalbeteiligung um 115 zurück. Währenddessen war die Expansion in den

Reformländern überwiegend durch Käufe – im Zuge der ersten großen Privatisierungswellen – und teilweise auch durch Neugründungen bestimmt.

Drei Fünftel der Auslandsinvestitionen gehen in das Verarbeitende Gewerbe und den Handel

In den grenzüberschreitenden Kapitalverflechtungen der baden-württembergischen Unternehmen mit dem Ausland dominieren die Wirtschaftsbereiche, die sich mit der Erzeugung, der Verarbeitung und dem Vertrieb von Sachgütern befassen. Der Dienstleistungssektor folgt erst mit einigem Abstand, hat aber seit 1990 deutlich an Gewicht gewonnen. Ende 1994 entfielen 22,2 Mrd. DM und damit 38,5 % des Gesamtvermögens auf ausländische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, also Produktionsanlagen der Industrie (*Tabelle 6*). Dieser Anteil ist seit Anfang der 90er Jahre leicht gesunken. Ende 1990 hatte er noch 43 % betragen. Zwar sind die Vermögensbestände in dieser Branche im Ausland seit 1990 kräftig gewachsen (+ 67 %), doch verlief die Entwicklung etwas verhaltener als das Wachstum der gesamten Direktinvestitionsbestände (+ 87 %). Die wichtigsten Zielbranchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren der Straßenfahrzeugbau mit 7,2 Mrd. DM, die Elektrotechnik mit 4,4 Mrd. und der Maschinenbau mit 3,0 Mrd. DM. Besonders dynamisch haben sich seit 1990 die Vermögensbestände in der Branche Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe entwickelt. In nur vier Jahren erhöhten sich die baden-württembergischen Beteiligungen an ausländischen Unternehmen dieser Branche von knapp 500 Mill. auf über 2 Mrd. DM. Da auf Bundesebene die entsprechende Entwicklung wesentlich moderater verlief, erhöhte sich der Anteil des Landes am Auslandsvermögen in dieser Branche auf 36 %. Auffallend hoch sind auch die Anteile in den Branchen Straßenfahrzeugbau (28 %) und Maschinenbau (22 %), während in der Chemischen Industrie und bei den Kreditinstituten mit jeweils nur 2 % kaum nennenswerte Anteile zu verzeichnen sind. Bedenkt man, daß die bundesweit führenden Unternehmen der Chemischen Industrie – die zugleich auch mit zu den größten Auslandsinvestoren gehören – und die großen Kreditinstitute ihren Unternehmenssitz außerhalb Baden-Württembergs haben, erscheint der geringe Anteil des Landes in einem anderen Licht. Auch der hohe Anteil des baden-württembergischen Fahrzeugbaus an den bundesweiten Auslandsinvestitionen muß relativiert werden. In dieser Branche sind in Deutschland einige bedeutende Produzenten (Opel und Ford) selbst wiederum Tochterunternehmen ausländischer Konzerne. Diese Unternehmen treten deshalb seltener als Investoren im Ausland auf, da in der Regel der Aufbau einer ausländischen Tochtergesellschaft von den Stammhäusern aus

Tabelle 6

Branchenstruktur des unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Direktinvestitionsvermögens im Ausland 1986, 1990 und 1994

– Bestände jeweils zum Jahresende –

Wirtschaftszweig des ausländischen Investitions- objekts	Bestand	Anteil des ausländischen Wirtschaftszweiges			Anteil am Bundesgebiet		Nachrichtlich: Bestandsveränderungen	
	1994	1990	1986	1994	1986 ¹⁾	1994 gegen 1990	1994 gegen 1986	
	Mill. DM	%						
Verarbeitendes Gewerbe	22 232	38,5	43,1	41,9	15,9	13,3	+ 66,7	+ 149,9
darunter								
Chemische Industrie	925	1,6	1,0	0,6	2,0	0,5	+ 194,6	+ 634,1
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	541	0,9	1,2	0,5	14,5	8,7	+ 47,0	+ 405,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	2 171	3,8	1,6	2,7	35,9	29,3	+ 342,2	+ 280,2
Maschinenbau	2 970	5,1	6,2	5,9	22,1	22,2	+ 54,2	+ 135,9
Straßenfahrzeugbau	7 221	12,5	15,0	19,1	28,2	39,5	+ 56,0	+ 77,9
Elektrotechnik	4 426	7,7	8,4	6,3	20,4	12,1	+ 71,0	+ 229,8
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ²⁾	721	1,2	2,0	1,8	12,9	20,6	+ 19,4	+ 90,2
Handel	12 574	21,8	35,2	31,1	22,5	22,0	+ 15,7	+ 90,4
Kreditinstitute	610	1,1	1,5	0,8	1,9	1,8	+ 27,9	+ 238,9
Beteiligungsgesellschaften	3 096	5,4	6,3	4,3	18,1	13,0	+ 58,3	+ 237,3
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	17 996	31,2	12,6	14,0	19,0	13,4	+ 361,1	+ 504,5
Restliche Wirtschaftszweige ⁴⁾	1 222	2,1	1,2	7,9	13,5	11,0	+ 226,7	- 27,4
Insgesamt	57 730	100	100	100	16,6	14,0	+ 86,7	+ 171,6

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 3) Einschließlich Finanzierungs-
institutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. – 4) Einschließlich Bergbau, Baugewerbe, Verkehr und
Nachrichtenübermittlung.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

erfolgt. Bemerkenswert ist hingegen der hohe Anteil Baden-Württembergs an den Auslandsinvestitionen im Handel mit 23 % (12,6 Mrd. DM), obwohl die großen deutschen Handelsunternehmen und damit primär in Frage kommenden Investoren ihren Firmensitz nicht in Baden-Württemberg, sondern in anderen Bundesländern haben. Allerdings hat der Handel als Zielbranche für baden-württembergische Direktinvestitionen seit 1990 (Anteil: 35 %) relativ gesehen an Gewicht verloren. Gleichzeitig sind die Direktinvestitionen im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen stark angestiegen (Veränderung seit 1990: + 361 %). Mit 18 Mrd. DM hatten die heimischen Unternehmen Ende 1994 rund ein Drittel ihres gesamten Beteiligungsvermögens in dieser Branche angelegt. Gerade für die Bereitstellung von Dienstleistungen ist die lokale Präsenz in der Nähe des Kunden von großer Bedeutung, da sich eine Vielzahl von Dienstleistungen weder lagern noch transportieren läßt. Positiv

ausgewirkt auf die Entwicklung der Auslandsinvestitionen in dieser Branche hat sich sicherlich auch der Wegfall von Marktzutrittsbarrieren und die erweiterte Niederlassungsfreiheit im Zuge der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes.

Über 80 % der Auslandsinvestitionen aus dem Verarbeitenden Gewerbe

Eine genauere Analyse der vorherrschenden Direktinvestitions- und Wirkungshypothesen, insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsplatzverlust und die zugrundeliegenden Motive, ermöglicht eine Branchenherkunfts-Branchenziel-Statistik. Eine solche Sonderauswertung wird von der Deutschen Bundesbank für einzelne Bundesländer in der Regel für elf Branchen erstellt, sofern dem nicht

Geheimhaltungsvorschriften entgegenstehen. Der Anteil der Investoren aus dem tertiären Sektor an den baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland ist auf annähernd 62 % gestiegen (gegenüber 56 % Ende 1990), während im Gegenzug – trotz absoluter Steigerungen – die Bedeutung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes als Auslandsinvestoren relativ zurückging (von 43 % Ende 1990 auf 34 %). Diese Gewichtsverlagerung hing vor allem mit der zunehmenden Einschaltung von Beteiligungsgesellschaften zusammen.²⁷ Insbesondere für multinationale Unternehmen bietet diese Organisationsform eine Reihe von Vorteilen. Denn durch die regionale und funktionale Zusammenfassung von Einzelunternehmen unter einer sog. Beteiligungs- oder Holdinggesellschaft lassen sich die Verwaltungskosten reduzieren, Entscheidungswege verkürzen und die weltweite Beschaffung und Verwendung von Finanzmitteln für den Konzern am wirkungsvollsten koordinieren. Besonders attraktiv ist die Gründung einer Beteiligungsgesellschaft, wenn die Steuerzahlungen auf die Gewinne einzelner Konzernunternehmen durch die Gegenrechnung von Verlusten aus anderen Konzernunternehmen gesenkt werden können bzw. durch die geeignete Wahl eines Holdingsitzes in einem Niedrigsteuerland die Grenzsteuerbelastung insgesamt gesenkt werden kann. Durch derartige Konzernumbildungen wird das ausländische Produktionsvermögen der betroffenen Unternehmen in den Sektor der Beteiligungsgesellschaften umgruppiert. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Betätigung dieser umstrukturierten Unternehmensgruppen liegt aber – unabhängig von der buchungstechnischen Zuordnung – noch immer in der Herstellung und Verarbeitung industrieller Güter. Daher ist es nach Ansicht der Deutschen Bundesbank sinnvoll, die Wirtschaftszweige Verarbeitendes Gewerbe und Beteiligungsgesellschaften als weitgehend zusammengehörend zu betrachten. Für Baden-Württemberg bedeutet eine entsprechende Sichtweise, daß Ende 1994 mehr als vier Fünftel des Auslandsvermögens Investoren aus dem Verarbeitenden Gewerbe zuzurechnen sind.

Mehr als die Hälfte der Auslandsinvestitionen sind absatzorientiert

Wie bereits erwähnt, erschien der Anteil des Landes (23 %) an dem gesamten bundesweiten Auslandsvermögen in der Branche Handel überaus hoch. Die Gegen-

überstellung der baden-württembergischen Direktinvestitionen, differenziert nach Herkunfts- und Zielbranchen (*Tabelle 7*), zeigt darüber hinaus, daß von den heimischen Handelsunternehmen mit 1 218 Mill. DM erheblich weniger Investitionen ins Ausland flossen, als in diesem Sektor selbst investiert wurde (12,6 Mrd. DM). Auch in der Branche Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe verhält es sich ähnlich. An dem beträchtlichen Anstieg der Direktinvestitionsbestände waren die Investoren, die der gleichen Branche zuzuordnen sind, nur zu einem Drittel beteiligt. Die größte Diskrepanz zwischen geleisteten Investitionen (Anteil 5,7 %) und ausgewiesenen Vermögensbeständen (Anteil 31,2 %) betrifft allerdings die unternehmensorientierten Dienstleistungen. Die jeweiligen Differenzbeträge stammen überwiegend aus den Investorenbranchen des Verarbeitenden Gewerbes und der Beteiligungsgesellschaften.²⁸ In absoluten Zahlen ausgedrückt verfügten die heimischen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und der Beteiligungsgesellschaften Ende 1994 über einen Bestand an Direktinvestitionen in Höhe von 49,6 Mrd. DM (Bund: 255 Mrd. DM). Angelegt in ausländischen Investitionsobjekten des Verarbeitenden Gewerbes wurden allerdings nur 20,7 Mrd. DM (Bund 140 Mrd. DM). Das heißt bis Ende 1994 flossen mehr als die Hälfte (51 %)²⁹ der Auslandsinvestitionen baden-württembergischer Industrieunternehmen in die Absatzförderung (*Schaubild 5*). Der absatzorientierte Anteil der Direktinvestitionen dürfte sogar noch höher liegen, wenn man bedenkt, daß von den 3 Mrd. DM, die noch nicht von den Holdinggesellschaften an ihre Beteiligungsunternehmen weitergeleitet worden sind, wiederum ein größerer Teil Handels- und Finanzierungseinrichtungen zugute kommen dürfte. Bundesweit entfiel hingegen nur ein gutes Drittel der Direktinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes auf absatzfördernde Maßnahmen. Heimische Investoren aus dem Verarbeitenden Gewerbe haben demnach nicht nur neue Produktionsstätten im Ausland aufgebaut bzw. bestehende erweitert, sondern in einem weitaus größeren Umfang, als dies auf Bundesebene geschah, in den Aufbau und die Erweiterung weltweiter Vertriebs- und Serviceniederlassungen investiert. Der Attraktivitätsgewinn der unternehmensnahen Dienstleistungen für die Investoren aus dem Verarbeitenden Gewerbe dürfte seine Ursache ebenfalls primär in der Absatzförderung haben. Insbesondere der Straßenfahrzeugbau nutzt die Möglichkeit, potentiellen Käufern über Finanzierungseinrichtungen attraktive Kredit- und Leasingangebote zu offerieren.

27 Vergleich dazu im folgenden: Die Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland von Ende 1987 bis Ende 1989 sowie: Die Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland von Ende 1991 bis Ende 1993, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1991 und Mai 1995.

28 Dabei ist zu beachten, daß die Investoren, die dem Sektor Beteiligungsgesellschaften zuzuordnen sind, selbst wiederum mehrheitlich dem industriellen Sektor angehören dürften.

29 Von den 49,6 Mrd. DM die von Beteiligungsgesellschaften und dem Verarbeitenden Gewerbe im Ausland investiert wurden, sind 10,9 Mrd. DM (ohne die Auslandsinvestitionen der Privatpersonen) in den Handel und 14,3 Mrd. DM in Finanzierungsinstitutionen geflossen, beides Bereiche die primär der Absatzförderung dienen.

Tabelle 7

Unmittelbare und mittelbare baden-württembergische Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftszweigen und der ausländischen Investitionsobjekte 1990 und 1994

Wirtschaftszweig des deutschen Investors	Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts					
	Wirtschafts- zweige insgesamt ¹⁾	Verarbeitendes Gewerbe				
		zusammen	darunter			
			Chemische Industrie	Maschinen- bau	Straßenfahr- zeugbau	Elektro- technik
Mill. DM						
Ende 1990						
Wirtschaftszweige insgesamt ¹⁾	30 914	13 335	314	1 926	4 628	2 589
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	13 370	7 455	239	1 024	1 917	2 087
darunter						
Chemische Industrie	307	229	226	—	—	—
Maschinenbau	3 515	1 510	—	977	338	.
Straßenfahrzeugbau	1 069	595	—	.	564	.
Elektrotechnik	4 995	3 120	—	.	.	2 064
Handel	778	238	.	16	—	49
Kreditinstitute	345	—	—	—	—	—
Versicherungsunternehmen	1 559	—	—	—	—	—
Beteiligungsgesellschaften	12 084	4 605	56	561	2 655	378
Privatpersonen	1 974	963	10	284	55	75
Ende 1994						
Wirtschaftszweige insgesamt ¹⁾	57 730	22 232	925	2 970	7 221	4 426
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	19 576	11 982	597	1 975	2 833	3 307
darunter						
Chemische Industrie	824	702	588	—	—	—
Maschinenbau	4 980	2 659	—	1 929	516	44
Straßenfahrzeugbau	1 422	926	—	.	883	.
Elektrotechnik	7 407	4 644	—	.	.	3 221
Handel	1 218	214	.	23	.	9
Kreditinstitute	930	—	—	—	—	—
Versicherungsunternehmen	1 604	—	—	—	—	—
Beteiligungsgesellschaften	30 052	8 743	277	740	4 316	1 026
Privatpersonen	2 135	1 057	41	174	53	39

1) Einschließlich Bergbau.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

Kennzeichnend für die baden-württembergischen Direktinvestitionen ist der geringe Diversifikationsgrad, das heißt Investor und Investitionsobjekt sind im allgemeinen der gleichen Branche zuzuordnen. So betrug der Anteil der Kreditinstitute an den gesamten in dieser Branche angelegten Vermögensbeständen 82 %, in der Elektrotechnik waren es 72 %, im Maschinenbau 64 % und in der Chemischen Industrie 63 %. Nur im Handel und im Fahrzeugbau wurden die Vermögensbestände entscheidend durch Investoren aus anderen Wirtschaftszweigen geprägt. Die Gründe für den geringen Diversifikationsgrad dürften zum einen darin liegen, daß Unternehmen bei Investitionen in andere Branchen auf neuen Märkten operieren müßten, über die häufig nicht die erforderlichen Marktkenntnisse vorhanden sind. Zum an-

deren kann es beim Erwerb von Unternehmen aus anderen Geschäftsfeldern zu erheblichen Problemen bei der Eingliederung in die bisherige Unternehmensstruktur kommen.

Die differenzierte Betrachtung nach Herkunfts- und Zielbranchen hat gezeigt, daß die Ursachen der stark gestiegenen baden-württembergischen Direktinvestitionen bisher weniger in der Ausnutzung national gegebener Kostenvorteile lagen, sondern vielmehr in der Stärkung der Marktposition. Inwieweit es sich bei den nicht absatzorientierten Auslandsinvestitionen um eventuelle Reaktionen der heimischen Unternehmen auf verschlechterte Standortbedingungen handelt, kann aus dem statistischen Zahlenmaterial nicht entnommen werden. Aller-

zweigen der baden-württembergischen

Vor allem vier Länder engagieren sich in Baden-Württemberg

Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts				
Handel	Kredit-institute	Finanzie-rungs-institutionen	Ver-sicherungs-unternehmen	Beteiligungs-gesell-schaften
Mill. DM				
Ende 1990				
10 869	290	2 930	102	1 812
5 531	—	168	—	51
69	—	—	—	—
1 949	—	12	—	22
414	—	—	—	5
1 847	—	—	—	—
530	—	—	—	—
—	—	—	—	—
—	—	—	102	—
4 298	—	—	—	291
382	—	33	—	148
Ende 1994				
12 574	610	14 560	224	3 096
6 359	—	739	—	271
121	—	—	—	—
2 157	—	—	—	27
410	—	—	—	—
2 218	—	—	—	—
954	—	—	—	—
—	500	77	—	—
—	—	—	—	—
4 519	110	13 566	—	1 424
397	—	—	—	61

Ende 1994 beliefen sich die unmittelbaren³⁰ Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Baden-Württemberg auf 32,8 Mrd. DM. Während die baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland verhältnismäßig breit gestreut sind, konzentrieren sich die ausländischen Vermögensanlagen in Baden-Württemberg auf nur wenige Länder (*Schaubild 6*). Ende 1994 entfielen 85 % des gesamten ausländischen Direktinvestitionsvermögens bei heimischen Unternehmen auf nur vier Länder: Schweiz (30,6 %) Niederlande (28,9 %), Vereinigte Staaten (15,9 %) und Frankreich (9,6 %). Die Bedeutung der EU-Länder ist vor dem Hintergrund der Vollendung des europäischen Binnenmarktes seit Anfang der 90er Jahre beträchtlich gestiegen. Ihr Beteiligungsvermögen in Baden-Württemberg ist mit einer Höhe von 15,7 Mrd. DM nun annähernd so hoch wie das der übrigen industrialisierten westlichen Länder (16,9 Mrd. DM). Die Vermögensanlagen der Entwicklungsländer und Reformländer erreichten kaum nennenswerte Größenordnungen.

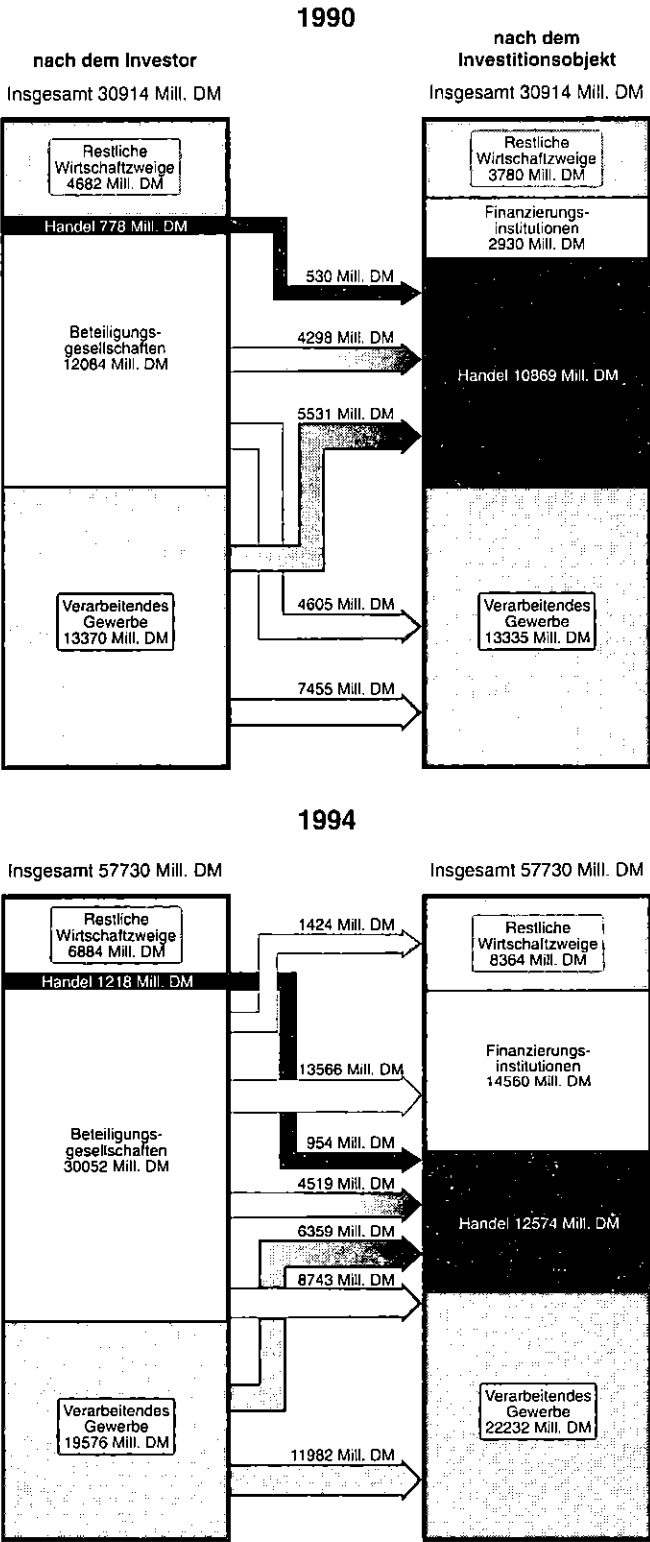
Die wichtigsten Kapitalanleger waren die Schweiz mit 10 Mrd. DM und die Niederlande mit 9,5 Mrd. DM (*Tabelle 8*). Beides Länder, in denen einige große multinationale Konzerne ihren Verwaltungssitz haben. Dadurch kann es leicht zu statistischen Verzerrungen kommen. Denn je mehr ausländische Investoren dazu übergehen, ihre baden-württembergischen Beteiligungen Holdinggesellschaften in diesen Ländern zuzuordnen, desto stärker nimmt das Gewicht dieser Länder gegenüber den restlichen Ländern zu. Die Entwicklung der Kapitalanlagen aus den einzelnen Ländern verlief seit 1990 aber recht uneinheitlich. Während die niederländischen (+ 176 %) und französischen (+ 81 %) Unternehmen ihre Vermögensanlagen in Baden-Württemberg deutlich ausbauten, verringerten die US-amerikanischen Investoren ihr Engagement in einem außerordentlich großen Umfang (– 46 %). Entsprechend ging der Anteil des Landes an den bundesweiten Direktinvestitionsbeständen der amerikanischen Unternehmen auf 8 % zurück (Anteil: 1986: 22 %). Bundesweit ging zwar der Anteil der Kapitalanlagen aus den Vereinigten Staaten ebenfalls zurück, die absoluten Vermögensbestände sind jedoch noch leicht (+ 13 %) gestiegen. Offensichtlich hat Baden-Württemberg aus der Sicht der US-amerikanischen Unterneh-

dings dürfte in der Vergangenheit bei diesen Investitionen auch die Übernahme bestehender Unternehmen eine wesentliche Rolle gespielt haben. Der primäre Zweck dieser Akquisitionen dürfte ebenfalls eher in der Generierung zusätzlicher Wachstumspotentiale gelegen haben. Der Erwerb bestehender Unternehmen ermöglicht einen schnellen und sicheren Zugang zu neuen Märkten und Technologien. Ferner können sich durch die Integration zweier Unternehmen neue Möglichkeiten zur Reduzierung der Kosten und Optimierung des Ressourceneinsatzes ergeben. Neuere Unternehmensbefragungen deuten hingegen darauf hin, daß sich das Gewicht bei den nicht absatzorientierten Direktinvestitionen immer deutlicher in Richtung kosteninduzierter Produktionsverlagerungen verschiebt.

30 Im folgenden werden entgegen der bisherigen Vorgehensweise nur die unmittelbaren Direktinvestitionen zugrundegelegt, da die Landeszentralbank das über abhängige inländische Holdinggesellschaften bestehende mittelbare ausländische Beteiligungsvermögen sowohl nach Herkunftsländern als auch nach -branchen erst seit 1991 ausweist.

Schaubild 5

Branchenstruktur*) der unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Direktinvestitionsbestände im Ausland nach ausgewählten Wirtschaftszweigen der baden-württembergischen Investoren und der Investitionsobjekte 1990 und 1994



*) Bestände > 500 Mill. DM; teilweise unterliegen Angaben der Geheimhaltung.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

204 97

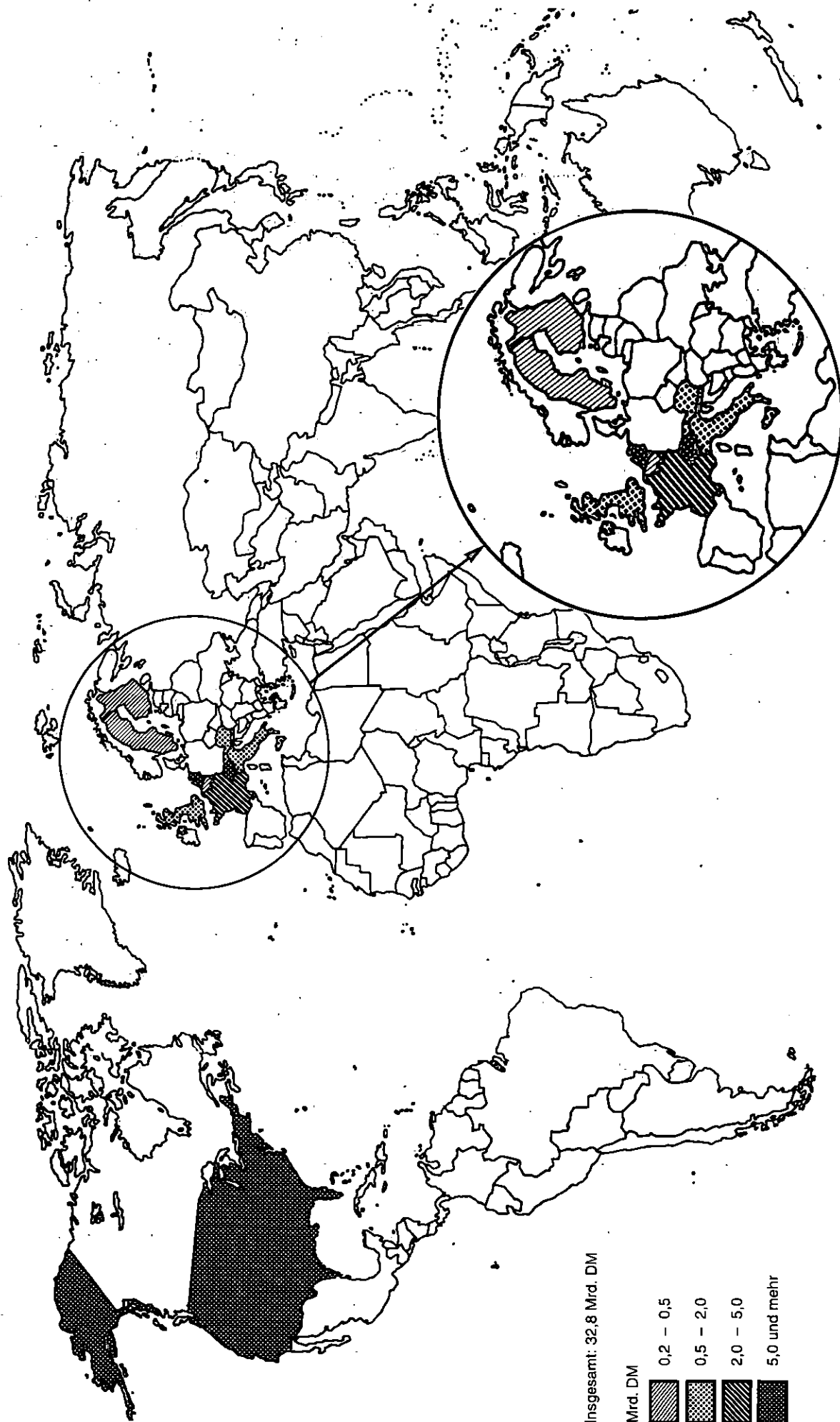
men im Vergleich zum Bund deutlich an Attraktivität verloren. Dagegen wird der Standort Baden-Württemberg von holländischen Investoren erfreulich positiv bewertet. Der Anteil Hollands an den unmittelbaren Direktinvestitionsbeständen ist von 12 % auf 29 % gestiegen. Die Vermögensanlagen aus der Schweiz stagnierten hingegen auf hohem Niveau.

Gemessen an der Dynamik, mit der sich die ausländischen Vermögensbestände der heimischen Investoren entwickelt haben, verläuft die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg sehr moderat. Von 1990 bis 1994 erhöhten sich die baden-württembergischen Vermögensbestände im Ausland um über 80 %. Im gleichen Zeitraum stiegen hingegen die unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg nur um knapp 12 % (Bund: + 37 %). Das Engagement der ausländischen Unternehmen in Baden-Württemberg war damit sogar noch deutlich schwächer als auf Bundesebene. Infolgedessen ist der Anteil Baden-Württembergs an den bundesweiten Vermögensbeständen ausländischer Unternehmen seit 1990 von 16 % auf 13 % zurückgegangen (Anteil 1986: 19 %).

Wachsende Bedeutung der Beteiligungsgesellschaften erschwert die Zuordnung der Direktinvestitionen

Durch die wachsende Bedeutung der Beteiligungsgesellschaften wird die Zuordnung der unmittelbaren ausländischen Vermögensanlagen zu inländischen Wirtschaftszweigen zunehmend problematischer. So haben die ausländischen Direktinvestitionen in Beteiligungsgesellschaften seit 1990 mit beinahe 100 % – im Verhältnis zu den anderen Branchen – ungewöhnlich stark zugenommen (Bestand Ende 1994: 16,2 Mrd.), während im Gegenzug das ausländische Unternehmensvermögen im Verarbeitenden Gewerbe um 30 % auf 11,7 Mrd. DM abnahm (Tabelle 9). Auf den ersten Blick könnte man aus dieser Entwicklung allzu leicht den Schluß ziehen, daß die ausländischen Unternehmen bei ihrer Investitionstätigkeit eine eindeutige Verlagerung hin zum Dienstleistungssektor vollzogen haben. Allerdings hängt diese Schwerpunktverschiebung in nicht unerheblichen Maße mit der Umgruppierung einzelner Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe in den Wirtschaftszweig Beteiligungsgesellschaften zusammen. Auch bei den neuen Engagements ausländischer Investoren, die in den Beteiligungsgesellschaften erfaßt werden, dürfte ein erheblicher Teil eher dem Verarbeitenden Gewerbe zuzurechnen.

Ausländische Direktinvestitionen¹⁾ in Baden-Württemberg 1994



¹⁾ Unmittelbare Direktinvestitionsbestände.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

nen sein.³¹ Insgesamt sind daher die ausländischen Vermögensanlagen im Verarbeitenden Gewerbe deutlich höher, als dies in den unmittelbaren Beständen zum Ausdruck kommt.

31 Wie bereits erwähnt, werden diese "indirekten Direktinvestitionsvermögen", die über Holdinggesellschaften in Baden-Württemberg gehalten werden, erst seit 1991 den Wirtschaftszweigen zugeordnet, zu denen diese Vermögensanlagen tatsächlich geflossen sind, nachdem sie von der Holdinggesellschaft weitergeleitet wurden. Legt man die für 1994 vorliegenden unmittelbaren und mittelbaren ausländischen Direktinvestitionen zugrunde, wird für das Verarbeitende Gewerbe ein Vermögensbestand von 18,5 Mrd. DM ausgewiesen. Das heißt, rund 40 % der ausländischen Vermögensbestände, die den Beteiligungsgesellschaften zugeordnet sind, werden nach erfolgter Konsolidierung in das Verarbeitende Gewerbe umgebucht.

Wichtigste Zielbranche: Büromaschinen und DV-Geräte

Die wichtigste Anlagebranche im Verarbeitenden Gewerbe ist der Bereich Büromaschinen und Datenverarbeitung, auf den knapp 7 % aller ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg entfielen. Es folgen die Elektrotechnik (6 %), der Maschinenbau (5 %) und die Chemische Industrie (4 %). Betrachtet man die Veränderungsraten der Bestandswerte seit 1990, fällt der relativ starke Rückgang (– 60 %) in der Branche Büromaschinen und Datenverarbeitung auf. Ein Großteil dieses Rückgangs dürfte sicherlich auf statistische Umgruppierungen zurückzuführen sein, da eine der wichtigsten

Tabelle 8

Unmittelbares ausländisches Direktinvestitionsvermögen in Baden-Württemberg 1986, 1990 und 1994 nach Herkunftsland

– Bestände jeweils zum Jahresende –

Herkunftsland	Bestand	Anteil des Herkunftslandes			Anteil am Bundesgebiet		Nachrichtlich: Bestandsveränderungen			
	1994	1990	1986	1994	1986 ¹⁾	1994 gegen 1990	1994 gegen 1986			
	Mill. DM	%								
Industrialisierte westliche Länder	32 614	99,4	97,9	96,8	13,8	19,1	+	13,5	+	86,5
davon EU-Länder ²⁾	15 671	47,8	26,1	19,6	14,0	11,5	+	104,6	+	342,6
davon Belgien	344	1,0	0,2	0,1	5,8	2,1	+	405,9	+	1 223,1
Dänemark	.	.	0,3	0,3	.	7,7
Frankreich	3 165	9,6	6,0	5,2	15,7	15,9	+	81,0	+	240,3
Griechenland
Großbritannien	1 174	3,6	2,2	8,3	6,1	16,7	+	84,3	–	21,6
Irland	2	0,0	0,0	0,0	0,4	12,5	–	50,0	.	0,0
Italien	1 077	3,3	4,7	3,6	35,6	38,6	–	21,4	+	67,2
Luxemburg	124	0,4	0,7	0,2	3,3	5,8	–	41,2	+	210,0
Niederlande	9 487	28,9	11,7	1,7	17,4	2,8	+	176,3	+	2 911,7
Portugal	–	–	.	.	–
Spanien	111	0,3	0,3	0,2	10,3	11,4	+	35,4	+	282,8
Übrige industrialisierte westliche Länder	16 943	51,6	71,8	77,2	13,5	23,0	–	19,6	+	21,5
darunter Japan	185	0,6	0,7	0,8	1,3	2,2	–	4,6	+	34,1
Kanada	35	0,1	0,0	0,0	1,3	0,5	+	250,0	+	600,0
Österreich	668	2,0	1,5	1,0	12,5	14,0	+	55,3	+	286,1
Schweden	314	1,0	1,0	0,8	4,9	7,2	+	12,1	+	125,9
Schweiz	10 038	30,6	34,7	32,1	34,3	42,0	–	1,4	+	73,0
USA	5 212	15,9	32,8	42,3	8,3	21,6	–	45,8	–	31,8
Entwicklungsländer zusammen	178	0,5	2,0	2,1	2,9	14,6	–	68,9	–	52,2
darunter Brasilien	16	0,0	0,0	0,1	10,7	14,0	+	220,0	+	14,3
Reformländer	17	0,1	0,1	0,1	0,8	3,9	–	19,0	–	34,6
Insgesamt	32 810	100	100	100 ³⁾	13,4	18,9	+	11,8	+	81,7

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) EU 12. – 3) Einschließlich regional nicht aufteilbar.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Tabelle 9

Branchenstruktur des unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionsvermögens in Baden-Württemberg 1986, 1990 und 1994

– Bestände jeweils zum Jahresende –

Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	Bestand	Anteil des inländischen Wirtschaftszweiges			Anteil am Bundesgebiet		Nachrichtlich: Bestandsveränderungen	
	1994	1990	1986	1994	1986 ¹⁾	1994 gegen 1990	1994 gegen 1986	
	Mill. DM	%						
Verarbeitendes Gewerbe	11 701	35,7	57,3	70,8	19,7	28,1	– 30,4	– 8,5
darunter								
Chemische Industrie	1 329	4,1	10,1	14,3	11,6	29,2	– 55,2	– 48,4
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	654	2,0	1,8	2,9	27,2	23,6	+ 22,2	+ 23,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	290	0,9	1,2	0,9	20,0	20,5	– 20,3	+ 83,5
Maschinenbau	1 511	4,6	4,7	4,9	26,4	26,0	+ 10,3	+ 71,1
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2 214	6,7	18,9	24,5	78,7	87,8	– 60,0	– 50,0
Straßenfahrzeugbau	905	2,8	2,9	2,9	13,0	15,5	+ 8,0	+ 73,0
Elektrotechnik	1 819	5,5	5,7	9,1	23,7	32,9	+ 8,5	+ 11,0
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ²⁾	1 315	4,0	4,8	5,1	52,4	37,0	– 6,5	+ 43,9
Ernährungsgewerbe	672	2,0	1,9	2,0	13,9	14,4	+ 23,3	+ 90,4
Handel	3 304	10,1	10,1	7,5	8,0	8,2	+ 11,0	+ 144,7
Kreditinstitute	418	1,3	0,8	0,5	3,5	1,1	+ 68,5	+ 386,0
Beteiligungsgesellschaften	16 205	49,4	27,7	18,4	14,3	17,3	+ 99,1	+ 388,2
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	819	2,5	3,1	1,5	5,6	5,9	– 8,5	+ 194,6
Restliche Wirtschaftszweige ⁴⁾	363	1,1	1,0	1,3	8,4	12,3	+ 30,1	+ 52,5
Insgesamt	32 810	100	100	100	13,4	18,9	+ 11,8	+ 81,7

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 3) Einschließlich Finanzierungs-
institutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. – 4) Einschließlich Bergbau, Baugewerbe, Verkehr und
Nachrichtenübermittlung.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

ausländischen Tochtergesellschaften in dieser Branche, die IBM Deutschland GmbH, ihre bundesweiten Aktivitäten unter dem Dach einer Holdinggesellschaft – mit Sitz in Berlin – zusammengefaßt hat. Darüber hinaus verkaufte das Unternehmen seine Leiterplattenaktivitäten an ein deutsches Unternehmen. Bei der Halbleiterproduktion wurde ein Joint-Venture mit dem niederländischen Unternehmen Philips eingegangen. Auch in den Branchen Chemische Industrie (– 55 %) sowie Feinkeramik und Glas (– 20 %) haben die ausländischen Investoren ihr Beteiligungsvermögen in Baden-Württemberg deutlich reduziert. Leichte Zuwächse konnten beim Handel (+ 11 %), im Maschinenbau (+ 10 %), in der Elektrotechnik (+ 9 %) und im Straßenfahrzeugbau (+ 8 %) realisiert werden.

Ausländer haben ihr Engagement im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg deutlich stärker reduziert als in anderen Bundesländern. Während auf Bundesebene die unmittelbaren ausländischen Kapitalanlagen im Verarbeitenden Gewerbe seit 1986 um 30 % gestiegen sind, gingen sie in Baden-Württemberg um über 8 % zurück. Entsprechend verringerte sich der Anteil des Landes an den bundesweiten Vermögensanlagen der Ausländer im Verarbeitenden Gewerbe auf 20 % (Anteil 1986: 28 %). Dennoch weisen die ausländischen Kapitalanlagen in Baden-Württemberg noch immer eine ausgeprägte Industrieorientierung auf. Innerhalb der einzelnen Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes, in denen ausländische Unternehmen Beteiligungsvermögen besitzen, hat Baden-Württemberg gegenüber

dem Bundesgebiet in der Regel eine herausragende Stellung. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil des Landes im Bereich Datenverarbeitung/Büromaschinen (79 %). Aber auch in der Feinmechanik/Optik (52 %), der Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren (27 %), dem Maschinenbau (26 %) und der Elektrotechnik (24 %) besitzt Baden-Württemberg gegenüber dem Bundesgebiet eine herausragende Position. Unterproportional ist der Anteil des Landes dagegen in der Chemischen Industrie (12 %) und im Straßenfahrzeugbau (13 %). Insbesondere in der kapitalintensiven Chemischen Industrie (– 55 %) haben ausländische Investoren ihr Engagement seit 1990 stark verringert. Die Attraktivität Baden-Württembergs als Standort für Handelsniederlassungen (8 %) ist ebenfalls nur gering. Da diese Handels- und Vertriebsniederlassungen in der Regel für den bundesweiten Absatz der ausländischen Produkte zuständig sind, scheinen andere Bundesländer allein schon aus geographischen Gesichtspunkten Standortvorteile zu haben. Auch im Bereich der sonstigen Dienstleistungen und der Kreditinstitute ist der auf Baden-Württemberg entfallende Anteil des gesamten ausländischen Beteiligungsvermögens äußerst gering.

294 000 Beschäftigte in Unternehmen mit Auslandsbeteiligung

In den 1 855 baden-württembergischen Unternehmen mit maßgeblicher ausländischer Kapitalbeteiligung waren Ende 1994 294 000 Personen beschäftigt (*Anhangstabelle 1*). Das waren 157 000 Personen weniger, als umgekehrt in baden-württembergischen Tochter- und Enkelgesellschaften im Ausland beschäftigt waren. Ein Anteil von knapp 18 % aller Beschäftigten, die in Deutschland in Unternehmen mit Auslandsbeteiligung tätig waren, entfiel damit auf Baden-Württemberg (*Anhangstabelle 2*). Die Aufgliederung der Beschäftigten nach Branchen, zeigt eine starke Konzentration auf das Verarbeitende Gewerbe, in dem allein 242 000 (82 %) der Arbeitsplätze angesiedelt waren (Anteil am Bund: 22 %). Die dominierenden Zielbranchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren die Elektrotechnik (46 000), der Maschinenbau (40 000), die Chemische Industrie (27 000) und die Branche Büromaschinen und Datenverarbeitung (24 000). Der Anteil Baden-Württembergs an den Beschäftigten in Auslandsunternehmen im Bundesgebiet war vor allem in den Wirtschaftszweigen Büromaschinen und Datenverarbeitung (73 %), Elektrotechnik (28 %), Maschinenbau (27 %) und Feinmechanik/Optik (27 %) außerordentlich hoch.

Von 1990 bis Ende 1994 reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten in den ausländischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg um 59 000 (– 19,6 %). Im gleichen Zeitraum verringerte sich

die Zahl der Beschäftigten in allen baden-württembergischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes um 16 %. Zum Vergleich: Im Bundesgebiet verringerten sich die Personalbestände in den betreffenden Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes um 138 000 (– 11 %). Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren vor allem die Elektrotechnik (– 20 000), die Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten (– 14 000), der Maschinenbau (– 10 000) und die Chemische Industrie (– 7 000) besonders stark von dem Rückgang der Beschäftigten betroffen. Allerdings dürfte ein wesentlicher Anteil des Beschäftigungsrückgangs in der Branche Büromaschinen/DV auf einen statistischen Effekt (Gründung einer Holdinggesellschaft von IBM in Berlin) zurückzuführen sein. Hingegen erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im Handel um 5 000 auf nunmehr 31 000. Inwieweit es sich dabei allerdings um einen tatsächlichen Verlust an Arbeitsplätzen bzw. um neue Arbeitsplätze handelt ist aus dem statistischen Material nicht ersichtlich. Denn die Beschäftigtenzahlen in Unternehmen mit maßgeblicher ausländischer Kapitalbeteiligung können einerseits in hohem Maße durch Akquisitionen und Veräußerungen, andererseits aber auch durch die Verlagerung des Unternehmens- oder Holdingsitzes beeinflusst sein. In beiden Fällen wird in der Bestandsstatistik ein Anstieg oder Rückgang der Beschäftigten ausgewiesen, obwohl keine neuen Arbeitsplätze geschaffen wurden bzw. bestehende abgebaut wurden. Allerdings kann man davon ausgehen, daß der starke Rückgang der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs auch tatsächliche Arbeitsplatzverluste beinhalten dürfte. Aufgrund einer ungünstigen Preis- und Kostenentwicklung im Inland und einer allgemeinen Investitionsschwäche im Ausland sowie des Auftretens struktureller Probleme, waren sicherlich auch die Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung zu einer drastischen Anpassung ihrer Beschäftigungsstruktur gezwungen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder zu erlangen. Der im Vergleich zum Bundesgebiet relativ stärkere Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe dürfte mit der starken Stellung der Auslandsunternehmen im Investitionsgütergewerbe Baden-Württembergs zusammenhängen, da dieser Bereich besonders sensibel auf die nachlassende Auslandsnachfrage reagierte.

Direktinvestitionen "per se" kein Indikator für Standortqualität

Aus der Entwicklung der ein- und ausfließenden Direktinvestitionen werden häufig Rückschlüsse auf die Standortqualität eines Landes gezogen. Steigende Nettokapitalabflüsse werden üblicherweise als ein Zeichen für ein weniger günstiges wirtschaftliches Umfeld gewertet. Dies scheint zunächst auch unmittelbar einleuchtend, denn das international mobile Kapital sucht sich auf der Welt die

günstigsten Bedingungen für seine Verwendung heraus. Vor diesem Hintergrund scheinen auch die wachsenden Nettokapitalexporte Baden-Württembergs auf eine Standortschwäche hinzuweisen. Allerdings darf man die Bedeutung der Direktinvestitionen als Indikator für die Attraktivität eines Standortes nicht überschätzen, denn nicht jede Investition im Ausland stellt eine Reaktion auf sich verschlechternde Standortbedingungen im Inland dar. Zudem werden Umfang und Struktur der Beschäftigung, Produktion und Güterströme eines Landes durch die steigende Kapitalverflechtung auf vielseitige und komplexe, oft auch sehr indirekte Weise beeinflusst. So können Auslandsinvestitionen dem Aufbau von Vertriebs- und Handelsniederlassungen, also absatzfördernden Tätigkeiten, dienen, wodurch die inländische Produktion und Beschäftigung stimuliert wird. Auslandsinvestitionen können auch die inländische Beschäftigungsentwicklung stabilisieren, wenn durch die konsequente Nutzung ausländischer Standortvorteile (zum Beispiel für arbeitsintensive Wertschöpfungsstufen) die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der verbleibenden Unternehmensbereiche sichergestellt wird.

Auch der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, daß aus der alleinigen Betrachtung der Direktinvestitionsentwicklung keine generelle Aussage über die Stärke oder Schwäche eines Standortes gemacht werden kann. Selbst ein Land wie Großbritannien, dem im Bezug auf die in der Vergangenheit durchgeführten wirtschaftlichen Reformen ein eher günstiges wirtschaftliches Umfeld attestiert wird, hatte 1991 mit – 24,7 Mrd. DM noch ein beträchtliches Defizit in der Direktinvestitionsbilanz. Teilweise können auch nationale Interessen einem verstärkten Engagement ausländischer Unternehmen entgegenstehen.

Die geringe Börsenkapitalisierung deutscher Unternehmen erschwert ebenfalls ein verstärktes Engagement ausländischer Unternehmen in Deutschland.³² Potentielle Kaufinteressenten müssen in Deutschland öfter als beispielsweise in Großbritannien direkt mit dem Eigentümer eines Unternehmens in Kaufverhandlungen treten. Dadurch können gegenüber einem Kauf von Aktien zusätzliche Kosten anfallen, die den Kaufpreis eines Unternehmens erhöhen. Insbesondere besteht die Möglichkeit, daß der Verkäufer einen Teil der durch den Zusammenschluß der Unternehmen entstehenden Synergieeffekte durch einen Preisaufschlag abzuschöpfen versucht. Der Erwerb von Unternehmen in Deutschland ist daher vergleichsweise teurer als beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien.

Aussagefähiger ist die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit

Wesentlich bedeutsamer für die Beurteilung des heimischen Standortes ist die Entwicklung des gesamten inländischen Investitionsvolumens. Wenn sich die internationale Mobilität des Kapitals in der Vergangenheit tatsächlich erhöht hat, müßten verschlechterte Standortbedingungen nicht nur ausländische Investoren von einem Engagement im Inland abhalten, sondern auch inländische Investoren müßten am heimischen Standort bedeutend weniger investieren. Betrachtet man die zeitliche Entwicklung der realen Pro-Kopf-Investitionen, so zeigt sich, im Gegensatz zur Direktinvestitionsentwicklung, ein weitaus positiveres Bild für Baden-Württemberg (Tabelle 10). Selbst gegenüber Ländern, die in den letzten Jahren verstärkt von dem Zufluß ausländischer Direktinvestitionen profitiert haben (Großbritannien, Belgien, Niederlanden und die Vereinigten Staaten), hat sich die relative Position Baden-Württembergs bei den realen Pro-Kopf-Investitionen kaum verändert. Auch der Vergleich der Veränderungsraten (1990/94 gegenüber 1985/89) läßt kein deutliches Nachlassen der inländischen Investitionsdynamik erkennen. Im Vergleich zu Großbritannien war die Entwicklung in Baden-Württemberg sogar noch wesentlich dynamischer. Allerdings wird die hohe Zuwachsrate von 9,6 % entscheidend von der hohen Investitionsdynamik in den frühen 90er Jahren geprägt. Seither hat sich die Investitionstätigkeit in Baden-Württemberg deutlich abgeschwächt.

Wie diese Überlegungen zeigen, kann die Entwicklung der Direktinvestitionen zwar auf eventuelle Schwächen des heimischen Standortes hinweisen, ein Defizit in der Direktinvestitionsbilanz ist per se allerdings kein hinreichender Indikator für die Qualität eines Standortes.

Ersetzen Direktinvestitionen Exporte?

Im Zusammenhang mit den stark gestiegenen Auslandsinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen werden erhebliche negative Auswirkungen auf die heimische Beschäftigung erwartet. Angesichts der gegenwärtig nur schwach ausgeprägten Bereitschaft der Unternehmen, im Inland zu investieren und der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit wiegen diese Befürchtungen um so schwerer. Denn die hohe Arbeitslosigkeit kann in einem Land, das – wie Baden-Württemberg – besonders stark in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist nur gesenkt werden, wenn es auf Dauer gelingt, im internationalen Vergleich rentabel zu produzieren. Rentabel produzieren heißt aus unternehmerischer Sicht, daß die Erlöse aus den verkauften Produkten ausreichen, um die Produktionsfaktoren zu entlohnen und darüber hinaus einen angemessenen Gewinn sicherstellen. Ist diese Voraussetzung nicht mehr gegeben, werden die Unter-

32 Vergleiche dazu im folgenden: Klödt, H. / Maurer, R.: Internationale Direktinvestitionen: Determinanten und Konsequenzen für den Standort Deutschland, in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 284; S. 27 ff.

nehmen – sowohl die inländischen als auch die ausländischen – ihre Investitionen in anderen Ländern tätigen. Die arbeitsplatzwirksamen Kapazitäts- und Einkommenseffekte zusätzlicher Investitionen bleiben im Inland aus. Auswirkungen auf die Beschäftigung können sich aber nicht nur aus den unmittelbaren Effekten unterlassener Investitionen im Inland ergeben, sondern auch aus einer eventuellen Substitution bisheriger Exporte durch die Aufnahme der Produktionstätigkeit im Ausland.

Unmittelbar einleuchtend sind exportsubstituierende Wirkungen, wenn im internationalen Vergleich ungünstige Kostenrelationen für den heimischen Standort die Unternehmen aus den arbeitsintensiven Branchen dazu veranlassen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Die Produktionsaufnahme im Ausland bedeutet einen Wegfall vormals inländischer Produktion, da nun der ausländische Absatzmarkt durch die Produktion der Auslands-tochter versorgt wird. Darüber hinaus produzieren die Auslandsstöchter der heimischen Unternehmen nicht nur für den lokalen Markt des Landes, in dem die Auslands-tochter ihren Sitz hat, sondern in der Regel werden sie auch Drittländer beliefern. Ein weiterer Verlust von Exporten ist die Folge. Zudem wird ein Teil der in den Auslandsstöckern erstellten Güter reimportiert.

Diesen exportsubstituierenden Effekten stehen aber auch exportstimulierende Wirkungen gegenüber. Aufgrund der engen Verflechtung zwischen dem heimischen Mutter- und den ausländischen Tochterunternehmen werden oftmals zusätzliche Exporte von Investitionsgütern induziert. Insbesondere kann man davon ausgehen, daß die Ausstattung der Auslandsstöchter mit Anlagegütern und Betriebsmitteln vom Inland aus erfolgt. Exportsteigernde Wirkungen können sich auch durch die Zulieferung von Vor- und Zwischenprodukten des Mutterunternehmens zur Weiterverarbeitung an die ausländische Tochter ergeben.

Ein Großteil der Auslandsinvestitionen betrifft – wie bereits erwähnt – den Aufbau von Vertriebs- und Serviceeinrichtungen und Ersatzteillagern, da unternehmenseigene Vertriebsseinrichtungen in der Regel effektiver arbeiten und besser zu kontrollieren sind als lokale Vertriebspartner und Vertreter. Durch die lokale Präsenz auf dem Auslandsmarkt steigen die Möglichkeiten, diese Märkte zu erschließen und erworbene Marktanteile abzusichern. Der enge Kontakt zum Kunden führt nicht nur zu zusätzlichen Werbeeffekten, sondern ist auch die Voraussetzung für langfristig wachsende Exporte. Zudem können die Auslandsinvestitionen einiger früherer Pionierunter-

Tabelle 10

Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner ausgewählter Länder 1970 bis 1994

– in Preisen von 1990 –

Land	1970-1974	Rang	1975-1979	Rang	1980-1984	Rang	1985-1989	Rang	1990-1994	Rang
	US-\$		US-\$		US-\$		US-\$		US-\$	
Baden-Württemberg ¹⁾	4 896	2	4 843	2	5 257	2	5 525	3	6 055	3
Deutschland ²⁾	4 486	3	4 204	4	4 634	4	4 860	4	4 773	5
Frankreich	3 568	7	3 608	6	3 592	6	3 871	6	4 258	6
Italien	3 062	8	2 993	9	3 192	8	3 442	9	3 688	10
Niederlande	3 632	5	3 442	7	3 158	9	3 668	8	3 896	7
Belgien	2 678	10	2 987	10	2 655	10	2 936	11	3 752	9
Großbritannien	2 271	11	2 311	11	2 237	12	2 953	10	3 044	11
Irland	1 711	13	1 991	13	2 289	11	1 915	13	2 150	13
Spanien	2 032	12	2 102	12	1 854	13	2 305	12	2 924	12
Portugal	1 347	14	1 289	14	1 420	14	1 443	14	1 917	14
USA	2 964	9	3 093	8	3 197	7	3 705	7	3 880	8
Japan	4 290	4	4 517	3	4 912	3	6 030	2	7 635	2
Schweiz	6 321	1	5 356	1	6 329	1	7 903	1	8 393	1
Österreich	3 583	6	3 946	5	3 948	5	4 388	5	5 288	4

1) Eigene Schätzung. – 2) Bis einschließlich 1989 früheres Bundesgebiet.

Quelle: OECD, eigene Berechnungen.

nehmen dazu beitragen, der Technologie und den Standards des Heimatlandes zum Durchbruch auf den neuen Märkten zu verhelfen. Dadurch steigen auch die Exportchancen von Unternehmen aus anderen Wirtschaftszweigen, wodurch die inländische Beschäftigung positiv beeinflusst wird. Daneben führen die von den inländischen Unternehmen durchgeführten Auslandsinvestitionen zu erheblichen Kapazitäts- und Einkommenseffekten im Ausland. Die gestiegene Kaufkraft führt zu zusätzlicher Nachfrage nach Exportgütern.

Wie die bisherigen Ausführungen zeigten, kann die Direktinvestitionstätigkeit der heimischen Unternehmen sowohl zu exportstimulierenden als auch zu exportsubstituierenden Effekten führen. Sollten die exportsubstituierenden Wirkungen dominieren, wäre im Zeitablauf zu erwarten, daß diejenigen Branchen, die in der Vergangenheit ein hohes durchschnittliches Wachstum an Direktinvestitionen zu verzeichnen hatten, auch durch ein deutlich geringeres Wachstum bzw. einen absoluten Rückgang der Exporte gekennzeichnet sind. Und umgekehrt: Sollten die exportstimulierenden Effekte dominieren, müßten die Exporte in den eher stark im Ausland investierenden Branchen auch verstärkt zunehmen, zumindest aber nicht abnehmen.

Veränderung 1975-1979 gegen 1970-1974	Veränderung 1980-1984 gegen 1975-1979	Veränderung 1985-1989 gegen 1980-1984	Veränderung 1990-1994 gegen 1985-1989
%			
- 1,1	+ 8,5	+ 5,1	+ 9,6
- 6,3	+ 10,2	+ 4,9	- 1,8
+ 1,1	- 0,4	+ 7,8	+ 10,0
- 2,3	+ 6,6	+ 7,8	+ 7,1
- 5,2	- 8,3	+ 16,1	+ 6,2
+ 11,5	- 11,1	+ 10,6	+ 27,8
+ 1,8	- 3,2	+ 32,0	+ 3,1
+ 16,4	+ 15,0	- 16,3	+ 12,3
+ 3,4	- 11,8	+ 24,3	+ 26,9
- 4,3	+ 10,2	+ 1,6	+ 32,8
+ 4,4	+ 3,4	+ 15,9	+ 4,7
+ 5,3	+ 8,7	+ 22,8	+ 26,6
- 15,3	+ 18,2	+ 24,9	+ 6,2
+ 10,1	+ 0,1	+ 11,1	+ 20,5

Exporte und Direktinvestitionen verlaufen weitgehend parallel

Zwischen der regionalen Struktur der baden-württembergischen Exporte und der Struktur der Direktinvestitionen besteht eine weitgehende Übereinstimmung (*Tabelle 11*). Die 13 Länder auf die mehr als 70 % der heimischen Exporte entfielen, waren zugleich auch die Zielländer von mehr als 88 % der Direktinvestitionen. Nur in drei Ländern (Italien, USA und Brasilien) sind größere Abweichungen zwischen Export- und Direktinvestitionsstruktur festzustellen. Während auf die Vereinigten Staaten und Brasilien bedeutend mehr Direktinvestitionen entfielen, als aufgrund der Exportströme in diese Länder zu erwarten gewesen wäre, verhielt es sich bei Italien gerade umgekehrt. Die Ursache für den zum Exportvolumen von 10 % überproportionalen Anteil (33 %) der Vereinigten Staaten an den baden-württembergischen Direktinvestitionen ist vermutlich in dem außerordentlich starken Wettbewerb auf diesem attraktiven Markt zu suchen. Die Erschließung neuer Marktanteile und die Absicherung bisheriger Marktpositionen dürfte auf hart umkämpften Märkten eine ungleich höhere lokale Präsenz als auf weniger wettbewerbsintensiven Märkten erfordern. Aber auch die zum Teil deutliche Unterbewertung des amerikanischen Dollars – seit Mitte der 80er Jahre – hat eher für ein direktes Engagement, denn für ein exportorientiertes Vorgehen gesprochen. Die deutliche Differenz zwischen Ausfuhr- und Direktinvestitionsanteilen (Direktinvestitions-Ausfuhr-Relation: 273) im Falle Brasiliens ist sicherlich größtenteils mit der Importsubstitutionsstrategie der brasilianischen Regierung zu erklären. Um zu verhindern, daß ausländische Unternehmen die Nachfrage auf dem brasilianischen Markt durch Exporte anstatt durch lokale Produktion abdecken, wurden für bestimmte Güter Local Content Vorschriften erlassen. Darin werden beispielsweise gebietsansässigen Automobilproduzenten erhebliche Zollsatzsenkungen für Rohstoffe, Autoteile und Pkw zugestanden, wobei allerdings für die im Inland hergestellten Pkw ein Local Content von 60 % vorgeschrieben ist.

Blickt man auf die Beschäftigten-Ausfuhr-Relation, müßten diejenigen Länder, die primär Zielregionen von Verlagerungen arbeitsintensiver Produktionen sind, bzw. bei denen der Charakter der Direktinvestitionen tendenziell eher substituierend denn komplementär zur Ausfuhr ist, einen hohen Wert aufweisen. Und umgekehrt wird der Wert der Relation relativ gering sein, wenn die Direktinvestitionen eher komplementären – also absatzorientierten – Charakter haben. Wie sich zeigt, ergeben sich für die industrialisierten Länder in der Regel sehr niedrige Werte; mithin dürfte bei den Auslandsinvestitionen eher die Absatzorientierung im Vordergrund stehen. Demgegenüber läßt sich aus den eher höheren Werten für die Entwicklungs- und Reformländer auf eine stärkere Produktionsorientierung mit bisher geringeren komplementären Wirkungen auf den Export schließen.

Tabelle 11

Direktinvestitionen*) und Beschäftigte im Ausland) Ende 1994 sowie Exporte Baden-Württembergs 1995 nach Zielländern mit hohen Direktinvestitionsbeständen**

Zielland	Exporte		Direktinvestitionen		Beschäftigte		Direktinvestitionen ¹⁾	Beschäftigte ²⁾
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	in Relation zum Ausfuhrwert	
Frankreich	11,5	1	8,5	2	13,3	2	34	4
USA	10,0	2	32,8	1	14,4	1	153	5
Schweiz	8,6	3	6,7	6	3,3	7	36	1
Italien	7,7	4	2,7	10	2,9	8	16	1
Großbritannien	6,7	5	7,3	3	3,8	6	50	2
Österreich	5,6	6	2,9	9	5,1	4	24	3
Niederlande	5,2	7	6,8	5	2,0	10	61	1
Belgien / Luxemburg	4,2	8	7,0	4	1,8	11	78	2
Japan	3,5	9	2,4	11	2,2	9	32	2
Spanien	3,4	10	3,4	8	5,1	4	46	5
Schweden	2,4	11	0,5	13	0,4	13	10	1
Brasilien	1,1	12	6,3	7	12,2	3	273	41
Kanada	0,7	13	1,0	12	1,1	12	65	6
Industrialisierte westliche Länder	78,4	X	86,5	X	60,5	X	51	3
davon								
EU - Länder ³⁾	50,5	X	38,6	X	31,5	X	36	2
übrige industrialisierte westliche Länder	27,9	X	47,9	X	29,0	X	80	4
Entwicklungsländer	14,6	X	11,4	X	27,7	X	36	7
Reformländer	7,0	X	2,1	X	12,0	X	14	6

*) Bestände an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen im Ausland. – **) Beschäftigte in Unternehmen im Ausland mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung. – 1) (Direktinvestitionsbestand / Exportwert) x 100. – 2) Auslandsbeschäftigte je Mill. DM Exportwert. – 3) Je- weiliger Gebietsstand.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Eine ergänzende Darstellung der sektoralen Struktur der Direktinvestitionen (Tabelle 12) zeigt in der Tendenz ebenfalls die eher exportfördernde Wirkung, da die Branchen mit überdurchschnittlich hohen Direktinvestitionsbeständen in der Regel auch eine hohe Exportquote aufweisen. Andererseits ist der Zusammenhang zwischen hoher Exportquote und dem auf diese Länder entfallenden Direktinvestitionsanteil weniger ausgeprägt als bei der regionalen Struktur. Dies gilt besonders für die Branchen Feinmechanik/Optik und EBM-Waren, Chemische Industrie, Kunststoffe/Gummiwaren sowie die Eisen- und Stahlerzeugung. Obwohl Investoren aus diesen Branchen nur in geringem Umfang im Ausland Beteiligungsvermögen erworben haben, werden hier überdurchschnittlich hohe Exportquoten ausgewiesen. Diese Abweichungen sind zum einem damit zu erklären, daß einige bedeutende Unternehmen dieser Branchen selbst wiederum direkte Tochterunternehmen von ausländischen Konzernen sind, bzw. einer Holdinggesellschaft eines Auslandskonzerns zugerechnet werden, deren Sitz sich in

einem anderen Bundesland befindet. Da Auslandsinvestitionen bei derartigen Konstellationen in der Regel nicht von den Tochterunternehmen selbst, sondern von den Stammhäusern oder den Holdinggesellschaften durchgeführt werden, sind die ausgewiesenen Direktinvestitionsbestände in diesen Branchen vergleichsweise niedrig. Besonders deutlich tritt dies bei der Branche Büromaschinen/DV-Geräte zutage. Diese Branche wird in Baden-Württemberg von drei großen Auslandskonzernen (Philips, IBM und Hewlett-Packard) entscheidend geprägt. Mit 69 % weist sie die höchste Exportquote aller Branchen auf, tritt jedoch als Auslandsinvestor überhaupt nicht in Erscheinung. Zum anderen handelt es sich um Branchen (Eisen- und Stahlerzeugung, Feinmechanik/Optik und EBM-Waren), die aufgrund weitgehend standardisierter Produktionstechnologien kaum Möglichkeiten haben, durch eine verstärkte Globalisierungsstrategie unternehmensspezifische Skalenerträge in großem Umfang zu realisieren.

Tabelle 12

Auslandsumsatz und Exportquoten 1994 sowie Direktinvestitionen*) und Kenngrößen der Unternehmen) im Ausland Ende 1994 nach Branchen des Verarbeitenden Gewerbes**

– Baden-Württemberg –

Wirtschaftszweig der ausländischen Investitionsobjekte (sortiert nach Auslandsumsatz)	Auslandsumsatz		Export- quote	Direktinvestitionen		Unternehmen im Ausland		
						Beschäftigte		Jahres- umsatz
	1994			Stand Ende 1994				
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	1.000	%	Mrd. DM
Verarbeitendes Gewerbe	103 741	100	30,9	22 232	100	331	100	79,5
davon								
Maschinenbau	23 680	22,8	43,5	2 970	13,4 ¹	39	11,8	8,9
Straßenfahrzeugbau	21 810	21,0	42,5	7 221	32,5	104	31,4	30,7
Elektrotechnik	18 197	17,5	34,1	4 426	19,9	67	20,2	12,3
Chemische Industrie	8 368	8,1	34,4	925	4,2	13	3,9	6,8
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ¹⁾	7 685	7,4	31,4	721	3,2	19	5,7	2,7
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen	5 922	5,7	69,2	—	—	—	—	—
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	3 752	3,6	22,8	541	2,4	11	3,3	2,2
Eisen- und Stahlerzeugung ²⁾	1 399	1,3	15,0	255	1,1	6	1,8	0,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	880 ³⁾	0,8	9,2	2 171	9,8	12	3,6	3,3
Ernährungsgewerbe	.	.	.	434	2,0	3	0,9	2,2
Übriges Verarbeitendes Gewerbe	12 047	11,6	14,4	2 568	11,6	57	17,2	9,5

*) Bestände an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen nach den Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsobjekte. – **) Mit unmittelbarer und mittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung nach den Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsobjekte. – 1) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 2) Einschließlich Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. – 3) Ohne Feinkeramik.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Neuere Entwicklungen

Die neuere Entwicklung der baden-württembergischen Direktinvestitionen kann nur an Hand der Transaktionsstatistik aufgezeigt werden, da die Bestandsdaten erst mit großer Zeitverzögerung zur Verfügung stehen. Die Bestandsgrößen zeigen zwar – wie bereits erwähnt – ein realistischeres Bild über Umfang und Struktur der Direktinvestitionen, aktuelle Entwicklungen kommen allerdings deutlich stärker in den Transaktionsdaten zum Ausdruck. In den Jahren 1994 und 1995 investierten baden-württembergische Unternehmen 9,3 Mrd. DM im Ausland (Tabelle 13). Davon flossen rund 7,8 Mrd. DM (83 %) in die westlichen Industrieländer und dabei insbesondere in die EU-Länder (67 %), aber auch auf die Reformländer entfiel mit knapp 10 % ein beachtlicher Anteil. Innerhalb der EU war Großbritannien mit 2,7 Mrd. DM (29 %) das bei weitem beliebteste Zielland für baden-württembergische Investoren. Beträchtliche Mittel wurden auch in den Niederlanden (884 Mill. DM), Belgien/Luxemburg

(590 Mill. DM) und Frankreich (528 Mill. DM) investiert. Außerhalb der EU waren wiederum die Vereinigten Staaten von großer Bedeutung für baden-württembergische Direktinvestitionen (932 Mill. DM). In den Entwicklungsländern investierten die heimischen Unternehmen 388 Mill. DM. Allerdings gab es dabei gegenläufige Bewegungen. In Brasilien, dem nach den Bestandsgrößen größten baden-württembergischen Industriestandort innerhalb dieser Ländergruppe, wurde langfristiges Kapital in Höhe von 8 Mill. DM abgezogen. Dagegen stiegen die Direktinvestitionen in den südostasiatischen Ländern im Vergleich zu den früheren Jahren deutlich an. Auf die Länder Hongkong, Indien und Südkorea entfiel dabei mit 189 Mill. DM knapp die Hälfte der gesamten Investitionen in die Entwicklungsländer. Die tschechische Republik und Ungarn waren die bevorzugten Standorte für Investitionen in den Reformländern. Nachdem in den Jahren 1992/93 nur 3,5 Mill. DM nach China geflossen sind, engagierten sich die heimischen Unternehmen 1994 (35 Mill. DM) und 1995 (140 Mill. DM) deutlich stärker in

Tabelle 13

Direktinvestitionen Baden-Württembergs im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Baden-Württemberg nach ausgewählten Ländern seit 1994

– Transaktionen –

Land	Direktinvestitionen im Ausland			Direktinvestitionen in Baden-Württemberg		
	1994	1995	1994 – 1995	1994	1995	1994 – 1995
	Mill. DM					
Direktinvestitionen insgesamt	3 683,4	5 645,9	9 329,3	2 759,7	2 564,9	5 324,6
Industrialisierte westliche Länder						
davon						
EU-Länder ¹⁾	2 264,4	4 004,0	6 268,4	485,2	1 283,2	1 768,4
darunter						
Belgien/Luxemburg	447,8	142,0	589,8	– 17,3	157,9	140,6
Frankreich	252,6	275,3	527,9	89,3	327,1	416,4
Großbritannien	813,7	1 865,5	2 679,2	276,5	136,4	412,9
Italien	155,0	298,1	453,1	278,2	29,5	307,7
Niederlande	91,7	792,1	883,8	– 97,2	449,5	352,3
Österreich	187,4	84,3	271,7	84,3	172,1	256,4
Spanien	225,5	1 865,5	209,1	– 0,3	– 0,7	– 1,0
Übrige industrialisierte westliche Länder	568,7	920,8	1 489,5	2 274,5	612,2	2 886,7
darunter						
Japan	6,7	57,0	63,7	77,9	137,5	215,4
Kanada	2,8	38,7	41,5	0,5	2,3	2,8
Schweiz	119,8	126,4	246,2	1 684,7	224,7	1 909,4
USA	351,0	580,7	931,7	306,8	– 195,0	501,8
Entwicklungsländer zusammen	189,2	198,2	387,4	45,0	669,3	714,3
darunter						
Brasilien	2,8	– 11,0	– 8,2	5,2	0,3	5,5
Reformländer	403,3	516,1	919,4	– 0,4	0,2	– 0,2

1) EU '15.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

diesem großen Zukunftsmarkt. Der Nettokapitalzufluß aus dem Ausland erreichte in den Jahren 1994/1995 mit 5,3 Mrd. DM eine beachtliche Größenordnung. Die überaus positive Entwicklung war dabei in erster Linie auf den großen Nettokapitalzufluß aus der Schweiz (1,9 Mrd. DM) zurückzuführen. Bedenkt man allerdings, daß sich unter den schweizerischen Investoren auch einige Holdinggesellschaften befinden dürften, die selbst wiederum Tochterunternehmen von anderen ausländischen Unternehmen sind, muß die vermeintlich hohe Attraktivität, die

Baden-Württemberg auf schweizerische Unternehmen ausübt, wieder relativiert werden. Während in den vergangenen Jahren von Unternehmen mit Sitz in den USA zum Teil erhebliche Nettokapitalzuflüsse (1992/93: 2,8 Mrd. DM) zu verzeichnen waren, ist in den Jahren 1994/95 die Investitionsneigung zurückgegangen (Nettokapitalzufluß: 502 Mill. DM). Aus dem EU-Raum investierten insbesondere Unternehmen mit Sitz in Frankreich (416 Mill. DM), Großbritannien (413 Mill. DM) und den Niederlanden (352 Mill. DM) in Baden-Württemberg.

Zusammenfassung

- Die direkten Engagements der Unternehmen auf den Auslandsmärkten treten als Alternative zu den Exporten zunehmend in den Vordergrund. Während sich seit 1980 die westdeutschen Exporte nominal in etwa verdoppelt haben, sind im gleichen Zeitraum die Direktinvestitionsbestände im Ausland auf das Vierfache gestiegen. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch immer leistungsfähigere Kommunikations- und Informationssysteme. Wichtige Informationen können dadurch innerhalb nur weniger Sekunden von jedem beliebigen Ort auf der Welt an einen anderen Ort der Welt übermittelt werden. Nationale Grenzen haben damit für den Standort eines Unternehmens an Bedeutung verloren.
- Die unmittelbaren Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen im Ausland beliefen sich Ende 1994 auf 45,6 Mrd. DM. Ausländische Investoren haben dagegen nur 32,8 Mrd. DM in Baden-Württemberg investiert. Zum Vergleich: Das Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen belief sich auf 2 219 Mrd. DM. Der Vermögensüberschuß mit dem Ausland betrug damit 12,8 Mrd. DM. Bundesweit beliefen sich die Vermögensanlagen im Ausland auf 329,7 Mrd. DM. Umgekehrt hielten ausländische Investoren Vermögensbestände in Deutschland in Höhe von 245 Mrd. DM.
- Der Anteil Baden-Württembergs an den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland ist von 16,4 % im Jahr 1990 auf 13,4 % im Jahr 1994 gefallen. Ein möglicher Grund hierfür könnte in dem eher mittelständischen Charakter der baden-württembergischen Unternehmen liegen. Durch die geringe Börsenkapitalisierung mittelständischer Unternehmen ist die Möglichkeit, Direktinvestitionen über den Kauf von Aktien durchzuführen, stark eingeschränkt.
- Mit 264 % nahmen die Direktinvestitionsbestände Baden-Württembergs in der Periode von 1984 bis 1994 – trotz des überwiegend mittelständischen Charakters der Unternehmen – sogar noch etwas stärker zu als im bundesweiten Durchschnitt (262 %). Der Anteil Baden-Württembergs an den bundesweiten Direktinvestitionsbeständen im Ausland ist mit 14 % im Vergleich zum Exportanteil von 17 % allerdings nur unterdurchschnittlich.
- Ende 1994 entfielen 87 % der baden-württembergischen Direktinvestitionen auf die industrialisierten westlichen Länder. Die Anziehungskraft der Entwicklungsländer war bei einem Anteil von 11 % noch immer gering. Auf die Reformländer entfielen nur 2 % des Auslandsvermögens. Die wichtigsten Anlageländer sind die Vereinigten Staaten (18,9 Mrd. DM), Frankreich (4,9 Mrd. DM) und Großbritannien (4,2 Mrd. DM).
- Im Jahr 1990 waren in 4 179 ausländischen Unternehmen mit mittelbarer und unmittelbarer baden-württembergischer Kapitalbeteiligung 451 000 Personen beschäftigt. Auf die EU-Länder entfielen davon 142 000 Beschäftigte (31 %), die übrigen Industrieländer 131 000 (29 %), die Entwicklungsländer 125 000 (28 %) und die Reformländer 54 000 (12 %). Die in Relation zu den Kapitalbeständen überaus hohe Zahl der Beschäftigten in den Entwicklungs- und Reformländern läßt auf einen besonders hohen Anteil arbeitsintensiver Fertigungsprozesse in diesen Ländern schließen. Nur in den Vereinigten Staaten (65 000) und Frankreich (60 000) waren die Personalbestände höher als in Brasilien (55 000) und den Reformländern.
- Von 1990 bis Ende 1994 hat sich die Zahl der Auslandsunternehmen nur noch um 335 erhöht. Vor allem in den industrialisierten Ländern außerhalb der EU hat sich das Gewicht von Unternehmenskäufen und Neugründungen verstärkt auf die Finanzierung von Betriebserweiterungen bzw. Rationalisierungsinvestitionen verlagert. Hingegen war die Entwicklung in den Reformländern weitgehend durch Unternehmenskäufe (im Rahmen der ersten großen Privatisierungswelle) und Neugründungen bestimmt.
- Der Anteil des tertiären Sektors an den baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland ist auf annähernd 62 % (Anteil 1990: 44 %) gestiegen, während der Anteil der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auf 34 % (Anteil 1990: 43 %) zurückging. Diese Gewichtsverlagerung ist vor allem auf die Bildung von Beteiligungsgesellschaften zurückzuführen. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Betätigung dieser umstrukturierten Unternehmen dürfte jedoch noch immer in der Herstellung und Verarbeitung von industriellen Gütern liegen. Den Wirtschaftszweigen Beteiligungsgesellschaften und Verarbeitendes Gewerbe sind mehr als vier Fünftel des Auslandsvermögens zuzurechnen.
- Ein beträchtlicher Teil der baden-württembergischen Direktinvestitionen (51 %) wurde in der Vergangenheit primär unter dem Gesichtspunkt der Erschließung neuer Märkte und der Absicherung bestehender Marktpositionen vorgenommen. Der enge Kontakt zum Kunden, das heißt die physische Präsenz vor Ort durch Verkaufs- und Kundendienstniederlassungen, steht im Vordergrund und erst mit zunehmender Marktdurchdringung auch der Aufbau von Produktionsstätten. Nur knapp 39 % (22,2 Mrd. DM) des Gesamtvermögens entfiel auf ausländische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, also Produktionsanlagen der Industrie. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren der Straßenfahrzeugbau mit 7,2 Mrd. DM, die Elektrotechnik mit 4,4 Mrd. DM und der Maschinenbau mit 3,0 Mrd. DM die wichtigsten Zielbranchen.

- Während die baden-württembergischen Vermögensanlagen im Ausland relativ breit gestreut sind, entfielen 86 % der ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg auf nur vier Länder: Schweiz (31 %), Niederlande (29 %), Vereinigte Staaten (16 %) und Frankreich (10 %). Die Bedeutung der EU-Länder ist vor dem Hintergrund der Vollendung des europäischen Binnenmarktes seit Anfang der 90er Jahre beträchtlich gestiegen. Mit 15,7 Mrd. DM ist das den EU-Ländern zuzurechnende Beteiligungsvermögen an baden-württembergischen Unternehmen inzwischen so hoch wie das der übrigen westlichen industrialisierten Länder (16,9 Mrd. DM).
- Die unmittelbaren ausländischen Vermögensanlagen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs sind seit 1986 um 8 % zurückgegangen. Im Bundesgebiet sind sie hingegen um 30 % gestiegen. Trotzdem weisen die unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionen noch immer eine ausgesprochen starke Industrieorientierung in Baden-Württemberg auf. Innerhalb einzelner Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes besitzt Baden-Württemberg gegenüber dem Bundesgebiet eine herausragende Stellung. Vor allem in den Branchen Büromaschinen und Datenverarbeitung (79 %), Feinmechanik und Optik (52 %); Kunststoff und Gummiwaren (27 %), Maschinenbau (26 %) und Elektrotechnik (24 %) sind die Anteile hoch.
- Ende 1994 waren in baden-württembergischen Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung 294 000 Personen beschäftigt. Allein 242 000 Arbeitsplätze waren davon im Verarbeitenden Gewerbe angesiedelt. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen waren die Elektrotechnik (46 000), der Maschinenbau (40 000) und die Chemische Industrie (27 000) die dominierenden Zielbranchen im Verarbeitenden Gewerbe.
- Die Entwicklung der Direktinvestitionen kann zwar auf eventuelle Schwächen des heimischen Standortes hinweisen, ein Defizit in der Direktinvestitionsbilanz ist allerdings "per se" kein hinreichendes Indiz für die Qualität eines Standortes. Aussagefähiger ist die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit. Bezogen auf die realen Pro-Kopf-Investitionen hat sich die relative Position Baden-Württembergs selbst gegenüber Ländern (Großbritannien, Belgien und Niederlande), die in den letzten Jahren verstärkt von dem Zufluß ausländischer Direktinvestitionen profitiert haben, kaum verändert.
- Die Direktinvestitionstätigkeit heimischer Unternehmen kann sowohl zu exportstimulierenden als auch zu exportsubstituierenden Effekten führen. Die Direktinvestitionen konzentrieren sich auf die Hauptabnehmerländer des baden-württembergischen Exports. Die 13 Länder, auf die mehr als 70 % der baden-württembergischen Exporte entfielen, waren zugleich auch die Zielländer von mehr als 88 % der Direktinvestitionen. Auch die sektorale Struktur der Direktinvestitionen zeigt in der Tendenz eine eher exportfördernde Wirkung, da die Branchen mit überdurchschnittlich hohen Vermögensanlagen im Ausland auch eine hohe Exportquote aufweisen.

Anhang

Anhangtabelle 1

Studienanfänger an den Universitäten in Baden-Württemberg nach Studienbereichen 1980 bis 1995*)

Studienbereich	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Sprach- und Kulturwissenschaften	5 043	5 690	5 939	6 082	5 893	5 603	5 543	5 639
Sprach- und Kulturwissenschaften allgemein	7	—	—	—	—	—	—	—
Evangelische Theologie	328	397	458	514	464	360	295	284
Katholische Theologie	202	270	312	328	239	207	204	192
Philosophie	286	371	346	338	300	312	270	300
Geschichte	378	522	563	673	613	578	603	592
Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik	—	—	1	2	—	—	1	1
Allgemeine und vergleichende Literatur- und Sprachwissenschaft	26	64	129	152	175	140	150	177
Altphilologie, Neugriechisch	72	88	99	99	81	62	55	72
Germanistik ¹⁾	1 970	2 037	2 110	2 110	2 106	1 919	2 027	2 008
Anglistik, Amerikanistik	513	528	478	486	559	566	572	572
Romanistik	531	635	633	609	590	676	559	581
Slawistik, Baltistik, Finno-Ugristik	94	97	117	93	65	83	72	109
Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften	206	203	199	226	253	252	307	267
Kulturwissenschaften (im engeren Sinne)	—	—	—	—	—	—	—	—
Psychologie	304	306	298	268	274	292	280	274
Erziehungswissenschaften/Sonderpädagogik	126	172	196	184	174	156	148	210
Sport	420	255	246	213	176	127	115	192
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	4 177	5 163	5 170	5 372	5 068	4 712	4 875	5 227
Politikwissenschaften und Sozialwissenschaften ¹⁾	521	608	550	645	638	558	684	698
Sozialwesen	—	—	—	—	—	—	—	—
Rechtswissenschaft	1 760	2 285	1 846	1 980	1 721	1 479	1 435	1 583
Verwaltungswissenschaft	1	2	—	1	1	3	2	3
Wirtschaftswissenschaften	1 636	1 952	2 338	2 111	2 266	2 318	2 463	2 605
Wirtschaftsingenieurwesen	259	316	436	635	442	354	291	338
Mathematik, Naturwissenschaften	3 756	4 535	4 611	5 262	5 013	4 732	4 617	5 180
Mathematik	439	477	592	702	643	588	576	795
Informatik	417	475	471	636	694	678	694	682
Physik, Astronomie	628	819	972	1 211	1 008	935	986	1 103
Chemie	855	1 212	988	1 015	1 029	999	913	1 030
Pharmazie	238	252	246	250	250	253	250	252
Biologie	750	758	791	847	817	846	811	801
Geowissenschaften	249	337	328	337	316	237	215	227
Geographie	180	205	223	264	256	196	172	290
Humanmedizin	1 459	1 430	1 258	1 248	1 325	1 402	1 449	1 578
Allgemeinmedizin	1 285	1 270	1 088	1 087	1 151	1 222	1 256	1 368
Zahnmedizin	174	160	170	161	174	180	193	210

*) Die Jahresangaben beziehen sich jeweils auf das Sommer- und das anschließende Wintersemester zusammen. — 1) Einschließlich außerhalb der Studien-

Zu: S. 63 ff.: Längerfristige Verschiebungen im Studienwahlverhalten

1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	Studienbereich
5 854	5 893	6 137	6 536	6 361	6 742	7 083	6 280	Sprach- und Kulturwissenschaften
–	–	–	–	–	3	3	–	Sprach- und Kulturwissenschaften allgemein
251	229	221	192	175	184	187	153	Evangelische Theologie
171	133	148	130	125	140	118	125	Katholische Theologie
294	304	329	284	306	304	346	308	Philosophie
625	602	647	705	681	687	670	592	Geschichte
–	3	1	1	12	9	13	36	Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik
313	308	357	333	332	216	202	175	Allgemeine und vergleichende Literatur- und Sprachwissenschaft
66	63	92	88	89	72	77	83	Altphilologie, Neugriechisch
1 991	2 092	2 118	2 344	2 241	2 650	2 965	2 521	Germanistik ¹⁾
619	679	731	834	843	881	903	781	Anglistik, Amerikanistik
586	659	668	741	651	634	606	521	Romanistik
139	121	129	80	83	75	72	67	Slawistik, Baltistik, Finno-Ugristik
269	237	223	229	203	180	162	128	Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften
–	–	–	–	64	98	125	119	Kulturwissenschaften (im engeren Sinne)
308	264	277	297	278	297	310	316	Psychologie
222	199	196	278	278	312	324	355	Erziehungswissenschaften/Sonderpädagogik
229	222	261	254	204	197	208	202	Sport
5 735	5 222	6 178	6 079	5 649	5 604	5 753	5 590	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
817	799	910	683	732	662	781	711	Politikwissenschaften und Sozialwissenschaften ¹⁾
1	–	–	2	1	1	1	–	Sozialwesen
1 698	1 672	2 221	2 069	1 893	1 969	1 959	1 985	Rechtswissenschaft
6	–	9	285	226	176	148	157	Verwaltungswissenschaft
2 918	2 393	2 690	2 696	2 451	2 421	2 398	2 337	Wirtschaftswissenschaften
295	358	348	344	346	375	466	400	Wirtschaftsingenieurwesen
5 709	5 885	6 085	5 630	5 254	4 585	4 448	3 893	Mathematik, Naturwissenschaften
877	942	940	1 008	925	796	772	634	Mathematik
841	944	1 009	902	950	720	690	583	Informatik
1 135	1 233	1 301	1 014	892	744	711	553	Physik, Astronomie
1 122	1 060	1 110	1 008	789	672	666	564	Chemie
233	260	216	213	214	234	233	233	Pharmazie
801	808	840	819	858	855	884	884	Biologie
282	258	305	294	297	293	257	221	Geowissenschaften
418	380	364	372	329	271	235	221	Geographie
1 616	1 626	1 450	1 356	1 631	1 460	1 509	1 447	Humanmedizin
1 402	1 408	1 236	1 149	1 413	1 228	1 294	1 236	Allgemeinmedizin
214	218	214	207	218	232	215	211	Zahnmedizin

bereichsgliederung.

Noch: Anhangtabelle 1

Studienanfänger an den Universitäten in Baden-Württemberg nach Studienbereichen 1980 bis 1995*)

Studienbereich	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	517	481	460	437	442	466	463	445
Agrarwissenschaften, Lebensmittel- und Getränke-technologie	341	313	280	272	268	280	279	268
Forstwissenschaft, Holzwirtschaft	88	82	101	86	98	91	106	104
Ernährungs- und Haushaltswissenschaften	88	86	79	79	76	95	78	73
Ingenieurwissenschaften	2 200	3 012	3 022	3 081	2 769	2 822	2 740	2 920
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	1 057	1 516	1 390	1 531	1 325	1 456	1 513	1 598
Elektrotechnik	471	664	829	635	610	625	610	624
Verkehrstechnik, Nautik	–	–	–	–	–	–	–	–
Architektur, Innenarchitektur	292	314	305	324	317	344	327	366
Raumplanung	–	–	–	–	–	–	–	–
Bauingenieurwesen	316	448	435	504	438	323	236	266
Vermessungswesen	64	70	63	87	79	74	54	66
Kunst, Kunstwissenschaft	163	146	147	150	158	150	165	187
Musik, Musikwissenschaften	97	122	154	170	163	163	171	149
Insgesamt	17 832	20 834	21 007	22 015	21 007	20 177	20 138	21 517

*) Die Jahresangaben beziehen sich jeweils auf das Sommer- und das anschließende Wintersemester zusammen.

1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	Studienbereich
403	429	440	458	406	352	354	351	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften
231	271	274	245	236	189	206	217	Agrarwissenschaften, Lebensmittel- und Getränke- technologie
101	87	98	93	95	98	98	88	Forstwissenschaft, Holzwirtschaft
71	71	68	120	75	65	50	46	Ernährungs- und Haushaltswissenschaften
2 968	3 317	3 698	3 666	3 306	2 905	2 855	2 619	Ingenieurwissenschaften
1 597	1 671	1 730	1 643	1 110	802	769	760	Maschinenbau, Verfahrenstechnik
647	756	839	771	706	602	527	479	Elektrotechnik
—	—	—	—	205	227	220	191	Verkehrstechnik, Nautik
333	367	396	377	411	396	430	440	Architektur, Innenarchitektur
—	—	—	—	3	12	15	11	Raumplanung
338	461	661	800	782	800	820	667	Bauingenieurwesen
53	62	72	75	89	66	74	71	Vermessungswesen
156	136	156	140	157	175	194	172	Kunst, Kunstwissenschaft
151	143	165	159	150	127	137	102	Musik, Musikwissenschaften
22 821	22 873	24 570	24 278	23 118	22 147	22 541	20 656	Insgesamt

Anhangtabelle 2

Studienanfänger an den Fachhochschulen in Baden-Württemberg nach Studienbereichen

Studienbereich	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Sprach- und Kulturwissenschaften	194	203	174	168	223	197	164	192
Sprach- und Kulturwissenschaften allgemein	1							
Evangelische Theologie	27	28	29	31	28	24	27	—
Katholische Theologie	29	31	32	29	27	27	28	28
Bibliothekswesen; Dokumentation, Publizistik	137	144	113	108	168	146	109	164
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1 952	2 297	2 227	2 237	2 242	2 031	2 283	2 294
Sozialwesen	669	698	686	649	641	554	586	513
Wirtschaftswissenschaften	956	1 195	1 213	1 258	1 279	1 123	1 332	1 392
Wirtschaftsingenieurwesen	327	404	328	330	322	354	365	389
Mathematik, Naturwissenschaften	743	863	890	993	1 060	1 037	1 023	1 095
Mathematik	30	34	44	58	53	40	67	74
Informatik	488	593	598	657	731	754	729	769
Chemie	225	236	248	278	276	243	227	252
Biologie	—	—	—	—	—	—	—	—
Geographie	—	—	—	—	—	—	—	—
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	262	303	280	261	287	278	255	246
Agrarwissenschaften, Lebensmittel- und Getränke-technologie	97	107	109	91	112	100	98	84
Landespflege, Umweltgestaltung	98	99	92	82	74	75	78	88
Ernährungs- und Haushaltswissenschaften	67	97	79	88	101	103	79	74
Forstwissenschaft, Holzwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—
Ingenieurwissenschaften	3 325	3 977	4 226	4 532	4 271	4 283	4 431	4 685
Ingenieurwissenschaften allgemein	—	—	—	—	—	—	—	—
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	1 742	2 130	2 299	2 496	2 299	2 391	2 537	2 710
Elektrotechnik	717	884	908	998	972	995	1 092	1 114
Architektur, Innenarchitektur	378	422	415	392	362	339	336	359
Verkehrstechnik, Nautik								
Bauingenieurwesen	322	391	406	467	464	409	333	390
Vermessungswesen	166	150	198	179	174	149	133	112
Kunst, Kunstwissenschaft	160	153	169	210	276	246	299	289
Insgesamt	6 636	7 796	7 966	8 401	8 359	8 072	8 455	8 801

*) Die Jahresangaben beziehen sich jeweils auf das Sommer- und das anschließende Wintersemester zusammen. Studiengänge an Verwaltungshochschulen

1980 bis 1995*)

1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	Studienbereich
231	213	192	207	175	162	185	191	Sprach- und Kulturwissenschaften
20	24	22	21	19	—	35	36	Sprach- und Kulturwissenschaften allgemein
28	20	23	26	28	19	26	22	Evangelische Theologie
183	169	147	160	128	143	124	133	Katholische Theologie
								Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik
2 483	2 494	2 681	2 792	3 170	3 806	3 517	3 540	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
606	604	600	593	509	754	698	694	Sozialwesen
1 509	1 497	1 640	1 658	2 139	2 507	2 289	2 213	Wirtschaftswissenschaften
368	393	441	541	522	545	530	633	Wirtschaftsingenieurwesen
1 186	1 266	1 392	1 357	1 412	1 310	1 231	1 033	Mathematik, Naturwissenschaften
81	90	86	62	67	55	56	46	Mathematik
842	891	1 022	1 025	1 045	954	958	807	Informatik
263	285	283	269	264	236	149	128	Chemie
—	—	1	—	36	65	68	52	Biologie
—	—	—	1	—	—	—	—	Geographie
248	296	258	253	279	262	268	344	Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften
99	123	109	85	83	86	76	73	Agrarwissenschaften, Lebensmittel- und Getränke- technologie
78	82	77	85	116	114	112	113	Landespflege, Umweltgestaltung
71	91	72	83	80	62	80	66	Ernährungs- und Haushaltswissenschaften
—	—	—	—	—	—	—	92	Forstwissenschaft, Holzwirtschaft
4 774	5 107	5 392	5 719	5 750	5 527	4 894	4 404	Ingenieurwissenschaften
—	—	—	—	62	125	139	172	Ingenieurwissenschaften allgemein
2 732	2 892	2 934	3 159	2 989	2 818	2 355	2 001	Maschinenbau, Verfahrenstechnik
1 177	1 290	1 489	1 479	1 480	1 290	1 127	964	Elektrotechnik
338	345	340	367	378	382	377	414	Architektur, Innenarchitektur
				105	193	208	181	Verkehrstechnik, Nautik
397	432	455	522	534	504	494	491	Bauingenieurwesen
130	148	174	192	202	215	194	181	Vermessungswesen
272	313	336	295	264	263	259	273	Kunst, Kunstwissenschaft
9 194	9 689	10 251	10 623	11 050	11 330	10 354	9 785	Insgesamt

sind nicht enthalten.

Anhangtabelle 1

Kenngrößen der Unternehmen in Baden-Württemberg mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung 1986, 1990 und 1994 nach Branchen

Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	Unternehmen			Beschäftigte			Jahresumsatz		
	1994	1990	1986	1994	1990	1986	1994	1990	1986
	Anzahl			1 000			Mrd. DM		
Verarbeitendes Gewerbe	664	702	573	242	301	293	91,1	87,3	75,5
darunter									
Chemische Industrie	62	76	65	27	34	30	10,6	12,9	10,4
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	46	42	39	18	22	18	5,2	4,6	3,7
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	30	28	18	5	4	2	1,7	1,1	0,5
Eisen- und Stahlerzeugung ¹⁾	17	19	20	6	4	2	1,7	1,3	0,4
Maschinenbau	146	151	132	40	50	45	11,1	11,0	8,8
Herstellung von Büro- maschinen, DV-geräten und -einrichtungen	9	6	7	24	38	34	18,2	17,4	14,0
Straßenfahrzeugbau	22	17	14	14	13	12	4,4	3,9	2,9
Elektrotechnik	101	117	76	46	66	87	12,9	13,9	18,6
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ²⁾	92	91	73	21	23	20	5,9	5,3	4,1
Ernährungsgewerbe	27	32	19	10	9	8	6,1	4,0	3,2
Handel	728	804	630	31	26	17	25,0	21,3	13,9
Kreditinstitute	4	.	3	1	.	0	–	.	.
Beteiligungsgesellschaften	76	80	106	2	1	1	0,5	0,2	1,3
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	296	298	201	12	14	9	3,8	4,3	2,7
Restliche Wirtschaftszweige ⁴⁾	87	95	66	6	6	10	2,1	1,9	2,3
Insgesamt	1 855	1 979	1 579	294	348	330	122,5	115,0	95,7

1) Einschließlich Ziehereien, Kaltwälzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. – 2) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 3) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. – 4) Einschließlich Bergbau, Baugewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

Anhangtabelle 2

Kenngrößen der Unternehmen in Baden-Württemberg mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung 1986, 1990 und 1994 nach Branchen

– Anteil am Bundesgebiet*) –

Wirtschaftszweig des inländischen Investitionsobjekts	Unternehmen			Beschäftigte			Jahresumsatz		
	1994	1990	1986	1994	1990	1986	1994	1990	1986
	%								
Verarbeitendes Gewerbe	22,2	24,2	23,7	21,9	24,2	27,4	18,4	18,8	21,2
darunter									
Chemische Industrie	16,2	19,4	19,3	15,7	17,1	23,3	14,3	16,8	21,3
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	20,7	20,8	22,4	28,1	27,2	26,1	28,4	23,6	26,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	16,0	18,9	14,8	12,8	8,5	5,0	14,7	10,4	6,0
Eisen- und Stahlerzeugung ¹⁾	14,4	17,6	22,0	14,3	6,8	3,7	15,6	7,8	3,2
Maschinenbau	26,0	27,1	27,2	27,4	32,9	33,1	29,7	31,8	32,8
Herstellung von Büro- maschinen, DV-geräten und -einrichtungen	23,7	16,2	21,2	72,7	77,6	66,7	80,9	79,8	75,3
Straßenfahrzeugbau	31,9	28,8	25,5	9,9	8,4	8,5	6,8	7,0	7,3
Elektrotechnik	27,7	29,8	24,5	27,9	34,0	43,1	24,2	28,1	41,0
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. ²⁾	27,5	30,5	29,7	26,6	26,4	28,2	28,6	29,0	30,6
Ernährungsgewerbe	13,6	14,8	11,7	12,8	12,5	12,5	13,3	10,1	11,6
Handel	14,8	15,5	14,0	11,2	9,8	7,2	8,2	8,3	6,6
Kreditinstitute	2,2	–	2,1	4,0	–	0,0	–	–	–
Beteiligungsgesellschaften	18,8	22,9	16,5	40,0	14,3	20,0	16,1	12,5	50,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	13,3	14,1	13,2	7,0	7,4	9,0	5,5	7,1	6,9
Restliche Wirtschaftszweige ⁴⁾	10,2	12,8	10,2	6,5	9,4	14,5	6,4	7,8	9,8
Insgesamt	16,0	17,2	16,0	17,6	19,5	22,0	13,5	14,3	15,2

*) Ab 1990 Deutschland. – 1) Einschließlich Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung und Mechanik. – 2) Einschließlich Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren. – 3) Einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und sonstiges Grundstückswesen. – 4) Einschließlich Bergbau, Baugewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiter beteiligt:

Dipl. - Volkswirt Reinhard Burkard

Dipl. - Volkswirt Thomas Forster

Monika Hin M.A.

Dr. Monika Kaiser

Dr. Karl Pristl

Dr. Ilse Anette Walter

Dipl. - Volkswirt Thomas Weinmann

Dipl. - Volkswirt Manfred Wörner

- Zeichenerklärung:**
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden (genau null)
 - Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
 - X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - ... Angabe fällt später an
 - / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
 - () Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann